atom

April / Mai '92
Nr. 38 DM 5,–

RENAISSANCE DER ATOMINDUSTRIE

GORLEBEN: 15 JAHRE WIDERSTAND · WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

Collection Leila Foundation
www.laka.org
Digitized 2016

MÜTTER COURAGE

Aus dem Inhalt:

ENERGIE AUS DER SONNE

-Alternative Energien, sanft oder hart
-1988 haben wir die Sonne angezapft
-Strom aus der Sonne seit 1985
-Solar-Wasserstoff
-Und es funktioniert doch
-Elektroauto
-Aktion-Reaktion

ERNÄHRUNG

-Aktuelle Meßwerte
-Schadstoffe in der Muttermilch

GARCHING

Mütter Courage erscheint 1/4 jährlich und kostet 2,--DM + Porto. Mitgliedern wird sie kostenlos zugeschickt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40.--DM/Jahr und ist von den Steuern voll absetzbar.
MC ist unter folgender Adresse erhältlich:

Mütter gegen Atomkraft
Hagenbacherstr. 37
W-8000 München 60
Tel.: 089/87986

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Nr. 9:

Rassismus und Sexismus

Themen: Herrschaftsverhältnisse aus der Sicht schwarzer Frauen (Deborah K. King), Rassismus und Frauenbewegung (Sanchita Basu), Rassismus, Sexismus und US-Arbeiterbewegung (Albert Scharenberg), Rassismus und Geschlechterverhältnisse (Sigrun Scheve), Gentechnologie (Gaby Abels u.a.), Lega Lombarda (Oliver Schmidtke), u.a.

Aktuelle Debatten: Stasi und kein Ende (Michail Nelken), Reformsozialisten in der DDR (Frank-Otto Pirschel), u.a.

ca. 72 Seiten, 6,- DM

Noch erhältlich:
Sonderheft 1: Antonio Gramsci (3. Auflage, 68 Seiten, 6,- DM)
Sonderheft 2: Walter Benjamin (76 Seiten, 6,- DM)
Nr. 4: Feminismus-Marxismus (2. Auflage, 64 Seiten, 6,- DM)
Nr. 8: Gewendete Rechte? (80 Seiten, 6,- DM)

Das Einzelheft kostet 6,- DM, im Abo 4,- DM. **Bestellungen an:** Volker Finthammer, Methfesselstr. 5, W-1000 Berlin 61

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/92 enthält u.a.:

Flüchtlinge in Norderstedt, Skins und Gewalt, Kurden zwischen Saddam und Neuer Weltordnung, Anti-Herrschaftliche Tendenzen in China gestern und heute, Theorie und Praxis von Class War, Der Ort der Geschlechterdifferenz, Anarchistenpresse vor 1933 in Österreich-Ungarn, Diskussion um Anarchismus heute, Teil 3 uva. 72S., 7.-DM

Trotzdem ★ Verlag Neuerscheinungen

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Biehls Ansatz betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Gefüges für das Leben von Frauen ohne alles in einer deterministischen Abhängigkeit zu sehen. Der soziale Ökofeminismus fordert einen Feminismus ein, der sich am politischen Handeln orientiert und nicht an Mythen prähistorischer Matriarchate oder Göttinnen-Kulten. 88S., 14.-DM

Noam Chomsky, Joel Beinin, Howard Zinn u.a. Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkrieges und zur US-Außenpolitik: *Noam Comsky:* Media Control (Desinformation und Golfkrieg), *Howard Zinn:* Macht, Geschichte und Kriegsführung, *Joel Beinin:* Über die Ursachen des Golfkriegs, *Noam Chomsky:* Die Neue Weltordnung. Weitere Beiträge von Michael Emery und Craigh Hulet, 130 S., 16.-DM.

Trotzdem Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264

NEU! CILIP 40

Bürgerrechte & Polizei | Informationsdienst

Schwerpunkt:

Europa ohne Grenzen
(Das Schengener Abkommen)

Preis/Einzelheft: DM 10 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)
Personen: DM 24 p.V.
Institutionen: DM 45 p.V.

Bestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei/CILIP
c/o FU Berlin
Malteser Str. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-462

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung. **Herausgeber:** Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 5,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Bei Umzügen:
Die neue Postdienst-Datenschutzverordnung untersagt der Post, uns wie bisher *automatisch* Eure neue Adresse mitzuteilen, falls Ihr umgezogen seid, ohne uns das mitzuteilen. In diesem Fall können wir Euch nicht weiter beliefern, obwohl Ihr bezahlt habt.
Es gibt allerdings eine unbürokratische Lösung des Problems. Wenn Ihr nicht binnen eines Monats widersprecht, setzen die Post und wir Euer Einverständnis zum bisherigen Verfahren einer Anschriften-Weitergabe infolge Umzugs voraus. Für Neu-AbonnentInnen wird eine Einverständniserklärung in den Abo-Vordruck aufgenommen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 38, April/Mai '92.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 78
atommüllzeitung Nr. 66

Druck: Steidl, Göttingen
Foto Titelseite: Günter Zint
Redaktionsschluß für die nächste atom: Anfang Mai 1992

Inhalt

Schwerpunkt 1: Atom-Renaissance

Politiker reden über energiepolitische Weichenstellungen, die Industrie dreht daran: Die Atomenergie steht vor einer Renaissance.

Renaissance der Atomindustrie 4
Neues Atomgesetz – neuer Energiekonsens? 9
Der »Jahrhundertvertrag«:
Neues Märchen von Kohle und Atom 18
Europäische Energiecharta zur
Kolonialisierung des Ostens 23

Schacht Konrad
Einwendungsverfahren und Mobilisierung 26
GÖK über Atomtransporte zum Schacht 30
Diaserie Atomtransporte 32

Gorleben
15 Jahre Widerstand 33
Polizei will »vorbeugen« 36

Greifswald: Bundesweites Atommüll-Lager? 39
Lingen: Genehmigung für Brennelementefabrik 40

Leukämie in der Elbmarsch:
Ist das AKW schuld? 42
Hilfe für Tschernobyl-Opfer 45
Frühjahrskonferenz in Münster 46
Standorte: Ahaus, Landshut, Karlstein 48
Kriminalisierung: Münster, Biblis 50
Schwarzes Brett 52

Schwerpunkt 2: Weltwirtschaftsgipfel

Anfang Juli treffen sich die G7-Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel in München. Widerstand ist angesagt.

Der Gipfel 6.-8. Juli in München 53
Gegengipfel: Aktionen und Demo 54
Geschichte und Funktion der Gipfeltreffen 56
»One World« und Nationalismus 59
Finanzsysteme contra Ökosysteme 62
Militarisierung der ökologischen Frage:
Das Konzept der »Grünhelme« 64

Uranabbau
Uranabbau: Nuklearer Kolonialismus 67
Die Rössing-Mine: Katastrophale Zustände 70
»Altlasten« in Frankreich 72
Broschüre zu internationalen Atom-Geschäften 73

Renaissance der Atomindustrie

Seit der Wiedervereinigung wird in Deutschland wieder verschärft über einen Zubau von Atomkraftwerken diskutiert. Spätestens ab 1995 sind die Entscheidungen zu erwarten. Werden dann in der Bundesrepublik neue Atomkraftwerke gebaut? - Niemand kann es sich anscheinend so richtig vorstellen.

Auch auf der Buko der Anti-AKW-Initiativen im November letzten Jahres in Marburg kursierte dieses Drohende eher als „das Unglaubliche", das, weil es so unglaublich ist, nicht so sehr befürchtet, als eher schlichtweg nicht geglaubt wird. *„Ein Mensch aus Hamburg"* verkündete stattdessen nochmal kühn in *„10 Thesen"* den Sieg der Anti-AKW-Bewegung. Von 1973 bis 1991 sei es gelungen *„das Atomprogramm in Deutschland erst zu verzögern, dann einzuschränken und schließlich endgültig zu kippen."* Die ökonomische Entwicklung und der Fortschrittsglaube an diese Technik sei beendet. Dieses Ende lasse allerdings noch etwas auf sich warten. Bemerkenswert relativiert lautete die Prognose: *„Das Ende des Atomprogramms weltweit wird sich noch über 2 - 4 Jahrzehnte hinziehen (inklusive „Baulinie 2000")"*. Das Fazit war allerdings, wie zu lesen war, trotzdem knallhart: *„Kein Grund zur Beunruhigung."* (nach dem Bericht von der Buko, „atom" 37, 4/5) Das Bemerkenswerteste hieran ist wohl die neue zeitliche Dimensionierung der eigenen politischen Perspektive. Die gerade gekippte sozialdemokratische Ausstiegsperspektive wird um das Mehrfache überboten. Vom „Jetzt und sofort, aber subito" schwenkt das Denken plötzlich um und grenzt jetzt scharf an jenseitige Dimensionen. Denn viele von uns im mittleren Lebensalter werden das perspektivisch damit anvisierte Ausstiegsjahr 2032 wohl nicht mehr erleben. Man/frau lebt also den „Rest" seines Lebens noch mit diesem Atomprogramm. Aber kein Grund zur Beunruhigung, denn nach dem Tod hat's ja bald ein Ende?

Tatsächlich, zumindest orientiert an den Fakten, die uns zur Beurteilung der Zukunft heute zur Verfügung stehen, werden wir für das bis dahin noch vor uns liegende „Rest" Leben nicht nur mit dem „Restrisiko" des auslaufenden, sondern dem eines erneuerten und erweiterten Atomprogramm's konfrontiert sei. Im Folgenden eine auf Beunruhigung zielende Einschätzung dieser Perspektive.

Die Details zum laufenden internationalen Ausbau von Land zu Land, und das Sammel-surium von Meldungen, Stellungnahmen und Forderungen in der Planungsdebatte in Deutschland seit der Wiedervereinigung sollen an dieser Stelle nicht nochmal breitgetreten werden. Dazu sei auf die Artikel und die Chronologie in der „atom" Nr. 35 u. 36 verwiesen.

In Gesprächen zeigt sich in letzter Zeit immer wieder, daß oftmals gerade Menschen mit atomkritischem Bewußtsein eine Renaissance der Atomenergie nahezu unvorstellbar ist? Eine solche Perspektive paßt offensichtlich nicht ins Bild, das sich vom ökologischen Fortschritt gemacht wird, der - so der neugetöpferte Glaube - von der alternativen Nieschenkultur her mittlerweile auch den Kapitalismus erfaßt habe und diesen zeitgeistgemäß transformiere. Ausstiegshoffend läßt sich das, was atomprogrammgemäß läuft, scheinbar sehr gut ertragen. Wahrscheinlich wurde sich langsam sogar dran gewöhnt. Wackersdorf wurde immerhin gestoppt und auch der Schnelle Brüter in Kalkar ging ja nie ans Netz. Was unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Atomindustrie international abläuft, hat die Öko-Bewegung nie so richtig interessiert.

Vielleicht hilft ein internationaler Maßstab ein wenig, auch die deutsche nationale Entwicklung etwas realistischer zu bestimmen, denn diese ist schließlich in jene eingebettet.

Ausbau international - Horrorszenario national

International, so lautete die Kernaussage unserer Einschätzung in der „atom" Nr. 35, hat die Atomindustrie ihre Krise bereits seit einigen Jahren überwunden. 1989 war der Tiefstand bei der Neuinbetriebnahme von Atomkraftwerken, mit ganzen 3 Blöcken weltweit, erreicht. Spätestens seitdem geht es für die Atomindustrie wieder bergauf. 1990 gingen bereits 11 neue Atomkraftwerke, weltweit verstreut, in Betrieb; nochmal 97 weitere sind im Bau. Die Zahlen für die darüberhinaus bestellten und geplanten AKWs korrigieren sich kontinuierlich nach oben.

Neueste Meldung seit der letzten „atom": In Japan geht es nicht nur um weitere 11, sondern um weitere 40 Atomkraftwerke bis zum Jahr 2010. Umfragen hätten eine *„große Akzeptanz"* der Atomenergie in der Bevölkerung bestätigt. 65 Prozent hielten den Ausbau der Kapazitäten für nötig. (FAZ 5.11.91) Südkorea plant den Bau von 18 weiteren Kernkraftwerken innerhalb der nächsten 15 Jahre. Die neun bereits bestehenden AKWs mit einer Gesamtkapazität von 7.000 MW deckten 1990 fast 50 Prozent der koreanischen Stromproduktion ab. Fünf von den 18 zusätzlich projektierten Anlagen sind derzeit bereits im Bau oder in der Planung. 13 weitere Anlagen sollen bis zum Jahr 2006 errichtet werden. (FAZ 16.12.91)

Der aktuelle Stand im wiedervereinigten Deutschland: Die Atomenergie hat, unter den die Stromversorgung tragenden Energiesparten, im 1. Halbjahr 1991 die Spitzenposition erobert. Mit 32 Prozent hält sie den größten Anteil vor den übrigen Energieträgern Braunkohle mit 30 Prozent und Steinkohle mit 26 Prozent. (FAZ 7.1.92) - Nie war der „Ausstieg" so fern wie heute.

Und mittlerweile gibt es in Deutschland auch wieder Propagandaszenarien für einen zukünftigen Ausbau, in Horrordimen-sionen wie Anfang der 70er Jahre. Zwei besonders deftige Zukunftsperspektiven für Atomfetischisten stellte der Spiegel in seiner Ausgabe 41 von 1991 vor Brüterpapst Wolfgang Häfele scheint den Kalkarfrust überwunden zu haben und in diesem Spiel zu neuem Elan zurückgefunden zu haben. Er schlägt bei einem Kapitaleinsatz von 4 Billionen Dollar für die nächsten 10 Jahre weltweit (der neue Generalmaßstab in dem deutsche Wissenschaftler wieder zu planen scheinen) den Zubau von 2000 Atomkraftwerksblöcken vor. Beachtlich, doch noch schlägt ihn sein amerikanischer Konkurrenzvisionär Alvin Weinberg bei diesem schlappen Vorschlag um mehr als das doppelte. Seine Vision: 5000 neue Atomkraftwerke, allerdings im 10fachen Zeitraum, geplant auf ein Jahrhundert. Die einzige Frage, die in diesem Vergleich offen bleibt, ist wohl: Sind die Deutschen einfach gieriger und deshalb schneller, oder nur nicht weitsichtig genug?

Etwas mehr auf dem Boden der Realität, Hans-Ulrich Fabian, Vorstandsmitglied der PreussenElektra. Seine *„Optimallösung"* für Deutschland: *„Ein Heranführen"* des Atomenergieanteils an der Stromerzeugung an 70 Prozent, entsprechend dem französischen Vorbild. Zielvorgabe dafür: 10 - 12 neue (zusätzliche) Atomkraftblöcke á 1300 MW. Das allerdings kommt den Vorstellungen, die in der Bundesregierung real projektiert werden, schon näher. Die weiteren Planungen für die Atomenergie und der Weg auf dem sie durchgesetzt werden sollen sind im *„Energiebericht"* der Bundesregierung, der im Dezember letzten Jahres zusammen mit dem *„Klima-Bericht"* verabschiedet wurde, nachzulesen. Konkret mit Zahlen übernahm es Forschungs-minister Riesenhuber das Ziel zu formulieren. In seinem *„Bericht Energie und Klima"* geht er nicht nur davon aus, daß *„die bestehenden Kernkraftwerke mit Nachrüstungen weiter Energie produzieren"* werden, sondern, darüberhinaus gelte es für die Erreichung des *„ehrgeizigen Ziels einer Kohlendioxid-Reduzierung um 25 Prozent"* auch, den Neubau von Atomkraftwerken ins Auge zu fassen. Konkret in Zahlen heißt das bei Riesenhuber: *„Für die Reduzierung um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 ist von 1997 an der Neubau von acht Kernkraftwerken mit jeweils 1300 Megawatt Leistung vorgesehen."* (FAZ 12.12.91)

Das sollte man/frau ruhig zweimal lesen, denn das ist die Vorgabe, von der ausgehend wohl zur Zeit mit der SPD darüber verhandelt wird, was zu verwirklichen ist. Aber seit Januar arbeitet auch bereits eine *„unabhängige Energiekommission"*, konziliant unter den Vorsitz des früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und Klima-Enquetekommissions-Vorsitzenden Reinhard Überhorst gestellt. Die neue Kommission soll möglichst noch 1992/93 ihre Arbeit abgeschlossen haben und Ergebnisse vorlegen können. Damit ist wohl die nächste Karte der Atomstrategen für ihr Programm 2000 ins Spiel gebracht und wird uns dann demnächst von ihnen auch aufgedeckt werden.

Anti-AKW-Widerstandsgeschichte in Bildern: Gorleben-Treck 1978

Strom aus Atom: „Vom Atlantik bis an den Ural..."

Nicht mehr *„Von der Maas bis an die Memel..."*, heißt es heute. Auch damals gingen ja die deutschen Interessen schon weit darüber hinaus. Heute geht es gleich mit Töpfer *„Vom Atlantik bis an den Ural..."*. Das sind die Grenzen, in denen er mit dem bundesdeutschen Entwurf die *„Europäische Energiecharta"* abgesteckt haben wollte. (FAZ 30.7.91) Die neue Offenheit erfordert dafür heute nicht einmal mehr einen Feldzug. Der Osten drängt auf westliches (Atom-)Know-how.

Am 17. Dezember letzten Jahres wurde diese *„Europäische Energiecharta"* in Den Haag von insgesamt 45 Ländern, einschließlich der Republiken der ehemaligen Sowjetunion, unterzeichnet. Geschaffen wurde damit ein *„Rahmenplan für die Geschäfte"*, die sich nach dem Zusammenbruch des RGW im Bereich der Energiewirtschaft für das westliche Kapital in den Ländern Osteuropas anbahnen. Klaus Dräger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen-Europaparlaments-Abgeordneten Hiltrud Breyer, nennt die *„Charta"* denn auch den *„Grundstein für die energiepolitische Kolonisierung des Ostens"*. Die Kernelemente der Charta sind:

* Schaffung *„freien Zugangs zu den vorhandenen und zukünftigen Energieressourcen und zu ihrer Ausbeutung mit langfristigen Rentabilitätsaussichten"*. (Originalton EG-Entwurf) Es geht vor allem um die Bodenschätze der ehemaligen Sowjetunion. D.h. zum Beispiel auch, um den direkten Zugriff der imperialistischen Konzerne auf das dortige Uran.
* Ausbau von Energie-Transitrechten und der dazugehörigen Infrastruktur. Insbesondere geht es dabei um den verstärkten Ausbau von Leitungsnetzen für Strom und deren Verknüpfung. Ziel ist ein europaweiter Stromverbund.
* Modernisierung und Ausbau der *„Anlagen zur Produktion, Beförderung und Nutzung von Energie"*. Dabei geht es insbesondere um die Modernisierung und den Ausbau der Atomanlagen in Osteuropa.

Schon die Gründlichkeit, mit der bei der Ausarbeitung der *„Charta"* vorgegangen wird, läßt eine Ahnung von den Dimensionen der anstehenden Geschäfte und der damit verbundenen politischen Implikationen aufkommen. Der Aufbau eines Stromverbundnetzes ist allein schon ein Milliardenprojekt. Wenn es nach Töpfer geht, soll es spätestens 1997 verwirklicht sein. (TAZ 30.7.91) Ein erster Schritt dahin: Für die Stromgroßabnehmer in der Industrie soll der europaweite Einkauf von Energie im EG-Verbundnetz bereits ab 1993 möglich werden. (FAZ 24.1.92)

Mit der gemeinsamen Verabschiedung der *„Charta"* wurden jetzt allerdings noch keine Geschäfte unter Dach und Fach gebracht. Verabschiedet ist erst ein politisches Grundsatzdokument, das einer politischen Absichtserklärung gleichkommt. Erst in der sogenannten *„Basis-Vereinbarung"* und den Zusatzprotokollen, die im Laufe dieses Jahres ausgehandelt sein sollen, geht es um die konkreten Projekte und Absprachen, die dann auch juristische Verbindlichkeit haben.

Davon unberührt ist das Wettrennen der westlichen Atomkonzerne um die fettesten Brocken in Osteuropa bereits in vollem Gange. Und in diesem Rennen geht es nicht nur um die Modernisierungsaufträge für osteuropäische Atomanlagen, sondern - wörtlich zu nehmen -, ums Ganze. Ganze nationale Atomindustrien werden jetzt von den westlichen Konzernen geschluckt, allen voran von der deutschen Atomindustrie.

1. Kolonisierungserfolg: Germanisierung der CSFR-Atomindustrie

Die Entscheidung fiel Ende November. Schon vor dem großen Fischzug hatte sich Siemens in der CSFR gut in Stellung gebracht. Den Auftrag zur Nachrüstung des im Bau befindlichen AKW's in Mochovce mit westlicher Leittechnik hatten die Deutschen bereits ergattert. Und auch der Auftrag zur Erstellung einer sicherheitstechnischen Expertise für die 4 AKWs in Bohunice, die durch eine Serie von Bränden schon unangenehm ins Gespräch gekommen waren, ging an Siemens.

Mitwettbewerber um die Übernahme des Energie- und Maschinenbaukonzerns Skoda Pilsen war die Schweizerische ABB Asea Brown Boveri AG. Die Stimmung sah im Vorfeld nicht gut aus für Siemens. Nach der Übernahme des Automobilkonzerns Skoda durch VW, gab es lange Diskussionen, *„ob nach Volkswagen denn wieder ein deutscher Partner für ein tschechoslowakisches Unternehmen gewählt werden solle"*. Resigniert hieß es nach Vertragsabschluß in Prag *„man sehe ein, daß der geographischen Nähe nicht zu entkommen sei."* (FAZ 27.11.91)

Ausgehandelt wurde die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens im Energiebereich, in der die Skoda Pilsen AG und die Skoda Prag AG aufgehen und die deutsche Siemens mit 67 Prozent die Mehrheit hält. Von diesen 67 Prozent tritt Siemens 10 Prozent an den französischen Partner Framatome ab. Gleich nach Abschluß des Vertrages, als noch um die prozentuale Beteiligung des französischen Partners spekuliert wurde, stellte Siemens klar, daß sie *„auf jeden Fall über die Mehrheit verfügen"* werden - nämlich mit jetzt 57 Prozent -, was das politisch-ökonomische Entscheidungsinteresse der Deutschen an dieser Übernahme deutlich werden läßt. Doch damit war der Übernahme-Hunger der deutschen Siemens in der CSFR noch nicht gestillt. Wie die FAZ von einem Siemens-Unterhändler wußte, hatte sich *„sein Unternehmen"* nur an Skoda interessiert gezeigt, *„wenn es neben dem Energie- auch den Transportsektor übernehmen könne."* (FAZ 21.9.91) Über dessen Privatisierung war zu der Zeit noch gar nicht entschieden! Aber Siemens Wille ist in der CSFR offenbar mittlerweile schon wieder Befehl. Ein Viertel Jahr später kam jetzt die Bestätigung: auch der Transportsektor der Skoda geht an Siemens. Aus Resignation wird Sarkasmus. Heute heißt es in Prag bereits: Das neue *„Protektorat Böhmen und Mähren"* nehme allmählich Formen an. (TAZ 24.1.92)

Der Wert des Energiesektors von Skoda wurde bei Vertragsunterzeichnung mit 170 Millionen Dollar beziffert - was geschenkt sein dürfte -; beschäftigt sind dort 7000 Menschen. Zum Vergleich: Im Bereich Energieerzeugung (KWU) der Siemens arbeiten 22000 Menschen. Das gesamte Umsatzvolumen des Geschäftsbereichs Energieerzeugung (KWU) der Siemens im Geschäftsjahr 1990/91 lag bei 5 Milliarden DM. Die zur Zeit bestehenden Auftragseingänge belaufen sich auf 8,8 Milliarden DM. Mit der Übernahme hat sich Siemens das gesamte Auftragsvolumen zur Modernisierung der tschechoslowakischen Atomindustrie gesichert. Das sind auf jeden Fall, zusätzlich zu Mochovce, die Nachrüstungen für die übrigen sieben laufenden Reaktoren. Darüberhinaus steht noch das atomare Großprojekt der CSFR, der Weiterbau des Atomkraftwerkskomplexes in Temelin mit 4 Meilern á 1000 MW, zur Entscheidung an. Unabhängig davon fallen natürlich auch die von Skoda erschlossenen Drittmärkte an Siemens, worauf der Vorsitzende des Siemens-"Bereichsvorstandes" Energieerzeugung, Hüttle, gesondert hinwies. Skoda habe sich *„interessante dritte Märkte in den Entwicklungsländern erschlossen.*

Brokdorf 28. 2. 1981: Vorbei an Container-Jo, der andere Weg zum Bauplatz

Diese Beziehungen sollen genutzt werden." In dem *„Boom für den internationalen Kraftwerksbau"*, der sich nach Hüttles Ansicht abzeichne, könnten die Skoda-Betriebe Siemens sogar *„Entlastung bringen"*, da die eigenen Kapazitäten hier mittlerweile *„an Grenzen stießen"*1 (FAZ 17.12.91)

Diese „Sanierung" der Energieversorgung der CSFR durch Germanisierung war erst der Anfang. Der größte Brocken steht noch bevor: die Modernisierung des Atomkraftwerkparks der ehemaligen Sowjetunion. Auch da wird von Siemens mächtig gedrängelt, aber so einfach wie in der CSFR wird es hier wohl nicht. Für eine Sicherung der Aufträge durch schlichte Übernahme der ganzen „Firma" dürfte der Brocken vielleicht doch zu groß sein. Allein für die Nachrüstung der beiden sowjetischen Reaktorserien errechnete der Siemens-Vorstand ein Investitionsvolumen von sieben bis acht Milliarden Mark. Für ein solches Projekt werden politische Absicherungen für nötig erachtet.

Daß der Imperialismus auch der ehemaligen Sowjetunion gegenüber allerdings nicht nur auf Aufträge aus ist, sondern auf ökonomische Eroberung, zeigen die Verhandlungen um die *„Europäische Energiecharta"*. Dort wurde genau an dem Punkt, der von Siemens in der CSFR bereits vorexerziert wurde - der Ermöglichung westlicherseits gewünschter einfacher Übernahme staatlicher Energiebetriebe -, der Daumen angesetzt. Speziell die Bundesregierung tat sich hier hervor. Im Juli letzten Jahres, Gorbatschow saß noch im Sattel, hieß es einerseits zwar schon, den Profitgedanken nächstenliebevoll ausschmückend, *„Bonn will sowjetischer Energiewirtschaft helfen"*, andererseits aber *„blieben Bedenken gegenüber der sowjetischen Zurückhaltung bei der Verpachtung von Land und der Stärkung des Eigentumsgedankens"*. (FAZ 17.7.91) Das zielte punktgenau auf den Knackpunkt der Verhandlungen, bei denen sich die Sowjetunion - ansonsten zu jedem Zugeständnis bereit - gegen solche Übernahmegelüste noch sperrte und stattdessen stärker auf eine *„Koordinierung und Optimierung"* der nationalen Energieprogramme orientierte, um der nationalen Regierung größere Einwirkungsmöglichkeiten zu sichern. Wie gesagt, soll der Abschluß der Verhandlungen um die sogenannte *„Basis-Vereinbarung"* noch in diesem Jahr erreicht werden. Dann wird auch hier das Tor zur Kolonialisierung mit konkreten Projekten aufgestoßen sein.

Freie Republik Wendland: Bohrplatzbesetzung 1004, Mai 1980

Der Imperialismus - statt Ökopapier-Tiger Atomic power im Tank

Der Argumentation, mit der die Atomindustrie heute die Akzeptanz für ihre Ausbauplanungen in Westeuropa und speziell auch in der Bundesrepublik zu erreichen gedenkt, ist ökologischer Natur: Der Rückgriff auf die Atomenergie werde im Kampf gegen die Klimakatastrophe notwendig. Das Argument ist nicht neu. Schon 1977, in dem damals für Furore sorgenden, und auch von Atomkritikern oftmals ganz gerne herangezogenen Atombericht der Ford-Foundation - in der Bundesrepublik bekanntgeworden unter dem Titel *„Das Veto"*-, wurde die Klimakatastrophe als Argument pro Atomenergie angeführt. Damals steckte die Erforschung des Treibhauseffekts noch in den Kinderschuhen; richtig genaues wußte man/frau nicht. In den Schlußfolgerungen der WissenschaftlerInnen der Ford-Foundation hieß es trotzdem schon: *„Während man derzeit nicht in der Lage ist, das Ausmaß der möglichen Umweltschädigung zu beurteilen, könnte ein auf der Basis vermehrten Wissens erkannter globaler Klimaeffekt jeden Vergleich zwischen Kohle- und Atomenergie überflüssig machen. Dies spricht dagegen, sich gegenwärtig allein auf Kohle zu verlassen."* („Das Veto", 199)

In der Bundesrepublik wurde von den Atompropagandisten damals als vermeintlich wirkungsvoller lieber noch auf die Fortschritts-, Leistungs- und Wirtschaftsgläubigkeit der Deutschen gesetzt. Als zentrale Parole klingt wohl noch jedem das, *„...dann gehen die Lichter aus"*, in den Ohren. Erst mit der Diskussion um Ausstiegsszenarien in den 80ern und mit Tschernobyl hat sich das geändert. Und spätestens seit der Weltklimakonferenz 1988 in Toronto, wird zunehmend an der Klima-Argumentation pro Atomenergie gefeilt. Es scheint, die Argumentation verfängt.

In den USA, wo nach der Reaktorkatastrophe von Harrisburg kein Atomkraftwerk mehr gebaut wurde, hat sich 1990 eine versammelte amerikanische WissenschaftlerInnengemeinschaft von 700 MitgliederInnen der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften, darunter 49 NobelpreisträgerInnen, in einem beschwörenden Appell an ihren Präsidenten George Bush gewandt und ihn aufgefordert, alles in seiner Kraft liegende für einen entschlossenen Kampf gegen den Treibhauseffekt zu tun. Dabei wurde sich ausdrücklich auch für die Neuauflage eines Atomenergieprogramms ausgesprochen. Unter den UnterzeichnerInnen des Aufrufs fanden sich auch so prominente Atomenergiegegner wie Amory B. Lovins. Ihr Präsident hat sie erhört. In den USA wurden noch 1990 drei neue atomare Kraftwerksblöcke der 1000 MW-Klasse in Betrieb gesetzt. Ein neues Atomenergieprogramm, mit derzeit fünf neuen Atomkraftwerken im Bau und drei weiteren in Planung, ist dort ebenfalls bereits voll am Laufen.

In der Bundesrepublik produzierte zeitgleich zu dem Appell der amerikanischen WissenschaftlerInnen, die Klima-Enquetekommission des Bundestages den ersten prominenten Umfaller für die Atomenergie: den sozialdemokratischen Hamburger Wissenschaftssenator Klaus-Michael Meyer-Abich, der sich direkt nach Tschernobyl noch mit seinem Buch *„Die Grenzen der Atomwirtschaft"*, als Atomkritiker hervorgetan hatte. Vier Jahre später 1990, forderte er zur Bekämpfung der Klimakatastrophe (um zwei Prozent!) auch einen Ausbau bei der Atomenergie. Seine Argumentation: *„Wir dürfen uns einer national eingegangenen und von uns gemeinsam zu verantwortenden Gefahr Atomenergie nicht dadurch entziehen, indem wir andere Länder einer anderen Gefahr, der Klimagefahr, aussetzen."* (TAZ 6.3.90)

Bei seinem Vorstoß für den Bau zweier neuer Atomkraftwerke in Greifswald und Stendal, im Frühjahr letzten Jahres, bediente sich Bundeswirtschaftsminister Möllemann einer, bis in die Wortwahl identischen Argumentation wie Meyer-Abich und prophezeite dann: *„Die Debatte über den Kohlendioxid-Ausstoß herkömmlicher Kraftwerke und die damit verbundene Gefahr einer Klimakatastrophe hat erst begonnen. Und in dieser Debatte spielt die Kernenergie weltweit eine neue Rolle."* (Spiegel 16/91)

Seitdem ist die Debatte hier in Scheißdeutschland in der Tat nicht mehr verstummt, auch wenn sich in atomkritischen Kreisen scheinbar peinlichst darum bemüht wird, diese Vorgänge nicht zur Kenntnis zu nehmen. Jedes Systemschwein, das auch nur irgendeinen Posten inne hat, von dem es meint, daß er in dieser Debatte von Gewicht sei, hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet; ob nun Vorstandsvorsitzender oder Aufsichtsratsmitglied von Kraftwerksbetreiberfirmen, Verbandssprecher - welcher Bandenbildung auch immer - oder Gewerkschaftssekretär, Parteipolitiker und - in solchen Debatten natürlich immer gern zitiert - jede Menge Wissenschaftspersonal. Für einen Einblick sei hier nur auf die Chronologie in der „atom" Nr. 36, die allerdings nur bis August letzten Jahres reicht, verwiesen. Die Debatte brach da nicht ab, setzte sich vielmehr unvermindert fort, produziert Pressemeldungen Woche für Woche und das meist mehrmals. Der nächste bevorstehende Höhepunkt in der Debatte wird die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 12. Juni in Rio werden.

Der *„Club of Rome"* - in der Ökologiebewegung ja auch lange Zeit gerne zitiert -, hat im Vorfeld dieser Konferenz seine ehemals kritische Position

zur Atomenergie schon revidiert. In der neuesten Studie heißt es, man/frau müsse *„widerstrebend einräumen"*, daß angesichts der CO_2-Problematik die Verbrennung von Kohle und Öl *„möglicherweise noch gefährlicher für die Gesellschaft"* sei als die Atomenergie. Die nukleare Option müsse deshalb offengehalten werden.

Die Enquetekommission *„Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre"* des Deutschen Bundestages wollte sich in ihrem letzten Zwischenbericht ans Parlament noch auf keine einheitliche Empfehlung in der Frage Klima und Atomenergie einigen. Während sich die einen offensiv für die Nutzung der Atomenergie zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen aussprachen, wollten die anderen die Gefahren des Treibhauseffekts noch nicht *„gegen die bekannten Risiken und Langzeitwirkungen der Atomenergie ausspielen"* lassen. Die möglichen Auswege aus dem *„Dilemma"* sollen aber noch vor der Konferenz *„in einem sachlichen und diskursiven Verfahren"* gefunden werden.

Dagegen wird sich was erheben?

Dahinter muß wohl eher ein ganz großes Fragezeichen gesetzt werden. Der Widerstand gegen ein neues Atomprogramm wird insgesamt - wenn es ihn überhaupt noch geben wird -, schwerer werden. Wer meint, für die Atomenergie gäbe es hier in Deutschland keine Akzeptanz mehr, der sollte sich fragen, ob er seit Tschernobyl gut geschlafen hat; vielleicht im Winterschlaf lag? Die Atomindustrie zumindest schlief nicht. Der Werbefeldzug mit der drohenden Klimakatastrophe wird von ihr nicht nur systematisch geplant durchgeführt, sondern über seine Ergebnisse wird auch regelmäßig Zwischenbilanz gezogen. Die letzte Studie zum Stand der Akzeptanz, vom *„Informationskreis Kernenergie"* beim Meinungsforschungsinstitut Allensbach in Auftrag gegeben, datiert vom Januar 1990. Diese Umfrage kam zu dem Ergebnis: *„daß im Rahmen der zur Zeit anhaltenden Klimaveränderung die Kernenergie immer positiver beurteilt wird. Waren im Jahre 1984 erst 37% der Bundesbürger davon überzeugt, daß Kernkraftwerke umweltverträglicher sind als Kohlekraftwerke, so teilen heute 45% diese Überzeugung."* Speziell für die Zeit nach Tschernobyl, vom Anfangsdatum her einsetzend mit dem Beginn der Werbekampagne Atomenergie und Klima zu Beginn des Jahres 1988, kam die Umfrage zu dem Ergebnis: *„Noch Anfang Februar 1988 unterstützten 43% der Bundesbürger einen baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Bis Juli 1989 hat sich diese Einstellung spürbar geändert: Nur noch 34% der Bevölkerung möchten der Kernenergie in der Bundesrepublik keine Zukunftschancen geben. Für eine Fortsetzung des Kernenergieeinsatzes in der Bundesrepublik sprechen sich heute 54% der Befragten aus. Die Unterstützung für einen Ausstieg aus der Kernenergie ist bei den Anhängern aller vier Bundestagsparteien rückläufig."* (vgl. atw 1/90)

(Anti)-atompolitisch ergibt sich ein düsteres bis verheerendes Bild. Düster bei der SPD und den anderen sich atomkritisch verkaufenden Parteien und verheerend was die radikale Linke und die Anti-AKW-Bewegung - seligen Angedenkens -, betrifft.

Bei der SPD zeigt sich ein langsam und beständig immer deutlicheres Abrücken von den alten - ja auch nur formelhaft, unverbindlichen - Ausstiegsbeschlüssen. Auf dem SPD-Parteitag, Ende Mai letzten Jahres in Bremen, wurde die 10-Jahresfrist für den „Ausstieg" gekippt, die ja 1986 erst direkt nach Tschernobyl auf dem Nürnberger Parteitag ins Programm gehoben worden war. Der „Ausstieg" läuft jetzt auch explizit wieder mit open-end. Die Vorentscheidung dazu war im Kontext der Debatte um den neu gesuchten *„energiepolitischen Konsens"*, schon Anfang Mai, auf der Konferenz der SPD-Fraktions-vorsitzenden in Bund und Ländern, gefallen. Schon in der dort verabschiedeten Entschließung *„Energiepolitik der 90er Jahre"* hieß es nur noch, die SPD halte *„an dem Ziel des Ausstiegs aus der Atomkraft fest."* Es folgten im Mai und im Juni die Gewerkschaftskongresse von IG-Bergbau, IG-Chemie und ÖTV mit starken Tönen pro Atomenergie und Aufforderungen an die SPD diesbezüglich zu einem *„energiepolitischen Konsens"* zurückzufinden. Muß das für die IG-Bergbau und IG-Chemie nicht weiter verwundern, ist es für die ÖTV doch ein kleines atompolitisches Roll-back, denn hier waren nach Tschernobyl auch schon mal atomkritischere Töne zu hören gewesen. Die Grünen haben sich realpolitisch stromlinienförmig an den Trend der Sozialdemokratie angepaßt; in den Landesregierungen von Niedersachsen und Hessen wird das vorbildhaft durchexerziert, und AtomkraftgegnerInnen werden dabei - wo sie sich, wie in Gorleben, dazwischenstellen -, auch schon mal grün und rot durchgeprügelt. Bei der PDS/Linken Liste vertragen sich die Atomkraft"gegnerInnen" - vielleicht deshalb? -, von vorneherein in bester Parteidisziplin mit den AtomlobbyistInnen.

Die radikale Linke ist mit sich selbst und anderem beschäftigt. Von der Anti-AKW-Bewegung ist an lebendigen politischen Strukturen - bis auf ein paar Standorte-BIs, die sich lokal noch wacker mühen, einer Zeitschrift wie der *„atom"* und dem Rundbrief *„Anti-Atom-Aktuell"* -, fast nichts übriggeblieben. Bundeskonferenzen, die diesen Namen verdienen, fanden in den letzten Jahren nicht mehr statt. Auf dem Treffen in Marburg letzten November kamen aber immerhin 80 Leute. Es wurde eine Bestandsaufnahme mit langen Berichten aus den noch arbeitenden und anwesenden BI's gemacht, und es kam eine einigermaßen strukturierte Diskussion ohne große Illusionen zustande. Ein Tiefpunkt ist vielleicht erreicht: Die Anti-AKW-Bewegung ist tot. Das scheint allmählich Konsens zu sein. Da wollte Wolfgang Ehmke in der letzten *„atom"* vielleicht ein wenig Mut machen: *„Die Bewegung ist tot, es lebe der Widerstand!"*, schrieb er. - Worauf dann unweigerlich die Frage kommen muß: Welcher Widerstand? Auf lokaler Ebene wird es einen Widerstand ja vielleicht auch noch in Zukunft geben. Darüber hinaus ist jedoch nichts in Sicht. Vertrösten auf die Zukunft heißt hier: Warten auf Godot. Woran es mangelt ist schon allein eine einigermaßen begründete Einschätzung der uns erwartenden atompolitischen Zukunft. Wenn darüber eine Debatte und Verständigung stattfände, wäre wohl schon viel erreicht. Abschließend hier nur zusammenfassend ein paar Schlußfolgerungen.

Schlußfolgerungen

Ohne jeden Zweifel kann meines Erachtens heute festgehalten werden:

Es gibt eine Renaissance der Atomindustrie. Seit 1989 ist weltweit faktisch wieder ein beschleunigter Zuwachs beim Ausbau festzustellen. Von einem Auslaufen oder gar absehbaren Ende der Atomenergienutzung kann überhaupt keine Rede sein. Selbst 1989, dem Tiefstand der Entwicklung, gab es weltweit noch einen Zubau von AKWs.

Bezogen auf die Entwicklung der Atomindustrie in Deutschland müssen, neben dieser grundlegenden, internationalen Dimension der ökonomisch-technologischen Entwicklung, speziell auch die sich - gerade für die deutsche Atomindustrie -, mit dem Zusammenbruch des RGW eröffnenden Perspektiven, in Betracht gezogen werden. Mit der Wiedervereinigung ist Deutschland von neuem eine imperialistische Großmacht, die europäische Großmacht schlechthin. Das ist eine neue Dimension, die bisher viel zu wenig gedacht wird. Im Einzelnen sind dann wohl noch eine ganze Reihe verschiedener Faktoren in der Entwicklung zu berücksichtigen (Akzeptanzfrage, Klimadebatte etc.), wobei für diese Einschätzung hier in Rechnung gestellt werden muß, daß auf einige dieser Faktoren nicht eingegangen werden konnte: z.B. die Novellierung des Atomgesetzes, die bis 1995 anstehende Neuverhandlung des Jahrhundertvertrages (vgl. dazu u.a. die Chronologie in „atom" Nr. 36) und die Entwicklung neuer atomarer Reaktorlinien speziell z.B. der Hochtemperaturreaktoren. Das müßte noch gesondert analysiert werden. Mit dieser Einschränkung kann hier aber vielleicht doch schon weiterhin festgehalten werden:

Für die Deutsche Atomindustrie eröffnet sich nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des RGW auf dem Hintergrund der Herstellung eines einheitlichen europäischen Energiemarktes mit gesamteuropäischem Stromverbund einschließlich Osteuropas ein ganz neuer Expansionspfad mit der Kolonialisierung Osteuropas. Daß bei diesem gigantischen imperialistischen Beutezug allen voran der deutsche Imperialismus die Nase vorn haben wird, zeichnet sich - erstes Beuteopfer CSFR - bereits ab. Auf diesem Expansions-pfad wird, über die in der Kolonialisierung geschaffenen direkten Zugriffsmöglichkeiten - über die Modernisierung und den Bau von AKWs dort und deren Bezahlung mit Stromlieferungen für die Konzerne hier -, der Atomausbau sozusagen nach außen verlagert, in die neuen „Kolonien".

Der Ausbau in Deutschland ab 1995 bleibt darüber hinaus als weitere Option der Atomindustrie drohend bestehen; entweder mit den von Siemens-Framatome in Entwicklung befindlichen, sicherheitstechnisch angeblich verbesserten, dafür auf 1500 MW vergrößerten Leichtwasserreaktoren, Konvoi-95, oder - als noch etwas längerfristige Option ab dem Jahr 2000 - mit dem Übergang zur neuen Reaktorgeneration vom Typ der Hochtemperaturreaktoren. Auch diese beiden Optionen müssen mitgedacht werden. Abhängig ist die Realisierung hier wohl nicht zuletzt auch von der weiteren Entwicklung des Faktors Akzeptanz; ein Faktor, auf den wir nur noch politisch marginalisierten Einfluß haben.

r. k.

Neues Atomgesetz - neuer Energiekonsens?

Energiepolitik vor neuen Weichenstellungen: Alles ist in Bewegung - nur, wohin?

Versuch einer Einschätzung

Dieser Versuch einer Einschätzung entstand im Laufe der Jahreswende 91/92 als Teil einer Dokumentation über den Diskussionsstand in den Medien der Atommafia. Die Dokumentation umfaßt in dem Zeitraum Oktober 1990 bis Dezember 1991 in den Zeitschriften „atomwirtschaft" und „Energiewirtschaftliche Tagesfragen" erschienene Artikel. Zusammen kamen 43 Seiten Fundstellen mit den wichtigsten Zitaten, erschlossen durch 6 Seiten Stichwortverzeichnis.

Vorweg: Die Fülle des zugrunde gelegten Materials ist erst einmal erschlagend. Über zweitausend Seiten Geschreibsel (nicht nur) der Atommafia, das will auch erstmal ertragen sein. Die Auswertung in Form der Dokumentation ergibt schon ein verwertbares Bild, muß aber auf den Betrachter wie ein Mosaik wirken.
Um so notwendiger ist zumindest der Versuch, ein paar Grundlinien nachzuzeichnen, möge das auch noch so unvollständig, allgemein oder vielleicht auch nur spekulativ werden.

Hoffentlich ist niemand enttäuscht, wenn die geplante Novellierung des Atomgesetzes nicht das einzige oder zentrale Thema dieser Einschätzung ist. Sicher ergibt sich bei der Lektüre der „Fachpresse" aber nicht nur bei mir der Eindruck, bei der geplanten Novellierung handele es sich nur um einen kleinen Ausschnitt der energiepolitischen Weichenstellungen unserer Zeit. Nichtsdestotrotz eignet sie sich, finde ich, ganz hervorragend zur Sichtbarmachung der Probleme mit den laufenden und kommenden Atomprogrammen. Damit ist die Novellierung auch Ansatzpunkt für klassische Formen der Aufklärung, also Information und Öffentlichkeitsaktionen. Und das ist der Entwicklung sowie Aufrechterhaltung von Akzeptanzschwierigkeiten für die Atommafia und alle, die sich mit ihr arrangieren, sicherlich sehr förderlich. Dies soll also kein Plädoyer für DIE zentrale Kampagne der Anti-Atom-Bewegten sein, sondern ein weiterer Aufruf zur Arbeit mit einem in sich kontroversen Projekt eines Teils der Atommafia. Hier ist ein „Sieg" machbar. Aber dazu später mehr.

Meistens ist es ziemlich nervig, sich mit den Veröffentlichungen der Strom- und Atommafia zu beschäftigen. Aber ab und zu kommt dann doch auch einmal Freude auf, wenn sich die Atommafia, wie in den 50er und 60er Jahren, ganz schlicht auch mal wieder selbst entlarvt. Zu Beginn also ein Anekdötchen, zusammengepuzzelt aus und nachzulesen in den Materialien:

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wird ja gemeinhin eher zu der schwergewichtigeren und ernstzunehmenden Lobby im bundesdeutschen Machtkampf um Einfluß und Geld gezählt. Niemand wundert also, daß auch in diesem ein „Arbeitskreis Kernenergie" gebildet wurde. Schließlich sind AKW's ja nicht ganz unwichtig für das hiesige Industriesystem.
Dieser „Arbeitskreis Kernenergie" des BDI nun forderte in einer Resolution am 19.09.1991 die Bundesregierung auf, sie solle eine „realistische Kernenergiepolitik" betreiben und ein „klares Bekenntnis zur Kernenergie ablegen". Die Presse gab das auch getreulich wieder. Hintergrund war die laufende Debatte um ein neues energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung (dessen Entwurf im Dezember dann von Bundeswirtschaftsminister Möllemann vorgelegt wurde).
Erstaunlich wirkte zunächst die Begründung des BDI: Die amerikanische Bundesregierung orientiere sich in dieser Richtung und sei dabei, durch Anpassung von Genehmigungsverfahren und anderen

Gorleben-Demo, Hannover 29. 1. 1983

Rahmenbedingungen ein positives Umfeld für die Kernenergie zu schaffen.
Wie nun kam der BDI dazu? Eingeladen zu der vorgenannten Sitzung war ein gewisser Mister Finger aus den USA, ein „amerikanischer Energieexperte", „ehemaliger Präsident des US Council of Energy Awareness (US-CEA)". Dieser referierte nun vor - ja, vor wem denn eigentlich?
Ganz einfach, vor dem „Arbeitskreis Wirtschaft und Industrie" der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG), dem zweitgrößten Atomlobbyverein der BRD. Dieser Arbeitskreis, so gibt die KTG in ihren Mitteilungen selbst stolz an, ist nämlich identisch mit dem BDI-Arbeitskreis.
Mr. Finger also berichtet über die zunehmend positive Haltung der Amerikaner gegenüber der Atomkraft - aber halt, wer ist denn der Finger jetzt tatsächlich? Dieser „Rat für Energiebewußtsein", das klingt so alternativ.
Das aber erhellt andernorts ein Tagungsbericht über die Europäische Nuklearkonferenz 1990 in Lyon. Dort wird eine andere Expertin zitiert: „Die Branche beginnt zu begreifen, daß viele Menschen die Kernenergie unterstützen, ohne sie zu lieben, formulierte Ann Bisconti von der amerikanischen Energie-PR-Organisation US-CEA." Oho.
Und dieser (ehemalige) Werbungs-Präsident berichtet nun der deutschen Atomlobby, daß „80 Prozent der Amerikaner glauben, daß die Kernenergie in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird", freilich ohne zu bemerken, ob sie das auch wollen. Immerhin merkt er an: „Freilich halten die meisten Amerikaner dies für eine sehr langfristige Entwicklung, denn nur 20 Prozent von ihnen sind der Überzeugung, daß in den nächsten zehn Jahren überhaupt ein Kraftwerk in ihrer näheren Umgebung benötigt wird." Aha.
Der Arbeitskreis BDI der KTG nun, oder war das umgekehrt?, na egal, jedenfalls erfährt die Presse am nächsten Tag unter dem Titel „BDI fordert realistische Kernenergiepolitik":"Unter Bezugnahme auf einen Vortrag, den der amerikanische Energieexperte H.B. Finger, ehemaliger Präsident des US Council of Energy Awareness (US-CEA), vor dem BDI-Arbeitskreis Kernenergie am 19.9.91 hielt, fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), daß die Bundesregierung in ihrem angekündigten Energieprogramm ein klares Bekenntnis zur Kernenergie ... ablegen solle." Punktum. Der Arbeitskreis ist nämlich bevollmächtigt, im Namen des BDI Erklärungen abzugeben ...
Und wenn sich da nicht gerade mehrere verschiedene Pressemitteilungen gefunden hätten, hätten wir auch nicht so leicht gemerkt, daß auch die gewichtige Atomlobby nur mit leichtem Wasser kocht. Nebenbei: Der gerade gewählte neue Vorsitzende des multifunktionalen Arbeitskreises heißt Hans Hirschmann und ist bekannt als Vorstandsmitglied der einstmals selbstständigen Kraftwerksunion (KWU), der AKW-Schmiede des Siemens-Konzerns.
Soviel zu Beginn zu den erheiternden Seiten des Studiums von Fachzeitschriften der Atomiker. Oder ist so etwas am Ende gar nicht lustig?

Wo aber anfangen mit einer Gesamtübersicht über „Die energiepolitische Situation unter besonderer Berücksichtigung der Atommafia"?

Na, wo sich alle Seiten einig sind - die „Akzeptanz" ist futsch, der „energiepolitische Konsens" gleich mit, und zumindest die Atommafia sucht händeringend danach ... sagt sie. Nun soll aber bloß niemand glauben, sie suche ihn ausgerechnet in den Reihen unserer Anti-Atom-Bewegung seligen Angedenkens, von der einst ein hoher Innenministerieller unter E. Zimmermann (CSU) sagte, sie habe der deutschen Industrie Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe erspart. Nein, der ebenso ministerielle K. Bauer sagt offen: „Wichtigstes gesellschaftspolitisches Problem ist die Auseinandersetzung über die Akzeptanz der Kernenergie, in der vor allem die Kernenergiegegner bisher nicht bereit sind, sich angesichts der mehr und mehr dominierenden Umweltprobleme, die mit unserer heutigen Energieerzeugung verbunden sind, an einer objektiven und sachlichen Neubewertung der verschiedenen Energieträger einschließlich der Kernenergie zu beteiligen." Und weiter: „Es ist daher dringend erforderlich, ein Konzept zur Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik, eingebettet in einen größeren europäischen Rahmen, zu entwickeln, ... das die Akzeptanzdiskussion bei den Dialogfähigen fördern kann."
Der Herr Gieske aus dem Vorstand der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), dem Betreiber zahlreicher Atomkraftwerke und neben der VEBA mächtigsten Konzern der Atomstromer, drückt es etwas präziser aus: „Gefordert (ist) ein von allen staatstragenden Parteien akzeptierter länderübergreifender Grundkonsens über die einzusetzenden Primärenergieträger, um die notwendigen Investitionen vertreten zu können."
Na, da bleiben aber nicht viele von uns AKW-GegnerInnen zur Konsenssuche übrig. Aber das muß ja nicht heißen, daß wir ihnen nicht kräftig in den Konsens spucken könnten ...

Ist so also erst einmal festgestellt, um wen es nicht geht, ist die SPD mitsamt grünen Anhängseln (ja, werden die denn für staatstragend gehalten?) schnell als umworbener Konsenspartner ausgemacht. Denn diese hat ganz ohne Jein und Aber im Jahre Null nach Tschernobyl (das war doch 1986, oder wie?) mit Ach und Krach den Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb von 10 Jahren beschlossen. Und seitdem stellen sie sich in Sachen Ausstieg mehr oder weniger geschickt an. Ich verpass ja sonst auch viel - haben die mittlerweile was stillgelegt? Der Countdown läuft, noch drei Jahre bis zum Ausstieg. Das wird aber knapp.

Sitzblockade am Zwischenlager in Gorleben, 4. 9. 1982

Zurück zum Ernst des Lebens ...

Zu unterscheiden sind für mich die allgemeine energiepolitische Ebene und die industriestrategische Ebene der Atomwirtschaft. Die allgemeine energiepolitische Ebene wird charakterisiert durch das Schlagwort „Energiemix" und den Marktanteil des Atomstroms darin auf bundesdeutscher und europäischer politischer Ebene. Die industriestrategische Ebene wird durch die Machtkämpfe und Expansionsbestrebungen der Stromkonzerne einerseits und der AKW-Bau-Industrie andererseits charakterisiert. Nicht davon getrennt werden kann aber die Welt außerhalb Großeuropas. Energiepolitik war schon

Weltpolitik, als an AKW's nicht einmal gedacht wurde.

Drei große energiepolitische Projekte sind im Moment aktuell:

- Das energiepolitische Programm der deutschen Bundesregierung , zu dem ich auch den Versuch einer Neugestaltung der Atomrechtslage zähle.

- Die Europäische Energiecharta im Rahmen Europas über den Ural hinaus neben den EG-Energieprogrammen.

- Die Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche unter den Stichworten Klimaschutz und Treibhauseffekt.

Davon trennen möchte ich, trotz teilweiser Überschneidung und teilweiser Widersprüchlichkeit, die wichtigsten Projekte der Strom- und AKW-Bau-Konzerne:

- Europäisierung und Internationalisierung des Baus von (und des Services für) AKW's.

- Europäisierung des Strommarktes.

Im folgenden will ich versuchen, die Reihenfolge dieser Punkte einzuhalten.

Das energiepolitische Programm der deutschen Bundesregierung

Die politische Ausgangslage ist, daß seit der Regierung Schmidt kein ausdrückliches energiepolitisches Programm mehr aufgestellt worden ist. Praxis ist seitdem die Formel vom Drittelmix der Primärenergieträger und der Koexistenz von Nutzung der Atomkraft und der bundesdeutschen Kohle.

Die Rolle der Kohle und damit der Zechengesellschaften ist mit dem Jahrhundertvertrag bis 1995 auf eine bestimmte Verstromungsmenge festgeschrieben, diese Kohleförderung wird durch Regierungssubventionen und Abnahmegarantien der Stromkonzerne subventioniert. Dem liegt offiziell der Gedanke der Versorgungssicherheit bei Rohstoffpreissteigerungen, weniger offiziell die Angst vor der Arbeitslosigkeit einer ganzen Menge Bergarbeiter als sozialem Sprengstoff zugrunde.

Den Entwurf eines neuen energiepolitischen Konzeptes hat Bundeswirtschaftsminister Möllemann an sich gezogen, da Energiepolitik wieder mehr als Wirtschaftspolitik behandelt werden soll und in Industriekreisen sowieso von einer „ökologischen Überfrachtung der Energiepolitik" ausgegangen wird, wie auch die Kommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates der CDU feststellt. Dem widerspricht allerdings nicht, daß in Koordination mit den EG-Staaten und, wenn möglich, mit den außereuropäischen Industrienationen, eine Kohlendioxidsteuer erhoben werden soll, die dem angeblich kohlendioxidfreien Atomstrom weiter helfen soll.

Wirtschaftliche Ausgangslage ist heute, daß der Bergbau einerseits massiv eingeschränkt wurde, die Kosten für einheimische Kohle dennoch gegenüber Weltmarktkohle aus Polen oder Südafrika gestiegen sind. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sind nicht mehr bereit, hier auf Gewinne zu verzichten. Schließlich besteht auch im Bergbau wesentlich eher die Gefahr von Streiks, in AKW's ließe sich solches im unwahrscheinlichen Falle eines drohenden Streiks mit dem Hinweis auf die Sicherheit verhindern. Und daß für ein AKW weniger dauernde Arbeitskräfte gebraucht werden, die unberechenbare Kostenfaktoren sind, liegt auf der Hand. Die Drecksarbeit muß jedenfalls sowieso wegen der zulässigen Strahlungs-Jahreshöchstdosen von vielen - meist völlig vereinzelten, geschweige denn organisierten - Leiharbeitern gemacht werden. Diese sind natürlich oft Ausländer, was die Verfolgung von Strahlungsschäden verhindert.

Auf der Grundlage der Arbeit und des Berichts der gemeinsam einberufenen Mikat-Kommission wurde ein vorläufiger Kompromiß zur Verlängerung der Verstromungsquoten des Jahrhundertvertrags gefunden, der auch Gnade vor den Augen der EG-Kartellwächter, die mittlerweile größere Kontrollmöglichkeiten haben, fand.

Vor allem sind sowohl in der Kohleindustrie als auch im Kohlekraftwerksbau Entscheidungen vor der Tür, die Investitionssummen in Milliardenhöhe umfassen. Bei AKW's ist der Entscheidungsdruck nicht so hoch und eher auf Auslandsbauten beschränkt, wenn auch schon jetzt die Entscheidungen über Atomstrom aus dem (vor allem östlichen) Ausland gefallen scheinen. Damit wird der bundesdeutsche Drittelmix aber auch ungeniert ausgehebelt, der Atomstromanteil erhöht. Das erste praktizierte Beispiel sind die AKW's Mochovoce 1 und 2 in der CSFR, die gerade von Siemens/KWU mit deutscher Leittechnik ausgestattet werden, vom Bayernwerk vorfinanziert, und diesem mit der Lieferung von Atomstrom bezahlt.

Andererseits existiert faktisch ein Moratorium für den weiteren Ausbau der Atomkraftnutzung in der BRD, nachdem die sogenannten Konvoianlagen in Betrieb gegangen sind. Dazu kommt, daß die SPD als potentielle Regierungspartei offiziell den Atomausstieg auf ihre Fahne geschrieben hat, eine große Bevölkerungsmehrheit Bedenken gegen AKW's hat - und nicht zuletzt wir als eine engagierte Minderheit es immer wieder verstehen, zumindest Drohpotential gegenüber konkreteren Plänen der Konzerne zu entwickeln. Machtpolitisch gefährlich, zugänglich und damit interessant sind hier in der Akzeptanzfrage und für einen neuen Konsens aber nur die SPD und die von ihr geführten Landesregierungen sowie die Gewerkschaften.

Unter den Gewerkschaften ist die IG Bergbau und Energie (IGBE) den Drohungen der Stromkonzerne, die ihnen zu teure Inlandskohle nicht mehr abzunehmen, am meisten ausgesetzt. So zeigte sich Gewerkschaftsführer Berger durchaus willig und bereit, auf die SPD Druck zum weiteren Hinnehmen der laufenden AKW's und Ersatz dieser durch neue auszuüben. Dabei formulierte Berger selber: „Die Frage des Bestandes der vorhandenen Kernkraftwerke und der zukünftigen Nutzung wird sich dann im Dialog zwischen allen Beteiligten leichter definieren lassen, wenn erkennbar wird, daß ... politische und wirtschaftliche Macht dazu genutzt werden soll, die Substanz des heimischen Stein- und Braunkohlenbergbaus zu zerstören, um so den energiewirtschaftlichen Zwang zur Nutzung des vorhandenen Kernkraftwerksparkes zu verstärken."

Doch auch die ÖTV und die IG Chemie sind bereit, Druck auf die SPD zur Verlängerung ihrer Ausstiegsfrist nach dem Nürnberger Parteitagsbeschluß von 1986 zu machen. Mit der Formel der ansonsten entstehenden Unglaubwürdigkeit soll die Ausstiegsfrist erst einmal verlängert werden. Auf die Idee, die Glaubwürdigkeit durch Stillegung der zugänglichen AKW's in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen zu bestärken, kommen anscheinend weder Monika Wulf-Mathies noch Hermann Rappe oder ihre FunktionärInnen. Diese Konstellation von Gewerkschaften und SPD ist eben auch stark geprägt durch interne Machtkämpfe, in denen zumindest die IGBE und die IG Chemie durch gezielte Unterstützung des „Seeheimer Kreises" den rechten Parteiflügel unterstützen, während die stärksten Verfechter des Ausstiegs eher auf dem „linken" Flügel zu finden sind.
Die vorhandenen Chancen jedenfalls hat sich Bundeswirtschaftsminister Möllemann ziemlich verbaut, indem er Berger vor dem IGBE-Kongreß im Mai 1991 mit wilden Subventionskür-

zungs-Drohungen zum Thema Arbeitsplatzabbau bloßstellte und in die Gegenposition trieb.

Die SPD selbst will bisher, trotz großen Drucks auf dem Bremer Parteitag, ihre Position nicht ändern. Das ist wohl vor allem auf den Druck der Basis und die Erwartung von Wahlstimmen für diese Haltung bei der atomskeptischen Mehrheit der Bevölkerung zurückzuführen. Vor allem die energiestrategischen Positionen der Partei und ihrer Fraktionen sind weitgehend von Atomkraftskeptikern, wenn nicht sogar (ehemaligen) Atomkraftgegnern besetzt. Der Bundesregierung und vor allem der hinter ihr stehenden Industrie reicht aber auch schon eine Tolerierung durch Stillhalten der SPD, wenn sie auch fordert, diese müsse jetzige Regierungsentscheidungen bei einer Regierungsübernahme weiter tragen.

Seit Dezember 1991 nun liegt nach einem heissen Lobbyistenjahr der Entwurf des Bundeswirtschaftsministers vor und sieht die Beibehaltung des Drittelmix vor. Dabei wird noch nicht offen, aber ziemlich wenig versteckt von einer Erhöhung des Anteils des Atomstroms ausgegangen.

Diese Erhöhung ist aber zumindest kurzfristig nicht durch Zubau bundesdeutscher AKW's machbar. In diesem Zusammenhang ist die Entscheidung von den Stromkonzernen bereits vorweggenommen: Mitte 1991 knüpften sie ihre Entscheidung über neue AKW's in Stendal oder Greifswald an „eine eindeutige politische Unterstützung der maßgeblichen politischen Kräfte". RWE-Vorstand Schmitt:"Angesichts des enormen Investitionsrisikos - die Kosten werden mit etwa 4 Mrd. DM pro Block veranschlagt - wird ein belastbarer Konsens der maßgeblichen politischen Kräfte unter Einschluß der SPD gefordert. Ein derartiger Konsens ist im Augenblick nicht erkennbar, so daß die Voraussetzungen für den Bau dieser Kernkraftwerksblöcke nicht vorliegen." Damit gehen die EVU der Konsensfindung erst einmal aus dem Weg und „schlagen damit die Tür zu", wie K. Lippold von der CDU bedauerte.

Erkennbar ist hingegen, daß von den EVU zunächst der Weg über Atomstrom aus dem Ausland genommen wird. Waren zunächst Polen oder auch Kooperation mit dem französischen Stromriesen Electricite de France (EdF) im Gespräch, so zeichnet sich jetzt die strategische Konzentrierung auf die CSFR und eventuell Ungarn ab. Dabei soll erst einmal die östliche Atomkraftwerkstechnik von Siemens/KWU nachgebessert werden, um dann die angefallenen Kosten mit nach Deutschland zu lieferndem Atomstrom zu bezahlen. Dasselbe Modell kann dann auch auf den AKW-Bau angewendet werden.

Das gehört eigentlich ins Kapitel „Konzernstrategien" ist hier aber wichtig wegen der Wechselwirkungen auf die bundesdeutsche Atomrechtsdiskussion. Denn das RWE erklärt weiter: „Eine weitere Forderung besteht darin, daß von der derzeitigen stufenweise Genehmigungspraxis im Fall des Neubaus von Kernkraftwerken in Greifswald und Stendal abgewichen würde. Voraussetzung für die Errichtung der Kraftwerke ist aus der Sicht der RWE Energie AG eine vollständige Genehmigung, d.h. sowohl zur Errichtung als auch zum Betrieb."

Damit bin ich bei der Diskussion um ein neues Atomgesetz, das von den Stromkonzernen offen abgelehnt wird, in dem aber auch für sie eine einheitliche Genehmigung mit einem Anspruch auf diese verknüpft werden soll.

Die Idee eines neuen Atomgesetzes geht zurück auf Anregungen des SPD-dominierten Bundesrats, teilweise Änderungen des Atomgesetzes vorzunehmen. Daraus entstand im Bundesumweltministerium (BMU) die Idee, aus dieser Vorlage eine umfassende Novellierung des Atomgesetzes zu machen, die den Weg ebnen kann für eine weitere, ausgebaute Nutzung von Atomkraft. Dabei sollte die SPD in die Gesetzgebungsarbeit eingebunden und langfristig auf das entstehende Gesetz festgelegt werden.

Großdemo gegen den Weiterbau des Schnellen Brüter, Kalkar 2. 10. 82

Diesen Weg lehnten die Stromkonzerne schon früh ab. Ihre Hauptbegründung war der zu erwartende Zeitverzug durch langwierige Diskussionen, daneben spielte vor allem eine Rolle, daß der Ausgang des Gesetzgebungsverfahrens angesichts der SPD-Mehrheit im Bundesrat ziemlich ungewiß werden könnte. Last not least sehen die bisher vorgestellten Novellierungsgrundzüge auch Unannehmlichkeiten für die Atomstromer vor - teils Bonbons für die SPD, teils als notwendig betrachtete Verschärfungen.

Im praktischen Ergebnis jedenfalls würde sich wohl durch ein neues Atomgesetz des diskutierten Zuschnitts für uns nicht viel ändern. Schon jetzt haben juristische Klagen gegen Atomanlagen keinen Erfolg in Form dauernder Stillegung von AKW's und beziehen sich sehr oft auf Verfahrensfehler (was wohl auch ohne näheres Eingehen auf den kontroversen Diskussionsstand zur Rolle des juristischen Weges unter AKW-GegnerInnen festgestellt werden kann). Denn das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht mühen sich redlich, den oft verworrenen Rechtsstrategien der Atomiker (da war die Niederlage in Wackersdorf als juristische Lachnummer vorgezeichnet) letztlich zum Erfolg zu verhelfen. Theoretisch denkbare Erfolgsmöglichkeiten werden trotzdem sicherheitshalber durch die Novellierung ausgeschlossen. Unser „Quälpotential" in Form der Wahrnehmung von Öffentlichkeitsbeteiligungen und Klagemöglichkeiten bei Genehmigungsverfahren aber würde erheblich reduziert, dadurch der politische Druck auf Genehmigungsbehörden gelindert.

Anders die Lage für Landesbehörden und -regierungen als Genehmigungsbehörden: Vor allem ihnen sollen alle Möglichkeiten zum Querlegen oder auch nur rigoroser Rechtsanwendung entzogen werden. Eine Tolerierung der Atompolitik würde dann von diesen verkauft als „Wir können rechtlich nix machen". Noch in der ersten Hälfte 1992 werden wir, auch ohne neues Atomgesetz, diese Vorgehensweise anhand des Zwischenlagers in Gorleben vorgeführt bekommen. Sie hat auch ziemlich wenig mit der Strategie „streng nach Recht und Gesetz" zu tun und umso mehr mit Kapitulation vor einem nach wie vor für die Atommafia funktionierenden Beamtenapparat und eventuell vorgehenden anderen politischen Prioritäten.

Das ist der eine Ausgangspunkt energiepolitischer Überlegungen zum Atomrecht, die Ausschaltung der Landesregierungen und Zentralisierung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen bei einer Bundesbehörde.

Der andere erklärt schon eher die ablehnende Haltung der Atomstromer: Es bildet sich eine nicht gerade unbedeutende Fraktion der Atomgemeinde heraus, die aus unterschiedlichen Gründen für ganz neue Wege in der Atomfrage der Energiepolitik ist.
Mehr oder minder offen wird ein neuer AKW-Typ gefordert, der, so A. Birkhofer, „den Ausschluß von Großschäden sicherstellen müsse ohne Rücksicht darauf, wie unwahrscheinlich der Kernschmelzunfall aufgrund der Sicherheits-

technik auch sei". Dieser Ansicht scheint selbst Töpfer nahezustehen, der wegen seiner ökologischen Weitblickversuche zunehmend vom Wirtschaftsministerium attackiert und entmachtet wird (soweit überhaupt vorhanden) und wohl im Zuge der angekündigten Regierungsumbildung im Winter 91/92 verschwinden wird. Diese Fraktion verfolgt eher eine Linie des als „modern" bezeichneten Rückzugs des Staates auf eine neutrale Kontrolleursrolle, die allerdings auch in Richtung strengere Auflagen und Kontrollen offengehalten wird. Die Hauptrolle spielt dabei die Nachrüstung von AKW's auf den Stand der Zeit. So wird bereits kommentiert: „Je weiter in Zukunft die genehmigungsrechtlichen Spielräume für Nachrüstungsmaßnahmen gesetzt werden, um so weniger können die Kernkraftwerksbetreiber mit kalkulierbaren Rahmendaten rechnen. Bei der von der Bundesregierung gewünschten 'Dynamisierung der Schadensvorsorge' im Rahmen des novellierten Atomrechts muß ein Kompromiß gefunden werden; es sei denn, auch die Koalitionspolitiker in Bonn wünschten einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Wenn nämlich die Genehmigungsschwelle in Richtung des Null-Risikos festgelegt werden sollte und kontinuierliche Nachrüstungen ohne angemessene Entschädigung möglich würden, dann dürfte kein neues Kernkraftwerk hierzulande mehr gebaut werden. Um die Akzeptanz der Kernenergie zu erhöhen, ist es aber auch notwendig, daß die Nuklearindustrie freiwillige Zugeständnisse erbringt. Bei den periodischen Sicherheitsüberprüfungen sollte ein Kompromiß für alle Seiten möglich sein."

"Neue-Wege-Fraktion"

Der „Neue Wege-Fraktion" liegen sicher unterschiedliche Motivationen zugrunde.

Weitblickendere Atomiker sind sich ziemlich einig, daß „ein zweiter Großunfall nach Tschernobyl auch global ausgeschlossen werden können muß, wenn Kernenergie akzeptabel bleiben oder wieder werden soll". Diese Gefahr aber, davon gehen sie mittlerweile ziemlich offen aus, besteht durch die existierenden AKW's.

Es ist nicht auszuschliessen, daß sogar ein gewisser Schock über den Anblick der Folgen von Tschernobyl in Kombination mit dem vorhandenen Wissen über tausende von „Störfällen" auch im Westen dabei eine Rolle spielt.

Es kann aber auch unterschieden werden zwischen eher „wissenschaftlich" orientierten Haltungen, die von der absoluten Kontrolle der Atomkraft träumen, und der „betriebswirtschaftlich" orientierten Haltung, die „sicherere" AKW's als kostengünstiger zu produzieren und betreiben anpreist.

Die Industrie hat sich längst entschieden - unter dem Schlagwort „evolutionäres Konzept" wird der bisherige Weg beschritten gegen einen so

➔ Fortsetzung Nächste Seite ➔

Wie die Atommafia debattiert

Dokumentation zur Diskussion um Energiekonsens und neues Atomgesetz

Auf der Buko der Anti-AKW-Initiativen in Marburg wurde die Einschätzung, daß es eine Renaissance der Atomenergie geben wird, nicht uneingeschränkt geteilt. Es gab auch gegenteilige Meinungen. Für die meisten gab es aber überhaupt erstmal das Problem sich eine eigene Meinung bilden zu können. Es fehlte schlicht an Informationen. Wer sich ein Bild von der derzeit in der Atommafia ablaufenden Debatte und den Planungen machen wollte, der/die war mit der Lektüre einer „tageszeitung" nicht unbedingt gut informiert, geschweige denn auf dem laufenden. Was da nicht stand, stand nur zu oft woanders. Nur die wenigsten werden aber gleich mehrere Tageszeitungen, Wochenzeitschriften, Magazine, Monatshefte lesen oder gar auswerten. Und wer z. B liest schon gerne die Medien der Atommafia: zum Beispiel „atomwirtschaft" und „Energiewirtschaftliche Tagesfragen"; - würg, kotz.

Im Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen hat man/frau davor nicht zurückgeschreckt und sich an die Arbeit gemacht. *„Über zweitausend Seiten Geschreibsel (nicht nur) der Atommafia"* hat man/frau sich dabei angetan. Das will auch erstmal ertragen sein. Damit wurde die in Marburg eingeforderte *„bessere Informationsgrundlage"*, die erstmal zu schaffen wäre, um beurteilen zu können, was da auf uns zukommt, um ein weiteres Stückchen erarbeitet. Ausgewertet wurden die letzten eineinviertel Jahre der „atomwirtschaft" und der „Energiewirtschaftlichen Tagesfragen", von Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1991.

Das Ergebnis zeigt: die Arbeit hat sich gelohnt. Herausgekommen ist eine Materialmappe von 59 Seiten, mit einem Textdokumentationsteil, einem Stichwortverzeichnis und einem abschließenden *„Versuch einer Einschätzung"*, wie es bescheiden heißt. In der Textdokumentation wurden auf 42 Seiten die wichtigsten Aufsätze der Zeitschriften zum Thema zusammenfaßt. Mit dem 7-seitigen Stichwortverzeichnis, von „A" wie *„Absatzmärkte im Osten"* bis „Z" wie *„Zeitgeist"* oder *„Zeitgemäße AKWs"*, läßt sich diese Materialsammlung auch gezielt erschließen. Der abschließende *„Versuch einer Einschätzung"* bemüht sich um einen möglichst umfassenden Blick.

War der Ausgangspunkt für die Arbeit allem Anschein nach die geplante Novellierung des Atomgesetzes, weitete sich der Blick im Prozeß der Materialsammlung dann offensichtlich auf die Gesamtproblematik der anstehenden energiepolitischen Weichenstellungen aus. Die Atomgesetznovellierung wird so als ein Baustein im Kontext der weitergehenderen Atomprogrammplanungen der Bundesregierung und der Energiekonsensdebatte mit der SPD verortet. Darüberhinaus wurden auch die Rahmenbedingungen und weitergehenden Konzeptionierungen dieser Planungen, wie sie mit der Neuverhandlung des 1995 auslaufenden Jahrhundertvertrages, der Verabschiedung der Europäischen Energiecharta, der internationalen Klimaschutzdebatte und der Europäisierung des Strommarktes abgesteckt sind, berücksichtigt.

Daß diese Materialmappe *„Neues Atomgesetz - Neuer Energiekonsens?"* mit dem Zusatz *„Materialien Nr. 1/92 des Frankfurter Arbeitskreises gegen Atomanlagen"* herausgegeben wird, kündigt an, daß die Auswertung fortgesetzt wird. Es soll eine kleine Datenbank zur Energiepolitik aufgebaut werden, in die neu erscheinende Artikel aus den in die Auswertung einbezogenen Zeitschriften fortlaufend eingespeichert werden. Auf diese Planungen bezogen macht das für die jetzt vorgelegte Materialmappe noch etwas überdimensionierterscheinende Stichwortverzeichnis (7 Seiten für 43 Seiten Text) dann wirklich Sinn. Der Zeitpunkt, an dem sich ein Materialberg angesammelt haben wird, der nur noch über Stichwortverzeichnis zu erschließen ist, ist bei gründlicher Auswertung schließlich schon absehbar. Ohne Frage ist das Verzeichnis aber auch für die jetzige Materialmappe schon hilfreich. Der Service, den der Frankfurter AK gegen Atomanlagen mit dieser Dokumentationsarbeit anbietet, sollte ausgiebig genutzt werden. Auf eine mangelhafte Informationsgrundlage zur Beurteilung der laufenden atompolitischen Entwicklungen wird sich in Zukunft niemand mehr herausreden können.

Die Materialmappe *„Neues Atomgesetz - Neuer Energiekonsens?"* kostet 10 DM und ist zu bestellen beim:

Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Dritte-Welt-Haus, Westerbachstraße 40, 6000 Frankfurt 90.
Überweisung auf das Konto des Arbeitskreises bei der Frankfurter Sparkasse, Kto.-Nr. 134019348, BLZ 50050102.

r. karsten

bezeichneten „revolutionären" Weg. Die Begriffe allein zeigen ihre Wertung aus Industriesicht auf... Siemens/KWU und Framatome jedenfalls kooperieren auf dieser Basis als zusammen größter AKW-Produzent der Welt, die sie damit lediglich unter sich aufgeteilt haben. Alles andere hätte hohe Entwicklungskosten für sie zur Folge, die der deutsche Staat nicht mehr aufbringen will und andere Staaten nicht aufbringen können.

Trotzdem hoffen die Verfechter neuer Wege darauf, daß deutsche EVU und Siemens angesichts ihrer vollen Taschen die Chance begreifen, angesichts wirtschaftlich schwer angeschlagener internationaler Konkurrenten durch Entwicklung eines neuen Reaktortyps, der alle bisherigen in Frage stellt, die Weltmarktführung zu übernehmen.

Aber genau diese „Überlegenheit" eines sogenannten „sicheren Reaktors" schreckt die Atomstromer - würde sie doch die Unsicherheit der bestehenden AKW's zur Grundlage machen. So heißt es: „Es ist sehr sinnvoll, wenn die Kernkraftwerksbetreiber durch die Reaktorhersteller neue Anlagenkonzepte prüfen lassen. Ein Dilemma entsteht aber dadurch, daß beträchtliche Verbesserungspotentiale auch in der Öffentlichkeit den Druck verstärken, die alten Anlagen durch neuere Reaktoren zu ersetzen. Je größer die Sicherheitsfortschritte sind, um so eher ist ein Ersatzbedarf programmiert, und zwar auch für eigentlich noch rüstige Anlagen."

So sind bei dieser Betrachtungsweise auch die verblüffenden Gemeinsamkeiten in der Ablehnung einer Atomgesetznovellierung zwischen uns AtomgegnerInnen und der Atommafia erklärbar. Das Projekt Novellierung wird zwar sicher nicht so ganz ohne weiteres kippen, aber die Chancen sind ziemlich groß, daß Töpfer samt Novellierung in der Versenkung verschwindet. Darum macht es in jedem Falle Sinn, von unserer Seite aus hier ein weiteres Mal einen Sieg zu erringen, der die öffentliche Meinung gegen Atomkraft bei aller Verbiegerei durch sogenannte Meinungsumfragen klarstellen kann und auf mittlere Frist zementiert. Nicht ein fast totgeborenes Projekt Novellierung muß dabei das eigentliche Ziel sein, sondern der Bundesregierung hier eine öffentliche Schlappe aufzuzwingen und damit das Thema Atomkraftnutzung als kontrovers und in der Mehrheit abgelehnt besetzt zu halten. Verhalten wir uns hier passiv, ist eine Novellierung in absehbarer Zeit machbar - und sei es abgeschwächt unter einer SPD-FDP-Grünen-"Ampelkoalition" in Bonn nach 1994. Der Inhalt der Novellierung bietet absehbar, obwohl der Referentenentwurf nicht zuletzt aufgrund unseres entschiedenen und breiten Protests vorerst in der Schublade bleibt (bis nach den Landtagswahlen), reichlich inhaltliche Ansatzpunkte für Öffentlichkeitsarbeit und breiten Protest.

Festzuhalten bleibt, daß ein energiepolitisches Konzept erst von der CDU-Zentrale ausgearbeitet und dann von Bundeswirtschaftsminister Möllemann vorgestellt vorliegt, bis zur Verabschiedung aber noch ein weiter Weg bevorsteht, der bereits durch Entscheidungen der Industrie vorgezeichnet ist. Die Haltung der SPD-Opposition ist vorerst ablehnend bis pragmatisch auf ihre fehlende Regierungsverantwortung hinweisend passiv. Ob dabei der vom Bundeswirtschaftsministerium angekündigten gemeinsamen Kommission für die Ausarbeitung eines Konsenses eine Bedeutung zukommen wird, wird sich noch herausstellen - einstweilen droht Gefahr eher von SPD-Landesregierungen, die ihre Möglichkeiten nicht nutzen oder sich sogar dem angeblich juristisch Unvermeidlichen fügen. Hier ist Druck im Moment am meisten angebracht. Nicht vergessen: Anti-AKW-Initiativen sind nicht zur Unterstützung von Regierungen gleich welcher Farbe da, sondern zum Druck machen - Konfrontation bleibt notwendig und wird inzwischen sogar vom BUND Niedersachsen wieder als notwendig betrachtet.

Die Europäische Energiecharta

Auf dem EG-Gipfel in Dublin 1990 legte der niederländische Präsident R. Lubbers ein Memorandum zur Schaffung eines gesamteuropäischen Energienetzes vor. Ende 1990 beschloß der Europäische Rat die Erarbeitung einer gesamteuropäischen Energiecharta bis Ende 1991. Die Grundkonzeption wurde Ende 1991 unterzeichnet, 1992 sollen die näheren Bestimmungen ausgearbeitet werden. Die Grundidee ist, daß die westeuropäischen Staaten mit fortgeschrittener Technologie und großen Absatzmärkten ein großes Interesse an rohstoffreichen Staaten im Osten haben müssen, die wiederum auf Kapital, Technologietransfer und Absatzmärkte hoffen. So ist Energie bis auf weiteres der einzige wirkliche Hoffnungsträger der GUS als Devisenbringer, wenn auch die Produktion seit 1988 zurückgeht.

Dieses integrierte Energiekonzept zielt neben vor allem auf die Einbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken, der heutigen GUS, in einen integrierten gesamteuropäischen Energiemarkt ab.
Mehr als ein Drittel der Erdgas-Weltreserven befinden sich in der UdSSR. Von einer Energiecharta soll eine stabilisierende Wirkung im Verhältnis EG / GUS ausgehen, wenn in einem so wichtigen Feld wie der langfristigen Energiepolitik eine „Identität der Interessen" auf beiden Seiten vorliege. Die EG ist immer noch zu 50% von Energieleistungen außerhalb ihrer Grenzen abhängig. Dabei sind die Lieferanten aus dem Nahost-Krisengebiet am stärksten vertreten. Der Erdgasbedarf der EG soll sich in den kommenden zehn Jahren vervierfachen. Langfristige Stabilität und damit ein Zuwachs an Sicherheit der EG-Energieversorgung soll damit erreicht werden, daß alle Unterzeichnerstaaten der Energiecharta gleiche Rechte und Pflichten haben sollen. Das bedeutet vor allem die Erschließung riesiger Primärenergievorkommen in der GUS - mit westeuropäischem Kapital zu

Aktionstage Gorleben, Februar 1985

den Bedingungen westeuropäischer Konzerne. Angestrebt wird ein paneuropäisches Verbundnetz im Energiesektor. Fast das gesamte Stromsystem Osteuropas und der GUS soll erneuert werden, ohne daß es zu einem kostenträchtigen Wettlauf der Staaten und Konzerne um den Ausverkauf der Energiereserven und -netze kommen soll. Immerhin werden die erforderlichen Finanzmittel für dieses Konzept als im dreistelligen Milliardenbereich liegend geschätzt.

Auch hier ist der Atomsektor von besonderem Interesse.
Betont wird die „Sicherheitspartnerschaft", die zur Stillegung der AKW's der „untersten Sicherheitsstufe" und Modernisierung der anderen AKW's führen soll.
Zur Erinnerung: In den GUS-Staaten laufen noch 16 RBMK(Tschernobyl)-Reaktoren, 42 WWER-Blöcke sind in Betrieb und 25 im Bau in der GUS, Bulgarien, der CSFR und Ungarn.
Diese AKW's sollen zum Teil stillgelegt (RBMK), zum Teil überarbeitet werden. Eine Schlüsselrolle spielt hier die Sicherheitsstudie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) über den Greifswälder Block 5, bei dem es sich um die sowjetische Reaktorbaulinie W-123 handelt. In der GUS und anderen osteuropäischen Ländern sind allein 29 Blöcke dieses Typs in Bau oder Betrieb. Deshalb gilt diese Studie als maßgeblich für die notwendigen Nachrüstungen der entsprechenden Reaktoren.

Für diesen Markt steht vor allem die deutsche Siemens/KWU in den Startlöchern. Von dieser werden allein die allernotwendigsten Maßnahmen auf ein Volumen von 2,6 Mrd. DM geschätzt. Da derartige Devisenbeträge für die entsprechenden Länder nicht aufzubringen sind, soll mit Stromlieferungen bezahlt werden. Ein erstes Beispiel ist bereits unter Dach und Fach - in der CSFR wird beispielsweise die Siemens-Leittechnik für die AKW's Mochovce 1 und 2 durch künftige Stromlieferungen aus diesen Kraftwerken an die Bayernwerk AG bezahlt werden.
Wo das nicht möglich ist, sollen bevorzugt von den Staaten der EG zum Aufbau der Energieversorgung aufgebrachte Mittel zur Renovierung der AKW's eingesetzt werden.

Diese Konzepte bauen derart offensiv auf die bisherige Energieverschwendung, die im Osten nur offensichtlicher ist, auf, daß selbst Bundesumweltminister Töpfer öffentlich Bedenken äußerte. Diese „Betonung auf der Angebotsseite" führt selbst nach seiner Ansicht zu einer Vernachlässigung der Energieeffizienz und -einsparungsmöglichkeiten „auf der Nachfrageseite".

Ein umweltpolitisches Mäntelchen hängen sich die Energiekonzerne trotzdem um: Nicht nur die Ausschaltung der Gefahren durch Ost-AKW's schreiben sie auf ihre PR-Fahnen, sondern auch die effektivste Form der CO_2-Reduzierung wollen sie durch den Kapitaleinsatz im Osten erreichen. Das sind große Worte im Wettlauf um billige Rohstoffe, Unternehmensexpansion, Profitmaximierung und Umgehung strengerer westeuropäischer Umweltschutznormen ...

Die Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche

In Genf wird seit einiger Zeit zwischen den westlichen Industriestaaten über eine Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche verhandelt. Die Industriestaaten außer den USA hatten zunächst betont, die CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2010 in zwei Etappen reduzieren zu wollen. Diese Zusagen sollten bindend sein. Die USA ist der Ansicht, eine vertraglich festgelegte und überwachte Reduzierung des Ausstoßes an CO_2 sei weder nötig noch möglich. Dieser Standpunkt beruft sich zwar auf noch ungenügende Erforschung des Treibhauseffekts, läßt sich aber letztendlich nur aus der Rolle der USA als weltgrößter Energieverbraucher und Umweltbelaster erklären, der eine binnenwirtschaftliche Rezession und Kapitalmangel gegenüberstehen. Damit können notwendige Umrüstungen und Schließungen nicht finanziert werden, ohne die wirtschaftliche Kraft weiter zu schwächen. Schließlich gilt dort auch generell für Produktionsmittel, daß eine Modernisierung dringend notwendig ist, um im Binnenmarkt und vor allem auf dem Weltmarkt nicht vollends unterzugehen.

Diese notwendigerweise harte Haltung der USA, mit der sie sich selber an den Umwelt-Pranger stellt, nehmen Großbritannien, Frankreich und Japan zum Anlaß, die bindende Wirkung einer CO_2-Konvention auszuhebeln. Offiziell erscheint ihnen ein Abkommen ohne die USA sinnlos, was ja angesichts der Größenordnung des amerikanischen Beitrags zum Weltenergieverbrauch und Treibhauseffekt nachvollziehbar erscheint. Dennoch könnten sie mit gutem Beispiel vorangehen und sich selber binden, auch wenn die USA dies verweigert. Stattdessen soll im Juni 1992 ein Vertrag mit freiwilligen „Zusagen" unterzeichnet werden.

Dem liegt zumindest für Großbritannien eine ähnliche wirtschaftliche Ausgangslage wie für die USA zugrunde. Frankreich schließlich ist mißtrauisch gegenüber der treibenden Rolle Deutschlands in der CO_2-Frage angesichts der Kapitalkraft der deutschen EVU im Gegensatz zu der Verschuldung des Staatskonzerns EdF. Japan schließlich wittert das Geschäft mit der Umweltschutztechnologie und wird sich, je nach öffentlichem Meinungsdruck in der CO_2-Frage und dessen Auswirkungen auf staatliche Maßnahmen, die Investitionen der Stromkonzerne betreffen, der Anti-CO_1-Haltung Deutschlands anschließen. Denn dort wird seit einiger Zeit davon ausgegangen, daß technologische Auseinandersetzung mit globalen Umweltproblemen neue Innovationsschübe und neue Märkte für neue Technologien bedeutet.

So wird deutlich, daß Bundesregierung und deutsche Unternehmen nicht nur hehre Umweltziele verfolgen, wenn sie sich (berechtigt!) um den Treibhauseffekt sorgen. Zum einen soll damit ein höherer Atomstromanteil durchgesetzt werden, zum anderen soll der (nicht zuletzt von der Umweltbewegung ertrotzte) Stand der Umwelttechnologie hierzulande zur Öffnung der Märkte und Absicherung der Expansion in den Osten dienen. Kaufen östliche Regierungen nichtdeutsche Technologie, werden sie schon sehr bald an den Umweltpranger gestellt werden. Andererseits wird die deutsche Regierung den deutschen Markt schützen, indem sie hier CO_2-Begrenzungen einführt, die wiederum von deutschen Unternehmen durch Investitionen im Osten, mit denen kompensiert werden kann, umgangen werden sollen. Angestrebt werden „großräumige Lösungen"...

Europäisierung und Internationalisierung des Baus von und des Services für AKW's

Hier ist zunächst festzustellen, daß es im Moment keinen Markt für den Bau neuer AKW's gibt. Selbst das Atom-Musterland Frankreich hat sein Atomprogramm effektiv angehalten. In Deutschland haben sich die EVU mit ihrem Bedürfnis nach langfristigem Investitionsschutz durch Konsens selbst der leidigen Diskussion um neue Inlands-AKW's vorerst entzogen und gehen stattdessen in den Osten. So bleibt vor allem der Service- und Umrüstungsmarkt, der den Konzernen nach einer gewissen Schrumpfung das Überleben mehr als sichern kann.

Schon vor einiger Zeit haben die maßgeblichen europäischen Reaktorbauer, Siemens/KWU und die französische Framatome, die Konsequenzen gezogen und weitgehende Absprachen getroffen. Mit diesen wollen sie ihre Weltmarktstel-

lung ausbauen und außereuropäische, vor allem amerikanische Konkurrenten erfolgreich bekämpfen. Dem widerspricht nicht die teilweise Zusammenarbeit auf einzelnen Gebieten, wie überhaupt die Zeit der wirtschaftlichen Elefantenhochzeiten, auf denen sich einzelne Firmen auf Wohl oder Wehe aneinanderbanden, vorbei ist.

Noch im Frühjahr 1992 wird ein „weiterentwickelter" AKW-Typ vorgestellt werden, der als gemeinsam standardisierte Baulinie gelten soll. Dennoch ist von diesem zunächst als Exportmodell auszugehen. Vor allem einer Aufteilung der Märkte für Bau und Service dienen die Absprachen, die unter anderem zur Gründung der gemeinsamen Firma Nuclear Power International (NPI) geführt haben.

Neu ist, daß die EVU ihrerseits in Zusammenarbeit mit den Reaktorbaufirmen in Osteuropa Angebote unterbreiten, die mit Stromlieferungen bezahlt werden sollen. Die bereits erwähnte Bayernwerk/Siemens/KWU-Zusammenarbeit in der CSFR ist ein Beispiel, das Angebot von PreussenElektra(VEBA) an die ungarische Regierung zum Bau eines Druckwasserreaktors von Siemens mit 1350 Megawatt ein anderes aktuelles Beispiel. Sollte sich das ungarische Ministerium für Handel und Industrie aber entschließen, Kohlekraftwerke zu bauen, bieten sowohl PreussenElektra als auch daneben RWE solche ebenfalls an.

Europäisierung des Strommarktes

Die Europäisierung der Strommärkte ist kaum von der der Kraftwerksindustrie zu trennen, dennoch weist sie einige Besonderheiten auf. Strompreise sind eine indirekte Steuer, von privaten Konzernen einkassiert. Die Profite sind gerade bei der weit überwiegenden Menge von kleinen Kunden garantiert, gerade bei ihnen werden einmal erfolgte Preiserhöhungen nie wieder zurückgenommen. Beispielsweise wurden die Strompreise mit der Begründung „Kraftwerksentschwefelung" erhöht - die Anlagen sind installiert und abgeschrieben, die Preiserhöhung bleibt, mal abgesehen von den Industriestrompreisen. In der Sprache der Wirtschaftsstrategen heißen wir folgerichtig „Wertschöpfungspotentiale".

Die Lage auf dem europäischen Strommarkt ist bestimmt durch Monopole oder Oligopole, die im jeweiligen nationalen Rahmen sogar gesetzlichen Schutz genießen. Diese Lage könnte sich durch die Entwicklung eines europäischen Binnenmarktes grundlegend ändern. Das gilt allerdings nur für industrielle Großabnehmer von Strom, denen schon immer Sonderrollen zukamen (siehe Bau von Biblis A für die BASF).

Wendlandblockade Tag X, 8. 10. 1984

Die EG-Energiekommission nämlich will die Gebietsmonopole für Stromerzeugung und -weiterleitung aufbrechen. Eingeführt werden soll das Prinzip des „common carrier", die Öffnung der monopolisierten Leitungsnetze zur Durchleitung von Strom. Wurde zunächst angenommen, dadurch könne Frankreich mit seinem Staatskonzern EdF zur Atomstromzentrale Europas werden, so muß das heute revidiert werden. Zum einen stellen sich die französischen AKW's als unzuverlässiger und fehleranfälliger als vermutet heraus, zum anderen haben sich die großen Konzerne auf einen gewissen Gebietsschutz geeinigt, wenn die Frontstellungen auch erhalten bleiben. Schließlich aber haben die Konzerne auch über die Preisgestaltung für die Benutzung ihrer Leitungen weitgehenden und schwer zu kontrollierenden Einfluß auf eventuell abspringende Großkunden ihres Versorgungsgebietes.

Deutlich wurde die Frontstellung am Beispiel Ostdeutschland. Nicht nur am Protest der Deutschen Ost und West scheiterte der ursprüngliche Stromvertrag, vor allem auch der Einflußnahme der französischen und anderer Regierungen gegen diesen Monopol-Raubzug bei der Bundesregierung ist die Überarbeitung zu verdanken gewesen. (Noch - Anfang Januar - liegt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht vor, aber ich wage mal die Prognose, daß es den Konzernen nicht so recht schmecken wird ...) Schließlich jedoch versprachen die deutschen EVU zwar der EdF als Anführerin eines europäischen Konsortiums einen Anteil von 15%, knüpften diesen aber listig an eine Öffnung des französischen Strommarktes. So wurde die EdF samt Bundesgenossen abgeblockt bei der Erschließung der strategischen Basis Ostdeutschland für den Weg in den Osten.

Dennoch dürfen wir hier nicht von Nicht-Zusammenarbeit der Monopolisten ausgehen - diese ist eine Frage der Preise und des Einflusses, nicht des Prinzips. So ist der europäische Stromverbund längst Realität, führt er doch zum Beispiel dazu, daß die vorzuhaltenden, teuren Stromreservekapazitäten europaweit optimiert und damit in den einzelnen, nationalstaatlichen Monopolen gesenkt werden können. So fließt ebenso deutscher Strom im Mittel- und Spitzenlastbereich nach Frankreich wie umgekehrt.

Abzusehen ist aber eine Entwicklung, die die CSFR zur Atomstromzentrale Mitteleuropas machen könnte. Schon beklagt sich die dortige Regierung über den massiven Einkauf deutscher Konzerne, die auf den Aufbau eines Billiglohn-Brückenkopfes zur Eroberung der mittel- und osteuropäischen Märkte hinausläuft. Absehbar ist speziell nach dem Einkauf von Siemens/KWU in den Pilsener Kraftwerksbauer Skoda der Bau eines Heizreaktors neuer Konzeption in Pilsen, der wiederum mit Stromlieferungen nach Deutschland bezahlt würde.

So, irgendwann muß dann auch erstmal Schluß sein, wenn auch noch so viel vorläufig bleibt. Und der Rechenknecht rechnet mir grad beim Speichern vor, ich hätte seine Tastatur über eine viertelmillionmal gehauen. Na, dann doch lieber die Atomiker, das sind nicht so viele ...

Dietmar
Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen

DIE 59-SEITIGE DOKU GIBTS BEIM FRANKFURTER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMANLAGEN GEGEN 10 DM AUF DAS KONTO 134019348 BEI DER FRANKFURTER SPARKASSE, BLZ 500050102 - ADRESSE NICHT VERGESSEN!

Menschenkette von Hitzacker nach Clenze, 24. 3. 1984

Wer will die Novellierung des Atomgesetzes?

Heftige Diskussionen hat die von der Bundesregierung angekündigte Novellierung des Atomgesetzes ausgelöst; nicht nur bei Atomkraftgegnerinnen sondern auch bei der Atomlobby. Während die einen mutmaßten, mit der Novellierung sollten die letzten Hemmnisse für die „Renaissance" der Atomenergie Mitte dieses Jahrzehnts beseitigt werden, stieß der Plan der Bundesregierung bei den AKW-Betreibern und ihren Organisationen auf schroffe Ablehnung.

So warnte der Präsident des „Deutschen Atomforums e.V." Berke, auf der Jahrestagung Kerntechnik 91 im Mai vorigen Jahres eindringlich vor der Veränderung. Begründung: Wenn Atomanlagen mit dem heutigen Atomgesetz nicht durchsetzbar sind, sind sie es auch nicht mit einem novellierten. Solange der energiepolitische Grundkonsens fehle, empfehle sich eher ein Festhalten am bestehenden Rechtszustand.

Ministerialdirektor Walter Holefelder aus dem Bundesumweltministerium mußte bereits auf der im Januar 91 in Bonn durchgeführten Wintertagung des Atomforums feststellen, daß die versammelte Atomgemeinde auch durch die vorgesehene verbesserte Rechtssicherheit für Atomanlagenbetreiber durch einzuführende „Bindungswirkung des vorläufigen positiven Gesamturteils" nicht für sein Anliegen zu begeistern war.

Wenig begeistert sind auch die Umweltverbände, die über die Pläne der Bundesregierung argwöhnten, die Novellierung sei die „letzte Rettung für die Atomwirtschaft". Insbesondere die geplante Privatisierung der Endlagerung von radioaktiven Abfällen stieß auf heftige Ablehnung. Gerade der Hanauer Atommüllskandal beweist nach ihrer Ansicht die Untauglichkeit privaten Atommüllmanagements.

Durchgreifende Veränderungen des Atomgesetzes sind von der Haftungsnovelle 1985 abgesehen zum letzten Mal durch das 4. Änderungsgesetz 1976 erfolgt.

Schon im Februar 91 konnte Atomminister Töpfer ein Gutachten für eine „Fortentwicklung" des Atomgesetzes der Öffentlichkeit präsentieren. „Wir haben in den Koalitionsvereinbarungen beschlossen, das Atomgesetz in dieser Legislaturperiode zu einem modernen Sicherheitsgesetz weiterzuentwickeln", so Töpfer bei der Vorstellung des durch die Professoren Hans-Jürgen Papier (Bielefeld), Hans D. Jarras (Bochum), Rudolf Lukes (Münster), Hans Werner Rengeling (Osnabrück), Fritz Ossenbühl (Bonn) und D. Norbert Pelzer (Göttingen) verfassten Rechtsgutachtens.

Wichtigste Änderungsvorschläge:

- Neuregelung der Deckungsvorsorge.
Hier soll es zu einer erheblichen Erhöhung der nach Atomgesetz vorgesehenen Rückstellungen für den Schadenfall kommen.

- Gleichrangigkeit von Wiederaufarbeitung und Endlagerung.
Durch Einführung einer gleichrangigen Option zwischen Wiederaufarbeitung und direkter Endlagerung soll eine stärkere Öffnung des Atomgesetzes in Richtung direkter Endlagerung erfolgen.

- Privatisierung der Endlagerung.
Als konsequente Anwendung des Verursacherprinzips empfehlen die Gutachter die Privatisierung der Endlagerung. Hierdurch könnten eine rationellere Abfallbehandlung und Abfallvermeidung erreicht werden. Darüber hinaus soll in diesem Zusammenhang die Entsorgungsvorsorge als Genehmigungsvoraussetzung neu geregelt werden.

- Pflicht der Atomkraftwerksbetreiber zu periodischen Sicherheitsüberprüfungen.
In regelmäßigen Abständen sollen die Anlagen daraufhin überprüft werden, inwieweit sie noch dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen.

- Wegfall der Entschädigungspflicht bei nachträglichen Auflagen.
Die bisherige staatliche Entschädigungspflicht für den Fall der Anordnung einer nachträglichen Auflage durch die atomrechtliche Genehmigungsbehörde soll aus dem Atomgesetz gestrichen werden. Nachrüstmaßnahmen sollen auch gegen den Willen der Betreiber und auf deren Kosten durchgesetzt werden.

- Wegfall des nach Atomgesetz vorgesehenen Förderprinzips für die Atomenergie.
Hier wird mit dem „bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie inzwischen erreichten hohen wissenschaftlichen und technischen Stand" die Abschaffung des Förderprinzips empfohlen.

Insbesondere die letzten drei Punkte des vorgeschlagenen Änderungskataloges dürften der Grund für die schroffe Ablehnung der Atomgesetznovellierung durch die Atomlobby sein. Besonders die Einstellung der Forschungsförderung würde die Branche angesichts leerer Auftragsbücher hart treffen. Viele Projekte der Atomindustrie, wie etwa HTR-Forschung, neuer Konvoi-Reaktor, Brüter-Nachfolger laufen derzeit nur noch auf Sparflamme, finanziert aus dem Bundesetat. So sind im Forschungsetat 1992 der Bundesregierung über 1,3 Mrd DM für Atomforschung vorgesehen, direkt oder indirekt. Angesichts leerer Kassen durch die finanziellen Lasten des Anschlusses der ehemaligen DDR möchte die Bundesregierung diese Ausgaben natürlich gern erheblich reduzieren.

Fazit:

Durch den erheblichen Widerstand der in Bonn einflußreichen Atomlobby ist mit einer schnellen Novellierung des Atomgesetzes nicht zu rechnen. Wenn überhaupt, dürfte sie nur mit wesentlichen Abstrichen vom vorliegenden Entwurf über die Bühne gehen. Die Anti-AKW-Bewegung sollte die Sache im Auge behalten, jedoch nicht zum Hauptfeld der Auseinandersetzung machen. Da gibt es wichtigeres, wie zum Beispiel das geplante Zwischenlager in Greifswald. Übrigens hat sich der Bundesrat 1989 einstimmig für eine Novellierung des Atomgesetzes ausgesprochen. Am 8. März 91 erklärte der umweltpolitische Sprecher der SPD, Harald B. Schäfer: „Wir werden die Novelle Atomgesetz ablehnen und spätestens im Bundesrat zu Fall bringen." Da sind wir aber gespannt.... .

Wolfgang Kür
Sprecher des Projektbereichs Radikalökologie der Ökologischen Linken/Alternativen Liste

Großdemo nach Tschernobyl, Brokdorf 7. 6. 1986

Neues vom Märchen von KOHLE UND ATOM

Insider hatten es schon vorher gesagt, SPD und IGBE aufs Heftigste bestritten: Nach den Landtagswahlen in NRW und den Bundestagswahlen 1990 sollte der Jahrhundertvertrag wieder mal in Frage gestellt werden, sollten die Fördermengen wieder mal reduziert und Bergleute entlassen werden. Zwischendurch wurden Bergleute und Öffentlichkeit mit der „Mikatkommission", die Vorschläge für ein „Optimierungskonzept" des deutschen Steinkohlebergbaus erarbeiten sollte, beschäftigt. Die anstehende Reduzierung der Fördermengen war auch der IGBE seit langem bekannt. Bundeswirtschaftminister Möllemann zum alleinigen „Watschenmann" zu stempeln, wie dies der Gewerkschaftsvorstand vordergründig macht, greift deshalb zu kurz. Andersherum wäre es auch falsch, die EG-Kommission, die den Abbau von Subventionen lautstark vertritt, hier über Gebühr zu schelten, was Möllemann und die IGBE gleichermaßen gern tun. Von der Tatsache mal abgesehen, daß die Subventionierung britischer und französischer Atomkraftwerke aus den Staatshaushalten von der EG-Kommission geflissentlich übersehen wird, wäre es geradezu naiv zu glauben, die EG-Kommission könnte dem Wirtschaftsriesen BRD ernsthaften Widerstand entgegensetzen, wenn dieser etwas durchsetzen wollte. Möllemann ist zwar der richtige Adressat für

Kritik in Sachen Steinkohlepolitik, die eigentlich Verantwortlichen sitzen jedoch in den Chefetagen der Energiekonzerne. Nicht nur die internationalen Energiekonzerne, allen voran die der Mineralölbranche, sondern auch die der Bundesrepublik wie VEBA und RWE, haben ein dringendes Interesse an einer Reduzierung des Steinkohlebergbaus in der EG. Einerseits, weil sie an Importsteinkohle, Erdgas, Mineralöl und Atomenergie mehr verdienen können, als an deutscher oder EG-Gemeinschaftskohle (Die VEBA ist mit der VEW Mehrheitsaktionär der Ruhrkohle AG). Anderseits verhindert ein nennenswerter Steinkohlebergbau in der EG ein beliebiges Hochschrauben der Preise für Importenergien. Minister Möllemann und EG-Kommission sind daher als Interessenvertreter der „wahrhaft europäischen Konzerne", sprich der Energiemultis anzusehen: Die Studie 2010 der Generaldirektion Energie der EG geht denn auch davon aus, daß die EG-Kohleförderung zwischen 1990 und 2010 um 52 Millionen Tonnen (42%) zurückgehen wird.

Die Eile, mit der heute und nicht erst 1995 weitere Steinkohleförderkapazitäten abgebaut werden sollen, hat allerdings noch einen anderen Grund, der mit Subventionsabbau wenig zu tun hat: Es ist zu erwarten, daß 1995 die Öl- und Gaspreise, und damit auch die Preise für Importsteinkohle auf dem Weltmarkt wieder das Niveau von 1985 erreicht haben dürften. Ein direkter Subventionsbedarf für die heimische Steinkohle wäre dann kaum noch vorhanden. In dieser Situation würden Bergleute wie Öffentlichkeit wenig Verständnis für weitere Zechenschließungen aufbringen.... .

„Wir haben jetzt 70 Millionen Tonnen. Die Bergbauseite wollte eine Festlegung auf 55 Millionen Tonnen; ich selber 45. Ich habe jetzt angeboten, daß wir uns dann auf 50 Millionen einigen können, also ein Abbau von 20 Millionen Tonnen." Hiermit nahm Bundeswirtschaftsminister Möllemann nach der ersten Sitzung der „Kohlerunde" am 15.10.91 das Endergebnis vom 11.11.91 vorweg. Der Gesamtverband des Deutschen Steinkohlenbergbaus und die Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) hatten zwar vorher noch lautstark verkündet, sie würden nicht unter die im Bericht der Mikat-Kommission genannte untere Effizienzgrenze des Steinkohlenbergbaus in der Bundesrepublik von 55 Mio. t Jahresförderung zurückgehen. Mit großem Pathos erklärte der IGBE-Vorsitzende Berger, die Belegschaften seien zum Kampf um ihre Arbeitsplätze bereit. Dies war sicher richtig, doch ebenso sicher hat die Gewerkschaftsspitze alles getan, damit es nicht zu ernsthaften Kampfmaßnahmen kam. Denn nichts fürchtet die alte Garde der IGBE mehr, als eine Eigendynamik entwickende Protestbewegung der Steinkohlebergleute für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Hoffnungslos insbesondere mit der NRW-SPD und dem Aufsichtsrats- und Beiratswesen der Energiekonzerne verfilzt, betreibt sie in Bezug auf die Steinkohle nur noch eine Politik des schrittweisen Rückzuges und der Befriedung der Mitglieder.

Es gab viel Verwunderung über das Tempo, mit dem der damalige IGBE-Chef Meyer (SPD) auf der Steinkohlenrunde im November 87 allen Kampfesbeteuerungen zum Trotz umfiel und dem Abbau von 25000 Arbeitsplätzen und einer Reduzierung der Förderung zustimmte. Über das Verhalten seinen Nachfolgers Hans Berger (SPD) in der Kohlerunde 1991 wundert sich niemand mehr, am wenigsten die Bergleute. So war denn auch im Vorfeld der Kohlerunde kaum noch jemand bereit, den Aufrufen der IGBE zu „Kampfmaßnahmen" zu folgen. Die Bergleute argwöhnten zu Recht auch diesmal sei wieder alles eigentlich beschlossene Sache. Dies ahnten Betriebsleitungen und IGBE-Hauptvorstand, die ein gemeinsames Interesse daran haben, die Wut der Kumpel zu kanalisieren. Die Betriebsleitungen ordneten deshalb diesmal „Kampfmaßnahmen" in der Arbeitszeit an. Die verlorene Zeit mußte natürlich vorgearbeitet werden. Hierzu muß erklärt werden: Unter „Kampfmaßnahmen" versteht die IGBE-Führung Demonstrationen durch Freischichten, Auszubildende, obertägigem Personal, VerwaltungsmitarbeiterInnen und Angehörige der Bergleute, die unter markigen Sprüchen der Funktionäre durch die Bergbaustädte, möglichst weit von Bonn weg, defilieren. Produktionsausfall wird dabei peinlich vermieden.

Doch diesmal passierte etwas wirklich unvorhergesehenes: Am 16.10.91 weigerten sich anfangs 32, später 40 Bergleute der Zeche Lohberg in Walsum nach der Frühschicht auszufahren und waren erst einen Tag später durch ein herbeigeeiltes IGBE-Vorstandsmitglied zu bewegen, den ungemütlichen Demonstrationsort zu verlassen. Doch kaum hatte sich der Hauptvorstand den Schweiß von der Stirn gewischt, kam die Nachricht vom Untertagestreik der 500 Bergleute der Sophia-Jacoba in Hückelhoven, der mit Unterbrechungen bis zum Ende der Kohlerunde andauerte. Von da an gaben sich IGBE-Vorständler und Vertreter der SPD-Landesregierung dort die Klinke in die Hand. CDU-Landeschef Norbert Blüm durfte natürlich auch nicht fehlen. Alle befürchteten eine Ausweitung des „wilden" Streiks, den größten GAU in der Geschichte bundesdeutscher Sozialpartnerschaft. Doch dies wurde mit vereinten Kräften verhindert. Einziger Erfolg für die Bergleute der Sophia-Jacoba: Ihr Laden wird erst 1997, später als geplant, dichtgemacht. Ansonsten blieb es bei einer Reduzierung auf 50 Mio. t.

Mindestens 30000 Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau fallen hierdurch bis 2005 weg. Dazu kommen mehr als 90000 Arbeitsplätze um den Bergbau herum. Es ist bemerkenswert, wie abrupt das Thema Steinkohle aus den Medien verschwand. In den Bergbaurevieren hat eben Ruhe zu herrschen.

Die Rolle der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE).

In Sachen Steinkohle kämpft der Hauptvorstand mittlerweile mit dem Rücken an der Wand. Um den Preis der Zustimmung zu „unumgänglichen Kapazitätsanpassungen" handelte er für ausscheidende und vorzeitig in Ruhestand gehende Steinkohle-Bergleute in der Vergangenheit hohe Abfindungen heraus. Dies hatte und hat allerdings zwangsläufig einen erheblichen Schwund der Mitgliederzahlen zur Folge, wodurch die Verhandlungsposition der IGBE immer schwächer wurde. Das Ende der Fahnenstange ist spätestens 1995, der sogenannte Jahrhundertvertrag läuft dann aus, erreicht. Da bis dahin mit Sicherheit noch weitere „Kapazitätsanpassungen" durchgeführt werden sollen, wird die IGBE dann nur noch das Verhandlungsgewicht eines Bittstellers haben. Erschwerend kommt für sie hinzu, daß es eine eigenständige Konzernpolitik, eine „Steinkohlelobby" schon lange nicht mehr gibt. Diese Entwicklung hat die alte Garde der IGBE selbst mit eingeleitet. Jede ernsthafte Auseinandersetzung mit den Kapitalinteressen der bundesdeutschen Wirtschaft, insbesondere in der Zeit der SPD-Regierungsbeteiligung und deren Konsensbedürfnis mit diesen Interessen vermeidend, hat sie den schrittweisen Abbau von Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau einschließlich des Ausbaus der Atomenergie mitgetragen, obwohl sie das Ergebnis eigentlich hätte voraussehen müssen. Für die heutige Situation des Steinkohlebergbaus trifft die IGBE-Führung daher ein Maß an Mit-

verantwortung: In „Nach uns die Sintflut-Mentalität" war die Gewerkschaftsspitze nie bereit, selbst Kritikern aus den eigenen Reihen Gehör zu schenken. Noch heute werden alle IGBE-Nachwuchsfunktionäre auf die „Kohle und Atom-Formel" eingeschworen, obwohl immer mehr Bergleute erkennen, die Formel müßte heute lauten: „Atom verdrängt Steinkohle". Bis 1995 werden die meisten der alten IGBE-Funktionäre im Ruhestand sein. Die jüngere Generation der Bergleute, durch ständige Anpassungen ist der Altersdurchschnitt der Steinkohle-Belegschaften auf Mitte 30 gesunken und sinkt weiter, beobachtet zunehmend kritisch die Politik des Hauptvorstandes. Diese Bergleute können in ihren Alter nicht so einfach in „Anpassung", sprich Vorruhestand, geschickt werden. Angesichts der Situation auf dem „Arbeitsmarkt" können sie auch nicht so leicht umgeschult werden. Dies hätte in den letzten eineinhalb Jahren leicht zu einem Stimmungsumschwung innerhalb der Gewerkschaft auch gegen die Atomenergie führen können. Scheinaktivitäten und Sprücheklopferei des Hauptvorstandes wurden zunehmend als solche erkannt und kritisiert. Die Vereinigung mit der Ost-IGBE, Hauptanliegen des Hauptvorstandes in letzer Zeit, verschob die Mitgliederstruktur durch Aufnahme der Braunkohle- und Kalibergleute aus der früheren DDR jedoch gewaltig. Deren fast ausnahmslos konservative Funktionärsebenen stehen der Denkstruktur der alten Riege der West-IGBE in nichts nach. Eine kämpferische Politik des Hauptvorstandes zugunsten des Steinkohlebergbaus ist aus diesem Grund auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Für die Steinkohle hätten sich mit dem Anschlusses der DDR in jeder Hinsicht neue Perspektiven bieten können. Durch den Einsatz schwefelarmer Steinkohle aus dem Ruhrrevier, aus Ibbenbüren, Hückelhoven und von der Saar könnte eine Sofortentlastung der Umwelt in der früheren DDR erfolgen. Mit Millionentonnen auf Halde liegender Kohle könnten insbesonders die 60% Ost-Einzelfeuerungen in Haushalten bedient werden. Massive Luftverbesserung durch Ersatz extrem schwefelhaltiger Braunkohle und eine drastische Reduzierung der landschaftszerstörenden Braunkohletagebaue wären möglich. Dies auch im Interesse der Steinkohlenbergleute einzufordern, wäre nur logisch gewesen. Doch auch hier offenbart die IGBE-Führungsriege lediglich wieder mal ihre konservative Denkstruktur, indem sie den „Energiemix" der Alt-BRD auf die ex-DDR übertragen möchten. Hier treffen sich IGBE-SPDler nicht nur mit Möllemann und Kohl, sondern auch mit den Chefs der PreussenElektra, RWE, Bayernwerk, Ruhrgas und der Mineralölbranche. Die IGBE-Führung unternahm nicht nur nichts, sondern schwieg auch, als PreussenElektra, eine VEBA-Tochter erklärte, in Rostock ein 600 MW-Heizkraftwerk (Was der Autor für unsinnig hält) auf Steinkohlebasis bauen zu wollen, das mit Importsteinkohle betrieben werden soll! Auch die Forderung nach sofortiger Aufnahme geplanter Kraftwerke, die von der bundesdeutschen Elektrizitätswirtschaft in der früheren DDR errichtet werden in das Mengengerüst des Jahrhundertvertrags und entsprechender Anschlußregelungen, opferte der IGBE-Hauptvorstand auf dem Altar des Konsenses mit der Industrie.

Hanau-Demo, 8. 11. 1986

Doch bis zur heutigen Situation des Steinkohlebergbaus in der Bundesrepublik war es ein weiter Weg. Zum besseren Verständnis sollen die Hintergründe hier dargestellt werden.

Der Steinkohlebergbau - vom Schrittmacher des Wiederaufbaus in Westdeutschland zur Manöveriermasse der Elektrizitätswirtschaft.

1945, nach dem Ende des 2.Weltkrieges befand sich der deutsche Steinkohlenbergbau in einer für ihn und für die wirtschaftliche Entwicklung der 1949 gegründeten Bundesrepublik günstigen Lage. Nicht nur Westdeutschland, sondern ganz Westeuropa war auf die Kohle von Ruhr, Saar und Aachener Revier angewiesen. Aus dieser Zeit stammen auch die damals von Gewerkschaftsseite mitvertretene Forderung nach Sozialisierung des Steinkohlebergbaus. Doch schon 1952 war die westdeutsche Montanindustrie in wesentlichen Teilen wieder in den Händen der alten Besitzer. Nach heftigen Arbeitskämpfen Anfang der fünfziger Jahre, die auch die Neuordnung und demokratische Kontrolle der Montanindustrie zum Thema hatten, wurde durch die Schaffung der „Montanmitbestimmung" die Sozialisierungsfrage bis heute vertagt.

Für die Bergbauunternehmen waren die fünfziger Jahre „fette Jahre". Die Nachfrage nach Steinkohle konnte kaum befriedigt werden, insbesondere durch den Boom in der Stahlindustrie Anfang des Jahrzehnts. Der hohe Bedarf der Stahlindustrie und deren Interesse an niedrigen Kohle- und Kokspreisen hatte eine massive Einflußnahme dieser Branche auf den Bergbau zur Folge. Wo nicht schon vorhanden, sicherte sich die in- und ausländische Stahlindustrie durch den Erwerb von Anteilen Sonderkonditionen für den Bezug von Kohle, unter denen die Bergbaugesellschaften heute noch leiden. Erst Ende der fünfziger Jahre änderte sich die Situation grundlegend: Die Stahlerzeugung ging zurück und im Wärmemarkt tauchte ein neuer Konkurrent auf: Das Erdöl. Zusammen mit dem später auf der Szene auftauchenden Erdgas verdrängte es bis heute die Steinkohle fast völlig aus dem Heizwärmemarkt. In den sechziger Jahren verlor

auch die Stahlindustrie immer mehr als Abnehmer für den Steinkohlebergbau an Bedeutung, während die Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft zunahm. Insgesamt ging der Absatz von Steinkohle jedoch immer weiter zurück. Weitere einschneidende Ereignisse für die Bergbauunternehmen der BRD waren die Abschaffung des Heizölzolls von 15 DM/t und die Ausdehnung der Kontraktfrist für US-Importkohle, die damals schon billiger angeboten wurde, als heimische Steinkohle. Der Kollaps des Ruhrbergbaus drohte durch ständig steigende rote Zahlen. Die Unruhe unter den Bergleuten wurde während der sich damals im Bundestag etablierenden „Großen Koalition" von CDU/SPD immer lauter. Zwei Ereignisse, die Gründung der Ruhrkohle AG und der später formulierte „Jahrhundertvertrag" sind für die heutige Situation des Steinkohlebergbaus dabei von Bedeutung.

Die Gründung der Ruhrkohle AG und ihre Folgen.

Die Gründung der Ruhrkohle AG ist letztendlich eine Folge des am 1.9.1963 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau" anzusehen. Die im „Rationalisierungsverband des Steinkohlebergbaus" zusammengeschlossenen Unternehmen konnten Stillegungsprämien oder Zusammenlegungsprämien für unrentable Schachtanlagen zahlen. Zusätzlich waren Steuerbegünstigungen und Sonderabschreibungen möglich. Weitere staatliche Maßnahmen im Vorfeld der RAG-Gründung stellten das Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken von 1965 und das Gesetz zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes in der Elektriziätswirtschaft von 1966 dar. Die seit 1966 gewährte Kokskohlenbeihilfe sollten der Steinkohle bei rapidem Absatzrückgang im Wärmemarkt zumindest in der Stahlerzeugung den Absatz sichern. Die Interventionen des Staates zugunsten des Bergbaus wurden allerdings nicht, wie man annehmen könnte, wegen zu befürchtender sozialer Unruhen in den Bergbauregionen vorgenommen, sondern um dem in Bedrängnis geratenen Bergbaukapital zu helfen. In der Zeit von 1958 bis 1966 verloren rund 250000 Arbeiter und Angestellte im Steinkohlebergbau ihren Arbeitsplatz.

Die Wirtschaftskrise von 1967 verschärfte die Probleme des Steinkohlebergbaus weiter. Verschiedene Pläne, deren Gemeinsamkeit in der Zentralisierung des Bergbaus bestanden, wurden von allen Seiten gemacht. In der Diskussion der vielfältigen Vorschläge zur Gründung einer Einheitsgesellschaft kristallisierte sich der „Rheinstahlplan" als Hauptgrundlage der Verhandlungen heraus. Die Verfasser dieses Planes repräsentierten etwa 2/3 des Ruhrbergbaukapitals. Er sah vor, praktisch nur die verlustbringenden Teile des Ruhrbergbaus in die Einheitsgesellschaft einzubringen. In modifizierter Form - die Staatsbürgschaft wurde von 7,2 Mrd. DM auf 5,3 Mrd. DM gesenkt - wurde er jedoch Grundlage der Gründung der RAG. Am 3.April 1968 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus und der Deutschen Steinkohlebergbaugebiete". Im Juni dieses Jahres wurden dann die letzten Modalitäten zur Gründung der RAG geklärt. Bei der Regelung der Mitbestimmung im neuen Konzern konnte sich die IGBE mit ihren Forderungen in wesentlichen Entscheidungen nicht durchsetzen. Von den 6000 MW Kraftwerkskapazität, dem lukrativen Rückgrad des Steinkohlenbergbaus, wurden nur 900 MW in die Einheitsgesellschaft eingebracht. Die Wohnungswirtschaft und der Grundstücksbesitz verblieben gleichfalls bei den Altgesellschaften. Selbst in der SPD wurden Stimmen laut, die durch diese Regelung eine nachhaltige Gesundung des Bergbaus nicht für möglich hielten.

Am 27. November 1968 wurde die Vorgründung der RAG durchgeführt. Über 20 Jahre wurde den Altgesellschaften, die ihr Bergbauvermögen in die Gesellschaft eingebracht hatten, 1/20 der Einbringungsforderung plus 6% Zinsen ausbezahlt. Durch zahlreiche Belastungen aus Vorverträgen und erheblicher Überbewertung des eingebrachten Bergbauvermögens ist die RAG allerdings bis heute auf keinen grünen Zweig gekommen.

Aus heutiger Sicht bleibt festzustellen: Die Gründung der RAG erfüllte hauptsächlich die Funktion der Rückerstattung des eingebrachten Bergbauvermögens der Altgesellschaften auf Kosten der Allgemeinheit. Diese investierten ihr Kapital dann auch sofort in lukrativere Bereiche, u.a. Mineralölbranche, Maschinenbau und Atomwirtschaft. Darüber hinaus erfüllt die RAG noch heute die Funktion der Sicherung der preiswerten Rohstoffbasis der Hüttenindustrie und dient außerdem als Subventionsgeber für die Elektrizitätswirtschaft. Nach dem Auslaufen des RAG-Grundvertrages 1989 hätte die Steinkohle des Unternehmens eigentlich billiger werden müssen. VEBA und VEW, die heutigen Mehrheitsaktionäre haben hieran jedoch kein Interesse. Sie verhindern so eine eigenständige Unternehmenspolitik des Konzerns, die ihre Aktivitäten im Mineralöl- Gas- Importsteinkohle- und Atomstromgeschäft stören könnte. Außerdem dient ihnen die chronisch defizitäre RAG als Steuerabschreibungsobjekt. Weiterhin wurde der RAG in den letzten Jahren die EBV-Zechen und die Sophia-Jacoba in Hückelhoven ans Bein geheftet. Unter dem Gesichtspunkt einer rationellen Förderung, eingebettet in ein umweltfreundliches, sozialverträgliches und ressourcenschonendes energiepolitisches Gesamtkonzept für die Bundesrepublik mag ein solcher Schritt richtig sein. Losgelöst von alledem erfüllt die RAG jedoch nur noch die Funktion eines Abwrackunternehmens für den heimischen Steinkohlebergbau, und das ist auch wohl so geplant.

Der Jahrhundertvertrag und seine Folgen.

Die Grundlage des „Jahrhundertvertrages" ist das 3.Verstromungsgesetz. Unternehmen, die heimische Steinkohle in der Verstromung einsetzten, wird so ein Ausgleich für den Nichteinsatz von billigerem schwerem Heizöl oder Importkohle gezahlt. Diese Ausgleichsabgabe wird durch den sogenannten Kohlepfennig, der auf den Strompreis aufgeschlagen wird, finanziert. Durch den Öl- und Gaspreisverfall seit 1986 sind

Wackersdorf: WAA-Sommerlager, August 1985. Errichtung des Freundschaftshauses

diese Aufwendungen erheblich gestiegen. Insbesondere die westlichen „Nicht-Kohle-Bundesländer" mit hohem Atomstromanteil drängen auf eine Änderung dieser Regelung, da sie nach ihrer Ansicht den Strompreis unsinnig erhöhe. Die Lastcharakteristik ist in allen westlichen Bundesländern jedoch annähernd gleich, so das die vorwiegend in der „Mittellast" betriebenen Steinkohlekraftwerke Überall in Anspruch genommen werden.

Im Jahrhundertvertrag wurde den Bergbauunternehmen eine pro Jahr um 1. Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten) steigende Abnahmemenge von Steinkohle durch die EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen), den industrieellen Kraftwerksbetreibern und der Bundesbahn für 15 Jahre garantiert. Danach müßten, von im Jahre 1981 37 Mio.t SKE als Ausgangspunkt, je nach Stromverbrauchszuwachs 45 bis 47,7 Mio.t SKE pro Jahr zwischen 1991 und 1995 eingesetzt werden.

Auf den ersten Blick erscheint der Jahrhundertvertrag wegen der auf 15 Jahre festgelegten Abnah-megarantie für die Steinkohle sehr günstig. Und so verbreiten einige Politiker der Nicht-Steinkohle-Bundesländer und Vertreter der EVU denn auch den Anschein, sich damit auf einen selbstlosen Solidarakt eingelassen zu haben. Bei näherem Hinsehen erweist sich dies jedoch als Legende. Im Gegenteil: Die EVU profitierten in mehrfacher Hinsicht vom Jahrhundertvertrag. Rein kohlepolitisch gesehen überwogen dabei die Nachteile, denn der Abschluß des Jahrhundertvertrages war mit einer Wohlverhaltensklausel verbunden, der folgende Formulierung in §8 der Ergänzungsvereinbarung enthielt: ..."Wenn sowohl Kohle als auch Kernenergie zum Einsatz kommen"... . Durch diesen unscheinbaren Zusatz wurde im Zusammenhang mit dem Mengengerüst des Jahrhundertvertrages von Anfang an und in voller Absicht eine Politik des Atomenergievorrangs festgelegt und der Bergbau samt IGBE und den Steinkohlebundesländern in Nibelungentreue darauf eingeschworen, im Gegensatz zu ihren eigentlichen Interessen. Es war darüber hinaus Bestandteil des Jahrhundertvertrages, daß jeweils ein Prozent des steigenden Verbrauchszuwachses durch Steinkohleverstromung gedeckt werden sollte, der darüber hinaus gehende Verbrauchszuwachs jedoch der Atomenergie vorbehalten bleiben sollte: Bei Abschluß des Jahrhundervertrages gingen alle Vertragspartner von Stromverbrauchszuwächsen von 3% und mehr aus.

Genaugesehen war der Jahrhundertvertrag die politische und ökonomische Grundlage für den Atomenergieausbau in der BRD. Die Folgen der nichterfüllten Verbrauchszuwachsprognosen bei gleichzeitigem Atomenergieausbau waren entsprechend. Die Stromerzeugung aus Steinkohle erhöhte sich zwischen 1980 und 1988 von 112,5 TWh auf 125 TWh, während die Stromerzeugung aus Atomkraftwerken von 43,7 TWh auf 144 TWh stieg. Der tatsächliche Verbrauchszuwachs lag in dieser Zeit bei 1,4% jährlich. Ein Verdrängungsprozeß von Braunkohle- und Steinkohlekapazitäten setzte ein. Die durchschnittlich Benutzungsdauer der Steinkohlekraftwerke sank von 4457 h in 1980 auf 3800h in 1985. Da aber nach Jahrhundertvertrag jährlich steigende Kohlemengen abzunehmen waren, stiegen die Haldenbestände bei den EVU auf zeitweise 12 - 13 Mio.t: Wegen der relativ hohen Fixkosten der AKW ist es für die EVU günstiger, die Kohlekraftwerke mit ihren hohen variablen Kosten (Brennstoff) herunterzufahren.

Die Kraftwerksüberkapazitäten, vor allem im AKW-Bereich, hatten außerdem ein Vordringen des Stromeinsatzes im Wärmemarkt zur Folge. Desweiteren blockierten die großen EVU durch gezielte Dumpingangebote an Stadtwerke und industrielle Großabnehmer gezielt den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und effizienten Energienutzung.

Der „Jahrhundertvertrag" hatte, und das dürfte kaum bekannt sein, aber auch noch eine andere Funktion: Den Zugang zu subventionierter Steinkohle für Dritte verschlossen zu halten. Nur die ursprünglichen Vertragspartner VDEW, Bundesbahn und die in der Vereinigung Industrieelle Kraftwirtschaft (VIK) zusammengeschlossene Industrie haben hier Zugang. Neuinteressenten war es nicht möglich, in den Vertrag einzusteigen.

Hamburger Kessel, 8. 6. 1986

Wo könnte die heimische Steinkohle eine Zukunft haben?

Es kann nur davor gewarnt werden, den „Jahrhundertvertrag" in seiner heutigen Form mit vielleicht nach unten reduzierten Fördermengen zu verlängern, oder dies politisch zu fordern. Eine notwendige drastische Reduzierung der CO_2-Emmissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger darf natürlich auch vor der Steinkohle nicht haltmachen.

Eine zukünftige Steinkohlepolitik, die sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert, muß in ein Gesamtkonzept einer umweltfreundlichen, resourcenschonenden und sozialverträglichen Energieversorgung eingebunden sein. Eine „Kohlevorrangpolitik", die sich auf Absatz- und Fördermaximierung mit allen ökologischen Folgen für die Umwelt, wie Bergsenkungen, Grundwasserbelastungen, Landschaftsverbrauch durch Halden sowie Luftbelastung gekennzeichnet ist, wird in Zukunft von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert werden. Die Steinkohlebergleute müssen sich in eigenem Interesse für eine Vorrangpolitik der Energieeinsparung, der Nutzung regenerativer Energiequellen und der umweltfreundlichen Nutzung fossiler Energieträger, auf die wir noch lange angewiesen sein werden, einsetzen. Solange noch fossile Energieträger genutzt werden, sollte der heimischen Steinkohle aus Gründen der Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit ein Platz in einem zukünftigen Energiegesamtkonzept eingeräumt werden. Dies kann nur heißen: Kein Einsatz der Steinkohle in der reinen Kondensationskraftwerken, sondern in Heizkraftwerken mit modernster Technologie. Dies heißt aber zwangsläufig: Raus aus der Atomenergie, denn ein System von Heizkraftwerken, daß nach der Ausschöpfung aller Energieeinsparmaßnahmen und der Nutzung von Wind, Wasser und Sonne den Restenergiebedarf abdeckt, ist mit dem bestehenden, auf hohen Stromabsatz ausgerichteten Atomstromverbundsystem unvereinbar.

Wolfgang Kühr
Sprecher des Projektbereichs Radi-kalökologie der Ökologischen Linken/Alternative Liste

Die Europäische Energiecharta
Grundstein für die energiepolitische Kolonisierung des Ostens

Auf der Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaft in Dublin Ende Juni 1990 machte ein zunächst harmlos aussehender Vorschlag des niederländischen Premierministers Lubbers die Runde, die Öffnung Osteuropas und der Ex-UdSSR für eine energiepolitische Zusammenarbeit zu nutzen. Die später als „Lubbers-Plan" durch die Presse geisternde Idee hatte innerhalb nur weniger Monate die führenden Kräfte der EG so in ihren Bann gezogen, daß der niederländische Memorandumsvorschlag alsbald in den Entwurf einer „Europäischen Energiecharta" mündete. Nach einer internationalen Vorbereitungskonferenz für die Energiecharta kam es am 17.12.1991 in Den Haag zur Vertragsunterzeichnung. Neben der EG, den osteuropäischen Staaten und den GUS-Republiken waren auch die nichteuropäischen G-24 Länder (USA, Japan, Kanada, Australien usw.) sowie die Golfanrainer- und Maghreb-Staaten als Beobachter anwesend. Rund 50 Staaten wollen die Charta am Ende ratifizieren.

Rahmenplan für Geschäfte

Diese deutliche Pluralisierung der Teilnehmerstaaten schränkt die Spielräume für politische Regulierung ein. Harte Geschäftsaufteilung unter den Marktführern rückt in den Vordergrund - mal in Kooperation und Absprachen, mal im Konflikt.

Die Europäische Energiecharta stellt nach dem jüngsten Konzept nur einen „Verhaltenskodex" dar, dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten. Unter dem Dach dieses Grundlagendokuments mit 45 Artikeln sollen dann spezifische Abkommen (Protokolle) und Geschäfts- und Handelsverträge zwischen Unternehmen abgeschlossen werden, die im internationalen Recht den Wert förmlicher Verträge hätten. Solche Protokolle sind momentan in vier Bereichen in Arbeit.

Die EG-Kommission wird natürlich nicht müde, die Vorteile eines solchen Vertragswerks für die osteuropäischen Staaten und die Ex-UdSSR in den glühendsten Farben zu schildern: endlich könne etwas für die Umwelt getan werden, indem der Osten mit modernster Energietechnologie versorgt würde. Die Ausweitung des Handels käme auch langfristig der Wirtschaftskraft Osteuropas zugute.

Die EG hat folglich auch Leitideen wie eine „rigorose Wettbewerbspolitik", die Liberalisierung des Handels, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die „maximale Anwendung von Marktkräften", die Ausweitung des Energiehandels und natürlich die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu ehernen Prinzipien der Charta erhoben. Klimaschutz oder gar konkrete Vereinbarungen über CO_2-Reduktionsziele kommen in der Charta überhaupt nicht vor. Auf die Einbeziehung „externer Kosten" wie Umweltverschmutzung in die Energiepreise wurde auf Druck Japans und der USA gerne verzichtet.

Wer ist Herr im Europäischen Energie-Haus?

Beim Kleingedruckten schimmert endlich die Umsetzung der Wunschliste der westlichen Energiemonopole an die Markterschließung im Osten durch:

- Der Zugang zu Energieressourcen steht allen Unternehmen im Geltungsbereich der Charta offen. Schürf- und Bergrechte müssen ebenfalls prinzipiell für alle erwerbbar sein.

- Für die Ausbeutung von Ressourcen müßten die Eigentumsrechte klar (d.h. nach westlichen Standards) definiert sein. Darüberhinaus soll es einheitliche Regelungen über das Management der Gesellschaften, deren Besteuerung und den Schutz von Investitionen geben.

- Großen Wert legt man auf die Forderung, daß Profite aus dem Energiegeschäft auch „repatriierbar" sein müssen.

- Technische, administrative und Zoll-Schranken, die den Energie-Handel behindern, sollen abgeschafft werden. Besonders wichtig ist der EG die Akzeptanz und der Ausbau von Energie-Transitrechten. Die Leitungsnetze müßten auch aus diesem Grund ausgebaut und stärker miteinander verknüpft werden. Gemeinsame technische Standards sollen all dies erleichtern.

- Das äußerste Zugeständnis an die GUS-Staaten in der Charta besteht darin, daß ihnen immerhin noch das Recht zugestanden wird, als Staat zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Erschließung von Energieressourcen auf ihrem Gebiet erfolgt. Was für jeden westlichen Staat Normalität darstellt, war bei der Verfassung des Grundlagendokuments jedoch heiß umstritten. Vor allem westliche Ölkonzerne wie Exxon empfinden das äußerst wirtschaftsfreundliche Grundlagendokument schon als „Re-Regulierung" des Marktes: „Exzessive Regulation, wie gut gemeint sie auch sein mag, behindert Investitionen und verschlimmert die Probleme, die die Regelungen besei-

Atomtransportblockade Lübeck, 17.-22. Januar 1988

tigen wollen" (so EXXON-Präsident L. R. Raymond in der Zeitschrift „European Affairs" vom Dezember 1991).

Daß es bei dem letzten Punkt nicht um Kleinigkeiten geht, zeigt ein Blick auf die Wirtschaftsdaten der Ex-UdSSR: 180 Mrd. Barrel Öl werden an unterirdischen Vorkommen vermutet, der größte Teil davon in Sibirien. 57 Mrd. Barrel davon sind bereits nachgewiesen. Zum Vergleich: Saudi-Arabien hat seit den 30er Jahren insgesamt 62 Mrd. Barrel Öl gefördert. 36 einschlägige Firmen haben in Erwartung eines Supergeschäfts mit dem „schwarzen Gold" bereits Büros in Moskau eröffnet.

Die Charta nennt weitere Bereiche, in denen Osteuropa mit westlicher Energiepolitik beglückt werden soll:

- Kernenergie und nukleare Sicherheit
- Bergbau und saubere Kohletechnologien
- Energieeffizienz
- Erdgasnutzung und Gastransit mit Hochdruck-Gasleitungen
- Erneuerbare Energien
- Ausbau des Hochspannungs-Verbunds, großer Transportnetze und des Stromtransits
- Modernisierung von Öl-Raffinerien

Um zu überwachen, ob die Bestimmungen der Charta auch von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten werden, wurde eine jährliche Ministerkonferenz der Unterzeichnerstaaten eingerichtet, bei der jeder Staat eine Stimme hat. Eine Schiedskommission soll bei Streitigkeiten über die richtige Interpretation des Vertragswerks entscheiden.

EG-Begleitaktion „Technische Hilfe"

Mit einigen Verzögerungen ist nun auch das EG-Programm „Technische Hilfe" für die GUS-Staaten im Dezember 1991 in Gang gekommen. Im Energiebereich will man rund 230 Mio. DM in Anlehnung an die Ziele der Energiecharta in die GUS-Länder pumpen. Die Kernenergie steht mit einem Anteil von 106 Mio. DM ganz oben auf der Liste der Hilfsempfänger. Der größte Teil der EG-Gelder geht in Nachrüstungsmaßnahmen für sowjetische Atomreaktoren der Typen WWER und des Tschernobyl-Typs RBMK oder in Sicherheitstraining für das Personal der AKW's. Allein rund 60 Millionen sind für die Reaktoren vom Tschernobyl-Typ eingeplant. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Joachim Grawe, zu dieser Reaktorlinie feststellt: „Dagegen erscheinen die 16 in der Ex-UdSSR arbeitenden RBMK-Reaktoren wegen grundlegender Konzept-Schwächen kaum nachrüstbar." (Elektrizitätswirtschaft 1/2 1992; Zeitschrift der VDEW). Bundesumweltminister Klaus Töpfer hatte ähnliches bereits über den Greifswald-Reaktortyp WWER behauptet. Insgesamt kann dieser Teil der „Technischen Hilfe" selbst nach den Kriterien von Atomkraftbefürwortern nur als Vergeudung von Geldern betrachtet werden.

Weiterhin sind für den Elektrizitätssektor sowie für den Bereich Öl und Gas jeweils 34 Mio. DM vorgesehen. Ein nicht geringer Teil dieser Gelder wird für Studien und für Hilfe bei der Ausarbeitung von Gesetzen ausgegeben, die die Privatisierung und den Übergang zur Marktwirtschaft im jeweiligen Bereich begleiten sollen. Im Strombereich soll die Exportförderung ausgebaut werden. Sinnvolle Projekte wie Hilfen für ein Gas-Dampfturbinen-Kraftwerk oder für den Einbau von Entstickungsanlagen in einem Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerk kommen hingegen nur vereinzelt vor. Diese beiden Programme müssen insofern als Direkthilfe der EG verstanden werden, den GUS-Behörden bei der Formulierung eines gesetzlichen Rahmens im Sinne der Energiecharta die Hand zu führen sowie in Fragen der Exploration bei Gas und Öl oder der Netze bei Gas, Öl und Strom einen Kenntnisstand aufzubauen, der erst die Voraussetzungen für die Umsetzung der Energiecharta schafft.

Immerhin sind als weiterer Bestandteil der „Technischen Hilfe" noch 42 Mio. DM für das Ziel Energieeinsparung vorgesehen. Ein großer Teil des Geldes wird hier allerdings zunächst für Studien (und nicht wie bei der Atomenergie für direkte Maßnahmen) ausgegeben. Desweiteren sollen in 3 Großstädten der GUS sogenannte Energie-Einsparungszentren errichtet werden, die Kommunen, Verbraucher und Industriebetriebe in punkto Know How und Technologieeinsatz beraten sollen. Bezeichnenderweise liegen für dieses Projekt jedoch noch keine konkreten Angaben vor. Weitere Bereiche der Technischen Hilfe im Energiebereich sind Studien über sektorale Strukturen (4 Mio. DM), sowie Ausgaben für die Implementierung und Überwachung der Vorhaben (10 Mio. DM).

Alles der Umwelt zuliebe?

Für eine Bewertung des Projekts einer europäischen Energiecharta gibt die EG-Kommission selbst wichtige Hinweise: sie sieht darin ein Stützungselement für den geplanten EG-Binnenmarkt für Energie, der so auf Osteuropa ausgedehnt würde. Es ist auch unbestreitbar, daß die Umsetzung der Energiecharta dazu beitragen könnte, die Umweltbelastung in Osteuropa zu senken - allerdings nur kurzfristig. Mittel- und langfristig käme es zur Zementierung einer ineffizienten und immer noch stark umweltbelastenden Energiestruktur wie in Westeuropa:

- Die von der EG proklamierten Ziele Energieeffizienz und verstärkter Transit von Energie widersprechen sich. Die westlichen Energiekonzerne powern natürlich stark für mehr Transitleitungen, mit denen sie überschüssigen Atomstrom verkaufen können. Die CSFR und Ungarn sind dafür leichte Beute, da sie bisher Strom importieren mußten (Ungarn sogar zu mehr als 25%). Später will man dann aus den „eigenen" in der UdSSR errichteten Neu-Atomanlagen Strom in ein gesamteuropäisches Verbundnetz einspeisen und je nach Zeitzonen versetzt die Spitzenlast bedienen. Energieeffizienz könnte hingegen in erster Linie durch Energiespar-Investitionen bei der Modernisierung von Produktionsanlagen und Wohnungen, durch die Erneuerung des Kraftwerksparks mit Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit hohem Wirkungsgrad und

Atomtransportblockade Hamburger-Hafen, Oktober 1989

durch verstärkte und effizientere Abwärmenutzung gewährleistet werden.
Anknüpfungspunkte sind vorhanden: In der UdSSR wird 10%, in Polen 22% des Energiebedarfs durch Abwärmenutzung gedeckt - in Deutschland sind es nur 2,5%. All dies spricht für eine dezentrale Energieversorgungsstruktur und gegen mit hohen Verlusten verbundene Transitnetze.

- Von der Modernisierung östlicher Kernkraftwerke durch westliche Sicherheitstechnik versprechen sich die gebeutelten Anlagenbauer gefüllte Auftragsbücher und das Startsignal für eine Renaissance der Kernenergie. Am weitesten gediehen ist wohl das deutsch-französiche-ungarische Projekt zur Errichtung eines AKW mit zwei Blöcken zu je 1000 MW bei Paks an der Donau. Der in Paks erzeugte Strom soll zur Hälfte exportiert werden. Damit würde eine teure und lebensbedrohende Form der Energieerzeugung unnötigerweise mit in die Zukunft geschleppt. Wem Harrisburg und Tschernobyl noch nicht genug Mahnung sind, muß zumindest zur Kenntnis nehmen, daß die für Umstellung und Anlagenbau erforderliche Zeit von mindestens 10 Jahren angesichts der drängenden Umweltprobleme viel zu lang ist.

- Unter „sauberer Kohletechnologie" versteht man in EG-Kreisen den in Deutschland erreichten Stand moderner Kondensationskraftwerke mit Rauchgasentschwefelung. Diese sind zwar weniger umweltschädigend als die osteuropäischen Dreckschleudern. Wenn jedoch ohnehin überwiegend neue Anlagen errichtet werden müssen, so sind moderne Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowohl aus Umwelt- wie aus Kosten- und Effizienzgesichtspunkten die bessere Alternative.

Die Vorschläge zu Eigentumsrechten beim Zugang und bei der Ausbeutung von Energie-Ressourcen, zur Repatriierung von Profiten und die starke Betonung des Ausbaus von Transitnetzen machen deutlich, wie die EG sich die Anwendung von Marktprinzipien vorstellt: Marktbarrieren werden nur für die ohnehin oligopolistisch organisierte Angebotsseite abgebaut, die westlichen Energiekonzerne. Ein Prozeß wird damit Ingang gesetzt, den wir schon beim Stromvertrag der bundesdeutschen Energieriesen mit der ehemaligen DDR studieren konnten: Energieversorgungsunternehmen und Ressourcen werden von den marktbeherrschenden westlichen Gesellschaften unter sich aufgeteilt und aufgekauft. Die deutsche Ruhrgas AG, die niederländische Gasunie und Gas de France wollen den Löwenanteil des Gasgeschäfts in der Ex-UdSSR betreiben. Die niederländische SHELL und British Petrol (BP) drängt es nach sowjetischem Öl und dem Aufbau eines westlichen Standards entsprechenden Tankstellennetz in der UdSSR. Mit dem Transitgeschäft sorgt man für Absatzmärkte für das Überangebot an westlichem (und später östlichem) Atomstrom. Deutschland ist fast ein Modell für die energiepolitische Kolonisierung des Ostens. Denkt man nur an die sowjetischen Erdgasreserven oder rumänisches Öl, so steht für den westlichen Energiefilz riesiger Reibach ins Haus.

Der Osten in der Klemme

Stendal-Demo, 11. 3. 1990

Die GUS und die Staaten Osteuropas haben fast gar keine andere Wahl, als sich auf dieses Spiel einzulassen. Chronischer Kapitalmangel und fehlendes Know How führen viele osteuropäische Regierungen zur Überzeugung, daß das Engagement westlicher Firmen der einzige Rettungsanker im wirtschaftlichen Chaos ihrer Länder sein kann. Gemessen an ihrer jetztigen Energieverschwendung bestünde durch die Moder-nisierung immerhin eine Chance, die Ölrechnung zu drücken, die nun in voll konvertierbarer Währung gezahlt werden muß. Hiervon sind vor allem Bulgarien, Ungarn, die CSFR und die Reste Jugoslawiens betroffen, die sich fast alle keine höhere Staatsverschuldung mehr leisten können. Zum anderen wäre der Einstieg in einen Technologietransfer von West nach Ost erreicht. Der Preis dafür ist allerdings hoch - jahrzehntelange strukturelle Abhängigkeit vom Westen und eine verschwenderische und immer noch stark umweltschädigende Energiestruktur.

Alternative Politikpfade sind bereits hinreichend beschrieben worden. Exemplarisch für die ehemalige DDR haben Studien sowohl des Öko-Instituts/UfU-Instituts als auch der Forschungsstelle Umweltpolitik der TU Berlin den Aufbau einer dezentralen Energieversorgungsstruktur basierend auf rationeller Energienutzung und dem Ausbau erneuerbarer Energien als kostengünstigsten und umweltverträglichsten Weg vorgezeichnet. Die Leitmotive dieses Konzepts sind auch auf andere osteuropäische Staaten und die ex-UdSSR anwendbar. Große Reserven bestehen in allen osteuropäischen Staaten:

- bei der Energieeinsparung in allen Verbrauchssektoren
- bei der kombinierten Wärme/Stromerzeugung (vor allem auf der Grundlage von Erdgas, über das die Ex-UdSSR in großem Umfang verfügt) und der Nutzung erneuerbarer Energien
- bei der Abwärmenutzung, deren Wirkungsgrad erheblich verbessert und deren Versorgungsleistungen ausgeweitet werden können.

Die beiden letzten Punkte könnten auch Spielräume schaffen, die Stromerzeugungsdefizite einiger osteuropäischer Staaten unter Verzicht auf Kernenergie relativ zügig abzubauen.

Der größte Bedarf an europäischer Energiekooperation liegt nicht in der Schaffung eines großen Europäischen Energiemarkts, sondern mit Blick auf den Osten eher im Transfer intelligenter, umweltschonender Energietechnologien und entsprechender Beratungsleistungen. Dezentrale Energiestrukturen sind unter den Gesichtspunkten technischer Effizienz und Demokratieverträglichkeit den zentralistischen Konzepten der westlichen Energiekonzepte überlegen. Deshalb wäre eine interkommunale Energiekooperation mit den Stichworten kommunale Energiedienstleistungsunternehmen, Stadtwerke und Energieagenturen, Least Cost-Planning, Trennung von Stromnetz und Stromversorgung ein geeigneter Ansatz für die Erneuerung der Energiepolitik in Ost und West.

Die linken Parteien im Europäischen Parlament beurteilen das Vorhaben der Energiecharta recht unterschiedlich. Die Sozialisten unter Einschluß der deutschen Sozialdemokraten sind starke Befürworter des Projekts, wenngleich sie die Charta lieber als eine rein europäische Angelegenheit behandelt sehen möchten. Die Kommunisten sind hin und hergerissen. Die Grünen hingegen lehnen die Charta in der bisherigen Form ab. Die Grüne Europaabgeordnete Hiltrud Breyer: „Sinnvoll ist eine Europäische Energiecharta nur mit dem Ziel der Errichtung einer Europäischen Energiespargemeinschaft. Hilfe des Westens unter diesem Vorzeichen würde sich auch für die Umweltsituation insgesamt auszahlen." Die Eurogrünen haben als Gegenprojekt zur Energiecharta zeitgleich mit der Konferenz in Den Haag eine alternative „Gesamteuropäische Energiesparcharta" vorgestellt. Mit Blick auf 500 Jahre Kolonialismus in 1992 erweist sich der dezentrale Weg auch als die einzige Option, in der ersten und zweiten Welt selbst damit zu beginnen, das Nord-Süd-Gefälle abzubauen. Linke Politik, die auf eine nachhaltige, umwelterhaltende Entwicklung setzt, muß den westlichen Weg verschwenderischen Energiekonsums in den Metropolen selbst „rückbauen". Die EG plant für Osteuropa das glatte Gegenteil.

Klaus Dräger

Töpfer schwingt wieder den Weisungshammer

Aber noch hat er nicht zugeschlagen. Und vielleicht haut er sich diesmal auch selbst auf die Finger. Das laufende Planfeststellungsverfahren zum geplanten Atommüllendlager SCHACHT KONRAD geht ihm immer noch nicht schnell genug voran. Die Atomwirtschaft sitzt ihmnach wie vor im Nacken und der Atommüllberg wächst ihm immer mehr über den Kopf. Auch der letzte Zeitplan, der eine Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD für 1995 vorsah, droht Makulatur zu werden. Die EVU's scheinen das bereits einkalkuliert zu haben. Die GNS will im im April 1992 einen Antrag auf Errichtung eines neuen Zwischenlagers am Standort Greifswald bei der Landesregierung von Mecklenburg Vorpommern stellen. Kapazität: 150.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktiver Atommüll. Zum Vergleich: Das wäre die 14-fache Kapazität des Zwischenlagers in Gorleben und ca. 1/4 des für SCHACHT KONRAD beantragten Einlagerungsvolumens.

Klar ist: Der Entsorgungsdruck, der durch die Verzögerung (hoffent lich Verhinderung) von SCHACHT KONRAD noch erhöht wurde und wird, soll durch dieses Zwischenlager verringert werden, so daß ein ggfs. notwendig werdendes Zurückfahren von Atomanlagen vermieden werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD hat erklärt, daß sie die Aktivitäten vor Ort gegen geplante Zwischenlager in Greifs wald unterstützt (z.B. die Demonstration am 7.3.92), um der Atomwirtschaft kein Schlupfloch zu lassen.

Forderung nach Abbruch des KONRAD-Verfahrens

Schon bei der Übergabe der über 250.000 Einwendungen an das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) hat u.a. die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD gefordert, als Konsequenz aus diesem Ergebnis das KONRAD-Verfahren abzubrechen. Im Januar 1992 haben 25 niedersächsische Organisationen in jeweils eigenen Briefen, Bundesumweltminister Töpfer aufgefordert, seinen KONRAD-Antrag zurückzuziehen, um den Konflikt um KONRAD nicht noch weiter zu eskalieren. Selbst die Stadt Salzgitter (mit einer rot-grünen Mehrheit) hat in einer Resolution von Töpfer den Abbruch des Verfahrens gefordert. Sehr beachtlich, wenn man bedenkt, daß über Jahre hinweg die von einer absoluten SPD-Mehrheit regierte Stadt sich nie klar zu KONRAD geäußert hat (im Gegensatz zu den benachbarten Kommunen) und mit dem Tauziehen um den Sitz des Bundesamtes für Strahlenschutz sogar in Verruf der Bestechlichkeit geriet.
Töpfer hat auf alle diese Maßnahmen nicht reagiert, sondern im Gegen teil das NMU für den 31.01.92 zu einem bundesaufsichtlichen Gespräch in Sachen KONRAD nach Bonn beordert. Mit dieser Vorstufe einer Weisung wollte er erreichen, daß das NMU einen konkreten und frühen Termin (er dachte an Mai/Juni 92) für die Erörterung benennt. Das NMU ist dem (bisher) nicht nachgekommen, hat aber signalisiert, daß die Erörterung ca. August bis Oktober 1992 beginnen könnte. Die Auswertung der Einwendungen und insbesondere der von den Kommunen vorgelegten Gutachten ist immer noch nicht abgeschlossen, so daß es auch gar nicht möglich sein darf, jetzt schon einen konkreten Termin zu benennen, selbst wenn man verfahrenskonform denkt. In Töpfers Ministerium ist man wohl zu der Einsicht gelangt, daß eine Weisung, die Erörterung im Mai/Juni '92 beginnen zu lassen, einen Verfahrens fehler produzieren könnte.

Forderungs-Katalog an die Erörterung

Mit der Einschätzung, daß es zu einem Erörterungstermin kommen könnte, hat die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD in Abstimmung mit „Trägern öffentlicher Belange" einen Forderungs-Katalog aufgestellt, der u.E. Voraussetzung für einen „sachgerechten und demokratischen Erörterungstermin" ist:

* Er muß örtlich und zeitlich so durchgeführt werden, daß jeder EinwenderIn ohne persönliche Nachteile ihre Inte ressen ausreichend vertreten und dem Termin folgen kann.
* Es muß gewährleistet sein, daß jedeR EinwenderIn die Möglichkeit hat, sich entsprechend seines/ihres Bedarfs fachlich und juristisch beraten zu lassen.
* Es muß gewährleistet werden, daß das gesamte Spektrum der Einwendungen in ausreichendem Umfang erörtert wird.
* Es muß gewährleistet werden, daß das Bundesamt für Strahlenschutz als parteiliche Antragstellerin in diesem Verfahren keine Sonderrechte genießt.

Dieser Anforderungs-Katalog wurde dem NMU vorgelegt, von dem wir eine entsprechende Umsetzung erwarten. Damit sollen frühzeitig Maßstäbe benannt und öffentlich gemacht werden, an denen der Ablauf der Erör terung gemessen werden kann. Das ist ein Punkt, bei dem sich das NMU entscheiden muß, welche Seite es ernster nimmt, das BfS oder die 250.000 EinwenderInnen.

Diskussion über Strategien zur Verhinderung von KONRAD

„Ab sofort" will die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD die Diskus sion darüber anschieben, welche Konsequenzen die EinwenderInnen und die Träger öffentlicher Belange (wie Landvolk, DGB, Landeskirche und Umweltverbände) ziehen wollen, wenn es trotz der Kritik und der Aktivitäten zu einem letztendlich positiven Planfeststellungsbe schluß kommen sollte (z.B. durch eine entsprechende Weisung von Töpfer). Eine Klage hätte sehr wahrscheinlich keine aufschiebende Wirkung. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch der Erörterungstermin gesehen werden, denn klar ist, daß dort nichts entschieden wird.

Gutachten bestätigen vernichtende Kritik an KONRAD

Abermals bestätigt wurde die vernichtende Kritik an den vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) vorgelegten Planunterlagen zu SCHACHT KONRAD durch die jetzt vorgestellten Gutachten, die die Stadt Salz gitter in Auftrag gegeben hatte. Die Gruppe ökologie (Hannover) und das Institut Gronemeier und Partner (Kiel) kamen für die von ihnen geprüften Bereiche der Planunterlagen übereinstimmend zu dem Schluß, daß die wesentlichen Aussagen nicht nachvollziehbar, nicht prüfbar und mit zu optimistischen Annahmen versehen sind. Erstaunlich ist, daß es dem Antragsteller (BfS) innerhalb von 5 Jahren (von 1986 bis 1991) nicht gelungen ist, die schon 1987 (mit den vorgelegten Gut achten) aufgedeckten gravierenden Mängel zumindest teilweise zu beseitigen. Darüberhinaus hat das Hildesheimer Labor für Geologie und Umweltanalytik in ihrem Gutachten für den Landkreis Peine die Planunterlagen „aus ökologischer und radiotoxikologischer Sicht als unzureichend eingestuft".

Claus Schröder
(Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD)

Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V., Büro SZ: Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt, Telefax: 0531 / 895610 Tel.: 05341 / 67492 (Mo-Do 16-18 h)

Atommüll-Endlager

SCHACHT KONRAD

Einwendungs-verfahren und Mobilisierung

In den Gruppen, die gegen Schacht Konrad arbeiten, steht zur Zeit die Frage an, wie in der nächsten Zeit gegen das Atommüll-Endlager mobilisiert werden kann. Als nächster wichtiger Schritt steht der Erörterungstermin im Einwendungsverfahren an. Über den Zeitpunkt gibt es bisher nur Gerüchte; jüngste Hinweise aus dem Niedersächsischen Umweltministerium (NMU) lassen es eher als wahrscheinlich ansehen, daß er im September/Oktober 1992 stattfinden wird.

Wir alle berufen uns gerne darauf, daß wir auf die „Erfahrungen von Wackersdorf" zurückgreifen können. Der Bedeutung des Atommüll-Endlagers ist das auch angemessen.

Macht man sich die Mühe, die Erfahrungen von Wackersdorf und die, die wir bisher in der Auseinandersetzung mit Schacht Konrad gemacht haben zu vergleichen, dann werden wichtige Unterschiede erkennbar. Es kann für uns von großem Nutzen sein, wenn wir sie uns klarmachen.

Diese Unterschiede gibt es auf verschiedenen Ebenen. Die wichtigsten sind:

- die praktische Bedeutung der Anlage für die AKW-Betreiber und die Frage, wie leicht sie sie aufgeben können,
- der Verlauf der Mobilisierung in der Region und seine Auswirkungen auf die öffentliche Auseinandersetzung in den Medien und bei der Bevölkerung,
- die Unterschiede in den beiden Genehmigungs-verfahren und deren Auswirkungen auf unsere Handlungsmöglichkeiten.

Schließlich ergeben sich aus diesem Vergleich einige Schlußfolgerungen für die weitere Mobilisierung gegen das Atommüll-Endlager Schacht Konrad.

Die Bedeutung der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf für die AKW-Betreiber

Die Planung für die Entsorgung der AKWs in der Bundesrepublik nahm 1974 konkretere Gestalt an. Die Bundesregierung und die AKW-Betreiber hatten sich auf das Integrierte Entsorgungskonzept geeinigt. Danach sollten eine Wiederaufarbeitungsanlage für Brennelemente (WAA) und ein einziges Endlager in einem Salzstock für alle Arten von Atommüll auf einem gemeinsamen Anlagengelände errichtet werden. Mit der „Philosophie", Plutoniumgewinnung für den Einsatz in Schnellen Brütern sei „Entsorgung der Brennelemente", ließen sich die AKW-Betreiber zur Finanzierung der WAA verpflichten. Die Bundesregierung übernahm die Verantwortung für Bau und Betrieb des Endlagers. Es war beabsichtigt, dieses Konzept als Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) in Gorleben zu verwirklichen.

Nach Gorleben-Hearing, Gorleben-Treck und dem schweren Reaktorunfall in Harrisburg im März 1979 verzichtete man darauf, die beiden Hauptprojekte des Integrierten Entsor-gungskonzepts am selben Standort durchzusetzen. Im Salzstock Gorleben sollte das Endlager gebaut werden. Für die WAA wurden an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik Standorte gesucht, bis 1985 die Entscheidung fiel, sie in der Oberpfalz zu bauen. Die Realisierung der WAA rückte durch die verschiedensten Behinderungen im Verlauf des Genehmigungsverfahrens in immer weitere Ferne. Im Lauf der Zeit erkannten die AKW-Betreiber, daß ihnen die WAA viel zu teuer wurde. Spätestens 1988, im Zusammenhang mit dem Erörterungsverfahren in Neunburg vorm Wald, zu dem die KWU ganz neue Antragsunterlagen eingereicht hatte, wurden die technischen Schwierigkeiten, die den finanziellen Problemen zugrundelagen, in der breiten Öffentlichkeit bekannt.

Die Betreiber hatten seit Jahren für die Entsorgung der Brennelemente den Ausweg Abtransport nach La Hague und Windscale benutzt. Die Verträge mit diesen beiden ausländischen WAAs sicherten ihnen bessere finanzielle Be-

dingungen als der Bau der WAA Wackersdorf. Für sie war der Entschluß, dieses Projekt aufzugeben, eine beträchtliche Erleichterung.

Die Bedeutung des Atommüll-Endlagers Schacht Konrad für die Bundesregierung und die Betreiber von Atomanlagen

Zu Schacht Konrad stellt sich heute die Situation ganz anders dar.
Während in Gorleben das große allgemeine Atommüll-Endlager gebaut werden sollte, waren in dem ehemaligen Erzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter Untersuchungen begonnen worden für die Endlagerung von sperrigen Teilen aus dem Abbruch von Atomanlagen, die man wegen des großen Raumbedarfs nicht in dem Endlager im Salzstock unterbringen wollte. Nach den ersten Untersuchungsergebnissen in Gorleben stand schon 1982 fest: in den Salzstock würde nur ein weit geringeres Volumen an Atommüll passen als beabsichtigt. Als Ausweg aus dieser Situation mußte Schacht Konrad als Notbehelf herhalten.
Seitdem wurde in der Endlagerplanung der Salzstock Gorleben in erster Linie für hochradioaktive Abfälle vorgesehen, also für die Glaskokillen mit der Auflösersäure aus der Wiederaufarbeitung und für abgebrannte Brennelemente, die nicht wieder aufgearbeitet werden können. Nach Schacht Konrad sollen die großen Mengen aller übrigen schwach- und mittelradioaktiven Abfälle kommen. Das sind

- die WAA-Abfälle; seit 1989 nicht mehr der Planung einer „nationalen" WAA entsprechend, sondern aus La Hague und Windscale,
- die Abfälle aus den Großforschungszentren, die vor allem aus dem Betrieb von Versuchsreaktoren und der Wiederaufarbeitungsanlage WAK in Karlsruhe stammen,
- die Betriebsabfälle aus den 20 AKWs in der Bundesrepublik.

Wegen der vertraglichen Verpflichtung, die Abfälle aus den ausländischen WAAs ab 1993 in die Bundesrepublik zurückzunehmen, bilden diese für die Bundesregierung das Hauptproblem. In den Großforschungszentren und in fast allen AKWs sind spätestens 1995 die Zwischenlager auf den Anlagengeländen voll. Die Faßlager in Gorleben und in Mitterteich in Bayern fallen gegenüber den angehäuften Mengen kaum ins Gewicht, ebenso wenig die neueren Methoden der Volumenverringerung durch Konditionierung der Abfälle. Der Bundesregierung und den Anlagenbetreibern bereiten diese Aussichten bisher noch keine ernstlichen Sorgen, weil sie seit Jahren davon ausgehen, daß Schacht Konrad pünktlich 1995 betriebsbereit sein wird.
Starken politischen Druck auf die Durchsetzung des Endlagers Schacht Konrad üben auch andere Bundesländer aus. Dabei tut sich Nordrhein-Westfalen wegen der Stillegung des THTR in Hamm-Uentrop besonders hervor. Zu beachten wäre auch die bereits beschlossene Stillegung der DDR-AKWs Rheinsberg und Greifswald.
Von den Interessen der Bundesregierung, der meisten der anderen Bundesländer und der Anlagenbetreiber her gesehen können wir mit einem Verzicht auf Schacht Konrad vorerst nicht rechnen.

Die Mobilisierung in der Region und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Auseinandersetzung

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig stellte 1982 den Genehmigungsantrag für Schacht Konrad. An der darauf antwortenden großen Demonstration am Schachtgelände beteiligten sich 30 000 Menschen. Diese Aktion gab der Forderung genügend Nachdruck, die Antragsunterlagen durch ein kritisches Gutachten zu überprüfen. Damit nahm eine lange Reihe von Verzögerungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ihren Anfang.
Die „großen Ereignisse" um Wackersdorf begannen im Februar 1985, nach der endgültigen Entscheidung für den Bau der WAA in der Oberpfalz, mit einer Demonstration von 40 000 Menschen auf dem Marktplatz von Schwandorf. Am 14. Dezember 1985 versammelten sich nach dem Rodungsbeginn ebenso viele Menschen im Taxöldener Forst, mehrere tausend Teilnehmer besetzten den Bauplatz. Nach einer Räumung durch die Polizei wurde die Bauplatzbesetzung am 21. Dezember wiederholt. Bis zum 5. Januar 1986 konnten die Platzbesetzer sich in ihrem Hüttendorf halten. Nach der Errichtung des Bauzauns folgten im Frühjahr 1986 die großen Demonstrationen, auf die die Polizei mit brutalen Angriffen reagierte. Auch nach dem Unglück von Tschernobyl wurden an den Pfingsttagen und an den folgenden Sonntagen die Polizeiangriffe auf die Massen von Demonstranten fortgesetzt.
Die Medien brachten diesen anhaltenden Widerstand gegen die WAA immer wieder ins öffentliche Bewußtsein. Damit wurden auch seine Begründungen weit über die Grenzen der Bundesrepublik bekannt. Daß die WAA allgemein von der Bevölkerung abgelehnt wurde, kam im Frühjahr 1988 zum Ausdruck, als allein in der Bundesrepublik 350 000 Einwendungen gegen die - wiederholte - 1. Teilerrichtungsgenehmigung gesammelt wurden.
Für die Atomindustrievertreter blieb die bittere Erfahrung, daß „das juristische Hick-Hack, das ... über die Jahre 1986 bis ins Frühjahr 1989 im Rahmen des Genehmigungsverfahrens stattgefunden hat und die parallel dazu abgelaufenen Demonstrationen am Baugelände und während der Anhörungsverfahren" für die Entscheidung vom März 1989, die WAA aufzugeben, „mindestens ebenso ausschlaggebend" waren wie die ökonomischen Vorteile(atw, Okt. 1989, S. 476).
Für das Atommüll-Endlager Schacht Konrad mußte die PTB 1983 und 1984 noch neue Untersuchungen zur Geologie durchführen. Das Genehmigungsverfahren wurde weiter verzögert, als die Niedersächsische Landesregierung im Mai 1989 die für Juni/Juli 1989 bereits vorbereitete Einwendungsfrist kurzfristig absagte, unter anderm mit der Begründung, zuerst müsse geprüft werden, ob die vollständige Verlagerung der Wiederaufarbeitung ins Ausland Auswirkungen auf die Planung für Schacht Konrad nach sich ziehe.
Das Auftreten immer neuer Verschleppungen im Ablauf des Genehmigungsverfahrens gilt als einer der Gründe dafür, daß es um Schacht Konrad nicht wieder zu größeren Aktionen kam, die öffentliche Resonanz über die Region hinaus hätten hervorrufen können.
In den Medien wurde und wird immer noch Schacht Konrad als auf die engere Region begrenztes Problem behandelt, trotz seiner Bedeutung als zentrale Einrichtung für die Entsorgung aller Atomanlagen in Bundesrepublik. Das kommt allen an dem Endlager Interessierten sehr entgegen. Neben ihren praktischen Bedürfnissen steht dabei für sie auch das „Vertrauen der Öffentlichkeit in die verantwortbare

Einlagerung schachaktiver Abfälle

Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik" (Jb. d. Atomwirtschaft 1990, S. A 39) auf dem Spiel, das seit der Aufgabe von Wackersdorf stark angeschlagen ist.
In der breiten Öffentlichkeit sind die Probleme der Endlagerung von Atommüll in Schacht Konrad noch kaum bekannt. Auf diesem Hintergrund sind die 250 000 Einwendungen, die wir im Frühsommer 1991 haben sammeln können, ein großer Erfolg. Er dürfte in direktem Zusammenhang stehen mit den Erfahrungen zahlreicher Gruppen und Einzelpersonen mit dem Wackersdorf-Einwendungsverfahren von 1988. Aber was bedeutet dieser Erfolg angesichts der unsicheren Haltung der Bevölkerung gegenüber Schacht Konrad? Noch immer muß man bis weit in ansonsten ökologisch orientierte Kreise hinein die Frage beantworten: „Der Atommüll muß doch irgendwo hin; warum wollt Ihr denn nicht, daß er nach Schacht Konrad kommt?" Darin zeigt sich, daß die Langfristigkeit und die Größenordnung der Gefährdung durch die Endlagerung von Atommüll in Schacht Konrad noch nicht ins öffentliche Bewußtsein eingegangen ist. Wir sollten es für selbstverständlich halten, daß dies auch den Vertretern der Atomwirtschaft und ihren Politikern bekannt ist.

Unterschiede im Ablauf der Genehmigungsverfahren

Die Genehmigungsprozeduren für die WAA Wackersdorf waren ein klassisches Beispiel für die Genehmigungsverfahren nach §7 Atomgesetz (AtG) für den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Neben dem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren waren weitere Verfahren nach Planungsrecht, nach Baurecht, nach Wasserrecht zu berücksichtigen. Es konnten deshalb sehr verschiedene Genehmigungen beklagt werden und dadurch erhebliche Verzögerungen bewirkt werden. Das führte schließlich so weit, daß kaum einer der Beteiligten noch einen Überblick darüber hatte, ob und wie die einzelnen Verfahren und die Klagen dagegen ineinandergriffen.
Das Schacht-Konrad-Verfahren dagegen ist das erste konkrete Beispiel für ein Planfeststellungsverfahren nach §9b AtG für Bau und Betrieb eines Atommüll-Endlagers. In dieses Verfahren sind, außer den bergrechtlichen Genehmigungen, alle anderen Genehmigungen zu Planungs-, Bau- und Wasserrecht eingeschlossen. Das heißt: Es gibt nicht eine ganze Reihe von Genehmigungsverfahren in verschiedenen Rechtsbereichen, sondern am Ende des Verfahrens nur eine einzige, dafür umso umfassendere Genehmigung, die auch die Betriebsgenehmigung mit einschließt.
Für die Antragsteller, heute das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, bringt das Probleme mit sich: Die Antragsunterlagen müßten in allen Planungsbereichen nach den üblichen Verfahrensregeln prüffähig sein. Daß dies nicht so ist, können wir mit Nachdruck sagen. Es fehlen in den Planunterlagen z.B. normalerweise selbstverständliche Angaben für wichtige bauliche und betriebliche Anlagen. Darüber hinaus wiegt schwer das Fehlen von Aussagen über die Langlebigkeit der einzulagernden radioaktiven Stoffe und über Durchlässigkeit und Wasserführung der geologischen Formationen, sodaß die vorgelegten Rechenergebnisse schon deshalb grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen. Entsprechend unzulänglich ist der Bearbeitungszustand der Planunterlagen zu vielen anderen Punkten. Den Antragstellern ist dies bewußt. Seit Monaten bereiten sie in Trainingsseminaren ihr Auftreten im Erörterungstermin vor, um sich nicht gar zu sehr bloßstellen zu lassen.
Aber auch wir stehen vor einer ungewohnten Situation. Es gibt keine Möglichkeit, vor dem Planfeststellungsbeschluß auf dem Klageweg ins Geschehen einzugreifen. Es fehlen also für uns die Behinderungsmöglichkeiten, die sich im WAA-Verfahren so reichlich boten und immer wieder auch mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen verbunden werden konnten. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß im §9b-Verfahren nur einmal das Einwendungs- und Erörterungsverfahren vorgesehen ist, an dem wir, die Betroffenen, uns beteiligen können. Schließlich ist der Problemstoff, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, inhaltlich sehr umfangreich, weil auch wir uns mit der gesamten Planung befassen müssen und dabei gerade die im Plan nicht berücksichtigten Fragestellungen bewältigen müssen.

Schlußfolgerungen für die Mobilisierung gegen Schacht Konrad

Halten wir fest: Im Vergleich zu Wackersdorf haben wir bei der Mobilisierung gegen Schacht Konrad in jeder Hinsicht schwierigere Bedingungen. Das Interesse von Bundesregierung und Atomwirtschaft an dem Endlager ist stark und ungebrochen. Politischen Druck üben andere Bundesländer aus, darunter auch SPD-geführte. Mit größeren öffentlich wirksamen Aktionen können wir in der nächsten Zeit kaum rechnen. In den Medien gilt Schacht Konrad nicht als zentrales Thema. Gründe für seine Ablehnung werden selten in die Öffentlichkeit transportiert, auch die Bevölkerung ist darüber noch kaum aufgeklärt. Gerade dies dürfte nach den Wackersdorf-Erfahrungen von entscheidender Bedeutung für uns sein. Unser erstes Ziel sollte es deshalb sein, die Öffentlichkeit und die Bevölkerung für uns zu gewinnen durch Aufklärung über die Gefährdungen, die von dem in Schacht Konrad eingelagerten Atommüll ausgehen werden. Die geeignetste Gelegenheit: der Erörterungstermin.
Gelegentlich wird die Erwartung ausgesprochen, der Erörterungstermin könne durch Druck auf der politischen Ebene noch verhindert werden. Jedoch könnte das NMU als Genehmigungsbehörde diesen Schritt zur vorzeitigen Beendigung des Genehmigungsverfahrens nur tun, wenn es nachweisen könnte, daß die Antragsteller kein Interesse mehr an der Erteilung der Genehmigung haben. Andernfalls haben die Antragsteller die Möglichkeit, auf Durchsetzung eines Genehmigungsbeschlusses zu klagen. Das Verfahren könnte auch beendet werden, wenn die Antragsteller von sich aus den Planfeststellungsantrag zurückziehen. Damit können wir beim Endlager Schacht Konrad nicht rechnen.
Manchmal wird die Meinung vertreten, der Erörterungstermin sei von vornherein nicht auf ernstzunehmende Auseinandersetzung hin angelegt, seine Funktion beschränke sich darauf, das „Diskussionsbedürfnis der Betroffenen zu befriedigen", er trage nicht wesentlich zur Genehmigungsentscheidung bei, kurz, er sei nur eine Farce, und deshalb sei es besser, sich nicht ernsthaft auf ihn einzulassen. Wenn dazu auf Wackersdorf-Erfahrungen verwiesen werden sollte, dann kann sich das nur darauf beziehen, daß es in Neunburg vorm Wald nicht gelungen ist, vor dem Erörterungstermin eine gemeinsame Vorgehensweise für die verschiedenen Einwendergruppen zu entwickeln, sodaß es der DWK gelang, die Tagesordnung in ihrem Sinne zu bestimmen. Trotzdem hat diese Veranstaltung ihre öffentliche Wirkung nicht verfehlt.
Bei vielen anderen Gelegenheiten haben Bürgerinitiativen ganz andere Erfahrungen mit dem Erörterungstermin gemacht. Nicht zu leugnen sind die Machtbeziehungen, die während des Termins zum Ausdruck kommen. Diskutiert werden sollen aber unsere Einwendungen gegen den Plan. Wenn sich die Einwender gut vorbereiten, kann es gelingen zu zeigen, daß unsere Einwendungen nicht nur moralisch „die besseren Argumente" sind, sondern auch sachlich besser begründet sind als die Planung des BfS. Dies hat bei früheren Gelegenheiten nie seine Wirkung auf die öffentliche Meinung verfehlt. Der politische Druck auf die Antragsteller kann dadurch erheblich verstärkt werden. Vielleicht kann das NMU als Genehmigungsbehörde davon überzeugt werden, daß es den Antragstellern im Planfeststellungsbeschluß die Genehmigung für Schacht Konrad verweigern muß. Da alle Einwenderinnen und Einwender das Recht haben, sich am Erörterungstermin zu beteiligen, können wir mit breiter Unterstützung rechnen. Im übrigen sollten wir uns den Interessen all dieser Menschen bis in die hintersten Winkel der Bundesrepublik verpflichtet fühlen.
Der Erörterungstermin selbst wird in jedem Fall von den Medien als wichtiges Ereignis betrachtet. Ihre Vermittlerfunktion ist nicht zu unterschätzen. Sie wird aber nur in unserem Sinne wirksam, wenn wir neben den Wirkungen der Machtstrukturen immer wieder die sachliche Argumentation in den Vordergrund stellen. Das kann z.B. in ähnlicher Form geschehen, wie in der Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens von niedersächsischen Anti-Atom-Bürgerinitiativen am 8. Februar 1992 in Ovelgönne.(S. Seite ...dieser Ausgabe).
Sehr verschiedene Gruppen bereiten sich schon jetzt auf den Erörterungstermin vor, darunter als Träger öffentlicher Belange mehrere Gemeinden aus der Region, Kreisgruppen der großen Umweltverbände, Vertreter aus der Landwirtschaft und aus dem gewerkschaftlichen Bereich, nicht zuletzt Bürgerinitiativen aus der Region und von außerhalb. Es wäre wünschenswert, wenn sie die Zeit bis zum Erörterungstermin nutzen würden, um organisatorisch und inhaltlich ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Je nach den vorhandenen Kräften sollten andere Aktionsformen nicht vernachlässigt werden.

Anna Masuch

Runtergerechnet und verharmlost

Stellungnahme zur Transportstudie Konrad der GRS

Durch den Protest der Öffentlichkeit (insbesondere von Bürgerinneninitiativen und einigen Kommunen in der Region Braunschweig-Salzgitter) und dem daraufhin erfolgten Drängen der damaligen Niedersächsischen Landesregierung gab das Bundesumweltministerium bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH (GRS) Ende 1988 eine Studie zur Transportproblematik im Zusammenhang mit dem Betrieb des geplanten Endlagers für radioaktive Abfälle in Auftrag. Diese Studie sollte nach Willen der Landesregierung zwar formal außerhalb des Planfeststellungsverfahrens für Schacht Konrad stehen, in der öffentlichen Diskussion aber im Zusammenhang mit diesem behandelt werden. Folgerichtig wurde die Vorstellung der wesentlichen Ergebnisse durch die GRS auf den Sommer 1989 terminiert. Die Veröffentlichung wurde jedoch zunächst auf den 31.10.1990 und dann auf 1991 verschoben. Auch im Sommer 1991 wurde die GRS-Studie nur zögerlich veröffentlicht. Für eine Berücksichtigung der Ergebnisse des Gutachtens durch die Betroffenen im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen kam die Veröffentlichung zu spät. Dennoch wird von allen Betroffenen einschließlich der Kommunen (nicht nur der Region, sondern inzwischen auch von Städten wie z.B. Hannover und Marburg) im Falle der weiteren Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach wie vor die Einbeziehung der Transportfrage gefordert. Das GRS-Gutachten würde in diesem Fall für die Diskussion eine wichtige Rolle spielen. Im folgenden werden die Ergebnisse einer ersten Bewertung der Studie dargestellt. Dabei konnten nur einige exemplarische Punkte herausgegriffen werden. Eine umfassende Analyse würde wegen des Umfangs der Studie eine längere, intensive Beschäftigung erfordern.

Datenbasis

Die GRS geht von 3.400 Transporteinheiten (TE) bzw. 5.510 Gebinden pro Jahr für den Antransport zum Endlager aus. Sie verläßt sich damit auf Angaben des Antragstellers Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), ohne eigene Abschätzungen für das Einlagerungsaufkommen vorzunehmen. Vor allem vor dem Hintergrund bisher nicht festgelegter Abfallmengen aus der Aufarbeitung abgebrannten Kernbrennstoffes im Ausland ist dies zu kritisieren. Die Annahmen zu Art und Menge verschiedener radioaktiver Abfälle werden ebenfalls einer Abfalldatenerhebung des BfS entnommen. Für 30 Verursacher werden die Anteile an TE, Gebinden und Transporten angegeben, weiterhin für 11 Behälterklassen die Anteile an TE und Gebinden. Insgesamt wurden 217 Abfallarten („Referenzabfälle") berücksichtigt, wobei jeder Referenzabfall ein bestimmtes Abfallprodukt und dessen spezifische Verpackungsform repräsentieren soll. Angaben zu diesen Referenzabfällen - abgesehen von ihrer Zahl - werden von der GRS nicht gemacht. Insbesondere liegen auch keine Auflistung der Referenzabfälle, keine Angaben zu deren Anteilen an TE und Gebinden sowie keine Zuordnung zu Verursachern vor. Dies ist eine wissenschaftlich nicht haltbare Vorgehensweise, da dadurch die Grundlage für alle in der Studie gemachten Aussagen nicht überprüfbar ist. Ein Vergleich der Annahmen der GRS-Studie - soweit sie dokumentiert sind - mit veröffentlichten Angaben zum Abfallaufkommen wirft darüber hinaus Fragen auf, die anhand der Studie nicht beantwortet werden können. Zum Beispiel würden die von der GRS angenommenen Abfallmengen für den jährlichen Transport aus La Hague nicht ausreichen, die dort bis zum geplanten Betriebsbeginn von Konrad gelagerten Abfallmengen abzubauen. Im Gegenteil würde der Abfallberg in La Hague bei Einhaltung der abgeschlossenen Wiederaufarbeitungsverträge trotz Abtransporten weiter anwachsen.

Die Radionuklidinventare der verschiedenen Abfallarten sind eine sehr wichtige Eingangsgröße für die Studie, da sie wesentlich in die Ermittlung der bei Unfällen freigesetzten Mengen eingehen. Auch hierzu werden keine genauen Angaben gemacht. Es wird lediglich die Häufigkeitsverteilung der Gesamtaktivität pro Transporteinheit gezeigt, ohne Aufschlüsselung nach Verursachern, Behälterklassen und Abfallarten sowie ohne Angaben zu speziellen Radionukliden. Die von der GRS angegebene Häufigkeitsverteilung ist anhand von bekannten Daten über radioaktive Abfälle nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Insbesondere die Zahl von Abfallgebinden mit hohem Aktivitätsinventar erscheint deutlich zu niedrig.

Insgesamt muß sowieso die grundsätzliche Frage nach der Belastbarkeit der Abfalldaten, insbesondere der Annahmen für Abfälle aus La Hague und Sellafield, gestellt werden. Kurz nach Veröffentlichung der GRS-Studie wurde in einem Dokument der Deutsch-Französischen Expertengruppe der Regierungen festgestellt, daß die Spezifikationen der Wiederaufarbeitungsabfälle weiter diskutiert werden müssen. Auf diese Probleme wird in der GRS-Studie überhaupt nicht hingewiesen.

Die mangelnde Seriosität wird auch durch die Behauptung eines vernachlässigbaren Einflusses durch den Antransport von Abfällen aus der ehemaligen DDR unter Beweis gestellt. Es ist nachvollziehbar, daß diese Abfälle noch nicht in die Betrachtungen direkt mit einbezogen werden konnten, da die Situation während der Bearbeitung der Studie ungewiß war. Gerade deshalb und wegen der von anderen Abteilungen der GRS identifizierten Probleme mit diesen Abfällen (Nuklidinventare sind nicht genau bekannt, der Zustand zumindest eines Teiles der zwischengelagerten Abfälle erlaubt zur Zeit keine Bergung aus den Lagern usw.) hätten hier eigentlich nur sehr zurückhaltende Aussagen getroffen werden dürfen. Die Zahl der Transporteinheiten aus den fünf neuen Ländern würde - ausgehend von den Grundannahmen der GRS - immerhin ca. 8 % der Gesamtzahl ausmachen.

Strahlenbelastung beim unfallfreien Transport

Ende 1989/Anfang 1990 legte die GRS dem BMU den Ergebnisbericht zum 1. Untersuchungsabschnitt vor. Danach wurde als kritische, d.h. am höchsten durch die Transporte zum geplanten Endlager belastete Bevölkerungsgruppe die Anwohner der Alten Salzdahlumer Straße im Einfahrbereich des Rangierbahnhofs Braunschweig identifiziert. Ihre potentielle Ganzkörperdosis sollte beim Beförderungsszenario 100 % Schiene bis zu 0,4 mSv/a betragen - ein Wert, dessen Höhe die GRS zu der Bemerkung im Vorwort veranlaßte:

„Hier erscheint es erwägenswert, im Sinne des Minimierungsgebotes der Strahlenschutzverordnung (§ 28 StrSchV), soweit möglich, Maßnahmen administrativer oder technischer Natur in Betracht zu ziehen, die zu einer Dosisreduktion führen können."

Im Abschlußbericht der Transportstudie Konrad beträgt die jährliche Strahlenbelastung der

Anwohner des Rangierbahnhofs Braunschweig dagegen nur noch die Hälfte bis ein Viertel des o.g. Dosiswertes: 0,1-0,2 mSv/a.

Die Grundlage für die Reduzierung der Strahlenbelastung ist aus den beiden GRS-Arbeiten nicht nachvollziehbar abzuleiten. Eine Nachfrage bei der GRS brachte die Auflösung, wie der Wert heruntergerechnet wurde: Während 1990 relativ konservativ von einer vollständigen Abwicklung von 3400 Transporteinheiten über den Rangierbahnhof Braunschweig ausgegangen wurde, ist dies 1991 nicht mehr der Fall. Zunächst wird nun unterstellt, daß ca. 50 % aller Transporte (dies entspricht etwa dem Anteil der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung) in Ganzzügen erfolgt, die direkt nach Beddingen, also nicht über Braunschweig fahren. Diese Annahme kann sich zwar mindestens für einen Teil dieser Abfälle durchaus als richtig erweisen, eine Garantie oder einen Vertrag gibt es hierüber jedoch nicht. Außerdem müßte der Meinungsumschwung bei der GRS begründet werden, denn bei den ersten Berechnungen 1989/90 wäre die Annahme viel berechtigter gewesen, da damals noch Wackersdorf auf dem Programm stand und damit die Einflußmöglichkeiten auf den Antransport viel größer waren. Mit der Aufgabe der relativ konservativen Annahme ist der Wert für die Strahlenbelastung bereits auf die Hälfte (0.2 mSv/a) reduziert. Die weitere Halbierung kommt nun dadurch zustande, daß der Antransport der verbleibenden 50 % der Abfälle auf Bahn und LKW verteilt wird und angeblich Änderungen bei der Abfalldatenbasis berücksichtigt wurden. Damit ist die GRS bei einer Strahlenbelastung von 0,1 mSv/a angelangt.

Diese Konstruktion ist schon etwas abenteuerlich, wenn berücksichtigt wird, daß die Transporte nicht reglementiert werden und bei der Belastung von einem „Höchstwert" gesprochen wird, obwohl die Ausgangsbasis der GRS-Rechnungen Mittelwerte sind, die nach Angaben in der Studie um bis zu 1/3 übertroffen werden können. Darüberhinaus wird 1-Schichtbetrieb des Endlagers angenommen, obwohl ein 2-Schichtbetrieb beantragt wurde und auch als eher wahrscheinlich angesehen werden muß.

Abschließend muß unabhängig von den obigen Ausführungen darauf hingewiesen werden, daß selbst mit dem GRS-Wert von 0,1 mSv/a die Strahlenbelastung für die Betroffenen immer noch den Grenzwert für ortsfeste Atomanlagen im bestimmungsgemäßen Betrieb zu einem Drittel ausschöpft. Dies ist einmalig in der BRD, auch wenn dieser Vergleich nur hilfsweise, mangels anderer Möglichkeiten, herangezogen werden kann. Da mutet es schon fast unverschämt an, wenn die GRS diese Tatsache zu verdecken sucht, indem sie als Bezugssystem die sogenannte natürliche Strahlenbelastung (ca. 2 mSv/a) oder den Richtwert der IAEA für Atomtransporte (1 mSv/a) heranzieht und damit sozusagen die Strahlenschutzverordnung aushebelt.

Mögliche Transportunfälle

Im Mittelpunkt der Aussagen der GRS-Studie steht die von ihnen errechnete geringe Unfallwahrscheinlichkeit. Mit 1:1430 wird die Wahrscheinlichkeit bei ausschließlichem Antransport per Bahn angegeben, daß es überhaupt zu einem Unfall mit Freisetzung radioaktiver Stoffe kommt und mit 1.500000, daß die Belastung in der näheren Umgebung 50 mSv (Störfallgrenzwert in der Strahlenschutzverordnung für ortsfeste Anlagen) übersteigt. Dieser niedrige Wert ist nicht überraschend, wenn die eingeflossenen Randbedingungen betrachtet werden. Vor allem die Begrenzung der berücksichtigten Streckenlänge auf 50 km sorgt für eine scheinbar vernachlässigbare Größe. Darüberhinaus macht sich auch hier die Beschränkung auf jährlich 3400 Transporteinheiten bemerkbar, und eine Reihe weiterer Eingangsparameter bezüglich des Beförderungsszenariums sind relativ frei wählbar. Damit wird deutlich, wie problematisch der methodische Ansatz ist, die Gefährdung der Bevölkerung durch einen Wert für die Unfallwahrscheinlichkeit auszudrücken.

Foto: Argus. Transport des Reaktors des Atomschiffes Otto Hahn.

Ein kritischer Punkt sind auch die Annahmen ab welcher Belastung der Transportbehälter versagt und wie groß die Freisetzungen als Folge davon sein können. Die Lastannahmen der GRS müssen sowohl im mechanischen, wie auch im thermischen Bereich als nicht abdeckend bezeichnet werden. D.h. bei realen Unfällen können Belastungen der Behälter auftreten, die über die Annahmen der GRS hinausgehen. Zum Beispiel können sich die Annahmen zu Feuerdauer und -temperatur wesentlich auf die ermittelten Wahrscheinlichkeiten gerade großer Freisetzungen auswirken. Die genaue Bestimmung der Freisetzungsanteile für verschiedene Unfallszenarien ist in den meisten Fällen anhand der GRS-Studie nicht nachvollziehbar. Bei Unfällen mit thermischen Belastungen liegen die Annahmen der GRS zu den Freisetzungsraten teilweise relativ niedrig. Z.B. wird für bituminierte Abfälle, sofern sie bei einem Unfall abbrennen, eine Freisetzungsrate von 10 % angesetzt, obwohl in der Literatur mit bis zu 50 % gerechnet wird. Dieses zumindest teilweise nicht-konservative Vorgehen bei der Festlegung von Freisetzungsraten hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Betrachtung radiologischer Folgen eines Unfalls.

Bei der Ermittlung der Wahrscheinlichkeiten für bestimmte radiologische Folgen wird weiterhin in der GRS-Studie über die verschiedenen, am Unfallort möglichen Wetterbedinungen gemittelt. Durch die Annahme einer Wahrscheinlichkeitsverteilung der Wetterlagen wird zum Einen die Unschärfe der gewonnenen Ergebnisse weiter vergrößert; Wahrscheinlichkeiten insbesondere für extreme Wetterlagen können zwangsläufig nicht genau bestimmt werden (die Genauigkeit dieser Annahmen in der GRS-Studie kann im übrigen nicht überprüft werden, da eine ausreichende Dokumentation und Begründung in der Studie nicht enthalten ist). Zum Anderen werden durch diese Vorgehensweise relativ unwahrscheinliche Wetterbedingungen, die zu besonders hohen radiologischen Folgen führen, statistisch „weggemittelt", so daß sich kein vollständiges Bild der möglichen Schadensfolgen ergibt.

In der GRS-Studie werden die Auswirkungen von Unfällen im Nahbereich (bis 250 m Entfernung von Unfallort) nicht genauer betrachtet. Es wird darauf verwiesen, daß durch Gegenmaßnahmen nach dem Unfall die Strahlenbelastung in diesem Bereich drastisch gesenkt werden kann.

Nach unserer Einschätzung hätte dieser Punkt eine genauere, eingehende Diskussion und Analyse erfordert. Zur Darstellung der radiologischen Folgen gehört zwingend auch die detaillierte Untersuchung der Gegenmaßnahmen, die ergriffen werden können bzw. müssen, um die radiologischen Folgen zu vermindern, und die Darstellung der Konsequenzen dieser Gegenmaßnahmen. Solche Gegenmaßnahmen können gravierende Eingriffe erfordern, insbesondere dann, wenn der Unfall in der unmittelbaren Nachbarschaft von bebautem und bewohntem Gebiet eintritt. Räumung des Nahbereiches, Neueindecken von Dächern, Neubelegen von geteerten und asphaltierten Straßen und Plätzen oder auch Sandstrahlen von Wänden können erforderlich werden. Dabei

wäre noch genauer zu untersuchen, ob mit diesen Methoden überhaupt ausreichende Dekontaminationsfaktoren erreicht werden können. Auf jeden Fall ist mit zusätzlichen Strahlenbelastungen während dieser Arbeiten zu rechnen, z.B. durch die Inhalation von wiederaufgewirbeltem Staub sowie mit dem Anfall großer Mengen kontaminierten Materials, das wiederum endgelagert werden muß. Auch Einschränkungen der landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Nutzung von Flächen im Nahbereich der Unfallstelle können erforderlich werden. Insgesamt können somit auch die bei „kleineren" Unfällen erforderlichen Gegenmaßnahmen einen schwerwiegenden Eingriff in das Leben der betroffenen Gemeinde bedeuten. Die sicherlich mögliche Reduzierung der Strahlenbelastung muß um einen unter Umständen hohen Preis - zu Lasten vor allem der betroffenen Menschen - erkauft werden.

Fazit

Eine vollständige Bewertung der GRS-Studie bezüglich der Strahlenbelastungen beim unfallfreien Transport ist hier nicht möglich. Eine erste Überprüfung zeigt jedoch bereits eine nicht konservative Vorgehensweise der GRS bei den Berechnungen.

Der methodische Ansatz der GRS zur Ermittlung der Gefährdung der Bevölkerung durch Transportunfälle ist nach unserer Auffassung ungeignet, da er die Relationen verschiebt. Im Mittelpunkt der Aussagen müssen die unter realistischen Bedingungen konservativ abgeleiteten radiologischen Auswirkungen von möglichen Transportunfällen stehen. Die Ermittlung von Wahrscheinlichkeiten für sehr kleine Gebiete ist eher geeignet die Sache zu verharmlosen.

Die erste Durchsicht der GRS-Studie läßt darüberhinaus große Mängel erkennen. Soweit ersichtlich, sind die Ergebnisse (sowohl Wahrscheinlichkeiten verschiedener Unfallkategorien als auch Freisetzungen und Folgeberechnungen) mit erheblichen Unschärfen behaftet. Es ist zu beanstanden, daß in der Studie keine Abschätzung der Streubreiten der Ergebnisse enthalten ist. Die Diskussion der Unfallfolgen ist jedenfalls für den Nahbereich unvollständig.

Weiterhin gibt es Anzeichen dafür, daß die Studie Annahmen enthält, die zur Unterschätzung des Unfallrisikos führen (z.B. im Hinblick auf transportierte Mengen und Inventare, Lastannahmen insb. bei thermischer Belastung, teilweise bei Freisetzungsraten). Die in der GRS-Studie mehrfach durchgeführten Mittelwertbildungen können überdies in der Ergebnisdarstellung zu einer Unterbewertung schwerer Unfälle führen.

Gruppe Ökologie

Korrektur...Korrektur

Korrektur zum Artikel „Atomtransporte..." in atom Nr. 37, Seite 23, zweiter Absatz: Es muß heißen : ...etwa 25-40 TE an Werktagen...

Aus dem Dunkel ans Licht

Neue Diaserie über Atomtransporte erschienen

Jährlich sind zwischen 3.000 und 4.000 Transporte mit radioaktivem Material zur Ver- und Entsorgung der bundesdeutschen Atomkraftwerke unterwegs. Das Schienennetz der Bundesbahn und die Autobahnen der Republik sind die Lebensadern der Atomindustrie.
Was, wo und wann transportiert wird ist geheim. Selbst die an den Transportstrecken liegenden Gemeinden erhalten keine Auskünfte über die gefährliche Fracht. Erst die akribische Rechenarbeit von Anti-Atom-BürgerInneninitiativen hat in den letzten Jahren ein wenig für Aufklärung gesorgt.
Nachdem 1990 die Erkenntnisse über Transportrouten und -termine im sogenannten „Streckenatlas" einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt wurden, liegt jetzt mit der neuen Diaserie „Atomtransporte Stop!" umfangreiches Bildmaterial zum Thema vor.
Die Diaserie präsentiert die Problematik der Transporte in einem größeren Zusammenhang, indem sie der Frage nachgeht, welche Atomanlagen durch die Transporte verbunden werden, welche Stoffe transportiert werden und welchem Zweck die einzelnen Transporte dienen.
So wird nicht nur ausführlich über Strahlen- und Unfallgefahren, Transportstrecken, -fahrzeuge und -behälter informiert, sondern auch über die zahlreichen Stationen der Uranverarbeitung und die nach wie vor ungelöste Entsorgungsproblematik. Abgerundet wird die Serie mit einem durch zahlreiche Beispiele illustrierten Teil über Möglichkeiten, sich gegen den Atomtourismus zur Wehr zu setzen.
Gerade hier zeigt sich, daß der Zweck der Zusammenstellung über die reine Informationsvermittlung hinausgeht. Das Gesehene beunruhigt und provoziert zur Aktivität. Die Fakten dienen als Grundlage zum Handeln.
Die Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet, die mit ihrem Bildmaterial zu der Diaserie beitragen, haben diese Erfahrung schon gemacht: Es gibt Fotos, deren Veröffentlichung ein mittleres politisches Erdbeben auslösen kann, wie sich die rollenden Zeitbomben durch die Städte und Dörfer bewegen, entstehen plötzlich weitab von umkämpften AKW-Zäunen neue Widerstandsnester.
Noch vor wenigen Jahren war fast gänzlich unbekannt, wie die Waggons und LKW's aussehen, mit denen die tödliche Fracht befördert wird. Durch die Recherche der Initiativen gegen Atomanlagen ist inzwischen Bildmaterial in Hülle und Fülle vorhanden. Die Diaserie versucht daraus eine informative Auswahl zu treffen. Mit 120 Bildern ist sie zwar ein wenig überdimensioniert, durch eine deutliche Gliederung in sieben Teile und ihrer Baukastenstruktur kann sie aber auch, je nach Interessenschwerpunkt, in Auszügen vorgeführt werden.
Ein Begleittext mit Informationen zu jedem Bild ergänzt das Werk und ermöglicht eine Vorführung auch durch Nicht-Fachleute.
Die Diaserie kann für 50 DM (plus 100 DM Pfand) pro Woche ausgeliehen oder für 150 DM käuflich erworben werden. Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse und bei vierwöchiger Lieferfrist.

Bestelladresse:

Jochen Stay, Fischerstr. 42a, W-6800 Mannheim 24 Tel.: 0621/858837

15 JAHRE WIDERSTAND GEGEN GORLEBEN:

PROVINZ

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg im östlichen Zipfel Niedersachsens herrschte noch Stille, wäre da nicht der 22. Februar 1977 gewesen. Aus Sicht der Parteipolitiker aller Couleur wären auch die Lebensverhältnisse im hannoverschen Wendland - mehr oder weniger - überschaubar, regierbar, alles hätte seine Ordnung. Vielleicht gäbe es hier und da ein paar Nazischmierereien von jungen Möchtegern-Hooligans im Schulzentrum der Kleinstadt Dannenberg, und die versoffene Punk-Wohngemeinschaft am Ortsausgang der Kreisstadt Lüchow würde mit ihrem Lagerfeuer auf dem Bürgersteig, ausgefransten Sofas vor der Haustür und zerdepperten Bierdosen die Gemüter der Vorbeifahrenden erregen. Ein Reflex zeitgenössischer Erscheinungen, wohldosiert und bestenfalls marginal. Wie überall.

Die CDU käme bei Kommunalwahlen immer noch auf satte 55% oder etwas weniger, denn die grenznahen Probleme der deutschen Vereinigung schwappen direkt in den Landkreis Lüchow-Dannenberg hinein, der wie eine Sperrspitze in das Gebiet der DDR hineinragte. Die Sozialdemokraten kassierten rund 35% (oder entsprechend etwas mehr), FDP und Grüne dürften sich die restlichen 10% der Stimmen teilen. Grüne Politik würde mit Entschiedenheit die Belange des Naturschutzes gerade im Naturpark Elbufer-Drawehn und im Elbeauetal verfechten: gegen die Trassierung einer Nord-Süd-Autobahn beispielsweise quer durch das Wendland, für die Rekonstruktion der Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Dömitz nach der Vereinigung. Und dann gäbe es da noch die Themen Wasser (Nitratverseuchung, Schliessung von Privatbrunnen) oder Rüstungsaltlasten (Dragahn). Sicher aber gelte Lüchow-Dannenberg noch immer als Geheimtip für großstadtgestresste Zweitwohnsitzler aus Hamburg und Berlin, als El Dorado für Ornithologen und Naturkundler.

So oder so ähnlich: der „Landkreis", wie er unter Insidern gekürzelt wird, wäre ähnlich provinziell wie viele andere.

ATOMARE GIGANTONOMIE

Seit dem 22. Februar 1977 aber ist dort alles anders als anderswo. An jenem Tag benannte der damalige Ministerpräsident Albrecht (CDU) Gorleben/Elbe als vorrangigen Standort für den Bau eines „Nuklearen Entsorgungszentrums" (NEZ).

Die Planungen sahen vor, eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) mit Brennelementzwischenlager, Brennelementfabrik, diverse oberirdische Pufferläger für die nuklearen Abfälle sowie eine Konditionierungsanlage zur Abfallbehandlung an einem Ort zu konzentrieren. Schließlich sollten die radioaktiven Abfälle im Salzstock Gorleben-Rambow unterirdisch endgelagert werden. Das Terrain dieser Deponien und Atomfabriken im Osten Lüchow-Dannenbergs hätte eine Fläche von rund 16 Quadratkilometern bedeckt.

Von Politikern und der Betreibergesellschaft DWK wurden vorrangig zwei Gründe angegeben, die für diesen Standort sprächen:

1. Salz sei die geeignete Formation für Endlagerung hochaktiver, wärmeentwickeln-der

Abfälle, weil es sich bei thermischer Einwirkung plastisch verhalte, Klüfte und Hohlräume verschliesse und so einen Grundwasserkontakt ausschlösse.
2. Der Salzstock unter Gorleben tauge wegen seiner Mächtigkeit besonders gut als nukleares Endlager.

Wissenschaftliche Einwände gegen Salz als Endlagerformation bzw. speziell gegen den Salzstock Gorleben- Rambow gab es von Anfang an. Entscheidend für die Wahl des Standorts waren mit Sicherheit ganz andere Kriterien. Der Landkreis ist sehr dünn besiedelt. Es leben dort nur 48.000 Menschen, ca 40 Einwohner auf einem Quadratkilometer. Im Vergleich: im (alten) Bundesgebiet beträgt die Bevölkerungsdichte 249 Einwohner pro qkm. Vorherrschende Westwinde hätten den größten Teil der radioaktiven Emissionen vor allem aus der Wiederaufarbeitung und der Kondition-ierungsanlage auf das Gebiet der damaligen DDR getragen. Die extreme Randlage hätte eine leichte Absperrbarkeit durch Polizei und BGS im Falle von Demonstrationen (wiederholt so geschehen) und im Katastrophenfall zur Folge. Vor allem die vermutete Akzeptanz der ortsansässigen Bevölkerung (Arbeitslosenquote über 15%, Fremdenfeindlichkeit, Überalterung, obrigkeitsstaatliches Denken) sprachen aus Sicht der Atomlobby für diesen Standort. Die Menschen auf seiten der DDR waren weitgehend in Unkenntnis und konnten sich nicht wehren.
Aber die Planungen der Landesregierung und der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stiessen auf unerwartet heftigen Widerstand. Die Entscheidung Albrechts hat die festgefahrenden, geordneten Verhältnisse, die Spielregeln der „repräsentativen Demokratie", in der Region mächtig durcheinandergewirbelt. Bis sie allmählich - einigermaßen - wieder griffen, vergingen Jahre.

WIDERSTAND

Bereits wenige Tage nach der Standortbenennung starteten Umweltschützer zu einem Autokorso nach Gorleben, Anfang März verstopften Landwirte aus Protest gegen „Gorleben" mit ihren Traktoren die Kreisstadt Lüchow, und bereits am 12. März fand dort die erste Großkundgebung mit rund 15.000 Teilnehmer/innen statt. Die Menschen fanden sich mit ihren Ängsten und Einwendungen gegen diese gigantischen nuklearen Pläne durch die herrschenden Parteien eben nicht repräsentiert, zumal sie sich einer Allparteienkoalition der Atombefürworter gegenüber sahen. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hatte Rückendeckung durch das Bonner SPD/FDP-Kabinett unter Helmut Schmidt (SPD). Entsprechende Friktionen durchzogen also beide „Volks"-Parteien auch auf kommunaler Ebene, die Anfänge des Protests waren vom Gegensatz zu den Parteien, da „im Stich gelassen", charakterisiert, Gegner und Befürworter des Gorleben-Projekts fanden sich in der SPD wie der CDU. Kuriosum am Rande: allein die FDP auf Kreisebene artikulierte ein deutliches Nein zur Atomkraft und geriet in einen bis heute andauernden Streit mit den überregionalen Parteigremien.
Dieser vulminante (Früh-)Start des Widerstands verdeckt jedoch die Schwierigkeiten der Politik in der Provinz. Nicht die Summe aller Protestaktionen, erst deren personale und politische Verquickung gab dem Widerstand die Kraft, von der die Atomkraftgegner/innen im Wendland noch heute zehren. Der vermeintliche Nachteil, parteienunabhängig bzw. im Gegensatz zur „repräsentativen Demokratie" sich politisch artikulieren zu müssen, erwies sich im nachhinein allerdings als gewaltiger Vorteil, der heutzutage gar selbst im Verhältnis zur rot-grünen Koalition in Hannover unter Gerhard Schröder (SPD) zum Tragen kommt.
Doch langsam: was von den gigantischen atomaren Plänen blieb? Zweimal gelang es, den Bau einer WAA abzuwehren, zunächst in Gorleben, dann im 30 km entfernten Dragahn. Ein Zwischenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle nahm im Orwelljahr 1984 gegen heftige Proteste (Menschenkette mit 15.000 Teilnehmern, 5000 Atomkraftgegner stoppen jeglichen Verkehr bei der legendären Wendlandblockade) den Betrieb auf. Es ist nie aus den Schlagzeilen geraten wie zuletzt im Juni 1991, als Blockierer/innen nach tagelanger Belagerung der Zufahrten der Deponie durch die Polizei unsanft abgeräumt wurden. Das Brennelementzwischenlager auf dem gleichen Grund ist seit 1983 fertiggestellt, dessen Inbetriebnahme wurde immer wieder juristisch und politisch erfolgreich verhindert. Im 2. Quartal 1992 will die Betreibergesellschaft BLG (Brennelementlagergesellschaft) einen neuen Vorstoß wagen, die Bürgerinitiative wird mit einer massenhaften Blokkade die Einlagerung hochaktiven Mülls in Gorleben zu vereiteln suchen. Kernstücke des Atommüllzentrums sind jedoch die Konditionierungsanlage (PKA) und das atomare Endlager, das in Gorleben in Bau ist.

MEHRZWECKWAFFE PKA

Zynismus, könnte man vermuten, hatte die Manager von der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung (DWK) dazu verleitet, ausgerechnet 4 Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, am 30. April 1986, den Antrag zur Errichtung einer Pilotkonditionierungsanlage (PKA) zu stellen. Aber das timing dessen, was im Wendland als Ergänzung zu den Zwischenlagern gebaut werden soll, unterliegt sicherlich ganz anderen Maßstäben als politischem Fingerspitzengefühl: schließlich handelt es sich um das - für die Atomwirtschaft - notwendige Bindeglied zwischen diesen Lagerstätten und einem zukünftigen Endlager. Die Atomlobby hat den Traum eines Nuklearen Entsorgungszentrums noch lange nicht ausgeträumt und der Standort dafür heißt immer noch Gorleben! Hinter dem Kürzel PKA verbirgt sich eine Atommüllfabrik mit heißer Zelle und 60 m hohem Abluftkamin. Hinter dicken Betonwänden sollen dort in Zukunft jährlich 35 t Brennelemente, deren Wiederaufarbeitung zu teuer oder technisch nicht möglich ist, zerschnitten und so konditioniert (verpackt) werden, daß sie endlagerfertig sind. Das werden in erster Linie Brennelemente mit zu hohem Abbrand sein bzw. aus bereits wiederaufbereitetem Uran sowie MOX (Mischoxid)-Brennelemente. In dieser „Mehrzweckanlage" sollen aber auch flüssige, kontaminierte Lösungen verdampft und zementiert werden.
Mehrere Zwecke erfüllt die PKA nicht nur in technischer, sondern auch politischer Hinsicht: sie gälte als Entsorgungsnachweis für alle Brennstäbe, die nicht in die WAA nach La Hague bzw. Sellafield geschickt werden können und sie böte eine Reparaturmöglichkeit für defekte CASTOR-Behälter aus dem angrenzenden Zwischenlager. Denn ein wichtiges Argument im Rechtsstreit um das CASTOR-Lager war (und ist), daß ein beschädigter CASTOR dort nicht entsorgt werden könnte und wieder auf die Reise - return to sender - gehen müßte.
Den lokalen Widerstand gegen PKA rief die DWK mit ihrer Ankündigung zwar auf den Plan, aber im Schatten von Tschernobyl und Wackersdorf hatten die Lüchow-Dannenberger es verdammt schwer, das neuerliche Gorleben-Projekt bundesweit bekannt zu machen. Lediglich 12.500 Einwendungen waren im Mai 1988 zum offiziellen Anhörungstermin in Gartow bei der Genehmigungsbehörde eingegangen (zum Vergleich: rund 650.000 Einwendungen hatten die Oberpfälzer zur gleichen Zeit gegen die WAA zusammengetragen).
Die Bürgerinitiative Umweltschutz im Wendland machte dennoch mobil. Und es gelang, was gelingen mußte, Anfang Februar 1990 wurde der Bauplatz besetzt, eine Hüttendorf entstand, 8000 Menschen demonstrierten gegen die PKA. Das konnte den Baubeginn natürlich nicht verhindern. Aber eine Fülle von Aktionen (Waldspaziergänge, Demonstrationen, wöchentliche Blockaden) prägten das Jahr 1990. Inhaltlich dämmert es bei einigen Menschen: die PKA ist gefährlich, technisch unausgereift, macht die Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg und Umgebung zu Versuchspersonen. Die PKA macht als Folge der Meßungenauigkeiten das unbemerkbare Abzweigen von bis zu 42 kg Spaltmaterial möglich. Die PKA ist überflüssig, denn konditionieren liessen sich die Abfälle gefahrloser in den Atomkraftwerken selbst, es geht offensichtlich zugleich um die Festlegung auf einen Endlagerstandort Gorleben.

VERGLIMMENDER SCHIMMER

Rot-Grün in Hannover war ein Hoffnungsschimmer, sollte doch laut Koalitionsvertrag gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung gefochten werden. Nun steht für das Frühjahr bereits die 2. TEG ins Haus, ohne daß sich das Haus Griefahn sich für den Stopp der PKA engagiert hätte. Spielt etwa das politische Kalkül der SPD, im Atomgesetz den Verzicht auf die Wiederaufarbeitung festzuschreiben, dann aber zur „nationalen Verantwortung" in der Atommüll"entsorgung" einen Beitrag zu leisten, hinter der Tatenlosigkeit?

GORLEBEN VERSALZEN

Auch der Bau des Endlagers stand jahrelang im Schatten der Auseinandersetzung um den Bau der WAA. Nur einmal, nämlich während der Platzbesetzung der Tiefbohrstelle 1004 im Jahre 1980 („Republik Freies Wendland"), richteten

sich Protest und Widerstand massiv gegen die Endlagerplanungen. Bis heute wird die Auseinandersetzung um das Endlager von Juristen und Wissenschaftlern geprägt. Die Gefahr ist groß, daß nur noch Experten den erforderlichen „Durchblick" haben, während Stück für Stück die Pläne der Betreiber realisiert werden.

Erinnert Ihr Euch noch an die hinterlistige Begründung, die Ernst Albrecht 1979 zur Preisgabe der WAA-Pläne bewog? In einem Brief an den sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt hielt er klipp und klar fest:
„Wie ich Ihnen am 30. April sagte und Kernenergierat am 15. Mai wiederholt habe, kann eine Baustelle in Gorleben zur Zeit, d.h. solange die überwiegend feindliche Einstellung der Bevölkerung vor Ort und das starke Engagement weiter Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik gegen das NEZ gegeben sind, mit vertretbaren polizeilichen Mitteln nicht geschützt werden... Nach Auffassung der Landesregierung wird dann mit hoher Wahrscheinlichkeit schon bald ein Punkt erreicht sein, wo die Verwaltungsgerichte feststellen, daß keine reale Perspektive auf Entsorgung mit Endlagerung besteht. Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird."

GEOPOLITIK CONTRA GEOLOGIE

Für die Endlagerung hochaktiven Mülls wird seit 1979 der Salzstock Gorleben im Auftrag des Bundes „erkundet". Von Anfang an haben sich die Bundesanstalten BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Sitz Hannover) und PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Sitz Braunschweig - heute unter dem Dach der Bundesanstalt für Strahlenschutz, Salzgitter) auf Steinsalz als Wirtgestein und Salzstöcke als Endlagerformation für nukleare Abfälle festgelegt, ohne eine vergleichende Bewertung der Alternativen durchgeführt zu haben und ohne die bekannten chemisch-physikalischen und geologischen Schwächen von Salz und Salzstöcken beachtet zu haben. Entscheidend für die Standortwahl 1977 war in erster Linie die geopolitische Lage: der Landkreis Lüchow-Dannenberg ragte wie ein Dreieck in das Gebiet der DDR herein, da damals die Grenzen hermetisch dicht waren, ließ(e) sich das Wendland bei Demonstrationen oder Unfällen leicht absperren. Aus politischen Gründen (was das Stillschweigen der Machthaber in der DDR mit einschloß) war der Salzstock auch nur zur Hälfte untersuchbar, die andere Hälfte erstreckt sich unter der Elbe hindurch auf das Territorium der einstigen DDR (Salzstock Gorleben-Rambow).

ALS ATOMMÜLLDEPONIE UNGEEIGNET

Gewichtige wissenschaftliche Einwände gegen den Salzstock bzw. Salz als Wirtgestein wurden von nationalen und internationalen Experten unablässig erhoben: auf dem sogenannten Gorleben-Symposium („Rede und Gegenrede" in Hannover 1979, vor dem Innenausschuß des Bundestages 1984, wo 5 von 9 Experten gegen eine weitere „Erkundung" sprachen.
Fest steht aus Sicht der Kritiker, daß Gorleben als Standort für ein Endlager ungeeignet ist,

- weil der Salzstock nicht durch eine hinreichend mächtige und lückenlose Tondecke von den grundwasserführenden Schichten über dem Salzstock abgeschirmt ist;
- weil der Salzstock nicht in Ruhe ist, sondern bis in die jüngste geologische Vergangenheit aufgestiegen ist und sehr wahrscheinlich noch weiter aufsteigt;
- weil der Salzstock an seiner Oberfläche, und auf bestimmten Schichten in die Tiefe vorauseilend, in der jüngsten geologischen Vergangenheit durch Salzauflösung einen großen Teil seiner Substanz verloren hat und weiterhin verliert;
- weil nach den bisherigen Salzstockbohrungen zu erwarten ist, daß der Salzstock ungewöhnlich zahlreiche Lösungs- und Gaseinschlüsse, bis in unerwartet große Tiefen, sowie Bruchverformungen, auch im NaCl, und große Volumina extrem wärmeempfindlicher Carnalliteinschlüsse, sogar im vorgesehenen Endlagermedium Älteres Steinsalz (Na2), aufweist;
- weil Salzgesteine allgemein wegen ihrer physikalischen und chemischen Instabilität, insbesondere unter dem Einfluß von wärmeproduzierenden hochradioaktiven Abfällen, weder eine Kurz- noch Langzeitisolierung der Abfälle von der Biosphäre gewährleisten.

JURISTISCHE TRICKS

Trotz der Gefahr einer großflächigen Verseuchung des Untergrunds bei Inbetriebnahme des Endlagers, hält die Bundesregierung eisern an der Einbahnstrasse Gorleben fest, werden dort Millionenbeträge in den Sand (das Salz gesetzt). Um in den Planungen voranzukommen, bedurfte es eines juristischen Tricks: das Endlager wird als „Erkundungsbergwerk" nach Bergrecht ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren gebaut. D.h. es gibt keinerlei Öffentlichkeitsbeteiligung. Dieses politisch skandalöse Vergehen wurde und wird zwar vor Gericht beklagt, aber die Verwaltungsgerichte folgten bisher weitgehend der Behauptung der PTB bzw. des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das Abteufen der Schächte und das spätere Auffahren von Strecken (16 Quadratkilometer sollen untertägig erschlossen werden!) würde die Wahl eines Standortes für das nukleare Endlager nicht präjudizieren. Wenn das Endlager zu 80% errichtet wird, so wird hier vorgetäuscht, sei in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren eine objektive und vorurteilslose Prüfung der Tauglichkeit des Salzstocks für den Einschluß des Atommülls gewährleistet. Bis dahin wären rund 3 Milliarden DM verbaut, eine lebensfeindliche Salzhalde würde die Landschaft verschandeln.

TÄUSCHUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Das Zusammenspiel von Betreibern und Justiz in der Täuschung der Öffentlichkeit über den Zweck der „Erkundung", den faktischen Bau des Endlagers, ist mafiös. Nur selten gelangt etwas über die Absprachen ans Licht der Öffentlichkeit:

- Das berühmte *Intercity-Gespräch*. Im Speisewagen eines Intercity zwischen Dortmund und Hannover führten am 23.6.80 Prof. Heintz als damaliger Leiter der PTB und ein niedersächsischer Ministerialbeamter lautstark eine Unterhaltung über die Möglichkeiten, die Schächte so auszulegen, daß sie in der Öffentlichkeit zwar als Erkundungsschächte ausgegeben werden könnten, praktisch aber die Ausbaustufe für das Endlager darstellten.
- Nach dem schweren *Unfall in Schacht 1* vom 12.5.87 fiel AKW-Gegner/innen aus dem

Wendland bei einem Überraschenden Besuch bei dem zuständigen Bergamt in Peine Material in die Hand, das belegt, daß mit dem Unfall zu rechnen war. Tatsächlich gab es 1 1/2 Jahre später zwei Urteile gegen leitende Mitarbeiter der ASG (Arbeitsgemeinschaft Schächte Gorleben) wegen fahrlässiger Tötung (Hohe Geldstrafen ohne Versetzung).

DER SCHACHT KRACHT

Viele Fragen blieben nach dem Schachtunglück vom Mai 1987 offen:
- Trotz der Anwendung des Tiefkälteverfahrens (sogar -40° Celcius statt -35° Celcius);
- Trotz einer Vergrößerung des Gefrierkreisdurchmessers (von 16,5 auf 18m);
- Trotz einer Schacht-Ausbauverstärkung (von 30 cm/einsteinig auf 60 cm/zweisteinig);
- Trotz einer ungewöhnlich langen Vorgefrierzeit (beim Beginn des Abteufens 300 Tage, beim Erreichen der Unfallstelle ca 500 Tage)sind die hohen ungleichförmigen Verformungen des Schachts aufgetreten. Die Stützringe, von denen einer aus der Verankerung fiel (und zwar *schlagartig*!), waren ein zusätzlicher Notbehelf, um den Schacht vor dem Einsturz zu bewahren. Oberstaatsanwalt Müller geht davon aus, daß eine doppelte Schweißnaht dem Gebirgsdruck nicht nachgegeben hätte. Diese Erklärung geht aber an dem Kern der Problematik vorbei, denn die Ursache des tödlichen Unfalls liegt doch nicht in einem Bauausführungsfehler, sondern in einem Planungsfehler.

Professor Duphorn, Quartärgeologie aus Kiel, warnte bereits 1983 vor dem gewählten Schachtansatzpunkt und kam 1988 in einer Stellungnahme für den niedersächsischen Landtag zu folgender Bewertung:
- Der Schachtansatzpunkt liegt in einer Bruchstörungszone, in der 15-20° Celsius warmes Wasser, und zwar salzgesättigt, vorkommt.

STANDSICHERHEIT HERBEIGERECHNET

Im Januar 1989 wurden die Arbeiten im Unglücksschacht wieder aufgenommen. Ein Aufhängefundament wurde eingebaut, der Magerbeton, der den Schacht vorm Einsturz bewahren sollte, wurde zentimeterweise entfernt, Stützringe aus Stahl waren eingebracht. Trotzdem gibt es im Schacht 1 anhaltende Konvergenzen, d.h. die Schachtwand gibt dem Druck der Gesteinsmassen trotz des Vereisens und des verstärkten Innenausbaus weiter nach. Bis zu 18cm Verformungen wurden 1991 gemessen, die Standsicherheit der Schächte ist nicht sicher, die Unfallgefahr nicht gebannt. Was nützt da der vorsichtige Optimismus der Gutachter, die die Standsicherheit der Schächte für die weitere Ausbauphase herbeirechnen, im Falle eines erneuten Unfalls aber nicht auf der Schachtsole, sondern auf ihrem Bürosessel hocken?!

HALBHERZIGER AUSSTIEG

Das rot-grüne Kabinett in Hannover macht sich stark für den Ausstieg aus der sogenannten „untertägigen Erkundung". Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) hat das deutlich unterstrichen, nicht zuletzt durch seinen persönlichen Auftritt vor Ort im Oktober 1990. Dennoch bleiben auch hier Zweifel angebracht, ob der Weg, den Rot-Grün zum Stopp der Schachtausbaus einschlagen will, das Ende des Endlagerstandorts bringt. Horst Schörshusen (Grüner in der Staatskanzlei) umriß uns gegenüber „im Auftrag des Ministerpräsidenten" die Konzeption der neuen Landesregierung in einem Antwortschreiben auf unsere drängenden

„Polizeieinsatz muß vorbeugende Wirkung haben"

Am 10. Januar erschien in der CDU-nahen Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) ein Beitrag zu künftigen Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit den Atommülltransporten ins Wendland. Vor allem mit Blick auf den immer mal wieder angekündigten Castor-Transport von Biblis nach Gorleben („im Herbst") hatte der sozialdemokratische Innenminister Glogowski und „Konrad-Gegner" zum Jahresende wiederholt davon gesprochen, das könne die Nagelprobe für Rot-Grün in Hannover werden.
Wir wollten es genau wissen, und zwar von ihm persönlich, und hatten ihn zu einer öffentlichen Veranstaltung nach Trebel eingeladen. Da war schließlich noch ein Stück Klärungsbedarf wegen des harten Polizeieinsatzes im Juni letztes Jahres (Stichwort „Container-Konflikt").
Wäre da nicht der HAZ-Artikel gewesen...
Da stand, die Protestaktionen könnten mit dem ersten Tranport abgebrannter Brennelemente nach Gorleben „eine neue Qualität" erreichen. Von militanten Aktionen „radikaler Kernkraftenergiegegner" sei auszugehen. Und Glogowski mache darauf aufmerksam, „aufgrund der Ausstiegserklärung der Landesregierung" habe sich die Bereitschaft in der Bevölkerung zusehends verringert, die Transporte, die Einlagerung und polizeiliche Zwangsmaßnahmen hinzunehmen. Die privaten Interessen der Betreibergesellschaft in Gorleben, so heißt es weiter in dem HAZ-Bericht, in dem aus einem vertraulichen 15seitigen interministeriellen Papier zitiert wurde, hätten ein erhebliches wirtschaftliches Gewicht. Falls den Betreibern nicht möglich werde, von ihren Eigentumsrechten Gebrauch zu machen, könnten Schäden in Millionenhöhe entstehen. Das Interesse der Blockierer aber sei „nicht schutzwürdig". Ein Polizeieinsatz sei so zu gestalten, daß davon „vorbeugende Wirkung" ausgehe.
Da haben wir ihn wieder ausgeladen.
Was dann kam, war schon hörspiel- bzw. theaterreif. Telefonate und Gefaxe zwischen Hannover und Lüchow, erst fernmündliche Dementis, dann Pressemitteilungen und halbseidene Distanzierungen aus Hannover, bis sich zwei Tage vor der verabredeten Veranstaltung am 16. Januar folgendes herauskristallisierte:
Der Text entspreche nicht der Meinung der Verwaltungsspitze, ein subalterner Beamter hätte ihn gefertigt, aber das sei Schnee von gestern, der Minister kenne den Text gar nicht, denke anders.
Worin sich seine Auffassung inhaltlich von dem Pamphlet unterscheide, wollten wir wissen.
Ja, das wolle er ja gerade in Trebel erläutern. Zum Beispiel sollten Sitzblockaden in Niedersachsen künftig straffrei sein, und: am liebsten wäre ihm, Glogowski, es gebe erst gar keinen Castortransport nach Gorleben.
Sollen wir ihn reinlasse'?
Humbtata, humbtata, da kommt der König im Gefolge seiner Getreuen, im Blitzlichtgewitter der Medien, ergreift er die Hand der BI-Frau, die die Moderation machen wird, hält sich staatsmännisch so lange an ihr fest, bis auch alle dieses schöne Foto im Kasten haben. Und das war wohl auch schon das Allerwichtigste. Wichtig war für uns aber auch zu hören, daß er nicht sagen konnte, worin sich seine Auffassung von der des Subalternen positiv abhob. Der saß nämlich leibhaftig neben ihm (!), um ihm Antworten zuzuflüstern. Um es kurz zu fassen: ja, alles soll versucht werden, den Castortransport politisch abzuwehren. Aber wenn das nicht zu verhindern ist, dann wird er auch sein Ziel erreichen. Punkt.
Da waren wir gar nicht überrascht.
Am nächsten Tag, nachdem sich die Erregung und Aufregung legte, bekam der „Konrad-Gegner" einen Brief. Schade, stand drin, daß er so wenig Zivilcourage hat und nicht bereit ist, das Leben und die Schutzinteressen der Menschen, die von Atommüll und Strahlung betroffen sind, höher zu werten als die Interessen der Atomindustrie. Aber vielleicht hat ihm der Besuch in Trebel ja auch deutlich gemacht, daß wir uns vehement zur Wehr setzen werden. Da sind wir uns trotz mancher politischer Differenz in den eigenen Reihen sehr einig, und der Besuch des Innenministers hat wesentlich dazu beigetragen. Doch, doch, so viel hat's gebracht.

Wolfgang Ehmke

Fragen folgendermaßen:

„Das Land will die Beendigung der Schachtarbeiten in Gorleben durchsetzen und dokumentiert dies auch dadurch, daß dieser Standort im Landes-Raumordnungsprogramm gestrichen werden soll. Ein Betriebsplan zum Verfüllen der Schächte wird aber gegenwärtig aus technischen Gründen nicht angeordnet werden können, da jegliche Verfüllungstechnik nach Angaben der Gorleben-Arbeitsgruppe zu einer Zerstörung des Schachtes und damit zu hohen Entschädigungsforderungen führen würde. Eine reversible (= wieder aufhebbare) Verfüllung wäre nach deren Feststellung nicht geeignet, um die Standsicherheit zu garantieren. Die Beendigung des Schachtausbaus ist deshalb erst nach Bau eines Fundaments mit anschließenden Sicherheitsmaßnahmen möglich."

Mit anderen Worten: es kann weitergebaut werden, bis in 345 m Tiefe im Salzgestein das Fundament für den festen Innenausbau der Schächte gelegt werden kann. Das Vereisen des Untergrunds ist danach nicht mehr nötig, die Schächte können jahrelang offengehalten werden. Und die Option Endlager Gorleben eben auch!

NASSER SCHACHT

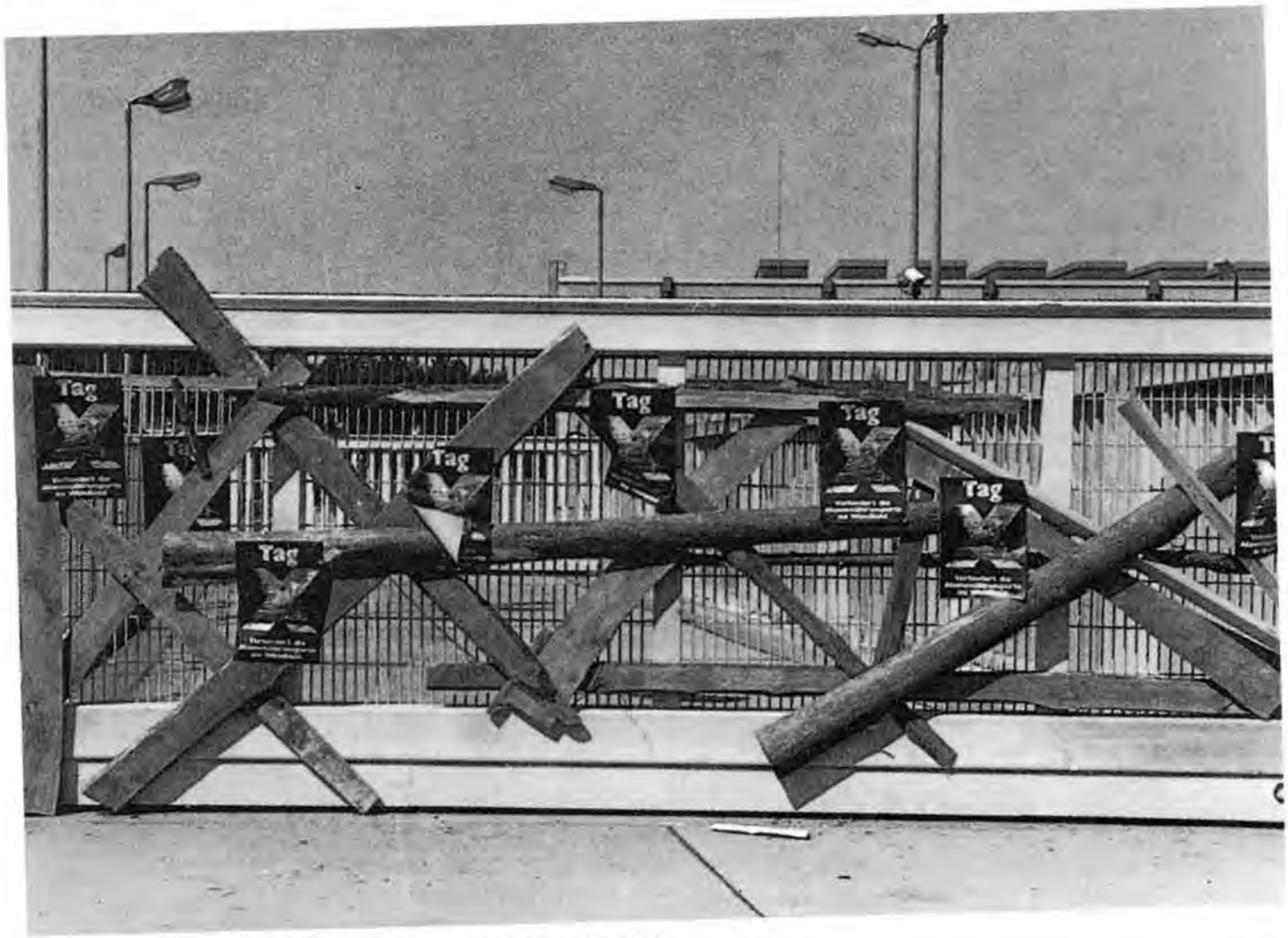
Ob die jüngsten Ereignisse im Schacht I nun doch zu einem Abbruch der Arbeiten führen, ist offen. „Zwischen den Jahren", zwischen Weihnachten und Neujahr, war uns zu Ohren gekommen, im Schacht I habe es einen erneuten Zwischenfall gegeben. Unerwartet sei es zu Laugenzuflüssen gekommen. In der Tat - so ließ sich nach und nach rekonstruieren - war am 16.12.91 der Laugenzustrom mit exakt 5,88l pro Minute nicht ohne! Bis zum Jahresende dann sickerten dann rund 6 - 10 l pro Stunde in den Schacht. Laugennester? Wasser auch im oberen Bereich, aus dem Deckgebirge stammend? Fest steht, es hätte in einer Tiefe von 312 m gar keinen Laugenzufluß geben dürfen, denn nach Darstellung der Betreiber befanden sich die Schachtbauer schon im tragfähigen Steinsalz, unterhalb der sog. „Topfrisszone". Das ist der Bereich, in dem wegen der starken Temperaturschwankungen als Folge des Vereisens diese Zuflüsse mit Magnesiazement-Injektionen verstopft werden.
Warum aber das Umweltministerium unsere Hinweise erst herunterspielte, warum nicht sofort und unangemeldet der Schaden inspiziert wurde, mag das große Geheimnis derer in Hannover bleiben. Uns liegt daran, daß das Projekt gestoppt wird. Der Hauptbetriebsplan muß zurückgezogen werden!

Welchen Sinn es im übrigen machen soll, die Schächte standsicher auszubauen, um sie dann (mit Styroporkügelchen?) zu verfüllen, leuchtet nicht ein. Wir fordern trotz zu erwartender Entschädigungsforderungen durch die Bundesregierung den Stopp des Abteufens.

Wer einmal begriffen hat, daß man Atommüll nicht „entsorgen" kann, der wird zweimal fordern: Stillegung aller Atomkraftwerke!

Wolfgang Ehmke

Kontakt:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Drawehnerstr.3, 3130 Lüchow, Tel. 05841/ 4684 und Fax-/3197



HandwerkerInnen-Blockade des Zwischenlagers Gorleben, 7. 5. 1990

"Alle präventiv einsperren lassen?"

Offenen Brief der Initiative 60 an Innenminister Glogowski

Die Initiative 60

„Ihre Mitglieder sind nicht mehr taufrisch, sie sind aber auch nicht alt. Unter grauen und silbrigen Haaren blitzen wache und kritische Augen, und Mut und Humor in den Herzen lassen die altersbedingten Zipperlein von Menschen um die 60 vergessen.
Alle Männer und Frauen haben den Nationalsozialismus und den Krieg erlebt. die meisten von ihnen sind Mittelpunkt in einer Schar von Kindern und Enkeln. Für sie haben sie ein Leben lang gekämpft und gesorgt. Eigentlich hätten sie sich nun in einen sorgloseren Lebensabschnitt zurückziehen können, wenn nicht - vor ihrer Haustür - die Atomwirtschaft ihre Abfälle zu lagern beabsichtigte. zur Initiative 60 gehören unterschiedlich Menschen. Sie unterscheiden sich durch soziale und lokale Herkunft, durch Interessen und Neigungen, durch Religionen und politische Ausrichtung.
Einig sind sich die „Sechziger" in ihren Zielen:

- ***Sie wollen die Zerstörung der Menschen, Tiere und Pflanzen durch Atomspaltung verhindern.***
- ***Sie wollen den Nachfahren keinen „strahlenden Müll" hinterlassen.***
- ***Sie wollen keinen „Atomstaat", der gezwungen ist, seine atomaren Anlagen durch verschärfte Gesetzgebung und Polizeidruck durchzusetzen."***

An den Niedersächsischen Innenminister
Herr Glogowski
Landtag Hannover

Den 11.01.1992

Sehr geehrter Herr Minister,

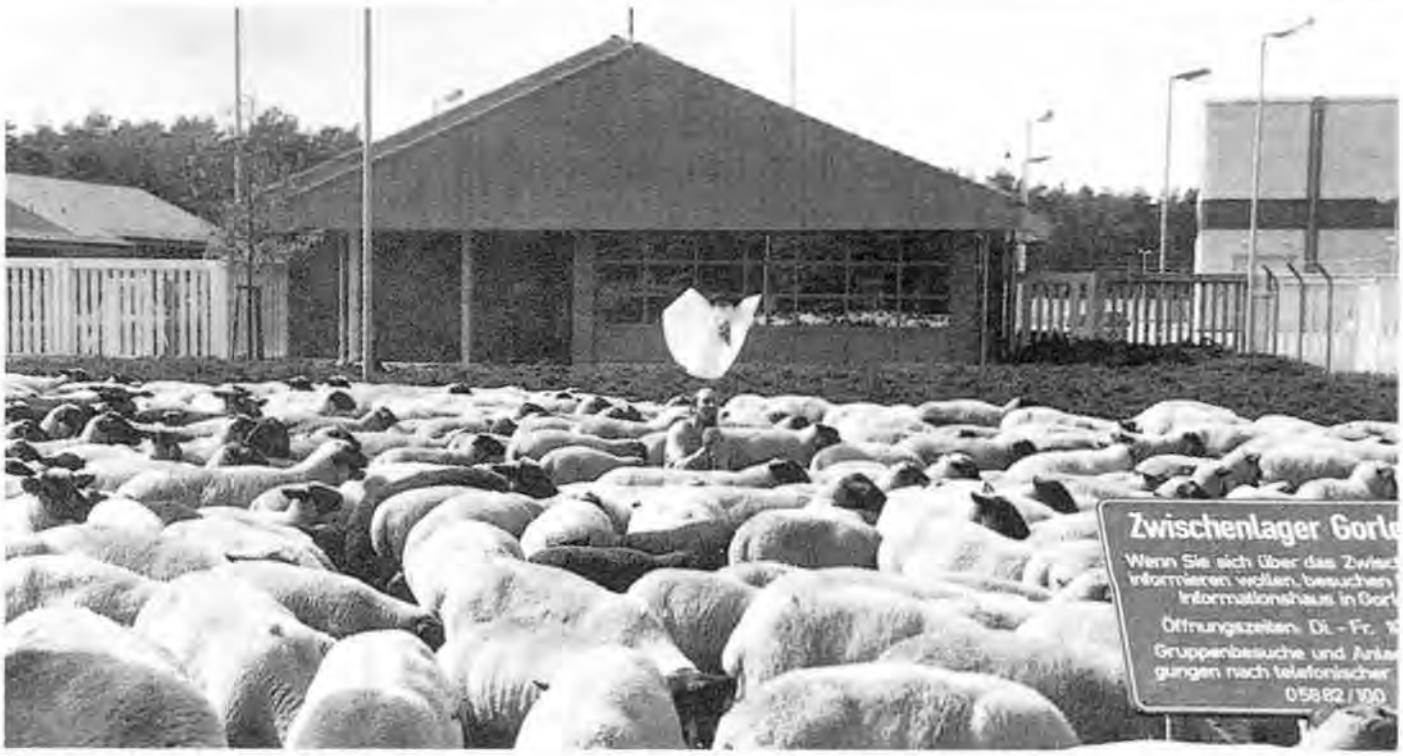
Der in der HAZ vom 10.01.92 veröffentlichte Inhalt des Entwurfes einer Kabinettsvorlage zum Vorgehen der rot-grünen Landesregierung (hier speziell der Weisungen des Innenministers an die Polizei), bei künftigen Atommülltransporten nach Gorleben, versetzt uns in Wut und Abscheu.

Das also haben „militante" Atomkraftgegner zu erwarten: einen Polizeieinsatz von dem „vorbeugende Wirkung" ausgeht! Wollen Sie uns, Herr Minister, alle präventiv einsperren lassen? (Es waren schon einmal 80 Zellen für Demonstranten freigehalten!) Wollen Sie wie gehabt, Knüppelorgien? Hundeeinsätze?

Wieso haben die privaten Interessen der Betreibergesellschaften in Gorleben ein erhebliches wirtschaftliches Gewicht? „Falls ihnen nicht ermöglicht werde, von ihren Eigentumsrechten Gebrauch zu machen, könnten Schäden in Millionenhöhe entstehen." Denken Sie Herr Minister, noch an die Schäden in Millionenhöhe, die z.B. durch Harrisburg und Tschernobyl entstanden sind? Denken Sie an die unfinanzierbaren Leiden leukämiekranker Kinder und deren Eltern? Sind die Schäden in Millionenhöhe der Betreiber höher zu werten, als die stetige Verseuchung unserer Lebensgrundlagen? Sind Sie bereit eine „Politdiktatur" zugunsten der Atommafia zu erwägen? Was sollen die stetigen Aufforderungen Ihrer niedersächsischen Landtagskollegen an den „Widerstand" Druck zu machen, zu demonstrieren? Leere Worthülsen zum Besänftigen aufgebrachter Bürger, über denen man dann ja Knüppel über die Köpfe schwingen lassen kann? Oder stellen Sie sich vor, daß wir am Strassenrand stehen und den einfahrenden Atommülltransportern Beifall klatschen?

Wir, Mitglieder der Initiative 60, fragen Sie: Stehen Sie hinter den Entwurfsaussagen?
Wir erwarten von Ihnen, Herr Minister, eine Aufklärung und werden uns erlauben, diesen Brief auch der Presse zu übergeben.

Mit freundlichem Gruß



Bundesweites Atommüllager in Greifswald geplant

Greifswald, mit vier betriebenen und vier im Bau befindlichen Reaktorblöcken größter AKW-Standort Ostdeutschlands, schien nach dem endgültigen Abschalten der 4 alten Blöcke 1990 und dem Verzicht auf der Fertigstellung der anderen Blöcke einer kernkraftfreien Zukunft entgegenzusehen.
Im Frühjahr 1991 nahm Bundeswirtschaftsminister Möllemann allerdings alte Pläne der SED-Kernkraftstrategen wieder auf und propagierte die Errichtung von Siemens-Konvoi-Reaktorblöcken in Greifswald und Stendal. Nach kurzen, heftigen Auseinandersetzungen vor allem mit der sich widerspenstig zeigenden SPD legte Möllemann das Thema (vorläufig) wieder zu den Akten. Allerdings tauchte bei jeder Diskussion über die Zukunft des Nuklearstandortes Greifswald von Seiten der AKW-Befürworter regelmäßig der Standpunkt auf, daß kein Ort günstiger als dieser sei, ein neues AKW zu errichten.
In Greifswald selbst war die Stimmungslage unter der Bevölkerung lange Zeit durchaus zwiespältig: Es gab in Greifswald bedingt durch die Anzahl der Reaktoren und die Personalpolitik in der ehemaligen DDR, so viele Kernkraftwerker wie sonst nirgends an einem Ort der Bundesrepublik: Ca. 5000 betrieben die 4 alten Blöcke und auf der Baustelle waren zeitweilig über 10.000 Leute beschäftigt.
Andererseits ließ der DDR-Staat keine öffentliche Kraftwerksdebatte zu; die heutige Bürgerinitiative „Kernenergie" entstand zwar schon im Frühjahr 1989 (daher ihr unverfänglicher, mittlerweile historischer Name), aber zu den ersten Auseinandersetzungen mit dem AKW Greifswald kam es erst im Herbst 1989. Noch im Februar 1990 gelang es der damaligen Gewerkschaftsleitung (und heutigen Betriebsratsführung) des AKW, 5000 Demonstranten gegen die damals drohende Abschaltung der vier alten Reaktoren auf die Beine zu bringen.
Einen Umschwung in der Bevölkerungsmeinung in Greifswald gab es jedoch offenkundig Anfang September 1991, als bekannt wurde, daß auf dem Gelände des AKW ein bundesweites Atommüll-Zwischenlager errichtet werden soll. Spontan protestierten die (CDU-geführten) Stadt- und Kreisverwaltungen Greifswalds und Umgebung, und viele weitere Bürger, die bisher mit keiner Äußerung zur Kernkraft an die Öffentlichkeit getreten waren.
In die Diskussion um das Zwischenlager wurde von Seiten des AKW der Gedanke eingebracht, daß es sich um ein für den geplanten Abriß des Kernkraftwerkes notwendiges Zwischenlager handelt. Daraufhin beschloß der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 17.10.91 mit den Stimmen aller Fraktionen (CDU, SPD, PDS, FDP), dem Bau eines Zwischenlagers in Greifswald zuzustimmen, wenn darin nur Atommüll aus dem AKW Greifswald und Rheinsberg (das ebenfalls abgerissen werden soll und juristisch zum AKW-Greifswald gehört) eingelagert wird. Ein Kompromiß schien gefunden, mit dem die Mehrheit der Bevölkerung und alle großen Parteien leben konnten.
Am 12.12.91 fand in Greifswald eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der der Betriebsrat der Energiewerke Nord geladen hatte, um „allen Bürgern sach- und fachgerechte Informationen" anzubieten. Geladene Referenten waren je ein Vertreter des Bundesumweltministeriums, der Betriebsleitung des Kraftwerkes und der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS).
Aufschlußreich an den Ausführungen der einzelnen Redner war nicht, was sie sagten, sondern vielmehr, was sie nicht sagten. Deutlich herauszuhören war die Absicht, auf dem Gelände des Kernkraftwerks Greifswald ein atomares Zwischenlager so groß wie möglich zu errichten. Begründet wurde dies einzig mit dem Hinweis auf die höhere Rentabilität größerer Anlagen. Weiterhin wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß in einem solchen Zwischenlager keineswegs nur Atommüll aus dem abzureißenden Kraftwerken Greifswald und Rheinsberg gelagert werden soll. Der Vertreter der GNS erklärte ausdrücklich, daß seine Firma überhaupt nur in Greifswald investiere, wenn keine derartigen Einschränkungen bestünden.
Damit ist der Beschluß des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr das Papier wert, auf das er geschrieben wurde. Auf dem Forum des Betriebsrates am 12.12. wurde aber auch deutlich, daß es gegenwärtig im Westen der BRD genügend freie Lagerkapazität für hochaktive Greifswalder Brennelemente gibt und daß sogar vorgesehen ist, sie dorthin zur Zwischenlagerung zu transportieren. Dafür soll als „Kompensation" westdeutscher Atommüll in das geplante Greifswalder Zwischenlager eingelagert werden.

Damit ist auch das Argument einer Minimierung der Transportwege für radioaktiven Abfall, wie es ursprünglich für den Bau des Zwischenlagers am Ort des Abrisses des AKW Greifswald gebraucht wurde, erledigt. Trotz ihrer auf der Veranstaltung erklärten Absicht, die Bevölkerung besser als bisher über die Geschehnisse und Planungen rund um den Nuklearstandort Greifswald auf dem laufenden zu halten, weigerten sich alle Referenten, konkrete Angaben zu den voraussichtlichen Antragsterminen für das Genehmigungsverfahren und der geplanten Größe des Zwischenlagers zu machen. In einem Punkt wurde aber Klarheit geschaffen: Eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Genehmigungsverfahren wird nur auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß beschränkt sein, die Politik sollte möglichst weit draußen bleiben und Bürgerinitiativen verursachten nach Meinung der Referenten durch lästige Verzögerungen im Genehmigungsverfahren, Sitzblockaden u.ä. nur unnötige Kosten.
Es bleibt zu konstatieren, daß sich die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich Sinn und Zweck des geplanten Zwischenlagers zu bestätigen scheinen: Das Lager ist keineswegs zum Abriß des AKW Greifswald notwendig, sondern soll die Lagerkapazität für gesamtdeutschen Atommüll vergrößern, um den Betreibern der Kernkraftwerke trotz eines noch mindestens mehrere Jahrzehnte fehlenden Endlagers für hochradioaktive Brennelemente den Weiterbetrieb ihrer Anlagen zu sichern. Geplant ist das Zwischenlager auf dem Gelände des AKW Greifswald, weil hier durch die vorhandene Infrastruktur und die Sanierungszuschüsse der Treuhand (letztlich der Steuerzahler) mit geringen Kosten gerechnet wird und weil man immer noch davon ausgeht, daß ein derartiges Projekt sich politisch in den neuen Bundesländern leichter durchsetzen läßt, als im Westen der BRD.
Die Bürgerinitiative Kernenergie organisierte gemeinsam mit den Grünen und dem Neuen Forum der Stadt nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Pläne für das Atommüll-Zwischenlager eine Protestkundgebung, zu der einige Hundert Greifswalder kamen. Am 2.11.91 fand in Greifswald die erste Anti-Kernkraft-Demonstration mit über 2000 Teilnehmern statt. Redner auf der anschließenden Kundgebung waren u.a. Greifswalder Bundestags- und Landtagsabgeordnete der SPD.
Von der BI wurde in den letzten Wochen eine Unterschriftensammlung durchgeführt: Es protestierten mit ihrer Unterschrift:

- 8639 Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns
- 2131 weitere Bündesbürger und
- 38 Mitglieder schwedischer Initiativ gruppen.

Insgesamt erhielten wir demnach 10.808 Unterschriften unter unseren Aufruf. Die Atomindustrie kann sich also schon auf höhere Beiträge als ursprünglich von ihr für die „Kompensation der zusätzlichen Kosten durch Politker, Bürgerinitiativen und anderes Nichtfachpersonal" geplant einstellen, wenn sie einen Kosten-Nutzen-Voranschlag für ihre Ausbaupläne des Nuklearstandortes Greifswald macht.
Wir als BI baten und bitten alle Organisationen, Parteien, Initiativen, Vereine, kirchlichen Gremien und Bürger, uns in unseren Auseinandersetzungen gegen die Pläne der Atomwirtschaft in Greifswald zu helfen. An unserer Aktionseinheit gegen das geplante Atommüllzwischenlager beteiligen sich inzwischen 54 Organisationen, darunter 45 aus Mecklenburg-Vorpommern und die schwedische Folkkampajen mot Kärnkraft-Kärnvapen. Diese Aktionseinheit soll zur Vorbereitung und Koordinierung von gemeinsamen Aktion dienen, nicht jedoch zum Durchsetzen unserer Auffassungen über die effektivsten Aktionsformen.

Unsere Kontaktadresse lautet:
Bürgerinitiative Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte, c/o Dr.Rosemarie Poldrack, Fleischerstraße 22, O-2200 Greifswald, Telefon 00(37)822/ 5798

Spendenkonto: 31003023,
Prozeßkonto: 33003024
bei der Stadtsparkasse Greifswald
BLZ 130 510 22

OVG Lüneburg:

Sofortvollzug der 6.TEG für ANF Lingen

Kurze Vorgeschichte

Am 17. Juni 1991 hat die rot-grüne Landesregierung die Ausbaugenehmigung für die Lingener Brennelementefabrik ANF erteilt. Es geht dabei um die Errichtung einer Trockenkonversionsanlage, um aus Uranhexaflourid Urandioxid herstellen zu können. Die Veröffentlichung der Genehmigungserteilung erfolgte wenige Tage später durch die Firma in der örtlichen Presse, so daß auch die Bürgerinitiativen davon erfuhren. Die rot-grüne Landesregierung hatte auch keinen Grund, ihre Genehmigung rechtzeitig bekanntzugeben, ist es doch das erste Mal, das eine rot-grüne Landesregierung nicht nur nicht aus der Atomenergienutzung aussteigt, sondern sogar den Ausbau derselben betreibt. Voraussetzung der Genehmigungserteilung war u.a., daß die rot-grüne Landesregierung die Staatsanwaltschaft Osnabrück zur Einstellung eines Strafverfahrens gegen ANF wegen eines illegalen Atomtransportes vom Mai 1990 bewegte.
Gegen die Genehmigung habe ich dann am 15.8.1991 Klage erhoben. Die Firma, die mittlerweile mit dem Fundament begonnen hatte, mußte die Bauarbeiten einstellen. Am 26.9.1991 ordnete die rot-grüne Landesregierung die sofortige Vollziehbarkeit für die Fertigstellung des Fundaments an und begründete dies mit Bausicherheitsgründen für die angrenzenden Gebäude. Da die Genehmigung ohne gesamten Sofortvollzug erteilt war, entfaltete meine Klage weiterhin aufschiebende Wirkung. Dagegen verklagte die ANF die Landesregierung vor dem OVG Lüneburg auf Erteilung des Sofortvollzugs am 20.9.1991. Dieser Klage der Firma wurde wurde mit Beschluß vom 4.12.1991 durch das OVG stattgegeben.

Nichts Neues aus Niedersachsen: Die rot-grüne Landesregierung spannt sich vor den Karren der Atommafia

Nicht nur vom formalrechtlichen her, sondern auch vom Nichtverhalten der rot-grünen Landesregierung her war die Auseinandersetzung mit den Argumenten des Klägers im Hauptsacheverfahren (Masslau./.Nds.Landesregierung 6.TBG) der eigentliche Gegenstand dieses Eilverfahrens.
Aufgrund der Vorkommnisse im Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren (eindeutiger Verstoß gegen die 9. BImSchV bzgl. der ausgelegten Unterlagen) war die Argumentation des im Eilverfahren beigeladenen Hauptsachekläger im wesentlichen formal-juristisch, woraus das Gericht den Schluß zog:
Hier besitzen die wirtschaftlichen Interessen der Antragstellerin bereits deshalb ein höheres Gewicht als das Rechtsschutzinteresse des Beigeladenen, weil dessen Klage nach dem derzeitigen Sachstand erkennbar aussichtslos ist. Nach der bisherigen Klagebegründung muß die Klage des Beigeladenen schon an dessen fehlender Klagebefugnis scheitern. (S.7)
Im wesentlichen wurde dabei vom Beigeladenen argumentiert, daß ihm die Beurteilung seiner materiell-rechtlichen Betroffenheit nicht möglich sei aufgrund fehlender wesentlicher, vom Gesetz sogar geforderter Unterlagen. Dazu das Gericht:
Unabhängig davon, ob diese Angaben hinreichend konkret sind, bleibt auch insoweit die Frage unbeantwortet, welche Rechte des Beigeladenen davon betroffen sind, daß den Antragsunterlagen nicht zu entnehmen ist, welche Mengen an Reststoffen oder Abfällen wohin verbracht werden. (S.9)
Ein besonderes Interesse des Beigeladenen, das hier eine Ausnahme von jenem Grundsatz (Entsorgung liegt allein im öffentlichen Interesse und ist nicht drittrechtschützend, H.M.) *und einen Anspruch des Beigeladenen darauf begründen könnte, im Genehmigungsverfahren über den Verbleib der Reststoffe und Abfälle genauer informiert zu werden, als dies im Sicherheitsbericht geschehen ist, geht aus seinem Vorbringen nicht hervor.* (S.10)
Anzumerken ist noch, daß die rot-grüne Landesregierung aufgrund des eindeutigen Verstoßes gegen das BImSchG (Bundesimmissionsschutzgesetz, d. Red.) betreffs der Auslegungsunterlagen, Auslegung und Erörterung noch einmal hätte wiederholen können. Hierzu existiert über mehrere Monate ein mehrfacher Briefwechsel zwischen dem Hauptkläger und der Landesregierung. Die rot-grüne Landesregierung hat es aber bevorzugt, den Rechtsstand, wie ihn noch die alte CDU-Regierung geschaffen hatte, nicht anzutasten.
Der in der obigen Ausführung des OVG Lüneburg enthaltene Teufelskreis, daß nämlich vom Kläger/Beigeladenen verlangt wird, materiellrechtlich zu begründen, warum er durch die fehlenden Unterlagen betroffen sein könnte, wo doch gerade das Fehlen dieser Unterlagen ihm dies nicht möglich macht, muß auch dem Gericht noch irgendwie zu Verstand gelangt sein, denn es folgert weiter:
Auch unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß die Unvollständigkeit von Antragsunterlagen einen Drittbetroffenen davon entbindet, seine Einwendungen insoweit zu substantiieren (BVerwG, Urt. v. 23.10 1982-7 C 50.78-, DVBl 1983, 183), reicht eine bloße Behauptung nicht aus, wenn sich nicht irgendwelche Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die behauptete Tatsache zutreffen und das befürchtete Ereignis eintreten könnte. (S.10)
Damit dies so gesagt werden kann, werden die vorgebrachten Argumente entsprechend gefälscht:
Aus dem Umstand, daß der Sicherheitsbericht nur pauschale Angaben über den Verbleib der Reststoffe und Abfälle enthält, kann nicht gefolgert werden, daß die Antragstellerin eine Verwertung oder Beseitigung dieser Stoffe entgegen ihrer ausdrücklichen Erklärung überhaupt nicht beabsichtige. (S.10)
Nur war in der Klage nie die Rede davon, daß die Firma nicht will, sondern es war die Rede davon, daß die Firma auch noch ausweislich der Genehmigung bis heute den Entsorgungsnachweis nicht führen kann. Voraussetzung ist nämlich absurderweise der Probebetrieb der Anlage, damit überhaupt klar ist, wie die genaue Zusammensetzung der zu entsorgenden Stoffe ist!! In diesem Zusammenhang übernimmt das Gericht die Verharmlosung von der Firma:
Es spricht auch nichts dafür, daß die Verwertung und Entsorgung der anfallenden Reststoffe - im wesentlichen Flußsäure und Flußspat - so problematisch sein könnte, daß schon deswegen konkretere Angaben hierzu bereits in den Antragsunterlagen verlangt werden müßten. (S.10)
Die radioaktive Verseuchung dieser Stoffe wird mal eben unter den Tisch fallen gelassen, schließlich "kommt Flußspat auch in der Natur vor", so die Betreiberfirma.
Quintessenz aus dem OVG-Urteil: In Zukunft können Firmen ruhig gegen das BImSchG verstoßen was die Öffentlichkeitsbeteiligung anbelangt, denn, wenn die Genehmigungsbehörde mitspielt - und die rot-grüne Landesregierung hat mitgespielt, weil sie die Auslegung

nicht hat wiederholen lassen - und nicht von sich aus die vom Gesetz vorgeschriebenen Unterlagen zur Auslegung verlangt, dann kann keine BürgerIn dagegen klagen, weil ja gerade wegen des Fehlens der Unterlagen das Rechtschutzinteresse nicht nachzuweisen ist. Damit ist das Gesetz selber durch die OVG-Rechtssprechung ad absurdum geführt. Die Möglichkeit im Verwaltungsrecht, daß ein rechtswidriger Zustand nicht beklagbar ist, erinnerten die Zeit des Faschismus in Deutschland, wo konsequenterweise die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit abgeschafft war. (Was, außer der Vertretung der Kapitalinteressen, erwartest Du denn von diesem Staat?, d. Säzzer).

Einige weiter formal - rechtliche Argumente

Kritisiert wurde die Aufsplitterung der Genehmigung in zwei Teile als Erschwernis für den Hauptsachekläger. Dazu das Gericht:
Im Übrigen ist hierzu zu bemerken, daß es ... grundsätzlich im Ermessen der Genehmigungsbehörde steht, in wieviele Teile sie die Gesamtgenehmigung einer Anlage aufspaltet. ...
Der Rechtsschutz Drittbetroffener wird dadurch nicht unzumutbar erschwert, da diese nicht daran gehindert sind, durch erfolgreiche Anfechtung auch nur einer Teilgenehmigung das gesamte Genehmigungsgebäude zum Einsturz zu bringen... . (S.7)
Hier "vergißt" das Gericht gelinde seine eigene Rechtsaufassung in anderen Verfahren, wo es eben nicht egal ist, welche TG beklagt wird, wo eine Klage gegen eine Betriebsgenehmigung ohne gleichzeitige Klage gegen die sog. Konzeptgenehmigung in der Regel schon deswegen aussichtslos ist, weil die drittrechtschützenden Sicherheitsaspekte Gegenstand der sog. Konzeptgenehmigung sind.
Im vorliegenden Fall stellt die 6. TBG die sog. Konzeptgenehmigung dar, der noch zu erteilende zweite Teil dieser 6. TBG (oder wie auch immer bezeichnet) wäre quasi die Betriebsgenehmigung.
Die 6. TBG enthält das vorläufige positive Gesamturteil für die neue Anlage (Trockenkonversion). Mit der 6. TBG wurden die i. und 5. TBG´s (des Gesamtbetriebes ANF) geändert. Von der Änderung der 4. TBG, die die Uranlagermenge und die Radioaktivitätsabgabe regelt, war weder während des gesamten Auslegungsverfahrens noch in der Genehmigungstitulierung die Rede. Dabei umfaßt die 6. TBG immerhin nicht nur das positive Gesamturteil, sondern auch die Erhöhung der Uranmenge betreffs Handhabung und Lagerung. Dazu das Gericht:
Es ist sowohl objektiv-rechtlich als auch für seien Rechtsschutz völlig belanglos, ob die Radioaktivitätsabgaben in einer 7. TBG oder in einer anders bezeichneten weiteren Teilgenehmigung geregelt werden. Entscheidend ist, daß sie nicht in dieser, von ihm angefochtenen Genehmigung geregelt worden sind. Darum bedurfte es auch keiner Änderung der entsprechenden Festsetzungen der 4. TBG. (S.11)
Die Erhöhung der Handhabungs- und Lagermenge an Uran wird schlicht und einfach vom Gericht nicht zur Kenntnis genommen, obwohl dies vom Kläger/Beigeladenen genauso vorgetragen wurde wie die Erhöhung der Radioaktivitätsabgabemenge.
Auf der anderen Seite verlangt das Gericht aber vom Beigeladenen, bereits jetzt seine materiell-rechtliche Betroffenheit bezogen auf die Gesamtanlage darzulegen. Mit der Aufsplitterung der Genehmigung hat die rot-grüne Landesregierung den Hauptsachekläger nicht nur vor die Verdoppelung seiner Kosten im Falle seiner gerichtlichen Niederlage gestellt, sondern eine juristische Zwickmühle aufgebaut: Vom Kläger wird verlangt, daß er seine Betroffenheit bezogen auf die Gesamtanlage (Trockenkonversion) darlegt, greift der Kläger hierbei alle rechtlichen Mängel auf, so werden aber jene ohne Prüfung verworfen, die zwar Gegenstand des positiven Gesamturteils, aber nicht Gegenstand des ersten Genehmigungsteiles sind. So etwas nennt sich Auflaufen-Lassen.
Auch die amtliche Irreführung betroffener BürgerInnen ist durch das OVG-Urteil abgesichert:
... so verkennt er (der Beigeladene, H.M.), daß es für die rechtliche Bewertung der Genehmigung nicht auf ihre Bezeichnung, sondern auf ihren Inhalt ankommt. Sofern eine Genehmigung den an eine Vollgenehmigung zu stellenden Anforderungen genügt, ist es unschädlich, wenn sie als Teilgenehmigung bezeichnet wird. (S.8)
Strengenommen könnte mit einer solchen Rechtsprechung unter dem Titel einer Klohäuschenanlage ein Atommüllager genehmigt werden.
Daß BürgerInnen in der Regel auf den Titel achten und daß in dem amtlichen Bekanntmachungen ein Vorhaben kaum inhaltlich wirklich beschrieben ist, stört nicht weiter. Wer nicht hinter jeder Bäckerbude ein Atomkraftwerk vermutet ist selbst schuld?
Hintergrund de obigen Richterspruches ist zum einen die Kritik an der Aufsplitterung von Teilgenehmigungen, zum anderen die Kritik, daß eigentlich das Gesamtkonzept der Brennelementefabrik hätte ausgelegt werden müssen. Aber der Zusammenhang der sich über die numerische Einordnung der Teilgenehmigung für die Trockenkonversionsanlage in den Gesamtbetrieb Brennelemente ANF ergibt, wurde zu jeder Zeit sowohl von der Firma als auch von der Genehmigungsbehörde bestritten. Das Gesamtkonzept müßte nicht ausgelegt werden, weil die Trockenkonversionsanlage eigenständig sei, die Existenz der BE-Fabrik nicht von dieser abhängig. Diese Position hat auch das Gericht übernommen. Also nicht hinter jeder Bäckerbude ein Atomkraftwerk, aber hinter jeder Teilgenehmigung für ein Atomkraftwerk möglicherweise eine Bäckerbude? (soll wohl heißen, daß ein AKW aus mehreren Bäckerbuden zusammensetzt! d. Säzzer). Egal, nicht auf die Bezeichnung, auf den Inhalt kommt es an. Aber haben die Gerichte nicht in anderen Zusammenhängen den "Bio"-Etikettenschwindel untersagt? Vielleicht firmiert ja unter dem Titel "Oberverwaltungsgericht" auch nur realiter ein Haufen ... (auf den Inhalt kommt es an).

Rot-Grüne, Aktenkoffer und schwarze Roben - alle unter einer Decke !

Selbstverständlich hätte das Gericht auch sagen können, daß die fehlenden Unterlagen einen spekulativen Interpretationsspielraum eröffnen, der nicht zulasten des Klägers ausgelegt werden darf. Hier sei das Gesundheitsinteresse des Klägers höher zu bewerten als das ökonomische Interesse der ANF.
Aber: Ein Gericht steht ja nicht im politikfreien Raum. Richter sind Beamte und oberster Dienstherr der OVG-Richter ist der Justizminister der rot-grünen Landesregierung. Und die hat mit dem Verzicht auf den eigenen Ermessensspielraum, mit dem Sofortvollzug für das Fundament der Trockenkonversionsanlage, welches die ANF auf eigenes Risiko, ohne das Ende der Klagefrist abzuwarten, begonnen hatte, mit dem Einwirken auf die Staatsanwaltschaft zwecks Einstellung des Strafverfahrens gegen die ANF, die rot-grüne Landesregierung hat mit all dem und nicht zuletzt damit, daß sie dem Kläger nicht nur seien Kontrapart, sondern auch noch den, den die Landesregierung hätte übernehmen müssen, überließ, dem Gericht signalisiert, daß sie, auch auch kein Interesse am Kippen der ANF-Genehmigung hat. Damit stellte sich erst gar nicht das sonst übliche Konfliktfeld Pro-Atom-Richter hier und Anti-Atom-Dienstherr dort. (Wo, bitteschön, ist dieses Verhältnis "sonst üblich"?, d. Säzzer). Die Kosten für die Niederlage der Landesregierung im Eilverfahren bezahlen ohnehin die SteuerzahlerInnen und nicht die Verantwortlichen.

Fazit

1. Die rot-grüne Landesregierung provoziert durch bewußtes eigens Fehlverhalten gerichtliche Niederlagen, damit sie aus der Atomenergienutzung nicht wirklich aussteigen muß, sondern der Öffentlichkeit sich als geschlagenes Kind präsentieren kann.
2. Die rot-grüne Landesregierung verhält sich in Gerichtsverfahren gegen Atomanlagen so, daß sie durch Bereinigen juristischer Schwachpunkte zugunsten der Betreiber von Atomanlagen die Position der klagenden Atomkraftgegner (zusätzlich) verschlechtert.
3. Die rot-grüne Landesregierung übt ihren behördlichen Ermessensspielraum zugunsten der Betreiber von Atomanlagen nicht aus und versucht, wo sie kann, eine Beteiligung der Öffentlichkeit zu umgehen, wie es das jüngste Beispiel der geplanten Genehmigung für die atomare Fremdmülleinlagerung im AKW Lingen II gezeigt hat.

Herbert Masslau

- Atomkraftgegner, Ratsherr, Kläger, Beigeladener, egal, nicht auf den Titel, auf den Inhalt kommt es an -

Leukämie in Ursache

Durch den Tod eines neunjährigen Mädchens rückte die extrem erhöhte Leukämierate bei Kindern in der direkten Nachbarschaft des AKW Krümmel am Anfang des Jahres in die öffentliche Diskussion. Dies war der zweite Todesfall nach dem Tod eines neunjährigen Jungen im Juni 1990.

Schon im Oktober wurde beschlossen, den möglichen Zusammenhang zwischen den Atomanlagen und den Leukämiefällen von einer ExpertInnenkommision im Auftrag der schleswig-holsteinischen Ministerien für Soziales und für Umwelt untersuchen zu lassen. Am 1. Januar sollte diese Kommision ihre Arbeit aufnehmen.

Tschernobyl-Opfer: Kinder in der GUS (s. Artikel "Tschernobyl-Hilfe")

Obwohl solche Kommissionen normalerweise eher der Beruhigung als der Aufklärung dienen, ist diese, mit unabhängigen WissenschaftlerInnen wie z.B. Prof. Wassermann von der Uni Kiel besetzt, schon einen zweiten Blick wert. Es besteht immerhin die Möglichkeit, an dieser Stelle in der inzwischen über 20 Jahre andauernden Diskussion über den möglichen Zusammenhang zwischen Atomanlagen und Krebs voranzukommen.

Seit 1989 treten in der Gemeinde Elbmarsch, gegenüber des AKW Krümmel und der Forschungsreaktoren der GKSS (Gesellschaft für Kernenergie in Schiffahrt und Schiffbau) bei Geesthacht an der Elbe gelegen, vermehrt Fälle von Leukämie bei Kindern auf. Es handelt sich inzwischen um sechs Fälle bei Kindern und einen bei einem Jugendlichen. Leukämie ist eine äußerst seltene kindliche Krebserkrankung. Von 100.000 Kindern unter 15 Jahren erkranken im statistischen Durchschnitt pro Jahr 4,3 an Leukämie. Bei 1400 Kindern unter 15 Jahren in der Gemeinde und sechs Fällen in 16 Monaten ergibt sich eine Rate, die 75 mal so hoch ist wie üblich. Da radioaktive Strahlung als leukämieauslösender Faktor bekannt ist, liegt die Vermutung nahe, daß diese hohe Erkrankungrate (nach Auskunft der „Bürgerinitiave gegen Leukämie in der Elb-marsch"[1] die höchste der Welt) mit dem Betrieb der Atomanlagen zusammenhängt. Andere mögliche Ursachen, wie chemische Schadstoffe, Viren oder ein defektes Röntgengerät, werden untersucht, scheinen aber auszuscheiden.

Mögliche Ursache: Das AKW Krümmel und die Forschungsreaktoren der GKSS

Anfang 1984 ging in Krümmel der mit 1300 MW elektrischer Leistung größte Siedewasserreaktor der Welt ans Netz. Er gehört mit dem AKW Brunsbüttel einer veralteten Baureihe an, die wegen erhöhter Risiken sehr umstritten ist. So ist der Sicherheitsbehälter sehr viel kleiner als bei Druckwasserreaktoren, was dazu führt, daß bei einem Kernschmelzunfall der Sicherheitsbehälter sehr viel schneller versagt. Nach einer TÜV-Studie wäre dies in Krümmel nach drei bis sieben Stunden der Fall[2]. Das hieße, daß das 30 km entfernte Hamburg nicht evakuierbar wäre. Durch das Einsparen des Sekundärkreislaufes bei Siedewasserreaktoren fließt radioaktiv verseu-chtes Wasser auch außerhalb des Sicherheitsbehälters und gelangt damit tendenziell leichter in die Umwelt.

Schon während des Probelaufs gab es mehrere Störfälle, was den Sprecher der Betreiberfirma HEW zu dem Resümee veranlaßte, die Tests verliefen „bemerkenswert ruhig".[3,4,5]
Ähnlich „ruhig" der weitere Betrieb: Im Juli 1990 z. B. entwich durch ein Leck in der Kühlleitung 224.000 Liter Wasser, das radioaktives Tritirum enthielt (HEW: Störfall der Kategorie „Normal").[6,7]

In jüngster Zeit stand der geplante Einsatz von plutoniumhaltigen MOX (Mischoxid)–Brennelementen im Zentrum der Kritik. Diese sind in mehrfacher Hinsicht bedenklich: Zum einen erhöht der wechselnde Plutoniumanteil die Unfallgefahr, zum anderen geraten immer größere Mengen des extrem krebserregenden Plutoniums in Umlauf. Wichtigster Punkt ist die Legitimation von AKWs: Bei Einsatz von MOX-Brennstäben gilt die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) als Entsorgungsnachweis, die Atomindustrie ist damit der Pflicht entbunden, endlich eine sichere Endlagerung nachzuweisen.

Die Forderung nach Nicht-Genehmigung des MOX-Einsatzes wurde auch bei der Blockade Anfang Oktober letzten Jahres genannt, im Mittelpunkt stand aber die katastrophale Leukämierate. Die Blockade wurde vom 9. bis zum 15. Oktober aufrechterhalten. Neben der Bi gegen Leukämie in der Elbmarsch waren Robin Wood, die BI Umweltschutz Geesthacht und die Eltern für unbelastete Nahrung beteiligt. Nach anfänglicher Hinhaltetaktik erschienen Sozialminister Jansen und Umweltminister Heydemann in Krümmel, um 11000 Unterschriften für die sofortige Stillegung des AKW Krümmel und der GKSS-Forschungsreaktoren entgegenzunehmen und ihren Plan für eine unabhängige ExpertInnen-kommision vorzustellen. Die Blockade wurde daraufhin abgebrochen.

Der Forschungsreaktor Geesthacht 1 (FRG-1) ist der älteste Reaktor der Bundesrepublik. Kurz nach Aufhebung der Beschränkung der deutschen Atomforschung wurde er in den USA be-

der Elbmarsch-Krümmel?

stellt und im Oktober 1958 in Betrieb genommen. Im März 1964 wurde ein zweiter Reaktor (FRG-2) mit einer thermischen Leistung von 21 MW in Betrieb genommen (Der FRG-1 hat eine Leistung von 5 MW). Vom Arbeitskreis Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz wurde der Verdacht geäußert, daß in Geesthacht Atomwaffenforschung betrieben wurde [8].

Die Forschungsreaktoren standen weit weniger im Rampenlicht als die „großen" AKWs. Aber auch hier hat es eine Reihe von beunruhigenden Störfällen gegeben. Die Jahresberichte 1973 und 1974 z. B. führen eine Reihe von Störfällen auf, die hier stichprobenartig Beleg für nichtstörungsfreien Betrieb stehen sollen: Brennelementschäden, Undichtigkeiten und weiteres[9]. In späteren Jahresberichten wird vorsichtshalber über solche Betriebsstörungen nicht mehr berichtet. Die „Welt" berichtete von einem „Zwischenfall" in der Reaktoranlage 1978 [10]. Als mögliche Ursache für die Leukämiefälle ist ein Störfall vom Oktober 1983 im Gespräch. Hierbei war radioaktives Jod ausgetreten [11].

Aber auch im Normalfall scheinen die GKSS-Forschungsreaktoren Radioaktivität abzugeben. der heutige Abteilungsleiter im schleswig-holsteinischen Sozialministerium, Dr. Sauer, untersuchte die Belastung der Elbe mit radioaktivem Tritium. Normalerweise lag diese im Untersuchungszeitraum 1974-1980 bei 7 bis 12 Bequerel pro Liter Elbwasser, 1978 wurden „mehrtägige Tritiumkonzentrationen bis zu 3700 pCi/l (137 Bq/l, d. Verf.) am Stauwehr Geesthacht gemessen" [12]. Der Beitrag wird fortgesetzt mit der Bemerkung." ohne daß die Emittenten identifiziert werden konnten". Geesthacht liegt 7 km flußabwärts der GKSS-Reaktoren.

In einem Beitrag der GKSS für eine EURATOM-Sitzung findet sich auch ein Plan der Lüftungsanlage der Heißen Zellen (radiochemisches Labor). Die Luft wird hier in drei Stufen gefiltert, nach dem letzten „Feinstfilter" sollen dabei 99,97% des Staubes aus der Luft entfernt sein, die dann zum Abluftschornstein geleitet wird [13]. Abgesehen von der Frage, ob dieser Wert überhaupt erreicht wird, gelangen so z.B. bei Entstehung von 10 kg radioaktivem Staub pro Jahr (vorsichtige Schätzung) immerhin 3 g in die Umwelt. Diese scheinbar geringe Menge ist schon bedenklich, da z.B. wenige Gramm Plutonium, auf die Lungen aller Menschen verteilt, ausreichen, um die gesamte Weltbevölkerung an Lungenkrebs sterben zu lassen.

Die Schwierigkeit des Nachweises

Die Leukämiefälle in der Elbmarsch sind nicht die einzigen Krebserkrankungen, die in der Umgebung von AKWs und anderen Atomanlagen vorgekommen sind. An folgenden Orten sind solche Fälle aufgetreten, wobei die Aufzählung sicherlich unvollständig ist:
Dresden/USA (1971, AKW)[14]; Shippingport/USA (1973, AKW)[14]; Schenectady/USA (1974, Forschungszentrum U-Boot/Reaktoren)[14]; Sellafield/GB (1983, WAA)[15]; Rhawatbhata/Indien (1991, AKW)[16]; Pickering/Canada (1991, AKW)[16].

Obwohl es eine Reihe von Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der von AKWs und anderen Atomanlagen emittierten Niedrigstrahlung und erhöhten Krebsraten gibt, ist die öffentliche Diskussion darüber von der Atomindustrie und den Aufsichtsbehörden bisher erfolgreich blockiert worden. Dies gelang recht einfach, indem einerseits ein wissenschaftlicher Nachweis über die Urheberschaft der AKWs für die erhöhte Krebsrate gefordert wurde und andererseits die dazu notwendigen Geräte, Stellen und Gelder nicht zuur Verfügung gestellt wurden.

Außerdem haben die Atomindustrie und ihre wissenschaftlichen Büttel in jedem Fall versucht, die Studien als „unwissenschaftlich" und damit indiskutabel zu diffamieren. Dieses Verhalten läßt sich jetzt erneut an den Reaktionen auf die ersten Untersuchungen der Bremer Medizinphysikerin Prof. Schmitz-Feuerhake zu den Leukämiefällen in der Elbmarsch feststellen: Diese seien „unverantwortlich und unqualifiziert" [17]. Qualifiziert und verantwortlich ist demnach einzig das Weitermachen und Totschweigen.
In der Tat ist der Nachweis, daß die Leukämiefälle von der radioaktiven Emission der Geesthachter Atomanlagen hervorgerufen wurden, sehr schwierig. Daß radioaktive Strahlung Leukämie und andre Krebsarten hervorrufen kann, ist unumstritten. Jede weitere Frage allerdings ist Gegenstand heftigster Konflikte, vor allem zwei: 1) Wieviel Radioaktivität gibt ein AKW/eine andere Atomanlage an die Umwelt ab? und 2) Wie ist die Wirkung von vergleichsweise geringer Strahlung einzuschätzen?

Schon die erste Frage macht deutlich, wie verhärtet die Fronten sind. Die Diskussion erinnert kaum an einen wissenschaftlichen Diskurs. Während in den sechziger und siebziger Jahren von den Betreibern noch plausibel erscheinende Abschätzungen gegeben wurden, wird heute von dieser Seite die absurd niedrige Belastung von unter einer Millirem (mrem) pro Jahr für die umliegende Bevölkerung angegeben. Kritische WissenschaftlerInnen kommen auf Werte von ca. 200 mrem/Jahr für AKWs bzw. 260 bis 1750 mrem/Jahr für das Kernforschungszentrum Karlsruhe mit einer kleinen WAA [18]. Zum Vergleich:

Umsiedlungsprojekt: 5 neue Häuser in Tschertzky (s. Artikel "Tschernobyl-Hilfe")

Die natürliche Strahlenbelastung durch kosmische Strahlung und natürliche radioaktive Isotope beträgt ca. 100 mrem, mit der gleichen Strahlenbelastung müssen Meschen rechnen, die sich häufiger röntgen lassen. Der zulässige Grenzwert für AKWs liegt bei 90 mrem/Jahr.

Ein weiterer Faktor macht stutzig: Während bis in die siebziger Jahre die Emission von AKWs relativ offen diskutiert wurde, ist inzwischen von Betreiberseite keine Abschätzung mehr zu erfahren, wieviel Radioktivität ihr AKW pro Jahr freisetzt. 1971 wurde vom Institut für Reaktorsicherheit des TÜV eine Studie über die erwartete Emission des AKW Krümmel erstellt. Der TÜV kam auf einen Wert von 175.000 Curie jährlich

Kindererholung für strahlenerkrankte Kinder in der GUS (s. Artikel: "Tschernobyl-Hilfe")

[19], das sind 6,5* 10^{15} Bequerel (vierzehn Nullen hinter der 5!) und entspricht einem knappen zehntausendstel der durch Tschernobyl freigesetzten Radioaktivität. Ob das AKW so genehmigt wurde, wurde nicht nachgeprüft.

Wieviel Radioaktivität tatsächlich im Normalbetrieb eines Reaktors entweicht, ist nur sehr schwer nachzuweisen. Bei der Spaltung von Uran- und Plutoniumkernen entstehen eine Unmenge gasförmiger, flüssiger und fester radioaktiver Stoffe, die auf verschiedene Arten strahlen (a-, ß- und Á-Strahlung). Es müßten Luft-, Boden- und Wasseruntersuchungen getrennt nach den einzelnen Strahlungsarten vorgenommen werden. Die dazu nötigen Geräte stehen nur der Atomindustrie und den Universitäten zur Verfügung, die an solchen Untersuchungen kein Interesse haben.

Auch in der Beantwortung der zweiten Frage, wie schädlich relativ geringe Strahlung in der Größenordnung der natürlichen Strahlung ist, gibt es deutliche Differenzen. Für den Bereich zwischen 100 und 1000 mrem, der hier interessiert, gibt es zwei Hypothesen, die wiederum von den Kontrahenten Atomindustrie/Aufsichtsbe-hörden und kritische WissenschaftlerInnen vertreten werden. Die einen gehen davon aus, daß bei geringer Strahlung der Körper die Strahlenschäden selbst reparieren kann (Grenzwert-Hypothese), während die anderen anführen, daß jedes einzelne Strahlungsquant eine Zelle so schädigen kann, daß Krebs ausgelöst wird. Diese verschiedenen Einschätzungen führen zu extremen Differenzen in der Frage der Schädlichkeit vergleichsweise geringer Strahlung. Es gibt eine ganze Reihe von Argumenten für die zweite Hypothese, aus der folgt, daß die Wirkung geringer Dosen 100-1000 Mal schädlicher ist als offiziell verkündet wird [20].

Nicht zwangsläufig „Business as usual" – die ExpertInnenkommission der Landesregierung

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, wie wichtig es wäre, endlich einmal gesicherte Daten zu dem seit langem vorliegenden Verdacht der krassen Unterschätzung der Strahlenschäden durch den Routinebetrieb von Atomanlagen zu erarbeiten. Insofern kann mensch die geplante ExpertInnenkommission der Landesregierung nur begrüßen, wenngleich nicht gesichtert ist, daß dabei etwas herauskommt. Die große Hoffnung, die die Eltern-BI in der Elbmarsch in Jansen setzt, können wir nicht teilen. Zu deutlich ist- gerade in der Auseinandersetzung um die Flüchtlinge in Neumünster/Greifswald/Norderstedt geworden, daß Jansens Politik unter dem Primat der WählerInnenstimmen steht. Das heißt, solange die öffentliche Meinung im Richtung Stillegung von Krümmel ,und GKSS geht, kann mensch von Jansen etwas erwarten, sobald der Wind sich dreht, wird Jansen die Leukämiekinder in der Elbmarsch im Stich lassen wie jetzt die Flüchtlinge in Norderstedt.

Anders als die niedersächsische Arbeitsgruppe, die unter Beteiligung der Betreiber und des Bundesamtes für Strahlenschutz seit einem halben Jahr im Dunkeln tappt, soll die ExpertInnenkommission mit unabhängigen WissenschaftlerInnen besetzt werden, eine Beteiligung des Öko-Instituts und kritischer WissenschaftlerInnen wie Prof. Wassermann (Uni Kiel) und Prof. Schmitz-Feuerhake (Uni Bremen) ist vorgesehen. Die Gefahr einer möglichen Verwässerung der Kommission besteht angestrebte Beteiligung des Bundesumweltministeriums. Diese sieht nach einem schlechten Tausch: Mehr Gelder gegen Besetzung mit Pro-Atom-Leuten aus.

Trotz der genannten Bedenken sollte die Kommission ernst genommen und nicht von vornherein als Legitimationskommission der Atomindustrie eingestuft werden. Die Bereitstellung nennenswerter Mittel für eine unabhängige Kommission ist ein weltweit einmaliger Schritt. Möglicherweise verläuft trotzdem alles wieder im Sande, möglicherweise erarbeitet die Kommision jedoch Ergebnisse, die die Menschheit einige Jahre früher von der Atomkraft befreit. Dies wird zu verfolgen und zu überprüfen sein.

Die ersten Zwischenergebnisse, die Prof. Schmitz-Feuerhake vorstellte, weisen eher in eine hoffnungsvolle Richtung. Sie untersuchte das Blut von fünf Geschwisterkindern von Leukämiekindern mit der Methode der biologischen Dosimetrie und stellte in den weißen Blutkörperchen der Kinder eine erhöhte Konzentration von sogenannten dizentrischen Chromosomen fest, die auf eine Strahlenbelastung zwischen 200 mrem und 1000 mrem hindeutet. Sie äußerte die Vermutung, daß diese Strahlenbelstung durch den 83er Störfall der GKSS zustandegekommen sei. Dem kann mensch nur bedingt zustimmen. Nach den oben angeführten Abschätzungen ist eine solche Belastung auch beim Normalbetrieb eines AKW möglich.

Um den Ausstiegswillen der Landesregierung einmal zu testen, erscheint es sinnvoll, die schwachen Kräfte auf die Forderung nach der Stillegung der GKSS-Forschungsreaktoren zu konzentrieren, die inzwischen in ihr 34. bzw. 29. Betriebsjahr gehen. Weiterhin gibt es, die ExpertInnenkommision zu verfolgen und zu kritisieren. Denn daß die Bewertung der Gefahren der Kernenergie nicht den „ExpertInnen" überlassen bleiben darf, hat die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung nur zu deutlich gezeigt.

Axel Lachnit

Anmerkungen:

(1) Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch c/o Uwe Harden, Stover Elbdeich 9,2090 Drage, Tel.04176/1347
(2) K. Traube, in: Der Spiegel 49/1986
(3) Die Welt, 14.5.1979
(4) Kieler Rundschau, 26.6.1986
(5) Taz Hamburg, 13.6.1989
(6) Taz Hamburg, 25.1.1990
(7) Frankfurter Rundschau, 25.7.1990
(8) Ak Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (Hrg.), Atomforschung in Geesthacht-Schleichwege zur Atombombe?, Broschüre, 1989, Bestelladresse: H.Kuhr, Wohlwillstr. 49, 2000 Hamburg 4
(9) GKSS_Jahresbericht 1973, S.73 und GKSS-Jahresbericht 1974, S.69
(10) Die Welt, 14.5.1979
(11) Kieler Rundschau, 1.12.1983
(12) G.Sauer, in: Ökomitteilungen 2/1984
(13) GKSS (Hrg.): Das Heiße Labor der Reaktorstation Geesthacht, Hamburg, Gesthacht 1971
(14) E. Sternglass, in: H.Strohm (Hrg.), Warum auch geringe Radioaktivität lebensgefährlich ist, Frankfurt: 2001, 1986
(15) Frankfurter Rundschau, 17.2.1990
(16) World Information Service on Energy (WISE) 361,8.11.1991, Bestelladresse: PO Box 18185, 1001 ZB Amsterdam, Niederlande
(17) Kieler Nachrichten, 20.12.1991
(18) H. Strohm, Friedlich in die Katastrophe, Franfurt: 2001, 1981
(19) H. Strohm 81, a.a.O.,S.203
(20) K. Morgan, in: H. Strohm 86, a.a.O.

Tschernobyl-Hilfe

Häuserbau für Familien aus den verstrahlten Gebieten

Als vor einigen Jahren das Komitee „Den Kindern von Tschernobyl" mit der Verschickung von Kindern aus strahlenverseuchtem Gebiet begann, wurde bald klar, daß dies keine Dauerlösung der Probleme mit sich brachte. Auch das zweite Standbein, die Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Behandlung im westlichen Ausland, konnte an den Ursachen der strahlenbedingten Krankheiten nichts ändern.
Es war völlig klar, die Menschen mußten sofort aus ihrer verseuchten Umgebung umgesiedelt werden und damit waren und sind die offiziellen Stellen überfordert.
So entstand die Idee, zusätzlich zur staatlichen Umsiedlung, die zudem oftmals von einem verstrahlten Gebiet ins nächste umsiedelt und Dorfgemeinschaften zerreißt, eine Art Selbsthilfe-Umsiedlung zu organisieren.
Statt Hochhäuser in Trabantenstädten, sollten kleine Häuschen auf dem Lande mit Möglichkeiten zu Selbstversorgung gemeinsam von freiwilligen HelferInnen aus dem Ausland und den betroffenen Familien gebaut werden. Wegen des allbekannten Baustoffmangels und weil es ja viel gesünder ist, sollten diese Häuser möglichst mit örtlichen Baumaterialien, wie z. B. Lehm hergestellt werden.

Fünf Häuser wurden 1991 in Tschertzy gebaut.

Soweit so gut, zwischen Idee und Realisierung liegen natürlich eine Menge Schwierigkeiten, die gar nicht alle im Vorfeld bedacht werden können. So wurden also im vergangenen Jahr Erfahrungen auf allen Ebenen gesammelt. So stieß der Lehmbau anfänglich auf große Skepsis, denn in der Vorstellung der Umsiedler ist das ein altmodischer Baustoff. Und vielen liegt es näher, sich von alten Holzhäusern in „moderne" Betonhäuser zu „verbessern". Außerdem war das Komitee in Minsk so sehr mit seiner Kinderverschickung beschäftigt, daß es nicht gelang, einige Familien aus verstrahltem Gebiet für die Mitarbeit im fast strahlenfreien Tschertzy (180 km nordöstl. von Minsk) zu gewinnen. Daneben natürlich eine Menge praktischer, technischer und organisatorischer Probleme. Waren auch der größte Teil der Werkzeuge und Maschinen aus dem Westen mitgebracht und gespendet worden, so waren z. B. die Fundamente noch nicht hergestellt und das Bauholz schon wieder geklaut, als die erste Hilfsgruppe im Frühjahr 91 mit der Arbeit begann.
Eigentlich war vorgesehen innerhalb von 3 Jahren hundert Häuser zu bauen, aber dieses „Plansoll" wird wohl der Realität angepaßt. Immerhin waren wir ganz stolz, als im Herbst 5 Häuser im Rohbau standen, zwei davon in Leichtlehmbauweise.
Etwa 60 HelferInnen hatten den Sommer über, meist für 3 Wochen, zusammen mit örtlichen Handwerkern und StudentInnen geholfen. Drei Gruppen verschiedener Herkunft ergänzten sich dabei bestens und ohne jeden Konkurrenz. Zum einen die „Ost-Berliner" (gruppe um Familie Pflugbeil und das Berliner Komitee), die schon frühzeitig mit einer Lehmziegelpresse und Beton-Hohlblocksteinmaschinen nach Tschertzy kamen. Zum anderen die Lehmbaugruppe aus dem Raum Bielefeld, die sich um die Familie von Bodelschwingh gruppiert und aus bereits historischer Lehmbauerfahrung schöpfen kann und zum Dritten die Gruppe Wendländischer HandwerkerInnen, die im Raum Gorleben schon durch phantasievolle Aktionen gegen Atomanlagen bekannt ist.

Die Suche nach den Umsiedlerfamilien ist schwierig !

Beim Nachbereitungstreffen der Baugruppen im Herbst 91 wird die Planung zweigleisig fortgesetzt. Da der Selbsthilfe-Leichtlehmbau nicht geeignet ist, um in kurzer Zeit möglichst viele Häuser zu bauen, sollen in der Region Tschertzy Baufirmen entstehen (mit westlicher Hilfe), die schlüsselfertig Häuser bauen und gleichzeitig dringend benötigte Arbeitsplätze bieten. Die Leichtlehmbautechnik soll dagegen eher den Charakter von Völkerverständigung und Wiedergutmachung haben, denn im Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen diese Gegend schwer verwüstet.
So wurde beschlossen, 1992 nur dann Lehmhäuser mit deutscher Hilfe zu bauen, wenn auch tatsächlich betroffene Familien aus der verstrahlten Region bereit sind, an ihrem zukünftigen Eigenheim mitzuarbeiten. Um diese Suche nach Umsiedlerfamilien nicht dem Zufall oder dem überlasteten Minsker Komitee zu überlassen, fuhr ich im November 91 und im Januar 92 in das betroffene Gebiet. Nach Rücksprache mit dem Komitee konzentrierte sich die Suche auf das Bragin-Gebiet. Angrenzend an das evakuierte Sperrgebiet sind hier, wie auch anderswo, unmenschlich hohe Strahlenbelastungen vorzufinden. Ein Großteil der qualifizierten Arbeitskräfte ist bereits weg, viele Menschen haben auch schon einen Umsiedlungsschein in der Tasche und warten auf die Fertigstellung ihrer Wohnungen. Einige Schulen sind bereits geschlossen - eine sterbende Region. Anders jedoch als zu Beginn der Zwangsumsiedlung, wird jetzt von der Regierung nur noch freiwillig umgesiedelt. Alte, Schwache und Randgruppen bleiben zuletzt allein zurück. Auch die Vergünstigungen, die es bei Lohn und Lebensmittelversorgung gab, wurden erheblich gekürzt. So fangen bei dieser unsicheren Wirtschaftslage sogar einige Menschen wieder an den Garten zu bebauen und Schweine zu halten. Diese Menschen mit ihren Kindern müssen die allgegenwärtige Gefahr verdrängen, um überhaupt psychisch und physisch zu überleben. So war es zwar für mich zuerst völlig unverständlich, daß diese Menschen nicht nach Tschertzy wollten, weil es dort so kalt, naß und windig ist (im Winter). Bei näherer Betrachtung jedoch ist das schlechte Wetter tatsächlich gefühlsmäßig näherliegend als die unsichtbare Strahlengefahr.
Während nun in den kleinen Dörfern um Bragin die Suche nach Gemeinschaften weitergeht, die vielleicht doch Interesse haben, mit mehreren Familien gleichzeitig nach Tschertzy umzusiedeln, hat sich eine zweite Gruppe gebildet. Die mehr kleinstädtischen Bewohner von Bragin haben sich einen Ort Namens Oktjabrisk ausgesucht, in den sie gerne übersiedeln würden. Er erfüllt alle von ihnen gewünschten Bedingungen. - Nur 150 km entfernt und trotzdem ähnlich strahlenfrei wie Tschertzy, kleinstädtische Struktur, gute Infrastruktur, vorhandenes Bauland und das Einverständis des Kreiskomitees.
Zwar sucht auch die Bodelschwingh-Gruppe nach einem zweiten Standbein für den Häuserbau, aber eigentlich mehr in der Nähe von Minsk. So kam es beim letzten Besuch in Bragin Anfang Februar mit Dietrich v. Bodelschwingh und den umsiedlungswilligen Braginern leider zu keiner Einigung.
Für dieses Jahr sieht es daher so aus, als wenn es erstmal nur in Tschertzy weitergeht. Das Berliner Komitee will etwa 20 Steinhäuser bauen und die Lehmbauer 2-3 Lehmhäuser, wenn bis dahin Umsiedlerfamilien für Tschertzy gefunden worden sind. Die letzte Entscheidung fällt darüber Ende März. Genauere Informationen können dann bei mir oder den Bodelschwinghs erfragt werden.

Dieter Scharschmidt

Dieter Scharschmidt
Kapern Nr. 37
W-3131 Schnackenburg 1
Tel. 05840/498

Dietrich von Bodelschwingh
Bodelschwinghstr. 128
Heimstätte Dünne
W-4980 Bünde 12
Tel. 05223/43202

Komitee Berlin
-Kinder von Tschernobyl-
Rosa-Luxemburgstr. 19
O-1020 Berlin
Tel. 0372/2826745

Bundesweite Konferenz der Anti-AKW-AktivistInnen

29. - 31. Mai 1992 in Münster

Zweimal im Jahr treffen sich Menschen aus Anti-AKW-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik zu einer gemeinsamen Konferenz.

Im Mittelpunkt des Wochenendes stehen

- **die gegenseitige Information über Aktivitäten, Schwerpunkte und Probleme der einzelnen Gruppen**
- **die Diskussion über neue Entwicklungen in der Energie- und Atompolitik**
- **die Beratung überregionaler Aktivitäten zu bestimmten Ereignissen oder Themen**
- **der Austausch in Arbeitsgruppen zu aktuellen Auseinandersetzungen (z.B. neues Atomgesetz, Atomtransporte, Atomprogramm 2.000, Standorte, Ost-West, Strukturen der Bewegung usw.)**
- **die Vorstellung neuer Informations- und Agitationsmaterialien**
- **und vieles mehr**

Neben den Diskussionen im Plenum und den verschiedenen Arbeitsgruppen sind es vor allem die „Gespräche am Rande", die den Reiz einer Anti-AKW-Konferenz ausmachen. Hier lernen sich Leute aus Nord und Süd, Ost und West kennen und schätzen, die in ihrer Initiative gerade das gleiche Thema beackern; die noch jemanden kennen, der/die bestimmte Informationen hat; die etwas gehört haben, was den AKW-Standort in der Nähe des/der anderen betrifft, usw.

Gerade in Zeiten, wo manche Initiativen nur noch aus einer Handvoll AktivistInnen bestehen, bietet die Bundeskonferenz die Möglichkeit neuen Mut zu schöpfen und neue Ideen mit nach Hause zu nehmen.

Alle, die an Kommunikation und Koordination interessiert sind, sind im Mai nach Münster eingeladen. Infos zum genauen Programm gibt es bei:

WIGA, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster

Protokoll zur Vorbereitung der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Münster.

Die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Münster wird am 29./30./31. Mai 1992 stattfinden. Der Termin steht jetzt endgültig fest. Tagungsort ist die Katholische Studentengemeinde Münster in der Frauenstraße 3-7.

Folgender Ablauf ist geplant:

Freitag, den 29. Mai 1992
Wir fangen pünktlich an!!!!

18.00 Uhr	Vorstellungsrunde
20.00 Uhr	Dia-Vortrag über die Euroregional-Konferenz

Samstag, den 30. Mai 1992

09.00 Uhr	Frühstück
10.00 Uhr	Eröffnungsplenum mit Vorstellung der einzelnen AG's, die im Anschluß daran beginnen
13.00 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr	AG's
17.00 Uhr	Plenum mit dem Vortrag der AG-Ergebnisse und anschließender Diskussion
20.00 Uhr	Abendessen

Sonntag, 31. Mai 1992

09.00 Uhr	Frühstück
10.00 Uhr	Plenum mit Resolutionen etc.
12.00 Uhr	Mittagessen und danach Abreise

Folgende AG's sind geplant bzw. schon in Vorbereitung:

- Situation in der Ex-DDR
- Atomprogramm 2000
- Zustand, Ideologie, Perspektive der Bewegung
- Standorte
- Opfer von Tschernobyl/Niedrigstrahlung
- Novellierung des Atomgesetzes

Diese Liste besitzt keineswegs einen Anspruch auf Vollständigkeit. Sollten sich Leute bereitfinden noch andere AG's anzubieten, steht ihnen dies natürlich frei; wir die VorbereiterInnen bitten jedoch in einem solchen Falle um eine kurze Nachricht.

Die Vorbereitungstexte für den Reader müssen bis zum 10. April 1992 bei AAA sein. An diesem Tag ist Redaktionsschluß für den Reader!!!

WIgA Münster

Über den „eigenen Kühlturm" hinaus

Einladung zur Arbeitsgruppe *„Standorte"* auf der Anti-AKW-Konferenz in Münster (29.-31.5)

Auf den letzten Anti-AKW-Bundeskonferenzen in Bremen und Marburg ist aufgefallen, daß sehr wenig Menschen von Atomanlagen-Standorten anwesend waren. Das Programm und die Themen einer solchen Konferenz scheinen für die Leute von den BIs vor Ort nicht mehr sonderlich attraktiv zu sein.

Die Standort-Initiativen organisieren sich entweder regional - wie z.B. in Niedersachsen - oder sie haben die Hoffnung auf Unterstützung durch die Reste der bundesweiten Anti-AKW-Zusammenhänge bereits aufgegeben.

Auf der Konferenz in Münster soll ein neuer Anlauf unternommen werden, um die Standort-Initiativen an einen Tisch zu bekommen. Besonders erwünscht sind gerade die Initiativen, die sich bisher nicht für derartige Treffen interessierten.

Die Arbeitsgruppe soll erstmal hauptsächlich dem Erfahrungsaustausch dienen. Wie ist die Situation vor Ort? Worum drehen sich die aktuellen Auseinandersetzungen? Wie ist der Zustand der BI? Wie gut oder schlecht ist die Verankerung in der Bevölkerung? Gibt es Zusammenarbeit mit anderen Gruppen? Wird der Betrieb der Atomanlage lediglich „kritisch begleitet" oder sind Kräfte da, die die Auseinandersetzung um die Stillegung führen.

Im Gespräch werden sicher bald Parallelen aber auch Unterschiede deutlich werden. In einem zweiten Teil soll es um die Frage gehen, ob und wie die Arbeit der Initiativen an den Standorten durch Vernetzung unterstützt werden kann. Dabei stehen praktische Erwägungen im Forderung. Kann eine Flugblattserie, die an einem Standort erstellt wurde auch an anderen Standorten verteilt werden? Gibt es nachahmenswerte Veranstaltungskonzepte? Welche Aktionen haben besonders viel Wirbel erzeugt? Sind Untersuchungen zur Leukämiehäufigkeit übertragbar?

In die Diskussion sollen auch Erfahrungen mit bisheriger Zusammenarbeit einfließen, die es zum Beispiel in den Bereichen Atomtransporte oder MOX-Einsatz oder eben beim niedersächsischen Standorte-Treffen gibt.

Ein weiteres mögliches Thema der Arbeitsgruppe: Welche Ansprüche oder Erwartungen haben die Standortinitiativen an die noch vorhandenen städtischen Anti-AKW-Gruppen? Wo kann es Zusammenarbeit geben?

Je nachdem, wieviel der Zeitrahmen hergibt, ist in der Arbeitsgruppe auch die konkrete Absprache über regionale Vernetzungen oder über gemeinsame Aktivitäten möglich. Doch Münster soll nur ein erstes Treffen der Standorte-Gruppen sein. Bei weiteren Konferenzen, die ja im Halbjahresrhythmus geplant sind, kann sich diese Arbeitsgruppe bei Bedarf weiter treffen und die in Münster begonnene Gespräche und Absprachen intensivieren.

Kontakt und Rückfragen:
Jochen Stay, Fischerstr. 42a, W-6800 Mannheim 24, Tel.:0621/858837

sTandorte

Anti-Akw-Kalender 1993

Seit 15 Jahren gibt es ihn nun, den Kalender der autonomen Anti-AKW-Bewegung (übrigens genausolange, wie es die atom gibt). In den Anfangsjahren haben ihn AKW-GegnerInnen aus Göttingen gemacht. Dann wurde er 3 Jahre bei uns im Umweltzentrum Münster gemacht. Der Kalender 1992 wurde von der BBA-Bremen erstellt.
Und jetzt?
Es gibt keine neue Kalendergruppe und von den „alten" MacherInnen hat keineR – ich auch nicht! – mehr so richtig Lust, sich die Maloche des Kalender-Machens aufzuhalsen.
Trotzdem ist klar, daß der Atomkraft Nein! Kalender auch 1993 wieder erscheinen sollte. Schließlich erreicht mensch mit dem Kalender viele Menschen, die sonst nicht oder kaum mit den Inhalten der autonomen Anti-AKW-Aktiven beschäftigt sind.
Ich schlage deshalb vor, den Kalender im wesentlichen während der Bundeskonferenz der Anti-AKW-AktivistInnen Ende Mai 1992 in Münster zu erstellen.
Natürlich sollten aktualisierte Adressen, Cartons, Layoutmaterial, Artikel und so weiter schon vorher bei uns eintrudeln.
Dr.Ückeberger von der WigA (Widerstand gegen Atomanlagen) Münster.

Kontaktadresse für den 93er Kalender:
Atomkraft Nein! Kalender
c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, W-4400 Münster

Kein Atommüll nach Ahaus

Mit einem dezentralen Aktionstag im westlichen Münsterland wurde am 18.1. in verschiendenen Orten gegen die bevorstehende Inbetriebnahme der Ahauser Atommülldeponie (BEZ) demonstriert. Mitglieder des AKU hatten in der Gronauer Innenstadt einen Infostand errichtet und verteilten Flugblätter.
Weniger Tage später am 21.1. informierte der AKU bei einer Informationsveranstaltung in Gronau erneut über bereits erfolgte und bevorstehende Atomtransporte in Gronau. Zudem wurde ein Videofilm aus Lübeck gezeigt; hier hatte vor wenigen Jahren die Bevölkerung erfolgreich Atomtransporte verhindert.
Neuesten Informationen zufolge sollen die ersten Atommüll-Transporte nach Ahaus eventuell erst im Sommer durchgeführt werden. Der AKU wird jedoch weiterhin aufmerksam die Güterzüge auf den BD-Linien Münster-Gronau, Gronau-Ahaus beobachten. Vielleicht rollt der Atommüll ja doch schon eher ...?
Fest steht zudem, daß bereits jetzt Atomtransporte von uns zur Gronauer Atomfabrik (UAA) rollen. Am 31.1. ist es einem AKU-Mitglied gelungen, 2 LKW mit Uranhexafluorid bei der Abfahrt an der UAA zu fotografieren (siehe Foto).

Landshut/Atomtransporte

Das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke hat am 10.2.1992 im Landshuter Rathaus an Bürgermeister Joesf Deimer 1500 Unterschriften gegen Atomtransporte übergeben.
Mit den Unterschriften, die an 4 Samstagen im vergangenen Jahr gesammelt wurden, fordert das Bürgerforum die Stadt Landshut auf, die Gefahren aus den Transporten, die auf der Schiene und auf der Straße durch Landshut führen, ernstzunehmen.
Allein aus Ohu I fahren jedes Jahr im Durchschnitt 12 hochgefährliche Transporte mit abgebrannten Brennelementen mitten durch Landshut. Dazu kommen ab 1992 noch die Transporte aus Ohu II. Schließlich rollt auch eine unbekannte Menge sogenannter leicht und mittelaktiver Abfälle und das Abrißmaterial des Schrottreaktors Niederaichbach über Straßen und Schienen der Stadt nach Mitterteich und Karlsruhe.
(aus Presseerklärung vom 10.2.92)

Kontakt: Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut u. Umgebung
Dammstraße 13, W-8300 Landshut Telefon 0871/65886

Große private Solaranlage geplant

Die Leute von Georg's Laden in Melle wollen ihre Stromversorgung selbst in die Hand nehmen mit Hilfe von Solarenergie, um nicht weiterhin auf 60% Atomstrom aus der Steckdose angewiesen zu sein. Seit über 2 Jahren laufen die Vorbereitungen für das Solarprojekt, 1992 soll es endlich Wirklichkeit werden.
Die Photovoltaikanlage soll eine Spitzenleistung von über 10kw haben, womit das Geschäft sowie eine Solartankstelle für Elektroautos versorgt werden. Überschußstrom wird ins öffentliche Netz eingespeist, bei Unterversorgung beziehen wir den Strom aus dem Netz. Der Pferdefuß des Ganzen: das Projekt wird ca. 200.000.-DM kosten. Deshalb brauchen die Leute von Georgs Laden jede Menge Unterstützung von Menschen und Gruppen, die dieses Pilotprojekt mit realisieren helfen wollen.

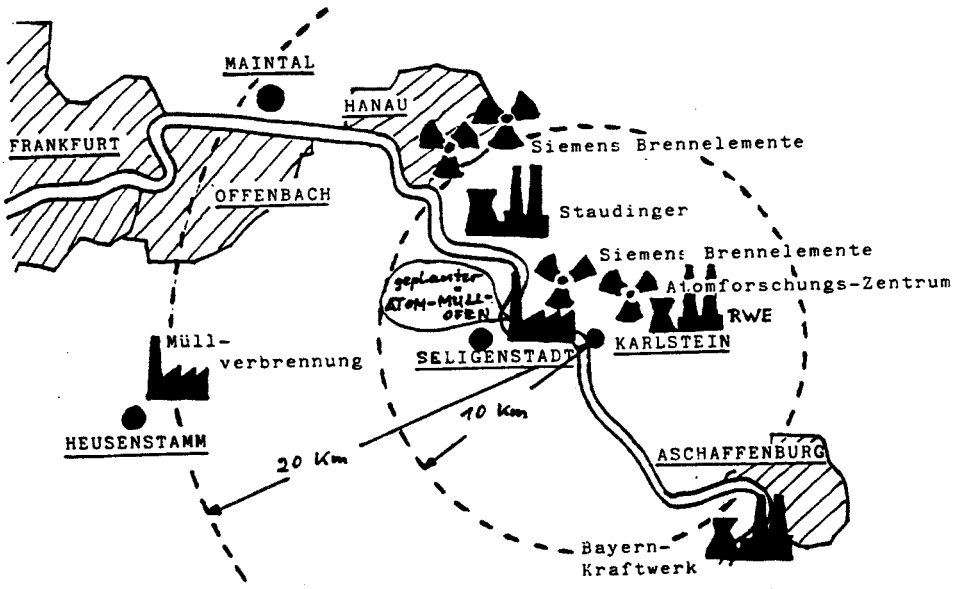
Georg's Laden, Fachgeschäft für gesundes Leben und Wohnen, Haferstraße 13, W-4520 Melle Tel.05422/5641

Kein Atom-Müll-Ofen in Karlstein!

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) plant zusammen mit Siemens in Karlstein eine Abfallreduzierungsanlage (ARAK). Was verbirgt sich hinter dieser Bezeichnung?
Der radioaktive Müll wächst der Atomindustrie über den Kopf. Für die „Endlagerung" gibt es keine Lösung und wird es keine geben. Und die sogenannte Wiederaufarbeitung erzeugt große Mengen neuen Atommülls.
Nun soll in Karlstein ein riesiger Ofen gebaut werden, der jährlich 500 Tonnen Atommüll verbrennt, angeblich schwach radioaktiv. Wer könnte und wird das kontrollieren? Die Filter werden weder den radioaktiven Kohlenstoff (C14) noch radioaktives Tritium zurückhalten. Dazu kommen weitere Radionuklide und schwere Giftstoffe wie Dioxin und Furane, die in die Umwelt niedergehen. Der Untermain gilt amtlich als lufthygienisch stark belastet. Zur Atomindustrie kommen konventionelle Kraftwerke, Großbetriebe, Müllverbrennung etc.
Jedes weitere Becquerel kann der Anstoß zum Krebs sein. Und auch die dauernde Niedrigstrahlung ist äußerst gefährlich.

In Karlstein steht bereits ein alter Atommüllofen, der nach 2 Jahren abgeschaltet wurde, weil er ständig die Grenzwerte überschritt. Und diese sind von den Behörden viel zu hoch angesetzt. Die Atomindustrie soll verdienen, der Schutz des Lebens ist zweitrangig.
Der alte Ofen strahlt weiter, zusammen mit dem Hochdruckreaktor in Großwelzheim, der 1971 nach nur 18-monatiger Betriebszeit abgeschaltet wurde und dem 1985 abgeschalteten Versuchsreaktor in Kahl.
Hinzu kommen die Atomfabriken in Hanau mit häufigen Störfällen und die permanenten Atomtransporte auf den Autobahnen und Landstraßen dieser dichtbesiedelten Region.
Die Stadtverordnetenversammlung von Maintal hat mit überwältigender Mehrheit (SPD, CDU, Grüne) beschlossen, den Kampf gegen den Atommüllofen in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Aktionsbündnis gegen Atommüllverbrennung in Karlstein:
c/o Umweltinitiative Mtl, M.Kolod,
Hauptstr. 21, W-6457 Maintal 3



Her mit den Ministern ...

Die Einweihung des Euregiohauses in Gronau (29.1.92) war das Ziel einer Protestaktion mit Transparent und Flugblättern des AKU Gronau. Dabei wurde jedoch nicht gegen die Einweihung generell, sondern gegen den Ehrengast Günter Einert SPD demonstriert. Einert – er ist Wirtschaftsminister in Nord-Rhein-Westfalen – hatte 1991 die Erweiterung der Urananreicherungsanlage genehmigt.
Der AKU nutzte die Gelegenheit, um demonstrativ von Einert die sofortige Stillegung aller Atomanlagen in NRW zu fordern. Die „aktuelle Stunde" berichtete landesweit über die Aktion; Radio Ost (Holland) sendete sogar ein Interview mit einem AKU-Mitglied. Dagegen wurde der AKU-Protest in den Gronauer Nachrichten nur am Rande erwähnt.

Atomtransporte ... mit der Deutschen Bundesbahn, Info Nr. 1

Ein vierseitiges, sehr informatives und gutgemachtes Infoblatt zu Atomtransporten mit der Bahn kann über die BI Ahaus bezogen werden. Es wird zur Mitarbeit und Informationsweitergabe durch die Bevölkerung aufgerufen, insbesondere, was die Transporte aus dem stillgelegten THTR in Hamm-Uentrop angeht.
Die Info-Blätter eignen sich besonders zum Verteilen in Bahnhöfen und Zügen.

Interessierte wenden sich bitte an:

BI Ahaus, c/o Hartmut Liebermann, Auf der Haar 2, W-4422 Ahaus
Telefon: 02861-63807

sTandorte

Anti-Atom-Aktion in Hamburg

Am 11. Novemebr führten wir nach langer Zeit mal wieder eine Anti-Atom-Aktion durch. Im folgenden der Bericht der taz über diese Aktion:

Staatsrat Boldt und 2 seiner Sachbearbeiter empfingen uns – obwohl unangemeldet – außerordentlich höflich und zuvorkommend. Trotz dieser wie Politiker sagen würden herzlichen Atmosphäre waren wir in der Sache erwartungsgemäß weit auseinander.
Ein wenig erschreckend ist es schon, wie leicht die Herren das Problem nehmen, trotz verbal erklärtem Ausstiegswillen. Sie tun viel für's Energiesparen (was ja begrüßenswert ist), mehr ist nicht zu machen, also läßt man es dabei bewenden. Gekämpft wird nicht. Erschreckend ist auch die Haltung zu den MOX-Brennelementen: Die Dinger sind halt da, also ist es doch besser, sie auch zu „verbrauchen". Und wenn wir sie nicht einsetzen würden, würden sie (über Euratom) woanders eingesetzt werden.

Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß SPD, Umweltbehörde und Senat allenfalls dann wirklich etwas tun, wenn man sie kräftig und anhaltend tritt. Dies muß auch geschehen! Klar ist auch, daß dieser eine Tritt noch lange nicht ausreicht.
Wer ist bereit, dabei weiter mitzumachen? Wir waren leider nur 15 Leute und dies, obwohl die Aktion im vorigen Rundbrief des Gewaltfreien Aktionsbündnisses angekündigt war, obwohl sie doch eine gut ausgedachte, pfiffige Sache war. Besonders enttäuschend, daß aus den anderen Gruppen im Anti-AKW-Koordinierungstreffen keine einizige da war.
Trotz der geringen Zahl brachten wir eine gute, relativ spektakuläre Aktion zustande, mit guter Resonanz. ... *fabian*

Kontakt: Gewaltfreies Aktionsbündnis Büro
Nernstweg 32
2000 Hamburg 50, Telefon 040/3909222

129a-Razzia im Umweltzentrum Münster

Am Dienstag, den 07.01.1992 fand im Umweltzentrum Münster eine siebenstündige sowie in der UWZ-Druckerei eine zweistündige Durchsuchung statt.
Als Vorwand für diese 5. Hausdurchsuchung seit 1980 bei uns diente ein Ermittlungsverfahren nach § 129a Abs. 3 StGB gegen Vorstandsmitglieder des Umweltzentrum e.V., weil sie verdächtigt werden, „...durch Verbreitung der Druckschrift UNFASSBA Nr. 7./8., für eine terroristische Vereinigung, nämlich die 'RAF', geworben zu haben...". Die beanstandete Ausgabe erschien bereits im Mai 1991. Der Razziabeschluß in diesem Ermittlungsverfahren geht zu Lasten der Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Düsseldorf. Des weiteren wurde noch wegen der „radikal" Nr. 144 Teil 1 und 2 vom Oktober 1991 vom BKA wegen § 129a Abs. 3 StGB ermittelt (gleiche Aktenzeichen wie bei den Durchsuchungen in Hamburg, Berlin: 2 BJs 178/91-4//1 BGs 228/91 vom 8.11.1991).
Beteiligt an der Durchsuchung des Ladens waren rund 7 Beamte vom Bundeskriminalamt (BKA) sowie 15 vom Landeskriminalamt (LKA) und münstersche politische Polizei (Präsidialbüro II = PB II = Staatsschutz = ehem. „K 14"). Außerdem waren zwei ComputerspezialistInnen und ca. 50 weitere PolizistInnen beteiligt.
Mit Hilfe der Feuerwehr brachen sie um ca. 9.30 Uhr in das Ladenlokal ein, zu einer Zeit, in der sich keineR außer ihnen im UWZ aufhielt. Es ist also zu befürchten, daß schon wie bei früheren §-129a-Verfahren Wanzen installiert wurden bzw. Postverkehr überwacht / Telefon abgehört werden. Außerdem haben „unsere" Münsteraner Polizisten alles mit Videokameras gefilmt und fotografiert.
Um ca. 10.30 Uhr kam dann eine Frau aus dem Vereinsvorstand in Zeugenbegleitung. Ansonsten wurde bis auf ein weiteres Vorstandsmitglied keineR mehr reingelassen. Mutmaßliche SympathisantInnen wurden im Umkreis von 50 Metern kontrolliert und ein besorgter Bürger wurde kurzfristig festgenommen, da er sich weigerte zu verschwinden. Die Durchsuchung war ausgesprochen gründlich: Unser Archiv, der Verkaufsraum, alle etwa 50 Postfächer, Ordner usw. wurden mit Handschuhen Blatt für Blatt durchgesehen, beschnüffelt und zum Teil abfotografiert.
Gleichzeitig überfielen ca. 50 Polizisten (darunter ein Drucker, der die Seite gewechselt hat) die UWZ-Schnelldruckerei, in der sich zu dem Zeitpunkt ein Mensch befand. Sie beschlagnahmten dort unter anderem „21 Aludruckplatten, davon 19 x UNFASSBA Nr. 10, 1 x UNLESBA Nr. 10, 1 x UMPF".

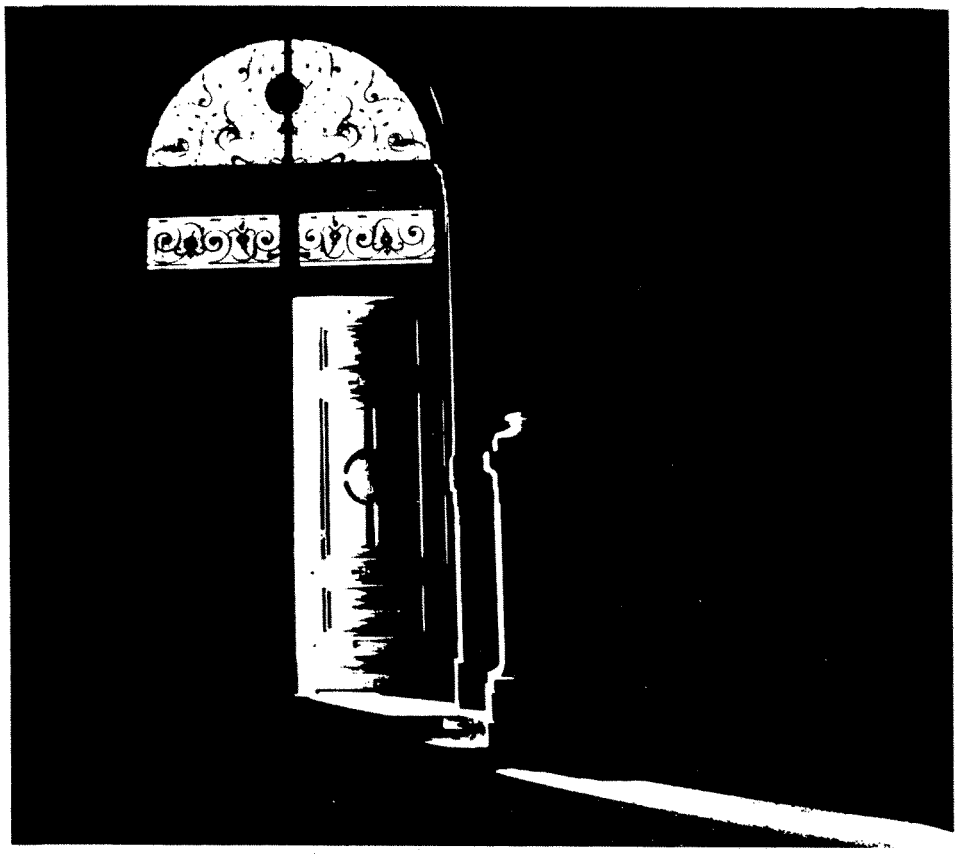
Aus dem Umweltzentrum-Archiv beschlagnahmten sie:
- 40 Kopien einer wissenschaftlichen Arbeit an der Uni Münster über die UNFASSBA (Thema: Alternativzeitungen)
- 1 x Umschlag C 5 Kostenrechnung K 14 (= Spitzel-Spesenrechnung)
- 1 x Buch „Die Rote Zora";
- 1 x „radikal" 144 Teil 2;
- 2 x UNFASSBA Nr. 7/8.

Aus dem Lagerraum stahlen sie 9 UNFASSBA Nr. 7/8.
Im Laden fehlen seit ihrem Besuch:
- 1 leere „Lieferscheine UNFASSBA" aus dem UNFASSBA-Postfach;
- 7 Krimi-Rundbriefe Nr. 30;
- 1 Blatt aus einem Ordner der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden betreff ihrer Zeitung „Ausbruch" (die ebenfalls Postfächer im UWZ hat);
- 1 x dreiseitiger Brief aus dem Postfach eines Vereinsmitglieds.

Sie interessierten sich auch für „INTERIM", „radikal – ein Interview", nahmen sie aber nicht mit. Die BKAler kauften drei Exemplare UNFASSBA Nr. 10 (vermutlich einmal für Wiesbaden, einmal für Düsseldorf und einmal fürs Präsidialbüro II Münster).

Die Durchsuchungen bei uns sind im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen des BKA gegen kritische Zeitungen und Infoläden zu sehen. Allein in den letzten Wochen gab es Durchsuchungen im Infoladen M99 Berlin, Schwarzmarkt Hamburg, Infoladen Karlsruhe, Infoladen Passau, Alhambra Oldenburg, AJZ Bielefeld, Buchladen Le Sabot in Bonn. Größtenteils wurden unbequeme Infos, Bücher (Rote Zora) und Zeitungen wie radikal, agitare bene, Prozeßinfo oder – wie in unserem Fall – UNFASSBA Nr. 7/8 als Begründung für die Razzien herangezogen. Das Ziel ist Einschüchterung und Rufmord in der Öffentlichkeit. Dabei wissen sie selber, daß wir nicht, wie von ihnen in den Medien behauptet, „Organisationszusammenhänge für die RAF" schaffen.
Wir werden auch in Zukunft unsere Postfächer allen Initiativen, Zeitungen und Gruppen zur Verfügung stellen, die das wollen. Bei uns gibt es keine Zensur. Statt der üblichen Parolen:
Das kratzt uns nicht, das war nur lästig!

Wir bitten um Spenden:
Umweltzentrum Spendenkonto: Postgioamt Dortmund, BLZ 44010046, Konto-Nr. 76780-465



Solidarität mit den Biblis-BesetzerInnen!

17.12.1987

Im Atomkraftwerk Biblis kommt es zu einem schweren Störfall. Der Super-GAU ist in greifbarer Nähe und wird nur durch Zufall verhindert. Die AKW-Betreiber halten es nicht für notwendig, die Öffentlichkeit über die Bedrohung zu informieren. Der „Vorfall" bleibt geheim und wird lediglich in Fachkreisen diskutiert.
Fast ein Jahr später wird der Skandal durch die Frankfurter Rundschau publik. Die Atomlobby verharmlost die Geschichte weiter. Doch die Bevölkerung ist empört. Es zeigt sich: Nicht nur sowjetische Reaktoren wie Tschernobyl können außer Kontrolle geraten, sondern auch die „deutsche Wertarbeit" in Biblis.

17.12.1988

Am Jahrestag des Beinahe-GAU bekommt das Informationszentrum des AKW Biblis unangemeldet Besuch: Eine Gruppe von 30 Anti-AKW-AktivistInnen aus den umliegenden Städten besetzt das Gebäude für 14 Stunden, um gegen die Desinformationspolitik der RWE zu protestieren und der Forderung nach sofortiger Stillegung Nachdruck zu verleihen.
Die BesetzerInnen werden von der Polizei festgenommen und wegen Hausfriedensbruch angezeigt.

Sommer 1990

Vor dem Amtsgericht Lampertheim kommt es zu einer Prozeßwelle gegen die BesetzerInnen. Trotz der gleichlautenden Urteile über 10 Tagessätze sind die Verhandlungen für die RWE mehr als peinlich. Die regionale Presse berichtet ausführlich, wie der als Zeuge geladene AKW-Abteilungsleiter ständig in Erklärungsschwierigkeiten kommt, wenn er zum Störfall und seinen Folgen Stellung nehmen soll. Die Angeklagten werden dagegen ob ihres Fachwissens und ihrer Motive gelobt.

Winter 1991/92

Jetzt kommt es zu Berufungsverhandlungen vor dem Landgericht Darmstadt. Weiterhin gilt das Motto der BesetzerInnengruppe: „Wir werden die Prozesse umdrehen und die RWE auf die öffentliche Anklagebank setzen".
Niemand rechnet mit Freisprüchen, ein erstes Urteil wurde in Darmstadt bereits bestätigt. Trotzdem: Die Prozesse lohnen sich!

Deshalb: Spenden Sie auf das

Rechtshilfekonto:
Nr.41 76 582 (K.H.Noffz)
bei der Stadtsparkasse Mannheim,
BLZ 670 501 01,
Stichwort: Biblis-Prozeß

Kontakt: Jochen Stay, Fischerstr. 42a,
W-6800 Mannheim 24, Tel.:0621/858837

Erfolgreiche Anti-AKW-Arbeit kann an vielen verschiedenen Orten stattfinden: Ob bei der Demonstration vor den Kernkraftwerkstoren oder beim Infostand in der Fußgängerzone oder eben im Gerichtssaal. Das Problem: Prozesse kosten Geld, vor allem wenn am Ende eine Verurteilung steht. Die Angeklagten müssen sowohl Anwälte als auch die Gerichtskosten aus eigener Tasche bezahlen.
Damit die BesetzerInnengruppe diese Kosten nicht alleine tragen muß, ist ein Solidaritätskonto eingerichtet worden. Die im Laufe der bisherigen Prozesse eingegangenen Spenden sind fast aufgebraucht. Die Landgerichts-Verfahren müssen noch finanziert werden.

„Massenzeitung" zum Tschernobyl-Jahrestag

Am 27. März erscheint im Verlag Graswurzelrevolution, Schillerstr. 28, W-6900 Heidelberg eine vierseitige „Massenzeitung" im taz-Format, die als ausführliches Flugblatt bei Aktionen und Veranstaltungen um den Tschernobyltag herum verteilt werden kann. Die Themen: Tschernobyl und die Folgen, Renaissance der Atomenergie? Klimadiskussion, Atomgesetz, Greifswald, Leukämie bei Krümmel, Schacht Konrad, MOX-Brennelemente. Wismut und: 7 Argumente gegen die Atomenergienutzung für alle, die sie noch nicht kennen oder wieder vergessen haben. Der Jahrestag fällt dieses Jahr auf einen Sonntag - eine gute Möglichkeit, aktiv zu werden. Bitte bestellt schon jetzt, dann können wir die Auflage besser kalkulieren. Wir vertreiben die Zeitung nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken), Mindestabnahme 20 Stück, Preise (inkl. Versandkosten): 20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM, 100 Ex.: 25 DM, 200 Ex.: 45 DM, 300 Ex.: 65 DM, 500 Ex.: 100 DM, 750 Ex.: 140 DM, 1000 Ex.: 160 DM, weitere Preise auf Anfrage.

Jetzt Bestellen!

SCHWARZES BRETT

PAN-Foto

ist nun ein gemeinnütziger Verein. Was wir nun dringend brauchen, sind zahlende Mitglieder. Der Beitrag beträgt 10.-DM monatlich (bei Instutitionen/Firmen 20.-DM). Körperschaften, Verlage und Zeitungen können ebenfalls Mitglieder werden. Die Mitgliedschaft garantiert jederzeitigen Zugriff auf unser Bildarchiv. Dabei werden lediglich die reinen Sachkosten (Porto, Verpackung, eventuell anfallende Laborarbeiten) berechnet. Wir hoffen, noch 1992 eine Archiv-Themenliste anbieten zu können. Die EDV wird gerade „gefüttert". Was das für eine Arbeit ist bei 2 Millionen Fotos, könnt ihr euch denken. Wenn diese Arbeit aber geleistet ist, könnt ihr durch einen Telefonanruf oder per Fax ohne Wartezeit erfragen, ob zu dem von Euch gewünschten Thema Material vorhanden ist.
Gerade in Zeiten einer wahren „Bilderüberschwemmung" wird eine verantwortungsvolle und ehrliche Fotodokumentation immer wichtiger...

Neugierig geworden? Interessierte wenden sich bitte an:
PAN-Foto, Wohlersalle 18, 2 HH 50 (040/433373 Fax 4393700)

Und nochmal Foto

Das Foto als Waffe! Mehr Leben in Flugi's, Plakate, Dokumentationen, usw.
Wir sind eine Gruppe von Hamburger Leuten, die seit einiger Zeit die sozialen und politischen Kämpfe mit der Kamera dokumentieren. Damit unsere Aufnahmen nicht in der Schublade verstauben, haben wir das Foto-Archiv gegründet. Unser Ziel ist es, das Material der „Gegen-Öffentlichkeit" zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen.
Bei „Cafe und Buch" liegt eine Liste der verfügbaren Aufnahmen aus. Wenn ihr was gefunden habt, hinterlaßt bitte dort eine Nachricht. Wir melden uns dann bei Euch.
Kontankt: Cafe und Buch, Marktstr.114, 2 HH 36, Tel.040/432474

Internationales Anarchistisches Treffen

Die französische Anarchistische Förderation F.A. organisert ein internationales Treffen Treffen vom 1.-3.Mai 1992 in Paris InteressentenInnen wenden sich bitte an:
Humeurs Noires EDITION, B.P. 79, F-59370 Mons-En-Bargeul

Kriminalisierungsrundbrief

Liebe Freunde und Freundinnen! Nach einjähriger unfreiwilliger Pause haben wir jetzt zwei Nummern im Oktober und Dezember herausgebracht. Der Kriminalisierungsrundbrief erscheint alle 1-2 Monate überregional.
Unser Ziel ist, regelmäßig eine umfassende Berichterstattung über Diskussionen, Aktionen und Veranstaltungen zu den genannten Themen zu liefern. Dabei sind uns regionale Info's aus dem Hinterland besonders wichtig.
Grundsätzlich ist es möglich, daß Erfahrungen von aktiven Menschen und Gruppen durch das Zeitungsprojekt überregional vermittelt werden. Schickt uns bitte euer Informationsmaterial regelmäßig zu, damit die Kämpfe zusammenfließen.

Abo: 20 Märker für 4 Ausgaben
1. Umschlag: Vrouwengroep OWL, De Wittenstrat 73, NL-1052 Amsterdam
2. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief

Kinderbuchausstellung zum Thema Umwelt

Wir möchten gern unsere Kinderbuchausstellung weiterverleihen. „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen". Diese Ausstellung kann beim Anti-Atom-Büro Berlin ausgeliehen werden.
Die Gruppe Frauenaktion Gegen Atom liefert mit dieser Ausstellung einen Beitrag, Kindern die Umweltproblematik auf eine Weise nahe zu bringen, die Wege für Handlungsmöglichkeiten und Hoffnung offen läßt. Es sind etwa 200 Bücher (größtenteils Bilderbücher für Kindergarten und Grundschulalter) zu den Themenbereichen: Wasser, Wald, Feld und Wiese, Bauernhof und Garten, Stadt, ökologische Zusammenhänge und atomare Bedrohung. Zu jedem Bereich gehört ein gestalteter Wandstoff als Dekoration.
Interessenten erfragen die Ausleihbedingungen bitte bei:
Anti-Atom-Büro, c/o Ökodorf, Kurfürstenstr.14, W-1000 Berlin 30
Tel.030/2616252, Johanna

500 Jahre Lateinamerika

Veranstaltung: Forum America Latina 1992 – Geschichte und Widerstand aus der Sicht der „Entdeckten" – Bremen/Hamburg/Hannover 24.-26.April 1992
Referate, Diskussionen, Plenen – Simultanübersetzung.
Ort: Bremen, Kulturzentrum Schlachthof, Findorferstr.51
Hamburg. Universität, Van Melle Park
Hannover: Raschplatzpavillon, Lister Meile/ FZH Lister Turm, Walderseestr.100
Weitere Informationen:
Andreas Müller, Brandtstr.86, 2800 Bremen Tel.0421/373905
Peru-Initiative, Nernstweg 32-34, 2 HH 50, Tel.040/4301744
de pueblo a pueblo, Kollenrodtstr.59, 3 H 1, Tel.0511/392835

Guckuck! Hier sind wir wieder! Trotz Kriminalisierung pünktlicher denn je: UNFASSBA Nr.11/März/April 92! Mit BKA-Siegel "staatsfeindlich", "Anarchie verherrlichend", "Sicherheit und Ordnung gefährdend", "öffentliche Aufforderung zu Straftaten",blablabla,...
48 Seiten: PANK, G7 in MS, WWG, Flüchtlingskampf, ANTIFA, Volxsport, Kriminaltango, COMIX,...
für 4 BriefMARK, ABO ab 20 DeEM, Wiederverk.: 30% Rabatt & Porto. NUR IM DOPPELTEN UMSCHLAG! Äußerer Umschlag: IGA, Düppelstr.35, 4630 Bochum oder UWZ, Scharnhorststr.57, 44 Münster. Innen jeweils: UNFI.

Weltwirtschaftsgipfel 6.-8. Juli in München

Eines der beherrschenden Themen dieses Jahres, nicht nur der linken Politik, wird das Treffen der Führer der 7 mächtigsten Wirtschaftsnationen dieser Welt Anfang Juli in München sein. Alle 7 Jahre findet diese einzigartige Provokation linken Denkens und Handelns auf deutschen Boden statt. Während die Welt täglich und immer offensichtlicher der ökologischen Katastrophe entgegengeht, und nach wie vor jeden Tag Zehntausende Menschen hungerssterben, treffen sich in München die Mächtigen – nicht um diese Probleme in den Griff zu bekommen – sondern um die Pfade der imperialistischen Politik und Gewinnmaximierung abzustecken. Die Ausplünderung der ökologischen und menschlichen Ressourcen steht weiter auf dem Programm.

Es ist das dritte Mal nach Bonn (WWG 1985) und Berlin (IWF-Tagung 1988), daß die Mächtigen dieser Welt der hiesigen Linken ihre Aufwartung machen. Sowohl 1985 als auch 1988 konnte das Alternative bis Linke Spektrum erfolgreich mobilisieren.

Gegengipfel und Großdemo 1985 und Großdemo und Aktionstage 1988 jeweils begleitet von etlichen Veranstaltungen in allen Teilen der Republik konnten einen unübersehbaren Gegenpunkt zu der Medienshow der Mächtigen setzten.

Doch seit 1988 hat sich viel geändert – sowohl für die Herrschenden, als auch für die Linke. Zusätzlich zu den alten Problemen, die nicht gelöst wurden (sowohl die ökologische Ausbeutung als auch die menschliche: die 3.Welt blickt zurück auf ein „verlorenes Jahrzehnt") sind neue hinzugekommen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts steht der innerkapitalistische Machtkampf ganz oben auf der Prioritätenliste. Zu dem Verschuldungsproblem der 3.Welt kommt das des Ostens und in immer größeren Maße des Westens hinzu. Aus dem eisigen Block im Osten ist ein heißes Gebräu von Nationalismen geworden, welches ständig zu explodieren droht. Zu den katastrophalen wirtschaftlichen Problemen des armen Südens, sind die neuen ökologischen Katastrophen hinzugekommen. Gerade wegen dieser ökologischen Katastrophen (hauptsächlich northmade) findet einen Monat vorher der Umweltgipfel UNCED in Rio statt. Auch hier ist nichts anderes zu erwarten als auf dem WWG in Bonn – die Durchsetzung imperialistischer Interessen des Nordens. Nach dem IWF-Konzept „Entwicklungshilfezahlungen nur bei Streichung der Militärausgaben" kommt jetzt das Konzept „Zinsentlastung nur bei ökologischen Fortschritten". Das Diktat geht vom Norden aus – ohne auch nur eine Handbreit von der eigenen zerstörerischen Politik abzuweichen.

Um dies alles durchsetzen zu können, um der neuen Weltordnung einen Macht-Rahmen unter Nordkontrolle zu geben, wird es demnächst neben der UNO-Blauhelmtruppen auch die seit dem Irak-Krieg bekannten UNO-Eingreiftruppen und daneben noch die Grünhelmtruppen geben, um offensichtlich ökologische Katastrophen in der südlichen Hemisphäre mit Waffengewalt abzuwenden.

Die Thematik WWG und UNCED ist breit. Wir können sie hier nicht abdecken. Die Thematik Machtinteressen und Neue Weltordnung sowie Rassismus haben wir schon in den letzten Ausgaben der atom thematisiert, deshalb fehlen sie an dieser Stelle. Andere, uns auf den Nägeln brennende Themen – z.B. die neue Rolle der BRD/Bundeswehr – werden wir in den nächsten Nummern bearbeiten.

Vor sieben Jahren sind wir selber noch maßgeblich an den Aktivitäten gegen den WWG in Bonn beteiligt gewesen, haben Konferenzen organisiert und eine eigene Broschüre zum Thema herausgegeben. Dieses Jahr müssen wir uns mit diesem Themenblock zufriedenstellen. Auch wenn es die zur damaligen Zeit noch starke Anti-AKW-Bewegung nicht mehr gibt, rufen wir unsere LeserInnen zur Teilnahme auf!

- **Großdemonstration am 4. Juli**
- **Gegengipfel vom 3. bis 5. Juli**
- **Aktionstage vom 6. bis 8. Juli**

Für eine antisexistische, antirassistische, antiimperialistische HERRschaftsfreie Welt

GEGENGIPFEL

Bisher hat es etliche Vorbereitungstreffen gegeben, die teilweise Nabelschauen der linken – alternativen Scene glichen. Aus diesem Grund steht bisher auch nur der Rahmen (vor allem für den Gegenkonkreß) fest. Dies war aber auch bei den Vorbereitungen zum WWG in Bonn 1985 und zu den IWF-Aktionen nicht anders – und diese beiden Daten stehen bekanntlich für erfolgreiche Aktionen der Linken. Im folgenden dokumentieren wir den Stand der Vorbereitungen (aus: Anti WWG – Info 1992 Nr.2).

Ein heißes Thema wird sicherlich die staatliche Repression. Schon jetzt gibt es die bekannte Hetze im Vorfeld, in München wird während des Gipfels das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD präsentiert sein, und zudem sind die Menschen in Bayern nicht gerade in einer begnadeten Position, wenn es um Veranstaltungen zu linken, kritischen Themen geht. Ein Vorgeschmack sind die Diffamierungen in Bezug auf das Nürnberger KOMM – siehe Artikel aus der taz.

Kontaktadressen:

Münchnener Koordination
(Anti-WWG-Bündnis auf lokaler Ebene)
c/o Infoladen
Breisacherstr. 12
8000 München

Das „Anti-WWG-Info 1992" wird herausgegeben vom „Bundesweiten Linksradikalen Anti-WWG-Treffen" und ist zu beziehen über:
AWI 1992
c/o „3. Welt Haus"
Westerbachstr. 40
6000 Frankfurt/M. 90

Außerdem ist zur Umweltkonferenz UNCED eine Informationsbroschüre erschienen. Sie wurde initiiert von ASEED (Action for Solidarity, Equality, Environment and Development), einer überverbandlichen, internationalen Jugendkampagne und wird in Deutschland von der Naturschutzjugend getragen. Zu bestellen bei:
ASEED
– Bundesjugendbüro –
Eschholzstr. 86
W-7800 Freiburg

Großdemonstration und Aktionstage

Prinzipiell gilt für die ganze Mobilisierung, daß die MünchnerInnen nicht die Infrastruktur dafür stellen können, d.h. es werden alle Städte und Gruppen aufgefordert etwas zu übernehmen. (VoKü's und Ermittlungsausschüsse zu machen, SanitäterInnen braucht es, eine gemeinsame Demoleitung, außerdem ÜbersetzerInnen, RechtsanwältInnen usw.).
Alles was hier folgt, sind bisher Überlegungen – noch keine Entscheidungen.
Zur Großdemo: Marienplatz, Odeonsplatz und Maximilianstr. (alle drei nahe zum G7-Tagungsort) sind vom Münchner Bündnis bereits angemeldet und von der Stadt reserviert. Die Demo soll ungefähr zwei Stunden dauern; die Route ist noch auszuwählen, soll aber auf jeden Fall an wichtigen Einrichtungen vorbeigehen. Die Auftaktkundgebung soll ausführlich und die abschließende kurz und prägnant sein, und die Demo soll gemeinsam aufgelöst werden. Sie soll geschlossen und ausdrucksstark sein und versuchen sich gegen alle Widrigkeiten und Provokationen durchsetzen. Darauf sollten wir vorbereitet sein.
Die inhaltliche Spannbreite der Demo ergibt sich aus denselben Schwerpunkten wie für die ganze Mobilisierung. Reden sollen vor allem AkteurInnen aus Kampfabschnitten und Widerstandsprozessen, Flüchtlinge, ehemalige politische Gefangene aus der BRD... Eine Idee war auch, daß Menschen aus Lateinamerika vorne gehen und daß die KongreßreferentInnen einen eigenen Block machen.
Aktionstage: Drei Aktionstage sind geplant. Vorgeschlagen wurde jeden Tag unter ein Motto zu stellen: Menschenrechte/politische Gefangene, Sexismus/Rassismus, GroßdeutschlandEG/500 Jahre. Feste Anlaufstellen (ein Infostand in der City) sind geplant. Abends soll es einen gemeinsamen Sammelpunkt geben. An jedem Tag soll eine gemeinsame zentrale Aktion stattfinden, ansonsten sollen die Aktionstage von Gruppen, Zusammenhängen und regionalen Bündnissen getragen werden. Ein großes Problem sind in den Tagen die Übernachtungen. Die privaten Kapazitäten reichen nicht aus. Es stellt sich daher die Frage der Aneignung von Schlaf- und Aufenthaltsplätzen. Z.B. in Form von Camps. Das darf aber wiederum nicht zum Hauptkonfrontationspunkt in diesen Tagen werden. Die Münchener Männer schätzen ein Camp als schwer durchsetzbar ein. Sie werden bis zum nächsten Treffen bei der Stadt nach Plätzen nachfragen, die die Stadt zur Verfügung stellt. Alle sind dazu aufgefordert, darüber nachzudenken, denn ohne Übernachtungsmöglichkeiten gibt es auch keine Aktionstage. Es wird auch an einem größeren Kulturfestival überlegt.
Es soll ein zentrales Plakat geben, das zu allen drei Sachen aufruft und das von allen Spektren getragen wird. Aufrufe kann es dann verschiedene geben. Einen linksradikalen Aufrufentwurf soll es eventuell schon beim nächsten bundesweiten Treffen geben.

Bayern rüstet gegen Jugendzentrum

Sicherheitsgespräch zum Weltwirtschaftsgipfel in München / Gefährliches Jugendzentrum „KOMM"

Von Bernd Siegler

Nürnberg/München (taz) — In einem Spitzengespräch mit Bayerns Innenminister Edmund Stoiber, dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium und dem mittelfränkischen Polizeipräsidenten hat Nürnbergs SPD-Oberbürgermeister Peter Schönlein vor „unbesonnenen" Polizeiaktionen gegen das Nürnberger Jugendzentrum „KOMM" gewarnt. Trotzdem vereinbarten Stadt und Innenministerium eine „Sicherheitspartnerschaft". Hintergrund des Gesprächs war die von Stoiber und dem Präsidenten des bayerischen Verfassungsschutzes, Hubert Mehler, initiierte Kampagne gegen das KOMM in Zusammenhang mit geplanten Aktionen gegen den vom 6. bis 8. Juli in München stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel.

Wie berichtet, hatten der Innenminister und Bayerns Verfassungsschutz-Chef das KOMM als „Zentrum für das gewaltbereite Spektrum" in Bayern bezeichnet, in dem militante Aktionen gegen den WWG geplant würden. Sie hatten eine Linie von den Autonomen über Befreiungsbewegungen der dritten Welt bis hin zur RAF als potentiellen Täterkreis gezogen. Im Nürnberger Rathaus hat Stoiber gegenüber OB Schönlein und dem städtischen Rechtsreferenten Hartmut Frommer jetzt erneut betont, daß Bayerns Sicherheitsbehörden nicht bereit seien, „ein Risiko einzugehen — auch was das KOMM betrifft".

Die Sicherung des störungsfreien Ablaufes des WWG sei „die größte Herausforderung seit den Olympischen Spielen" 1972 in München. Die Polizei werde „mit allen notwendigen Mitteln" versuchen, Absprachen für Gewalttaten zu unterbinden. Stoiber sicherte dem Nürnberger Oberbürgermeister zu, „möglichst alle" Polizeiaktionen mit der Stadt abzusprechen.

Im Gegenzug war sich Schönlein mit Innenminister Edmund Stoiber einig, daß jeder Protest gegen den WWG „mit einem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit zu verbinden" sei. Zur Freude des bayerischen Innenministers erklärte Schönlein es zu seinem Ziel, auch im KOMM das „Gewaltpotential zu isolieren". Dann würden, so hoffen Schönlein und Stoiber, „gewaltbereite Kräfte" das KOMM von sich aus verlassen. Schönlein warnte Stoiber davor, die „mit diesem Sicherheitsgespräch begonnene Partnerschaft" mit „unbesonnenen" Polizeiaktionen zu unterlaufen.

Er erinnerte dabei an die legendären Massenverhaftungen im März 1981. Damals hatte die Polizei während der Hausbesetzerbewegung nach einer Demonstration, in deren Verlauf drei Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren, das KOMM umstellt und 141 Personen festgenommen. Später stellte sich heraus, daß die Eskalation im bayerischen Innenministerium geplant und durch Polizeiprovokateure initiiert worden war.

Einen Vorgeschmack auf das Vorgehen während des WWG lieferte die Nürnberger Polizei am Wochenende. In einer Großaktion überprüfte sie 53 mutmaßliche Parolensprüher, durchsuchte eine Wohnung und mehrere Fahrzeuge. Der Grund: mehrere an Hauswände und Telefonzellen gesprühte Parolen wie „Den WWG angreifen".

Internationaler Kongreß gegen WWG

Die MEHRHEIT der Bevölkerung der Erde ist konfrontiert mit den Auswirkungen und Entwicklungen der bisherigen und derzeitigen Weltordnung, d.h. mit der alltäglichen Realität von Unterdrückung, Ausbeutung, Hunger, Elend, Krieg und Folter. Im Jahr 1992 liegen mit dem 500. Jahrestag der Eroberung und Kolonisierung von Amerika; dem EG-Binnenmarkt; der UN-Konferenz über 'Umwelt und Entwicklung' in Brasilien; dem Treffen der sieben reichsten Industrienationen (G7- bzw. Weltwirtschaftsgipfel) in München, zentrale Ereignisse vor uns, die Anlass sind, uns intensiv mit den gegebenen Weltordnungsstrukturen auseinanderszusetzen. Möglichkeit zu dieser Auseinandersetzung soll der Internationale Kongreß gegen den 'Weltwirtschaftsgipfel' bieten.
Die Verhältnisse in der sogenannten Dritten Welt, d.h. im Trikont, Ozeanien und anderen Regionen, wo der überwiegende Teil der Menschen (über)lebt, werden eh zentraler Punkt der Diskussion sein. Neu hinzu kommt, daß die ehemaligen 'Ostblockstaaten' und die ehemalige Sowjetunion mit kapitalistischen, profit- und marktorientierten Mechanismen und Methoden überzogen werden. In diesem Prozeß spielt die vergrößerte BRD eine Führungsrolle und bekräftigt ihren Großmachtanspruch. Wir kennen die Ergebnisse dieser Entwicklung: Hunger, Elend, Naturzerstörung; Ausbeutung, Folter, Krieg, Unterdrückung usw. Es sind dies Zustände, die alles Lebenswerte und die Lebensgrundlage selbst zerstören und vernichten.

Macht, Rechte, Privilegien und Reichtum sind weltweit nach rassistischen Kriterien verteilt. Fliehen Menschen vor diesen Zuständen in die hochindustrialisierten Staaten und schaffen sie den Sprung über die Mauern, die gegen sie errichtet werden, dann wendet sich dort wieder der Rassismus gegen sie.
Während die Vertreter der HERRschenden Weltordnung, die sich zum 'Weltwirtschaftsgipfel' treffen, diese Ordnung absichern wollen und 'das Ende der Geschichte' ausrufen, meinen wir: Diese Zustände können und werden nicht das Schlußwort einer weltweiten gesellschaftlichen Entwicklung sein. Darum ist es ein Ziel des Gegenkongresses – neben der Bestandsaufnahme der derzeitigen weltweiten Situation – sich mit alternativen Strukturen und Perspektiven des Widerstands zu beschäftigen. In der Diskussion mit Basis-, Befreiungs- und Volksbewegungen aus der Peripherie, die Erfahrungen mit Widerstandsstrukturen machen und gemacht haben, soll an Lösungsansätzen zur Überwindung der HERRschenden Weltordnung gearbeitet werden. In der Auseinandersetzung mit diesen Kräften, und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in Osteuropa und den westlichen Industrieländern, kann ein Lernprozeß in Gang gesetzt werden, der andere Demokratie-, Entwicklungsbegriffe und Gesellschaftsmodelle zeichnen wird.

Zu den wesentlichen Unterdrückungsmechanismen, die diese HERRschende Weltordnung stützen, gehören patriarchale Strukturen. Frauen stehen innerhalb dieser 'Ordnung' – je nach Klasse, Hautfarbe und Nationalität – an unterschiedlichen Orten. Sie sind Produzentinnen, Konsumentinnen und leisten in vielfacher Weise physische und psychische Reproduktionsarbeit. Dabei entstehen Hierarchien zwischen Frauen aus den westlichen Industrienationen, den östlichen Ländern und Frauen aus dem Trikont und Ozeanien, deren Ausbeutung Grundlage vieler Privilegien darstellt. Der Gegenkongreß soll die Möglichkeit bieten, daß wir Frauen unsere Differenzen und Gemeinsamkeiten besser verstehen lernen und daraus feministische Perspektiven entwickeln.

Zum Ablauf des Kongresses:

Eröffnungsplenum mit dem Thema
Neue Weltordnung: Die Rolle der G7, 500 Jahre Kolonialismus, die Situation in Osteuropa und Großmachtrolle der BRD...

Diskussionsforen zu den Themen:
1. 500 Jahre Unterdrückung und Widerstand (nicht nur in Lateinamerika), Verschuldung als Herrschaftsinstrument im Trikont und in Osteuropa.
2. Migration, Rassismus.
3. Ökoimperialismus, Hauptursache der „globalen Ökokrise": das herrschende, kapitalistische Konsum- und Produktionsmodell, Krisenmanagment nach der UNCED.
4. Instrumente der Herrschaftssicherung: Militarisierung, Eingreiftruppen, WEU, NATO, die Rolle Internationaler Institutionen wie KSZE, UNO (reformieren oder abschaffen?).
5. Transnationale Konzerne, EG-Binnenmarkt.
6. Frauenforum.
7. Weltwirtschaft, Binnenmärkte und ihre Sicherungsinstrumente IWF, Weltbank und GATT.
(8. Demokratie und Menschenrechte in der alten neuen Weltordnung.)

Themen die in allen Foren behandelt werden sollen sind: Sexismus, geschlechtspezifische Ausbeutung und Unterdrückung, die Rolle der BRD, systematische Menschenrechtsverletzungen.
Die Diskussion in den Foren gliedert sich in zwei Teile:
1. Analyse der bestehenden Situation
2. Perspektiven, Utopien, Strategien der Befreiung
Abschlußplenum auf dem die Ergebnisse des Kongresses zusammengetragen werden.

Zum Charakter des Kongresses:

1. Der Kongreß soll den offiziellen Gipfel öffentlichkeitswirksam delegitimieren/politisch angreifen.
2. Unterschiedliche analytische Ansätze und die Diskussion sollen die Verantwortung der Regierungen der G7 für die herrschenden Zustände in der Welt herausarbeiten.
3. Der Kongreß wird keinen akademischen Charakter haben. Es werden bevorzugt ReferentInnen eingeladen, die aus ihrer Analyse Widerstand entwickeln bzw. in Befreiungs- und Basisbewegungen arbeiten.
4. Mindestens 50% der ReferentInnen sollen Frauen sein. Der Kongreß soll von vornherein eine antirassistische-, antisexistische Ausrichtung haben.
5. Patriarchale Strukturen und Sexismus müssen in allen Foren angegangen werden. Das kann nicht allein Aufgabe der Frauen oder des Frauenforums sein.
6. Es wird ein gleichberechtigter Dialog zwischen dem Widerstand in Asien, Afrika, Lateinamerika, Ozeanien und Osteuropa und MigrantInnen einerseits und den GegnerInnen der Weltordnung aus den Metropolen anderseits angestrebt. Wo möglich sollen deshalb MigrantInnen und die Bewegungen aus dem Trikont schon an der Vorbereitung mitarbeiten. Das Ziel soll auch sein, den Dialog zwischen verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen innerhalb der BRD zu fördern.
7. Die jeweilige Rolle des Gastgeberlandes BRD ist Thema in den einzelnen Foren.
8. Auch die Rolle der EG ist Thema in den Foren.
10. Der Kongreß darf nicht in Konkurrenz zur Demo stehen (d.H. entsprechende Abstimmung des Zeitrahmens).
11. Alternativen, Strategien und Widerstandsformen zur Überwindung der alten „Neuen Weltordnung" soll breiten Raum gegeben werden.

Weltwirtschaftsgipfel: Weltregierung oder

Vom 6. bis 8. Juli treffen sich in München die Regierungschefs der sieben mächtigsten imperialistischen Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG). Seit Mitte der 70er Jahre hat sich diese Institution neben IWF, Weltbank und GATT zu einem zentralen Gremium imperialistischer Politik entwickelt. Der folgende Artikel beleuchtet die Geschichte des WWG, seine heutige Funktion und die Situation des Widerstands konkret gegen den Münchener Gipfel.

DAS ENDE DER DOLLARHEGEMONIE UND DIE EINRICHTUNG DES WWG

Dank des Krieges befand sich die US-Wirtschaft 1945 im Boom; für die Nachkriegsperiode waren überseeische Märkte für Kapital- und Warenexport unabdingbar. Mit der Atlantikcharta von 1941 sicherten sich die USA den Zugang zu den Märkten der britischen Kolonien. Eine neue Weltwirtschaftsordnung mit weitgehend freiem Verkehr für Waren und Kapital wurde in der Konferenz von Bretton Woods 1944 und dem GATT-Abkommen General Agreement on Tarifs and Trade von 1948 institutionell verankert. Nationalstaatlicher Protektionismus und Wechselkursschwankungen, insbesondere durch einseitige Währungsabwertung um Exportchancen zu verbessern, sollten künftig vermieden werden. In Bretton Woods wurde deshalb ein festes Wechselkurssystem mit dem Dollar als Leitwährung (Gold-Dollar-Konvertibiltät) vereinbart.
Der IWF hatte in diesem System die Funktion, Zahlungsbilanzdefizite durch Kredite auszugleichen, damit das System der festen Wechselkurse zu stabilisieren und einem neuen Bankenkrach vorzubeugen. Oder, wie es in Artikel 1 der Ziele des IWF heißt, „die Stabilität der Währung zu fördern, ...Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen zu vermeiden" und „bei der Errichtung eines multilateralen Zahlungssystems für die laufenden Geschäfte zwischen den Mitgliedern und bei der Beseitigung von Devisenbeschränkungen, die das Wachsen des Welthandels hemmen, mitzuwirken."
Im GATT-Abkommen wurde festgelegt, daß alle beteiligten Staaten sich wechselseitig Zollvergünstigungen einräumen. Mengenmäßige Beschränkung von Importen sollte danach nur ausnahmsweise erlaubt sein. Solche Ausnahmen gab und gibt es ständig für die USA, Japan und die EG-Staaten, bei Stahl, Autos, Elektronik oder im Agrarbereich. Politisch und ökonomisch schwächere Staaten hingegen wurde untersagt, mithilfe von Schutzzöllen, die eigene Wirtschaft zu fördern.
Im Laufe der 60er Jahre ging der US-Anteil am Welthandel zurück, Japan und die BRD holten auf. Neben der Leitwährung Dollar entwickelten sich Yen und DM zu Reservewährungen. Der festgelegte, hohe Dollarkurs, sowie die Finanzierung der Rüstung (Vietnamkrieg) durch immer höhere Steuern, verschlechterten die Chancen für US-Exporte. 1971 verzeichneten die USA erstmals ein Defizit in der Handelsbilanz (vgl. Rode Reinhard, Weltwirtschaftsgipfel 1985 und US-Handelspolitik, 1985, S.11, S.14 f). Die EG überholte die USA im Welthandel und das europäische Bruttosozialprodukt näherte sich dem US-amerikanischen. US-Präsident Nixon verkündete noch im gleichen Jahr das Ende der Goldkonvertibilität des Dollar. Im März 1973 hob die US-Administration auch das System der festen Wechselkurse auf. Dollarabwertungen um die US-Exportchancen zu verbessern waren dadurch möglich, das System von Bretton Woods am Ende.
Anfang der 70er Jahre kam es zu einer Rezession. In den OECD-Staaten (=Zusammenschluß von 24 imperialistischen Staaten) lag die Inflation bei durchschnittlich 13,5 Prozent, 15 Millionen Menschen waren offiziell arbeitslos. Zwischen Oktober 1973 und Januar 1974 stieg der Preis für ein Barrel Öl von 3 auf 12 Dollar an.
Eine nationalstaatliche Wirtschaftspolitik war in dieser Situation, angesichts der Weltmarktverflechtung und der Internationalisierung des Kapitals, für alle imperialistischen Staaten zu riskant. Gesucht war also nach dem Ende der ökonomischen US-Hegemonie ein neuer Modus internationaler Steuerung.
Seit 1971 gab es regelmäßig Treffen der Finanzminister Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der BRD. Ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten imperialistischen Staaten zur Diskussion währungspolitischer Fragen wurde schließlich von dem französischen Präsident Giscard d'Estaing, unterstützt von Bundeskanzler Schmidt, vorgeschlagen. Ein solcher WWG sollte lediglich dem Gedankenaustausch über strategische Aspekte dienen und für formelle Abmachungen die Grundlage liefern. Alternativ zu Giscards Konzept entwickelte der US-Think Tank Atlantic Council eine verbindlichere Struktur: Die G-5 Staaten (USA, GB, BRD, F, Japan), plus Vertretern Australiens, Saudi-Arabiens, sowie von IWF, Weltbank und OECD als weltwirtschaftliches Steuerungsgremium, welches den nationalen und internationalen Wirtschaftsbürokratien bindende Direktiven erteilt (vgl de Menil George, Weltwirtschaftsgipfel , Bonn, 1983, S.87 f., S.90 f.). Giscards unverbindlichere Variante setzte sich durch. Die auf dem WWG's erzielten Gemeinsamkeiten werden in Abschlußkommuniques festgehalten. Diese sind nicht rechtsverbindlich, sondern lediglich Absichtserklärungen. Daß der WWG eine Art Fortsetzung des Bretton-Woods-Systems ist, aber unter den Bedingungen eines veränderten Kräfteverhältnisses zwischen USA, Japan und EG, geht aus einer Äußerung des Mitinitiators Schmidt hervor: „Der WWG als Instrument ... zur Eindämmung des sich schon damals – 1973 – abzeichnenden Wirtschaftsnationalismus". Die führenden imperialistischen Staaten sollten miteinander kooperieren statt, wie in den 30er Jahren den Welthandel durch protektionistische Maßnahmen zu behindern (vgl. Schmidt, nach de Menil, S.IV).

GIPFELRÜCKBLICK 1975 – 1990: VON RAMBOUILLET BIS LONDON

Die Teilnahme am ersten Gipfel war umstritten. Die Initiatoren dachten an den kleinen Kreis der G-5-Staaten (GB, F, BRD, USA, Japan), die sich bereits auf der Ebene der Finanzminister regelmäßig trafen. Die G-5 Gruppe umfaßt die Länder, welche ständige Mitglieder im IWF-Direktorium stellen und zusammen 45 Prozent der IWF-Quoten vereinen. G-5, inzwischen inklusive Italiens, ist eine „Art Steuerungsausschuß für den IWF" (zit. Putnam Robert, Bayne Nicholas, WWG im Wandel, Bonn, 1985, S.234), also direkt verantwortlich für die rigorose Politik des IWF gegenüber Trikont und Osteuropa.
Italien gelangte in den Teilnehmerkreis des 1. WWG mit Verweis auf seinen damaligen Vorsitz im EG-Ministerrat. Zum 2. Gipfel nach Puerto Rico lud US-Präsident Ford den kanadischen Premier Trudeau eigenmächtig ein. Die Siebener-Runde war damit komplett, hinzu kommt jeweils ein Vertreter der EG. Weitere Interessenten (Niederlande, Australien, Belgien) blieben außen vor. Die Währungspolitik stand auf dem 1.Gipfel in Rambouillet im Mittelpunkt. Die USA befürworteten freie Wechselkurse, die französische Delegation forderte die Rückkehr zu festen Kursen. In der Abschlußerklärung ist unverbindlich von Währungsstabilität die Rede. Gegenüber der OPEC agierten die Sieben gemeinsam:
Verringerung der Ölimporte und weiterer Ausbau der Atomenergie mit dem strategischen Ziel, die Macht der OPEC (zu) brechen (vgl. Putnam, Bayne, S.42). Diese Haltung diente zugleich als Exempel gegen alle Forderungen nach stabilen Rohstoffpreisen, besonders auch gegenüber der von Algerien verlangten „Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung": feste Preise für Waren und Rohstoffe, Ressourcentransfer von den reichen in die armen Länder, Recht auf Enteignung ausländischer Investoren ohne Entschädigung, mehr Mitsprache bei IWF und Weltbank (vgl. Putnam, Bayne, S.43).
Auch bei den folgenden Gipfeln standen Weltwirtschaftsfragen obenan: Handelsfreiheit versus Beschränkungen, Inflation, Wechselkurse, Ölpreise, Kontroversen über japanische Exportoffensiven, die Verschuldung der Trikont-Staaten in den 80er

Jahren – wobei die WWG's jeweils die IWF-Politik bekräftigten und insbesondere mehr Mitspracherechte für dritte Staaten in den diversen Gremien des IWF ablehnten (vgl. de Menil, S.24).
Im engeren Sinn politische Themen gewannen immer mehr an Gewicht: Forderung nach Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan (Venedig, 1980), Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses (Ottawa, 1981). Schon in Rambouillet hatten die übrigen Staaten das Defizit der italienischen Staatsbetriebe und die „zu hohen", am Lebenhaltungsindex gekoppelten Löhne kritisiert. Wegen des angeblich wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei vereinbarten die Regierungschefs von F., GB., der BRD und den USA auf einem geheimen Seperattreffen während des WWG's 1976, Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI keinen Währungsbeistand zu leisten (vgl. Der Spiegel, Nr.31/1976, Putnam, Bayne, S.45 f., Hellmann Rainer, WWG wozu?, Baden-Baden, 1982, S.46).
Zum Streit zwischen den USA, sowie der BRD und Frankreich führten die deutsch-französischen Atomgeschäfte, insbesondere die Lieferung von Brütertechnologie nach Pakistan und Brasilien. Die Carter-Administration konnte sich jedoch nicht durchsetzen, weder gegen die Atomexporte noch gegen die Inbetriebnahme einer WAA in Japan. beides potentielle Elemente einer Atombewaffnung. Vereinbart wurde lediglich eine Studie über die Atomwaffenverbreitung (vgl. de Menil, S. 30, Putnam. Bayne, S.87 ff., Der Spiegel, Nr.20/1977).
Ebenfalls vergeblich versuchte Präsident Reagan, Beschränkungen für den Ost-Westhandel (Erdgas-Röhrengeschäft) durchzusetzen (Ottawa, 1981). Erst auf dem

Clearingstelle imperialistischer Politik

WWG in Versailles 1982 gestand die BRD wenigstens eine Erweiterung der Embargoliste COCOM zu (vgl. Der Spiegel, Nr.31/1981, Nr.30/1982, Nr.21/1983).
Stoff für dauernde Gipfelkonflikte zwischen Japan, USA und EG liefern die Subventionen, Handelsbeschränkungen und Exporte im Agrarbereich, bei Stahl und anderen Gütern.
Heftig kritisiert von der imperialistischen Konkurrenz wurde in den 80er Jahren die Hochzinspolitik und das Haushaltsdefizit der USA. Mit ausländischem Kapital und Verschuldung finanzierten die „Reagonomics" Wachstum und Rüstung. Das sorgte weltweit für hohe Zinsen und trieb die Trikont-Staaten noch tiefer in die Verschuldung (vgl. Putnam, Bayne, S.227 ff., Der Spiegel, Nr.30/1982, Nr.21/1983).
In Bonn 1985 ergab sich eine neuartige Konstellation: Reagan und Kohl befürworteten gemeinsam das SDI-Projekt, während Mitterand für ein eigenständiges europäisches Technologie- und Militärprojekt plädierte.
Genutzt werden WWG auch zu publicityträchtigen Aktionen: Mit dem Besuch von Reagan und Kohl auf dem SS-Friedhof Bitburg 1985 kam die Entsorgung nazistischer Verbrechen einen großen Schritt voran (vgl. Der Spiegel, Nr.19/1985, Nr.20/1985).
Kohl brachte 1989 in Paris das Thema Regenwald ein, verbunden mit dem ökoimperialistischen „Schulden-gegen-Naturschutz"-Konzept (dept for nature swaps). Der im Gefolge des Golfkrieges verbreiteten Empörung über Waffenexporte trugen die größten Waffenexporteure in London 1991 Rechnung, indem sie ein Exportregister bei der UNO und „verbindliche" Exportrichtlinien forderten.

DER WWG: ZWISCHEN KONKURRENZ UND KOOPERATION

Angesichts der ökonomischen Verflechtungen ist ein Mindestmaß an Kooperation zwischen den imperialistischen Führungsstaaten unumgänglich. Maßnahmen einzelner Staaten in der Währungs-, Zins- oder Haushaltspolitik können sich auf alle negativ auswirken bzw. kann jeder dieser Staaten auf eine ungünstige Aktion eines Konkurrenten mit einem Gegenschlag antworten. Konzerne wie Mitsubishi, Exxon oder Siemens operieren zwar transnational, aber gestützt auf die Ressourcen und die politisch-militärische Macht ihres Heimatstaates. Einerseits also Konkurrenz zwischen den Konzernen und den Staaten, anderseits Kooperation auf der ökonomischen („strategische Allianzen" in bestimmten Bereichen bspw. zwischen Mitsubishi und Daimler Benz) und der politischen Ebene. Als illusorisch hat sich die Hoffnung erwiesen, daß die „unsichtbare Hand" des Marktes wirtschaftliche Diskrepanzen etwa im Währungsbereich ausgleichen könnte. Ausschlaggebend ist die Politik der Zentralbanken der Führungsstaaten (vgl. de Menil, S.7).
Die WWG drücken eine veränderte innerimperialistische Hackordnung aus. Vornehmer ausgedrückt: Sie sind „bescheidene Elemente einer Globalsteuerung", ein neues „westliches Konsultationssystem, das die abnehmende Bedeutung der USA in der westlichen Wirtschaft und den Aufstieg Europas, Japans wie auch der EG als Gruppierung angemessen verarbeiten konnte", heißt es in einer Studie des Royal Institute of International Affairs, London, und des Center for International Affairs, Harvard (vgl. Putnam, Bayne, S.7).

Nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes Sowjetunion werden die gegensätzlichen Interessen der imperialistischen Staaten stärker aufeinanderprallen. Ob in dieser veränderten Situation Gremien wie der WWG eine ausgleichende Funktion behalten, sich wandeln oder gar auseinanderfallen, bleibt abzuwarten. Wie wird sich der deutsche Aufstieg zur Großmacht auf die Institution WWG auswirken?

LONDON 1991 UND MÜNCHEN 1992: KAMPF UM EUROPA

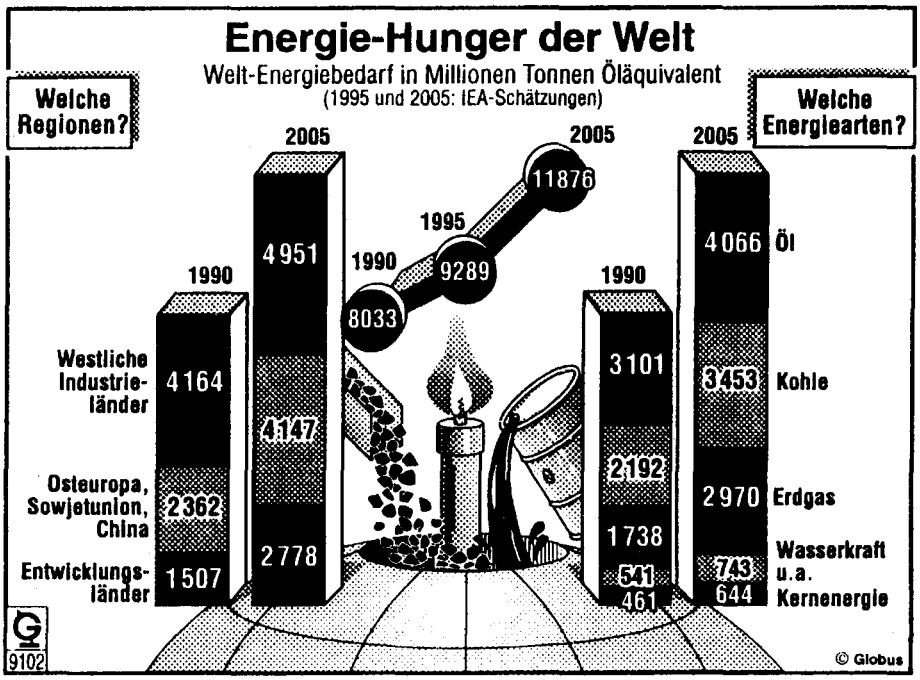
Auf dem Londoner Gipfel wurde erstmals über die neue Weltordnung nach dem Zerfall des Warschauer Paktes debattiert. Bei der Handelspolitik die Gegensätze und die „leeren Gipfelschwüre" (Kommentar der Süddeutschen Zeitung), künftig Handelsschranken und staatliche Subventionen abzubauen. Zwecks „Diversifizierung der Energiequellen und zur Reduzierung der Treibhausgasemmisionen" propagierten die Sieben erneut den Ausbau der Atomkraft. Eine zentrale Rolle soll künftig die UNO spielen, „im Kampf gegen Katastrophen in der Dritten Welt..., seien es nun Hunger-, Natur- oder politische Katastrophen" (Süddeutsche Zeitung, 10.7.91). Die UNO also als Legitimationsinstrument für künftige „Blau-" und „Grünhelm"-Interventionen gegen die Völker im Trikont und Osteuropa.

Konsens in London selbstverständlich, daß die Annahme von IWF-Auflagen Voraussetzung für Kredite und die Aufnahme der Sowjetunion in den IWF ist. Die Auslandsschulden der GUS und ihre weitere Integration in den kapitalistischen Weltmarkt werden zentrales Thema des Münchner Gipfels sein. Die GUS-Staaten sollen zusammen eine IWF-Quote (=Stimmrecht und Kredite) von 4,25 Prozent erhalten, werden also völlig einflußlos sein. Im vorauseilenden Gehorsam erfüllt die russische Regierung schon jetzt die künftigen IWF-Auflagen: Die Preise für fast alle Waren und Dienstleistungen werden freigegeben und damit steigt die Verelendung (vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.2.92).

Bei der Aufteilung Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion werden sich die imperialistischen Staaten ins Gehege kommen. Wegen Jugoslawien kam es bereits in London zum Streit. Die französische Regierung stellte sich gegen die deutsch-österreichischen Pläne zur Aufteilung Jugoslawiens. Kommentar Genscher: „Der Kampf um Europa hat begonnen" (Der Spiegel, Nr.30/1991).

DER „BESSERE" WWG

Seit Sommer letzten Jahres existiert bundesweit das sogenannte „Clearinghouse". Ihm gehören der BUKO, Deutscher Naturschutzring (DNR), Bund Naturschutz, Grüne, DGB, BDKJ, ESG, Münchner Friedensbündnis, ÖDP, Weed (World Economy, Ecology & Development Ass.) u.a. an. Das Clearinghaus versteht sich als „offener Gesprächszusammenhang" zu WWG, 500-Jahr-Feier und UNO-Umweltkonferenz. Schwerpunkt, v.a. von WEED, ist der „Gegengipfel" TOES (= The Other Economic Summit, findet seit 1984 parallel zum WWG statt). Die Konzeptvorschläge zu diesem Gegengipfel laufen darauf hinaus, den WWG zu „delegitimieren", als undemokratisch und den „globalen Herausforderungen nicht gerecht" werdend. Der WWG müsse daher „mittelfristig ersetzt werden durch einen repräsentativen Weltwirtschaftsrat im Rahmen des UN-Systems". Aufgabe von TOES sei deshalb, „Ansätze einer anderen Politik zu suchen und zu erproben und dem G-7 Treffen zu helfen, in einer demokratischen, an ökologischen und sozialen Kriterien orientierten Struktur aufzugehen." (Alle Zitate aus: WEED-Papier, 6.11.91, TOES-Konzept-Vorschlag, 14.12.91, WEED-Aufruf, 31.1.92)



Die Haltung des TOES-Spektrums gegenüber dem offiziellen WWG reduziert sich also auf ein christliches „Vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun". Am Anfang von Clearinghaus stand ein Diskussionsforum mit dem Titel „Umwelt und Entwicklung". Debattiert wurde dabei der Begriff „sustainable development" (=nachhaltige Entwicklung). Dieser basiert auf der Überlegung, daß die zunehmende Umweltzerstörung das kapitalistische Wachstum gefährdet und zum zweiten wird „Armut" als „Hauptursache der globalen Umweltprobleme" unterstellt. Ziel ist deshalb die Optimierung des Ressourcenverbrauches, etwa nach dem Schema, wieviel CO_2-Emmisionen gehen gerade noch? Auf dem Forum wurde „sustainable development" wegen dieser Wachstumslogik kritisiert, andererseits jedoch Wachstum „bis zu einem Mindestniveau für die 3. Welt" empfohlen. Eine „Verbindung von Schuldenstreichung und Umweltschutzmaßnahmen (dept for nature swaps) sollte im Einzelfall überprüft werden". Auf der Ebene konkreter Maßnahmen bewegte sich die Diskussion damit im Schlepptau der „sustainable development"

- **Die Verknüpfung von Schuldenstreichung und Umweltschutz unterstellt, daß die Staaten des Trikont (die „Armut") für ökologische Zerstörungen verantwortlich sind**
- **Das gönnerhafte Zugestehen von „Wachstum" unterstellt, dies sei die Lösung.**

Daß Organistationen wie die ÖDP, die „Bevölkerungsexplosionen" für alle sozialen und ökologischen Probleme verantwortlich macht, bei Clearinghaus mitarbeitet oder der grüne Ex-Europaabgeordnete und Marktwirtschafts-Propagandist von Nostitz das Münchner WEED-Büro leitet, passt ins Bild.

MOBILISIERUNG GEGEN DEN WWG

Konflikte um klare antikapitalistische Orientierung oder Reformvorschläge gibt es auch in anderen Zusammenhängen: Im Münchner Bündnis bedurfte es einer längeren Diskussion, um die ÖDP rauszuwerfen. Vertreter von Grünen, VSP und Friedensbündnis sahen „Offenheit" und „Pluralität" gefährdet. Auf Ablehnung nicht nur der Grünen stößt immer wieder die Forderung nach „Offenen Grenzen" für Flüchtlinge und MigrantInnen. Weit verbreitet ist inzwischen das Bild von der Flut aus den Armutsregionen, die die christlich-abendländische Zivilgesellschaft zu verschlingen droht. Selbst innerhalb der Linken wird die Funktion von Grenzen thematisiert, oder aus „bündnistaktischen" Überlegungen die Position „Offene Grenzen" fallengelassen.

Auch die Gegenseite ist seit Monaten aktiv. Bei der Münchner Polizei gibt es eine Sondereinsatztruppe, Veranstaltungen zum Thema finden meist in Anwesenheit von Uniformierten statt. Die bayerische Regierung bemüht sich um eine Kriminalisierung des Widerstandes, wobei das Nürnberger KOMM besonders ins Visier genommen wird, als angebliche „Brutstätte der Gewalt". Trotz alledem laufen die Vorbereitungen und die Mobilisierung gegen den WWG, getragen vom Münchner Anti-WWG BÜndnis, der bundesweiten Aktionskonferenz und zahllosen lokalen Gruppen. Vom 3. bis zum 5. Juli findet der Gegengipfel statt, vom 6. bis zum 8. Juli sind Aktionstage und am 4. Juli ist die Gegendemonstration.

P.B., Ökologische Linke München

One World und Nationalismus

Warum der totale Weltmarkt die ethnische Barbarei nicht verhindern kann / Von Robert Kurz

Das gegenwärtige Bild der Welt wird unbezweifelbar von zwei gleichermaßen realen Erscheinungen bestimmt, die sich dennoch logisch gegenseitig auszuschließen scheinen. Auf der einen Seite hat das moderne Marktsystem seinen „Sinn" erfüllt und einen gesellschaftlichen Zusammenhang hergestellt, dessen Netz lükkenlos die gesamte Erde umspannt. Andererseits jedoch scheint die *One World* sich gleichzeitig selbst zu dementieren, weil ausgerechnet im Augenblick ihres Hervortretens eine nie dagewesene Flut von Nationalismus, Separatismus und Bürgerkriegen den Globus überschwemmt. In deutschen Wohnzimmern, afrikanischen Slums und sogar bei den Indios der Regenwälder dudeln dieselben japanischen Radiorecorder dieselbe internationalisierte Popmusik; und die Satellitenfotos zeigen die Einheit der Menschenwelt erstmals aus jener lange erträumten „göttlichen" Perspektive, die den Erdball als ein unmittelbares Ganzes zu erfassen vermag. Soll trotzdem an der Schwelle des 21. das 19. Jahrundert zurückkehren, das Zeitalter einer „Nationalisierung der Massen" (George L. Mosse)?

Etwas kann nicht stimmen mit den geschichtlichen Wiedergängern, die aus ihren Gräbern zu klettern scheinen. Das bürgerliche Zeitalter, das die sogenannte Nation im eigentlichen Sinne hervorgebracht hat, ist seinem Wesen nach immer ein ökonomistisches gewesen; und nur aus dem Prozeß der marktwirtschaftlichen Vergesellschaftung läßt sich das Rätsel vielleicht erklären. Das warenproduzierende System, das aus dem Körper der Feudalgesellschaft hervorwuchs und diesen Körper schließlich zerstörte, war keimhaft von Anfang an ein *Weltsystem*. Die allem Inhalt gegenüber gleichgültige Verwertungslogik des Geldes kennt keine begrenzte Loyalität.

Aber allzu dünn waren in seiner Herausbildungsgeschichte die Fäden des Weltmarkts gesponnen, als daß er zum unmittelbaren Funktionsraum der entstehenden Marktwirtschaft hätte werden können. So war es jenes aus vielen disparaten Momenten (Sprache, Geographie, Kultur- und Rechtstraditionen, Verkehrsverbindungen) gewirkte mysteriöse Gebilde der Nation, das zunächst den bornierten feudalen Kirchturmshorizont aufsprengte und als erster sozialhistorischer Raum marktwirtschaftlicher Systeme eine neue, entpersönlichte Form der Loyalität stiftete.

Die Fahnenweihe der Nation stand aber im Gegensatz zur aufklärerischen *Weltvernunft*, die schon im 18. Jahrhundert den emphatischen Begriff des *Weltbürgertums* hervorgebracht hatte und damit früh dem geheimen Sinn der grenzenlosen Warenlogik Rechnung trug. Kant und Fichte versuchten deshalb, die partikulare Form der Nation selber noch aus universalen Vernunftprinzipien abzuleiten, um den aufscheinenden Widerspruch zu versöhnen. Als „Vernunftstaat" sollte der Nationalstaat zwar ein in sich „geschloßner Handelsstaat" (Fichte) bleiben, gleichzeitig aber im Vollzug universaler Prinzipien zum „ewigen Frieden" (Kant) führen. Die blinde Logik der Konkurrenz, wie sie den warenproduzierenden Systemen inhärent ist, ermöglichte jedoch das weitere Fortschreiten der universellen Warenform für lange Zeit nur in Gestalt eines blutigen Kampfes der entstandenen Nationen um die weltregionale oder globale Vorherrschaft. Dieser Kampf bestimmte das gesamte 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der eigentliche Weltmarktbezug blieb in dieser Epoche eine nachgeordnete Sekundärsphäre der *Nationalökonomien*, überlagert von den politischen und militärischen Formen ihrer gegenseitigen Selbstbehauptung.

Schon seit den Befreiungskriegen gegen Napoleon war auf die nationale Selbstlegitimation jener schwarze Schatten des Irrationalismus gefallen, den die niemals auf den ganzen Menschen bezogene abstrakte Aufklärungsvernunft werfen mußte. Je weiter die jungen Nationen und aufstrebenden Nationalbewegungen sich anachronistisch in die Vergangenheit zurückprojizierten und geschichtsverzerrende Traditionen für sich zu reklamieren begannen, je weniger sie sich als historisches Phänomen begreifen mochten, desto mehr ideologisierten sie sich zu quasi anthropologischen Konstanten. Die nationale Formation wurde nicht mehr aus universalen Vernunftprinzipien, sondern zunehmend „völkisch", rassistisch und biologistisch begründet. Komplementär dazu gab der Sozialdarwinismus dem Konkurrenzprinzip der warenproduzierenden Systeme eine vermeintliche Naturgrundlage. So entstanden jene mörderischen Legitimationsideologien des imperialistischen Zeitalters, das in den beiden Weltkriegen und im faschistischen Holocaust sein katastrophisches Ende fand. Die aus ihren Nähten platzenden Nationalökonomien versuchten, sich im Kampf um Einflußsphären und Weltherrschaft irrational zu „nationalen Weltökonomien" (national kontrollierten Großwirtschaftsräumen) aufzublasen, ein Widerspruch in sich.

Erst die *Pax Americana* der Nachkriegsgeschichte hat, so paradox dies zumal für den linken „Antiimperialismus" klingen mag, das imperialistische Zeitalter überwunden. Die USA standen zwar für die universellen westlichen Vernunftprinzipien, die längst auf ihren banalen marktwirtschaftlichen Kern des „Geldmachens" heruntertransformiert waren, auch nur hinsichtlich ihrer eigenen Macht und Herrlichkeit, die am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Fort Knox verführerisch glänzte (1945 lagerten dort ca. 80 Prozent der globalen Goldvorräte). Aber die „Amerikanisierung der Welt" war eben kein Imperialismus alten Stils mehr. Nicht territoriale Annexionen setzte der gummikauende Weltpolizist durch, sondern die Einhaltung der marktwirtschaftlichen, konkurrenzökonomischen Spielregeln seines paradigmatischen Warensystems, das nicht mehr die europäischen Schlacken des 19. Jahrhunderts mit sich schleppte.

Die Kantsche Weltvernunft mochte in ihrer Yankee-Gestalt ein wenig vulgär aussehen, aber erst in dieser Gestalt konnte sie real auf die Erde herabsteigen. Unter dem Dach der globalen Amerikanisierung entfaltete sich trotz aller Friktionen des Kalten Krieges der beispiellose fordistische Boom mit seinen Wirtschaftswundern. Die freigesetzte ökonomische, nicht mehr dem altimperialistischen „Primat der Politik" folgende Weltkonkurrenz trieb in Form der Mikroelektronik, der Computerisierung und Automatisierung ungeahnte neue Produktivkräfte hervor. Auf dieser technischwissenschaftlichen Basis entstanden gänzlich neue, unmittelbar globalisierte Märkte, die allmählich sogar die politische Hülle der *Pax Americana* verblassen ließen. Die Produktionsprozesse wurden so weitgehend zerlegbar, daß sich erstmals in vielen Branchen die Güterherstellung selbst internationalisierte. Gleichzeitig verbilligten sich Kommunikation und Transport derart, daß auch mittlere und kleinere Unternehmen in diese Internationalisierung hineingezogen wurden. Über die multinationalen Konzerne („Multis") der 70er Jahre hinaus ist so der Weltmarkt zum *unmittelbaren Funktionsraum* der Wirtschaftssubjekte geworden. Das warenproduzierende Gesamtsystem beginnt die altgewordenen Nationalökonomien aufzulösen.

Dieser Prozeß der marktwirtschaftlichen Internationalisierung läßt auch die traditionelle Kapitalismuskritik alt aussehen. Der „proletarische Internationalismus" seligen Andenkens war ja nicht weniger abstrakt als die aufklärerische bürgerliche Weltvernunft und eigentlich deren legitimer Abkömmling. Real aber ging die marxistische Arbeiterbewegung denselben Weg der Nationalisierung wie die vermeintlich bekämpfte bürgerliche Gesellschaft. Zuerst entpuppte die westliche Sozialdemokratie in den Modernisierungs-Schüben der Jahrhundertwende ih-

ren nationalen Charakter, der ihr heute besonders in Deutschland jenen unnachahmlichen Museumsgeruch wilhelminischer Respektabilität verleiht. Dann kreierte die nachholende Modernisierung des Ostens den stalinistischen „Sowjetpatriotismus", der sich hinter dem Eisernen Vorhang einigelte. Schließlich brachte die antikoloniale Bewegung des Südens jenen *Befreiungsnationalismus* hervor, unter dessen oberflächlicher Romantik sich auch die rebellische Jugend des Westens zeitweilig versteckte, statt ihre eigene Vergesellschaftungsstufe zu reflektieren.

Gegenüber diesen Verfallsgestalten der Modernisierung, die offenbar im nationalen Paradigma des 19. Jahrhunderts hängengeblieben sind, scheint der Triumph kapitalistischer, marktwirtschaftlicher Internationalisierung und Globalisierung heute vollständig zu sein. Aber dieser Triumph hinterläßt einen schalen Geschmack. Die nationalbornierten Autarkiestaaten und Befreiungsnationalismen des Ostens und Südens entsprangen ja keineswegs schlichtweg reaktionär gewordenen Ideologien, sondern rührten schon immer aus dem Konkurrenzdruck des Weltmarkts selber her. Hatte sich die primäre westliche Nationalisierung des 19. Jahrhunderts noch vorwiegend gegen die feudalistischen Strukturen gerichtet, so war die sekundäre östliche und südliche Nationalisierung des 20. Jahrhunderts das Produkt einer bereits nationalstaatlich modernisierten Welt und richtete sich gegen die Vorherrschaft der westlichen Nationen.

Bis zur Jahrhundertmitte und teilweise darüber hinaus konnte dieser Kampf noch in derselben politischen und militärischen Form geführt werden, wie sie auch den innerwestlichen Konflikt um die Vormacht dominierte. Östlicher Sowjetpatriotismus und südlicher Befreiungsnationalismus überlagerten die Binnenkonkurrenz des Westens und schufen neue globale Konfliktlinien, die jenes „Primat der Politik" noch einmal künstlich verlängerten, das doch gleichzeitig schon von der ökonomistischen Globalisierung der Märkte ausgehöhlt wurde. Die Planungs-, Autarkie- und Subventionsstaaten der sekundären (nachholenden) Nationalökonomien merkten nicht, daß sie zunehmend mit den Waffen der Vergangenheit gegen den unsichtbaren Gegner der marktwirtschaftlichen Internationalisierung fochten.

So häßlich und diktatorisch aber die Regimes der Zweiten und Dritten Welt sich dabei auch zeigen mochten, gegen den westlichen Öffnungsdruck behielten sie doch so etwas wie die Würde der Selbstbehauptung, und keineswegs bloß im Interesse der autoritären und versteinerten Eliten. Denn es war absehbar, daß sie auf dem Schlachtfeld der offenen Globalkonkurrenz ökonomisch niedergemetzelt werden mußten, egal mit welcher Legitimationsideologie sie angetreten waren. Was in mehr als dreißig Jahren sämtliche Militärinterventionen des US-Weltpolizisten nicht fertiggebracht hatten, schaffte die mikroelektronische Globalisierung der Märkte in weniger als einem Jahrzehnt: Der Eiserne Vorhang zerbarst unter dem Druck nicht mehr durchhaltbarer Defizite in den Handels- und Kapitalbilanzen der nachholenden Nationalökonomien. Sie wurden entlassen in die Freiheit der Konkurrenz, aber nur zum Tode. Denn mangels Fähigkeit zur Rentabilität fallen sie aus den globalisierten Marktbeziehungen weitgehend heraus.

Die Erfüllung des alten Menschheitstraums findet nur in negativer, katastrophischer Form statt. Der Grund dafür liegt in der extremen Einseitigkeit, mit der sich die *One World* herausgebildet hat. Der schillernde Aufklärungsbegriff des Weltbürgertums unterschlägt nämlich, daß der Bürger marktwirtschaftlicher Systeme eine wesentlich schizophrene Figur ist, insofern er sich stets in doppelter Gestalt darstellt: einerseits als *homo oeconomicus* und andererseits als *homo politicus*. Das Marktsubjekt kann nur überleben, wenn es ein Alter ego als Staatsbürgersubjekt besitzt. Der moderne Staat muß die warenförmigen Wirtschaftssubjekte nicht nur als Rechtspersonen zusammenfassen und garantieren, sondern längst auch aktiv in die Marktprozesse eingreifen, die monetären Flußgrößen regulieren und umverteilen. Im Prinzip stimmt dem auch der Monetarismus eines Milton Friedman zu; und Keynes wollte bekanntlich sogar den Welthandel eindämmen, weil er seine Theorie nur im nationalstaatlichen Rahmen für durchführbar hielt.

Einen Weltstaat kann es tatsächlich nicht geben. Jeder Staat ist seinem Wesen nach eine partikulare Form, die sich nach außen abgrenzen muß. Dies gilt heute mehr denn je, weil die Staaten in ihrer wechselseitigen Abgrenzung auch die sozialen und ökologischen Geschäftskosten des warenproduzierenden Systems zu exportieren suchen. Deshalb hat sich ja auch die westliche Staatenwelt selber keineswegs in eine globale Einheit aufgelöst. Mehr denn je grenzen sich die großen Staatenblöcke (EG, USA, Japan) gegeneinander und gegen die historischen Nachzügler des globalen Südens und Ostens durch Subventionsstrukturen und permanente Handelskonflikte ab. Und nur auf der Ebene der Staatenwelt gibt es soziale Netze, durchgebildete Infrastrukturen und monetäre Abschöpfung bzw. Umverteilung für diese Zwecke (Gesundheitswesen, Justiz, Wissenschaft und Ausbildung usw.).

Was die *One World* also konstituiert, was sich eigentlich internationalisiert und globalisiert hat, das sind einzig und allein die ökonomischen Verkehrsformen von Markt und Geld. Soweit das zivilisatorische Niveau der Moderne jedoch an den Staat gebunden ist, blieb es auf Nationalstaaten bzw. Staatenblöcke beschränkt. Weltbürger ist nur der „Bourgeois" (das reine Markt- oder Wirtschaftssubjekt) geworden, während der „Citoyen" (das Staatsbürger- oder Rechtssubjekt) nationalstaatlich zurückgeblieben ist und sich seinem Wesen nach gar nicht globalisieren kann.

Damit ist eine Zerreißprobe der Moderne herangereift: Die wesenhaft grenzenlose Warenform und der ebenso wesenhaft partikulare Nationalstaat können nicht mehr in Übereinstimmung gehalten werden. Die globalisierte Arbeitsteilung und Kommunikation der Warensysteme unterläuft die staatlich beschränkten Umverteilungs- und Infrastrukturen; das globalisierte Finanz- und Kreditsystem (Eurogeldmärkte) hebelt die Kontrollmechanismen der nationalen Notenbanken aus.

Da aber die sozialen und ökologischen Geschäftskosten des Systems weiterhin nur über die staatliche Partikularität aufgefangen, umverteilt und externalisiert werden, muß der globalisierte marktwirtschaftliche und monetäre Prozeß nationale Verliererkatastrophen erzeugen. Konnten im Binnenprozeß einer Nationalökonomie durch staatliche Regulation Ausgleichsstrukturen geschaffen werden, wie beschränkt und unbefriedigend diese auch sein mochten, so fehlt auf Weltebene eine entsprechende Instanz vollständig. Für die nationalen „Sozialfälle" stehen mehr oder minder entwickelte staatliche Instanzen zur Verfügung; ist aber ein ganzer Nationalstaat im globalisierten Marktprozeß selber zum „Weltsozialfall" geworden, so fällt er ins Bodenlose.

Die internationalen Finanzmärkte leisten hilfreiche Zufuhr von Geldkapital nur zu Marktbedingungen, d. h. ihrem Wesen gemäß nicht als weltsoziale Umverteilungsinstanz, sondern gnadenlos gegen Zins und Zinseszins. Auf diese Weise wurde nur die fortwuchernde und sich immer weiter ausbreitende internationale Schuldenkrise erzeugt. Die Nationalstaaten und Staatenblöcke ihrerseits können monetäre und technische Hilfe ebenfalls nur nach eigenen Interessengesichtspunkten geben. Eine internationale Rechtsinstanz gibt es nicht; der internationale Gerichtshof ist nicht mehr als eine Farce und wird gerade von der US-Superdemokratie „souverän" mißachtet.

Der globalisierte Markt- und Geldkapitalprozeß löst so die alten Nationalökonomien nicht einfach in eine größere Einheit auf, sondern er dreht einer wachsenden Zahl von ihnen die Luft ab. Ist eine Nationalökonomie aber unter die Räder des totalisierten Weltmarkts gekommen, so erlischt auch die innere Regulations- und Umverteilungskompetenz des jeweiligen Staates. Tatsächlich sind heute fast schon alle Staaten, auch die angeblichen Gewinnerstaaten selber, von dieser Krise betroffen, die durch das Auseinanderklaffen von globalisierten Märkten und staatlicher Regulation erzeugt wird. Der Unterschied besteht nur darin, in welchem Grade sich diese Krise jeweils äußert.

In den offenen Zusammenbruchsökonomien des Südens und Ostens haben die Nationalstaaten ihre Regulations- und Umverteilungskompetenz bereits so weit eingebüßt, daß zusammen mit der Weltmarktfähigkeit auch die staatliche Autorität zerfällt. Aus den vom Weltmarkt hinterlassenen Ruinen aber sprießt der Giftpilz eines *tertiären Nationalismus*, der weder mit dem primären europäischen des 19. noch mit dem sekundären Befreiungsnationalismus des 20. Jahrhunderts etwas zu schaffen hat. Vielmehr handelt es sich um eine „Welle ethnischer (oder kleinethnischer) Agitation" (Eric J. Hobsbawm), die nicht mehr aus dem Entstehen, sondern umgekehrt aus dem Zerfall von Nationalökonomien herrührt. Insofern handelt es sich um gar keinen Nationalismus im eigentlichen Sinne. Denn trotz aller „völkischen" und rassistischen Legitimationsideologien beruhten die Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts nirgendwo auf ethnischen Loyalitäten, die sie vielmehr gerade hinter sich ließen. Selbst im ur-paradigmatischen Nationalisierungsprozeß Europas flossen die verschiedensten ethnischen Bestandteile in die Nationenbildung ein. Außerhalb Europas waren die meisten Nationen sowieso synthetische Gebilde mit unterschiedlichsten Traditionssträngen; und häufig waren es offene Mehr- oder Vielvölker-Nationen.

Tertiärer Nationalismus ist also ein völlig gegenläufiger ethnischer Schein-Nationalismus, und er ist ein Produkt der Verzweiflung, von der die Menschen in den Zusammenbruchsökonomien des totalen

Weltmarktes heimgesucht werden. Ökonomistische Globalisierung der *One World* und tertiärer Nationalismus verhalten sich reziprok zueinander. Wo die staatlichen Regulationsstrukturen zerbrechen, wo es nichts mehr umzuverteilen gibt, zerbricht auch die Loyalitätsstruktur. Die Slowenen und Kroaten meinen, daß sie leichter wieder weltmarktfähig oder sogar in die EG aufgenommen werden, wenn sie sich die Armutsregion Serbiens und Mazedoniens vom Hals schaffen. Ähnlich menschenfreundliche Hoffnungen hegen die baltischen Republiken, die sich von der ebenfalls zerfallenden sowjetischen Umverteilungszentrale abkoppeln wollen, und die Aserbaidschaner, die ihr Erdöl lieber auf eigene Rechnung zu Weltmarktpreisen im Westen losschlagen möchten, statt z. B. die Usbeken damit heizen zu lassen. Die Abkoppelung von den Umverteilungsstrukturen erzeugt natürlich umgekehrt in den relativen oder absoluten Armutsregionen böses Blut, die nun ihrerseits von der alten Loyalität nichts mehr wissen wollen und gewaltbereit werden.

Der Bürgerkrieg ist so vorprogrammiert, und er muß in der veränderten Situation auf irgendein Konstrukt zurückgreifen, das ab- und ausgrenzende Gemeinschaftlichkeit stiftet. Mangels anderer Bezugsgrößen ist daher in vielen Weltregionen die Mobilisierung längst überwunden geglaubter ethnischer Loyalitäten neben den religiösen Fundamentalismus im islamischen Raum als aggressive Reaktion auf den Zerfall des Zivilisationsniveaus getreten. Sämtliche wirklichen oder eingebildeten Konflikte und Ungerechtigkeiten seit Moses werden wieder ausgegraben.

Der Westen hat keinen Grund, über diese wüsten Irrationalismen zu spotten. Nicht nur, weil seine Entfesselung des globalen Marktsystems diese erst erzeugt hat, sondern auch deswegen, weil er selbst keineswegs davon verschont bleibt. Auch in Italien will die „Lega Lombarda" den unterentwickelten und verarmten Süden wegsprengen. Das *Mezzogiorno* droht über Italien hinaus ein paradigmatischer Begriff für die neuen Armutszonen in allen Nationalökonomien des Westens selbst zu werden. In Deutschland schwelt der Konflikt zwischen „Ossis" und „Wessis"; in den USA wird über den alten Rassenkonflikt mit den Schwarzen hinaus eine neue Konfliktlinie zwischen Angelsachsen und Latinos sichtbar; in Kanada wächst der frankophone Separatismus. Nicht mehr lange, dann werden sogar die Schweizer übereinander herfallen und sich gegenseitig zu Deutschen, Italienern, Zigeunern oder Außerirdischen erklären.

Der neue tertiäre Nationalismus in den Zusammenbruchsökonomien remobilisiert überall auf der Welt alle nationalen und ethnischen Gegensätze, wie sie in mehr oder weniger starker Ausprägung aus den vergangenen Epochen der Nationalisierung in die *One World* des totalen Marktes hinüberragen. Überall ist das Problem abgeschwächter oder versiegender staatlicher Umverteilungskompetenz die treibende Kraft.

Die ethnische tertiäre Nationalisierung ist freilich ein reines Zerfallsphänomen ohne jede historische Perspektive. Im krassen Gegensatz zu den früheren Nationalbewegungen besitzt sie keinerlei ökonomisches Knochengerüst, auf dem sie stehen und gehen könnte. Auch die nicht gelungenen und weiterschwelenden Prozesse des sekundären Befreiungsnationalismus können nicht mehr sinnvoll zu Ende gebracht werden. Die Palästinenser etwa haben nicht die leiseste Chance, eine eigene weltmarktfähige Nationalökonomie zu bilden. Ein von ihnen durchgesetzter Staat könnte nie mehr als ein Operettenstaat mit fremder Alimentierung werden. Dasselbe gilt (trotz der weitaus stärkeren Legitimation eines eigenen Nationalstaates nach dem Holocaust) letztlich auch für den israelischen Nationalstaat, der noch nicht einmal die Hälfte seines Bruttosozialprodukts selbst zu erwirtschaften imstande ist. Und wenn sogar die Slowenen die Devisendeckung für ihre geplante eigene Währung des „Tolar" nicht schaffen, dann wird dies auch den Kroaten, den Litauern, den Armeniern oder Kurden nicht gelingen, ebensowenig den Sarden oder Basken, ganz zu schweigen von den Tschetschenen oder Gagausen.

Die ethnischen Verzweiflungsloyalitäten sind allesamt haltlos. Sie können den zerbrechenden alten Nationalstaat weder ersetzen noch neue reproduktionsfähige Gesellschaftsgebilde schaffen. Sie konstituieren sich nur im und durch den offenen oder latenten Bürgerkrieg, bis auch dieser sich erschöpft hat. Insofern ist der tertiäre Nationalismus nur eine Verlaufsform des Zusammenbruchs.

Es ist sinnlos, die vom ökonomistischen Charakter der warenförmigen *One World* verursachte ethnische und pseudoreligiöse Barbarei wie bisher durch „debt-management" und zweifelhaft legitimierte Weltpolizei-Aktionen ausschließlich für strategische westliche Interessen aufhalten zu wollen. Wenn die UN als Weltinstanz legitim werden sollen, dann müssen zuallererst die westlichen Staaten und Blöcke selber „Souveränität" an sie abgeben. Und Polizeiaktionen der Blauhelme wären zuallererst gegen die obskuren Großgrundbesitzer-Clans in Lateinamerika, Asien und Arabien nötig, um durch deren Zwangsenteignung und die längst überfälligen Landreformen wenigstens das gröbste Elend zu beseitigen.

Darüber hinaus müßten die so legitimierten UN dazu übergehen, internationalen Ressourcentransfer jenseits des Konkurrenz- und Rentabilitätsprinzips der Warenlogik zu organisieren. Wenn eine Verallgemeinerung des westlichen Industrialisierungsgrades und Produktivitätsstandards den sofortigen ökologischen Kollaps der Erde bedeuten würde, andererseits aber alle Länder, die diesen Standard nicht bringen können, aus jeder lebensfähigen Reproduktion geschleudert werden, dann ist der „Äquivalententausch" warenproduzierender Systeme ad absurdum geführt. Die UN als reale Weltinstanz müßten also dafür sorgen, daß ohne Rücksicht auf die Standards des Warensystems in allen Ländern lebensnotwendige Produktionen erhalten bleiben und im internationalen Verkehr jedes Land nur das zu geben braucht, was es eben billigerweise geben kann. Nicht ein „Weltstaat" wäre so die Konsequenz, der auf Basis der globalen Warenlogik schon eine zweite Erde und eine zweite Menschheit zur Abgrenzung und Externalisierung seiner Geschäftskosten benötigen würde. Auch auf kontinentaler Ebene setzt z. B. die EG als suprastaatliche Bürokratie im Namen derselben Rentabilitätszwänge nur dieselben Zerstörungsprozesse fort. Nötig wäre vielmehr ein weltgesellschaftliches Durchbrechen der Warenlogik selbst.

Dieser Vorschlag ist vielleicht weniger utopisch, als es zunächst scheinen mag. Wenn die Weltmarktstaaten und Staatenblöcke die UN nicht real legitimieren wollen, dann wird ihnen ihre sogenannte Souveränität über kurz oder lang von den verselbständigten Finanzmärkten auf weit schmerzhaftere Weise genommen. Und die grenzüberschreitenden ökologischen Katastrophen zwingen ohnehin zu sowohl „unrentablen" als auch supranationalen Maßnahmen. Den fundamentalistischen Recken in beiden Lagern des israelisch-arabischen Konflikts beispielsweise wird nach einhelliger Expertenmeinung in allernächster Zukunft gemeinsam etwas ziemlich Fundamentales ausgehen, nämlich das Wasser. Und wenn den Bulgaren nicht trotz ihrer Zahlungsunfähigkeit Energie geliefert wird, dann werden sie eben im nächsten Winter ihre defekten Atomkraftwerke wieder einschalten, die dann irgendwann ganz Europa um die Ohren fliegen.

Die UN als reale weltgesellschaftliche Instanz würden allerdings eine grundlegende Änderung in den gesellschaftlichen Loyalitätsbeziehungen voraussetzen. Diese Änderung müßte auch von „unten" kommen und in der Handlungsreichweite der Individuen liegen. Eine gesellschaftliche Bewegung, die den Souveränitätsverzicht der Weltmarktstaaten zugunsten der veränderten UN erkämpft, wird die nationalstaatliche Loyalität alternativ zur ethnischen Agitation auch binnengesellschaftlich durchbrechen.

Schon jetzt gibt es ja auf regionaler Ebene zahlreiche Initiativen, Widerstand und zivilen Ungehorsam gegen die desolaten Regulationsversuche und Pyramidenprojekte des Weltmarktstaates. Das Aufbegehren gegen die Stillegung und Abkoppelung ganzer Landstriche, gegen sozialen Kahlschlag und kulturelle Verödung, gegen militärische Ressourcenvergeudung, Großflughäfen, Atomkraftwerke und monströse Wiederaufarbeitungsanlagen, gegen Autowahn, Transitbelastung und Landschaftszerstörung bildet ein gewaltiges gesellschaftliches Potential. Und auch in den Zusammenbruchsökonomien regt sich erheblicher Widerstand gegen die staatliche Notstandsverwaltung ebenso wie gegen den kriegshetzerischen Ethno-Nationalismus.

Damit die regionalen Initiativen aber dieses Potential wirklich mobilisieren können, müssen Sie jede Bornierung nach dem St.-Florians-Prinzip („Verschon mein Haus, zünd andre an") überwinden und sich ihrer eigenen weltgesellschaftlichen Dimension bewußt werden. Erst ein weltoffener, emanzipatorischer, sozialökologischer und multikultureller Regionalismus (und fast alle Regionen sind heute multiethnisch, multirassisch und multikulturell strukturiert) könnte eine neue Reziprozität von globaler und regionaler Loyalität stiften, die querliegt zu den traditionellen westlichen Institutionen. Die globale Krise des Warenaustauschsystems kann durch die herkömmliche demokratische Transformation warenförmiger Interessen in den beschränkten Formen der okzidentalen parlamentarischen Staatenwelt nicht mehr gelöst werden.

Robert Kurz ist Autor des Buches „Der Kollaps der Modernisierung", Die andere Bibliothek, Eichborn-Verlag, Ffm 1991

Finanzsysteme contra Ökosysteme

Der technische Fortschritt in den industriellen Metropolen äußert sich auch in einer Beschleunigung und Ausdehnung der Umweltzerstörungen in den Staaten der „3. Welt". Welche grundlegenden Zusammenhänge dabei wirken, hat Elmar Altvater in einem Artikel beschrieben, den wir im folgenden auszugsweise abdrucken.

Der technische Fortschritt besteht auch darin, die Reichweite der Eingriffe in die Natur – räumlich und zeitlich – zu vergrößern. Ohne die Motorsäge wäre die großflächige Rodung nicht möglich; ohne Flugzeuge könnten die Aussaat von Weidegras und die Bekämpfung der natürlichen Sukzession auf den gerodeten Flächen kaum gelingen; ohne große Stromabnehmer (Aluminium-Unternehmen und Großstädte) machen große Wasserkraftwerke keinen Sinn. Die industrielle Massenproduktion bedarf ja nicht nur der Massenkaufkraft, wodurch wiederum ein bestimmtes soziales System der Arbeit und Entlohnung notwendig wird, sondern auch der massenhaften Versorgung mit Rohstoffen, die noch in den entferntesten Weltgegenden der Natur entrissen werden. Mit der Mobilisierung der natürlichen Ressourcen in allen Teilen der Welt verschwinden die weißen Flecken auf der Landkarte, der gesamte Globus wird tendenziell unter den Modus von Produktion und Konsumtion der („fordistischen") Industriegesellschaften subsumiert; dabei sind die „schnellen Kredite" ein Vehikel der erweiterten Reproduktion dieser Produktionsweise. Sie durchdringt die gesellschaftlichen Strukturen, sie „kolonisiert" die Lebensweisen und sie weitet sich imperialistisch auf dem Globus aus. Die Prozesse der Transformation der Gesellschaften und mit ihnen des Verhältnisses zur Natur beschleunigen sich: Wozu die Industrialisierung in Europa Jahrhunderte benötigte, wird heute in Ländern der Dritten Welt in wenigen Jahren erreicht: die radikale Umwälzung von Gesellschaften im Zuge von Modernisierung und „Zivilisierung" und die Umwandlung und nicht selten die Zerstörung ihrer Landschaften.

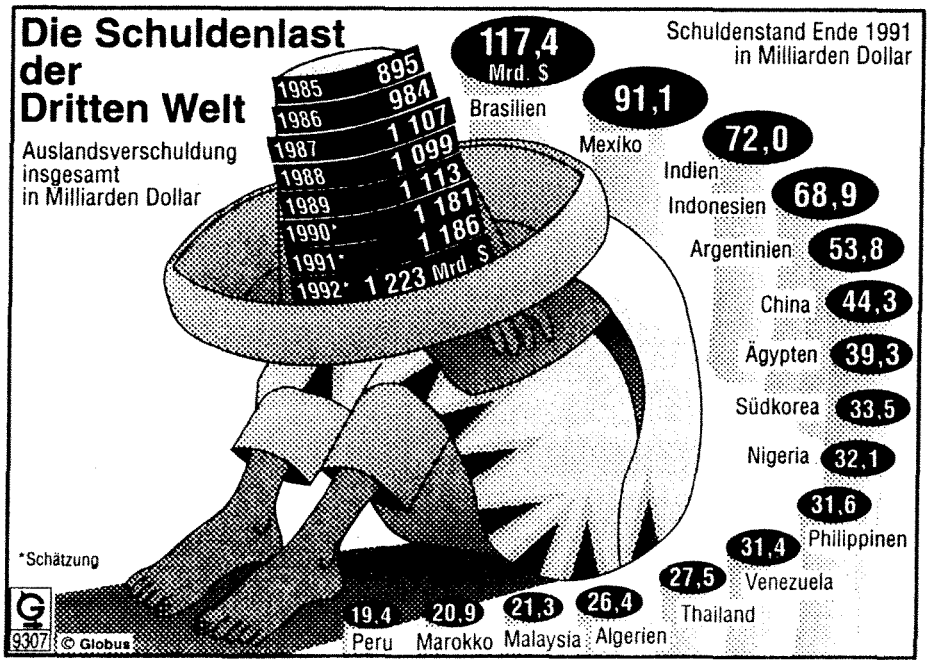
Die europäisch-okzidentale „Rationalität der Weltbeherrschung" äußert sich doppelt. Auf der einen Seite schließ sie mit der Naturbeherrschung auch die Zerstörung der Natur ein. Die ökologischen Desaster in der Dritten Welt heute sind nichts als ein forcierter Abklatsch dessen, was auch in Europa geschehen ist und geschieht: kleine Münze im „Preis des Fortschritts". Auf der anderen Seite entsteht in den Industrieländern mit der Umwelttechnologie technische und soziale Kompetenz der Naturbeherrschung zur Vermeidung und Reparatur von Schädigungen der Umwelt, die, wenn sie denn in anderen Weltgegenden geschehen, auf dem Hintergrund des modernen technischen Wissens als vermeidbar erscheinen müssen. Destruktive Formen der Umweltnutzung in der Dritten Welt, die auch in Europa oder in Nordamerika ihre Geschichte haben, werden nun als irrational eingestuft, da nicht auf der Höhe der entwickeltsten Form der Naturbeherrschung. Mit anderen Worten: selbst die ökologisch angepaßteste, sanfteste Nutzung natürlicher Ressourcen ist noch Ausdruck der Rationalität der Weltbeherrschung. So müssen Ländern der Peripherie nicht nur die imperialistischen Expansionsgelüste und Ausbeutungsfeldzüge der kapitalistischen Metropolen in kolonialer und imperialistischer Epoche als Bedrohung erscheinen, sondern auch die gegenwärtigen Projekte der Subsumtion von nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien unter ökologischen Prinzipien einer „postfordistischen" Industriegesellschaft. „Einmischungen" in die „inneren Angelegenheiten" von Ländern mit tropischen Regenwäldern zum Zwecke der ökologischen Konservation befinden sich daher objektiv in imperialer Tradition und werden subjektiv als solche interpretiert.

Für das industrielle (fordistische) System sind nur wenige Ressourcen aus der immensen Vielfalt von Naturstoffen von Interesse: mineralische Rohstoffe, landwirtschaftliche Massenprodukte und Energie, vor allem Energie. Aus einem Rohstoff – Erdöl – läßt sich eine fast unerschöpflich breite Varietät von Kunststoffen herstellen, und ganz abgesehen davon ist es als Energieträger von allerhöchster Qualität. Doch die industriell und für Zwecke der Massenkonsumtion verwertbaren Produkte umfassen nur einen Bruchteil der Vielfalt von tropischen Ökosystemen. Nur wenige Länder können ihre Entwicklung auf die Ausbeutung weniger Mineralien oder energetischer Rohstoffe stützen, wie die „Öl- und Sandstaaten" des Nahen Ostens; sie sind nichts als Tankstellen der Industrieländer.

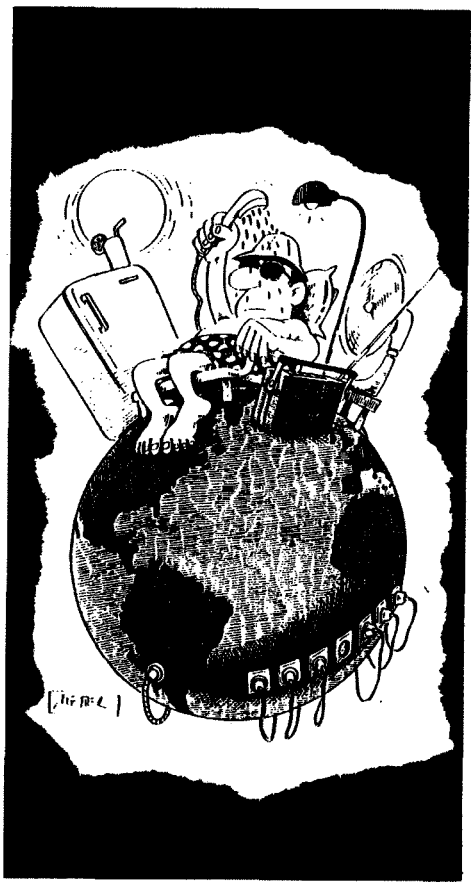
Zur Befriedigung der einfachen Nachfragestruktur wird die Komplexität des Ökosystems und in der Folge auch die der sozialen Verhältnisse beträchtlich reduziert. Die vielen, die Tausende von Produkten, von Früchten des Regenwaldes in Amazonien, die von den indigenen Völkern jahrhundertelang genutzt worden sind, sind unter den obwaltenden Marktverhältnissen nicht verwertbar und folglich interessieren sie die Strategen der Verwertung in den nationalen und multinationalen Unternehmen und in den staatlichen Bürokratien nicht. Bestes Beispiel dafür sind die Förderungsprogramme von (nationalstaatlichen und internationalen) Entwicklungsinstitutionen, die in der Regel auf „cash crops" orientieren, also auf die wenigen Produkte, die auf dem Weltmarkt nachgefragt werden: Holz, Fleisch, Erze, einige Früchte (Kakao, Kaffee, Orangen, Nüsse), Getreide wie Reis oder Sojabohnen. Daß mit der Komplexitätsreduktion des Regenwaldes auf einen simplen Lieferanten notwendiger Rohstoffe für den industriellen Prozeß Tag für Tag Arten unwie-

derbringlich verloren gehen und mit ihnen genetische Reserven, deren Wert niemand kennt, da er in Geld schwer oder gar nicht gemessen werden kann, ist eine späte, vielleicht zu späte Erkenntnis.
Reduzierte Komplexität, also die Verringerung der Zahl von Untersystemen (von Arten und Biotopen) und die Vereinfachung ihrer Verflechtungsstruktur, macht das System tropischer Regenwald gegen äußere Schocks weniger stabil; es gerät unter akuten Streß. Bestes Beispiel sind die Versuche in den 20er und 30er Jahren, die Gummibäume (Hevea) monokulturell in Großplantagen zu ziehen; Henry Ford, der die Rationalität des Fließbandes nach Amazonien an den Rio Tapajós (bei Belterra) zur Herstellung von Gummi für seine Autos verpflanzen wollte, scheiterte an dem Verlust der Resistenz der monokulturell gezüchteten Hevea gegen simplen Pilzbefall. Was für das Ökosystem gilt, ist für das Sozialsystem nicht falsch. Der geringere Komplexitätsgrad der ökonomischen, im wesentlichen extraktiven Nutzung auf der Grundlage importierter Technologie, läßt Wissen aussterben, soziale Formen der gesellschaftlichen Reproduktion untergehen und treibt einen „wilden Kapitalismus" hervor, der ökologisch, sozial und politisch nicht tragfähig ist und auch ökonomisch, gemessen an struktureller Differenzierung der Wirtschaft, Wachstumsraten des Sozialprodukts und Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen als Konsumenten nicht erfolgreich sein kann.

Der Kautschuk-Boom bis etwa 1915 ist ein Beispiel: Der monetäre Reichtum aus den Kautschukeinnahmen hat Amazonien außer einigen architektonischen Monumenten in den urbanen Zentren (in erster Linie in Belém und Manáus) keine ökonomischen und sozialen Strukturen beschert, die die institutionelle Grundlage für einen sich selbst tragenden Akkumulationsprozeß hätten bilden können. Mit dem Ende des Kautschuk-Booms ist Amazonien folglich bis in die 60er Jahre in einen entwicklungspolitischen „Tiefschlaf" verfallen, bis gezielte staatliche Förderungsmaßnahmen einen neuen Entwicklungszyklus initiierten. Eine auf wenige Produkte (oder gar nur ein Produkt) vereinfachte Extraktionsökonomie bildet weder die ökonomische noch die soziale Komplexität wie eine vielfältige Produktionsökonomie aus und blockiert so ihre eigene Entwicklung. Dieses Phänomen der durch Rohstoffreichtum errichteten Entwicklungshemmnisse ist als „holländische Krankheit" bezeichnet worden: Die Nachfrage nach dem hauptsächlichen Exportprodukt steigert den Wechselkurs so sehr, daß andere Branchen auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig sind und folglich an *intern* errichtete *externe* Entwicklungsschranken stoßen. Hinzu kommt, daß ein expandierender Exportsektor die Produktionsfaktoren von anderen Sektoren abwirbt und auch durch diesen Mechanismus der Entfaltung einer differenzierten, tragfähigen Produktionsstruktur Grenzen gesetzt werden. Rohstoffreichtum kann sich also paradoxerweise als konterproduktiv für Entwicklung herausstellen. Von dieser „Krankheit" sind heute Erdölexporteure befallen, in Lateinamerika die Staaten Venezuela und Mexiko. Die Krankheit ist so



lange verdeckt, wie die Preise des Öls hoch sind; sinken sie wie nach 1982, bricht die Krankheit akut aus. Die Entwicklungsschranken sind umso höher – auch wenn nicht nur auf das „dutch disease" zurückzuführen –, je weniger Optionen infolge der ökologischen Degradation verbleiben, die Extraktionsprozesse von (erschöpflichen) Ressourcen bewirken. Unmittelbar sichtbar ist dies auch in Balbina, wo im Becken des Rio Uatumá wegen der schon geschilderten ökologischen Zerstörung die Lebensmöglichkeiten der regionalen Bevölkerung bedroht sind. In Carajás (Eisen) oder Trombetas (Bauxit) ergeben sich die Negativfolgen nur vermittelt: Das Extraktionsprojekt selbst mag begrenzt und ökologisch effektiv gemanagt sein, also mikroökonomisch und -ökologisch Sinn machen; doch attrahiert es mit seiner Infrastruktur und der Nachfrage nach Arbeitskraft ökonomische Aktivitäten, die die regionale Umwelt radikal umformen und damit zerstören, also makroökonomisch und -ökologisch die Rationalität des Projekts insgesamt in Frage stellen.



Im Gegensatz zu ökonomischen Kreislaufprozessen (der ausgezahlte Kredit muß um die Zinsen vermehrt zu sich selbst zurückkehren) sind die Systeme natürlicher Ressourcen und deren Transformationen im Zuge der „Inwertsetzung" durch Irreversibilität gekennzeichnet. Einmal genutzte Materie und Energie stehen ein zweites Mal nicht zur Verfügung; dies ist unumstößliches Naturgesetz und seit der Entdeckung der thermodynamischen Sätze bekannt. Nichts kehrt zu sich selbst zurück, am allerwenigsten vermehrt – so wie es der Kreditgeber aber vom Schuldner zur Bedingung seiner Zinsforderungen erwartet. Im Prozeß von Extraktion, Produktion und Konsumtion steigt die Entropie, d.h. vorhandene und potentielle, konzentrierte Ressourcen werden „dissipiert", also als Abfall, Abwasser oder Abluft verstreut und sie sind danach für den Menschen nicht mehr – zumindest nicht in der ursprünglichen Form und ohne weiteren Energie- und Stoffaufwand – nutzbar. Das großflächige Abbrennen des Regenwaldes ist eine extreme und absurde Form von Materialdissipation. Ökosysteme, die in Jahrtausenden entstanden sind, werden in kürzester Zeit in Rauch aufgelöst. Welch eine Absurdität!

Entnommen aus: Schutz für den Regenwald – Ursachen der Zerstörung und Konzepte zur Rettung. Herausgegeben von H. Meyer-Peters in Zusammenarbeit mit Robin Wood; Verlag Die Werkstatt, Göttingen

„Bei den traditionellen Bedrohungen wissen wir, was zu tun ist. Als Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, haben wir entschlossen und in Windeseile große Kräfte mobilisiert. Ist überhaupt der politische Wille vorhanden, in ähnlicher Weise gegen diese neuen [ökologischen, d. Verf.] *Gefahren mobil zu machen?"*
(Dr. Gwyn Prins, Globales Sicherheitsprogramm, Universität Cambridge)

Das Konzept »Grünhelme«

Von der herrschenden Notwendigkeit, »unsere« Sicherheit militärisch durchzusetzen

In dem folgenden Beitrag soll ein Aspekt herrschender „Umweltpolitik" näher dargestellt werden, der unserer Einschätzung nach relativ unbekannt ist, zunehmend aber an Bedeutung gewinnen wird und daher dringend einer linken Gegenöffentlichkeit bedarf: es ist das Konzept der Militarisierung der ökologischen Frage, d.h. der Aufstellung sogenannter „Grünhelm"-Truppen im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Institutionen). Die Herstellung einer linken Gegenöffentlichkeit zu diesem Konzept ist um so dringender, da absehbar ist, daß im Rahmen der propagandistischen Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni '92 die BRD-Öffentlichkeit von einer Medien-Lawine überrollt zu werden droht, die die Etablierung öko-imperialistischer Strukturen ideologisch vorbereiten will.

Schon 1969 – also noch vor der Veröffentlichung des ersten Berichtes des Club of Rome „Grenzen des Wachstums" – setzte die NATO einen Umwelt-Ausschuß ein, der die Aufgabe hatte, die strategische Bedeutung globaler ökologischer Zerströungen herauszuarbeiten. Herausgekommen sind dabei folgende bemerkenswerte Überlegungen: „Es steht außer Frage, daß wir uns in einer [ökologischen, d. Verf.] Krise befinden, die sich letzten Endes als genauso ernst erweisen vermag, wie die Frage von Krieg und Frieden." Darum müsse die NATO „bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsamen Beitrag leisten". Und weiter wird festgestellt: „Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen, gibt es in der Menschheitsgeschichte kein Vorbild." Daraus schließen die NATO-Strategen, daß Umweltfragen zu „Angelegenheiten von globalem Interesse" werden (aus einem NATO-Strategie-Papier aus dem Jahre 1971 [!!], zitiert in der FR v. 29.5.89). Der NATO-Einschätzung folgend bestand für die herrschenden politischen Kräfte damit – wie es im polit-technokratischen Vokabular heißt – Handlungsbedarf, mit dem Ziel, die prognostizierte Gefahr für den „Bestand der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern" abzuwehren. Aus diesem Ansatz heraus entwickelten und entwickeln die herrschenden politischen Kräfte ein ideologisches, ökonomisches, technokratisches und militärisches Instrumentarium, das den bisherigen Dimensionen imperialistischer Politik die Dimension des Öko-Imperialismus hinzufügt. Das Konzept „Grünhelme" ist dabei der heutige Ausdruck des militärischen Aspektes öko-imperialistischer Politik.

Das zentrale Stichwort zur Legitimation militärischer Gewalt ist das der „globalen ökologischen Sicherheit", die es zu verteidigen gilt. Im Originalton hört sich dies wie folgt an:

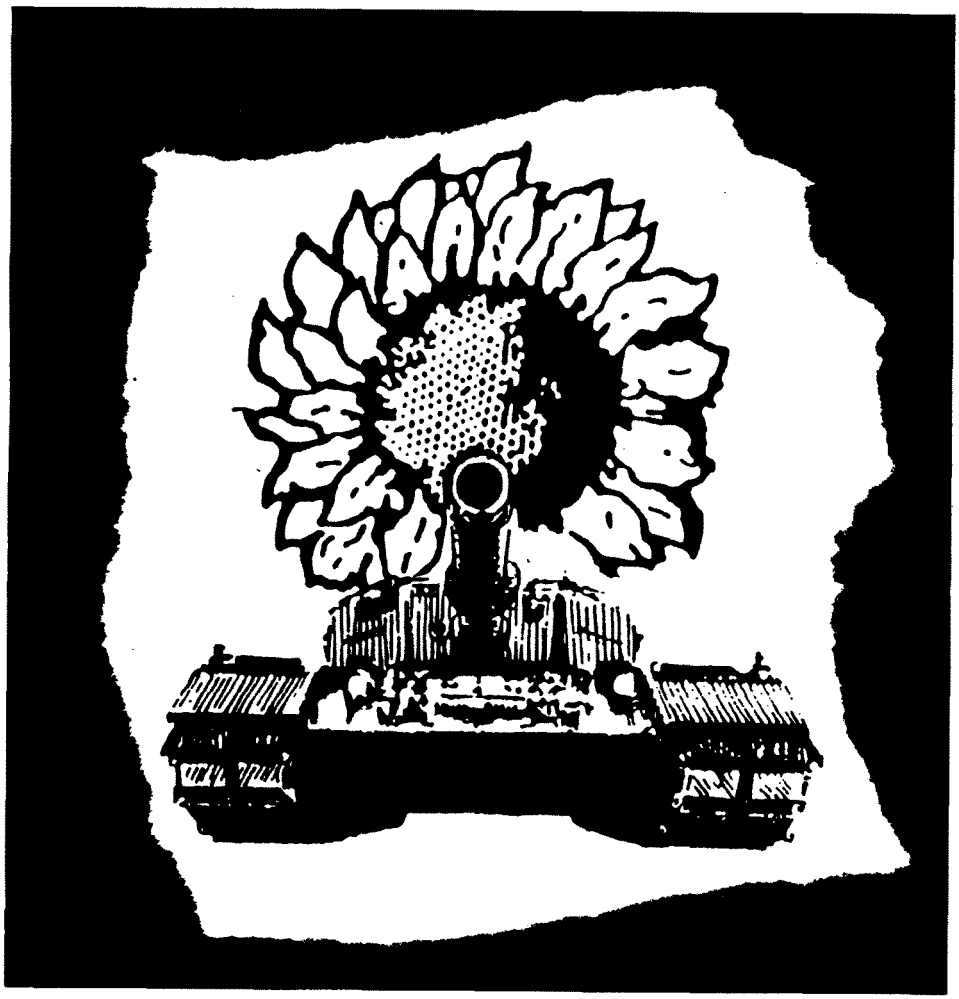
„Ohne Zweifel spielen Umweltfaktoren eine wichtige, ja, sehr wichtige Rolle bei der gesamten Sicherheitsproblematik. Man braucht sich nur die Auswirkungen von Bodenerosion, Dürre oder grenzüberschreitender Umweltverschmutzung vor Augen zu führen – da hat man schon die potentiellen Konfliktquellen, wie es sie auch in der Vergangenheit gegeben hat. Ja, Umweltfaktoren sind sehr wichtig und werden wohl im Hinblick auf die globale Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen." (Sir Julian Oswald, Admiral bei der britischen Royal Navy)

Oder: „Früher hielten wir Amerikaner die Umweltbelastung für ein räumlich begrenztes Problem, das nur die unmittelbare Umgebung oder Wohngegend des einzelnen betraf. Doch in den letzten zwanzig Jahren haben wir begriffen, daß sie nicht nur eine regionale oder nationale, sondern eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt. Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt und der Weltwirtschaft mit ein." (Henry Hatch, Generalleutnant bei der US-Army)

(Beide Zitate sind entnommen aus der Fernseh-Produktion des WDR: „In Zukunft... Superbomber und giftige Wale. Umweltpolitik als Sicherheitspolitik der Zukunft.", ausgestrahlt am 12.7.91.)

Politische Bahnbrecher für das Konzept „Grünhelme" finden sich in der BRD in allen etablierten politischen Parteien, aber auch in der Wissenschaft und – dies ist von zentraler Bedeutung – in der Atom-Lobby. Für die CDU spielt BRD-Umweltminister Töpfer die Rolle der Gallionsfigur. Auf dem 43. Landesparteitag der saarländischen CDU z.B. sprach sich Töpfer für die Bildung einer ökologischen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen aus. Diese solle weltweit gegen „die neuen Aggressionen über Umweltverstöße" einschreiten (taz v. 27.5.91). Ähnlich äußerte sich Töpfer auch im WDR am 8.6.91: Grünhelme sollten überall dort eingreifen, wo Verbrechen an der Natur begangen werden. In der FDP ist es BRD-Außenminister Genscher, der in das „Grünhelm"-Horn bläst. Im Juli 1991 erklärte Genscher in einer Grundsatzrede „Zukunft Europa", die er anläßlich eines politischen Besuches in Portugal hielt, daß sich europäische Einheiten an der Aufstellung gemeinsamer Grünhelm-Verbände im Rahmen der UNO beteiligen sollten, die die Aufgabe hätten, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen (FR v. 13.7.91). Jüngste politische Initiative in diese Richtung ist Genschers Forderung auf der 2. Außenministerkonferenz der KSZE in Prag im Januar '92, im Rahmen der KSZE „Grünhelm"-Einheiten zu formieren, die für die „Sicherung unserer [!!, d. Verf.] natürlichen Lebensgrundlagen" zu sorgen hätten (FR v. 31.1.92).

Aber auch in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN wird der „Grünhelm"-Ansatz politisch vorangetrieben. So fordert Frei-



mut Duve (SPD) die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten, u.a. wenn „die Übernationalität von Umweltproblemen (Wasser, Klima) nicht respektiert wird". Zur Durchsetzung solle der „Weltknüppel" eingesetzt werden. Als Bonbon für darüber möglicherweise empörte linke Sozialdemokraten bietet Duve an, daß in diese Drohung alle Staaten der Welt einbezogen seien und damit „in der neuen Rechtsordnung der Welt auch die Supermächte nicht mehr souverän seien". (Es darf spekuliert werden, ob Duve nun ein realitätsblinder Phantast oder doch nur ein bösartiger Betrüger ist – allemal steht er mit diesen Worten in schlechter Tradition sozialdemokratischer Märchenerzähler.) Mit einer ähnlichen Argumentationsstruktur plädiert auch Michael Müller, sich fortschrittlich gebender und ökologisch profilierender sogenannter „Klima-Experte" der SPD, für die Schaffung von Strukturen, die eine „ökologische Weltinnenpolitik" durchsetzen können. Notwendig dafür sei ein „neues Souveränitätsverständnis und ein partieller Verzicht auf nationale Rechte, sowie eine Verbesserung der Qualität und Effizienz internationaler Institutionen". Geschaffen werden müsse ein „ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung, der mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist", sowie die „verbindliche Festlegung wirkungsvoller Sanktionsmechanismen" bei Verstößen gegen UN-Umwelt-Konventionen. Auch bei Müller muß mensch nicht lange auf das sozialdemokratische Bonbon warten, denn die von Müller geforderte Erweiterung imperialistischer Machtpolitik wird im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „gleichberechtigten Mitsprache" aller Länder und einer „Demokratisierung" internationaler Institutionen, sowie einer „reformerischen Gestaltung der Industriegesellschaft" offeriert (Jahrbuch Ökologie, hrsg. vom Beck-Verlag, Januar 1992).

Bei den GRÜNEN wird der „Grünhelm"-Ansatz in gewohnt brutal-offener Weise von dem Beton Realo Udo Knapp formuliert. Seine These: Der Welt-Norden sei im angeblich gemeinsamen Interesse der Weltbevölkerung zur „ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Norden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Süden nicht erreichbaren „Festung" formieren, um aus dieser Position heraus „eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Norden sei dabei „angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zur unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit [!!, d. Verf.] wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten. Es müßte auf der Basis eines internationalen Umweltrechtes ausgeübt werden. Das wäre notwendig zur Legitimation, ... (um) internationale Umweltverbrecher wirksam bekämpfen" zu können (natur 2/92). (Die Tatsache, daß die Fachzeitschrift natur Knapps öko-imperialistische Visionen veröffentlicht, ist ein bedenklicher Hinweis auf die Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Umwelt-Bewegung.)

Ein letzter Hinweis darauf, daß das Konzept „Grünhelme" auch innerhalb der etablierten Wissenschaft diskutiert wird, soll noch angeführt sein. Der Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzende des Kuratoriums der deutschen Umweltstiftung, Udo Ernst Simonis, fordert im bereits erwähnten Jahrbuch Ökologie des Beck-Verlages: „Die UN – und damit UNEP [Umwelt-Programm der Vereinten Nationen, d. Verf.] – sollten weiter gestärkt, über Grünhelme müßte jetzt ... entschieden werden."

All die genannten politischen Erklärungen stehen in inhaltlicher Übereinstimmung mit einem Strategie-Papier, das 1988 von der Kernforschungs-Anlage (KFA) Jülich veröffentlicht worden ist. Darin heißt es: Notwendig sei die Etablierung einer „ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines „Weltregimes". Dieses „Weltregime" müsse stark genug sein, „durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen. (...) Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21. Jahrhunderts und auf die Nutzung fossiler Energien ... ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionsspannen der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. Aus ihrer Interessensposition heraus könnten solche Länder, wie andere Staaten mit reichen Kohlenwasserstoff-Vorräten oder die großen Tropenwaldbesitzer (Brasilien, Zaire, Indonesien) auch, der ihnen nahegelegten Vermeidungsstrategie [von ökologischen Schäden, d. Verf.] eine Blockierungsmacht entgegenstellen, um die Bildung eines umfassenden Regimes zu verhindern. (...) Die nationale und die internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: Die zumindest ansatzweise antizipierbaren Konflikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen [sprich: Krieg zu führen gegen sogenannte Umwelt-Verbrecher, d. Verf.] oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren" (aus: Sassin/Jäger/Jill u.a., Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. KFA Jülich, Oktober 1988). Schon die Wortwahl der letztgenannten Alternative, vor allem aber die Erfahrung mit der real praktizierten Politik der herrschenden politischen Kräfte während des Golfkrieges 1991 geben eindeutig Antwort auf die Frage, in welche Richtung die internationale „Umweltpolitik" gelenkt wird.

Das Konzept „Grünhelme" bringt den imperialistischen Charakter herrschender Umweltpolitik auf den Punkt. Der Ansatzpunkt für die Abwendung der katastrophalen Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre sind in diesem Konzept nicht die verursachenden, zerstörerischen, aber profitträchtigen industriellen Produktionsanlagen im „Norden" – oder ist etwa vorstellbar, daß „Grünhelme" in den USA, in West-Europa oder in Japan zum Einsatz kämen? Nein, Ansatzpunkt und im Fadenkreuz der Militärs ist wieder einmal der „Süden", dessen industrielle Entwicklung verhindert werden muß.

Ideologisch überbaut wird das Konzept

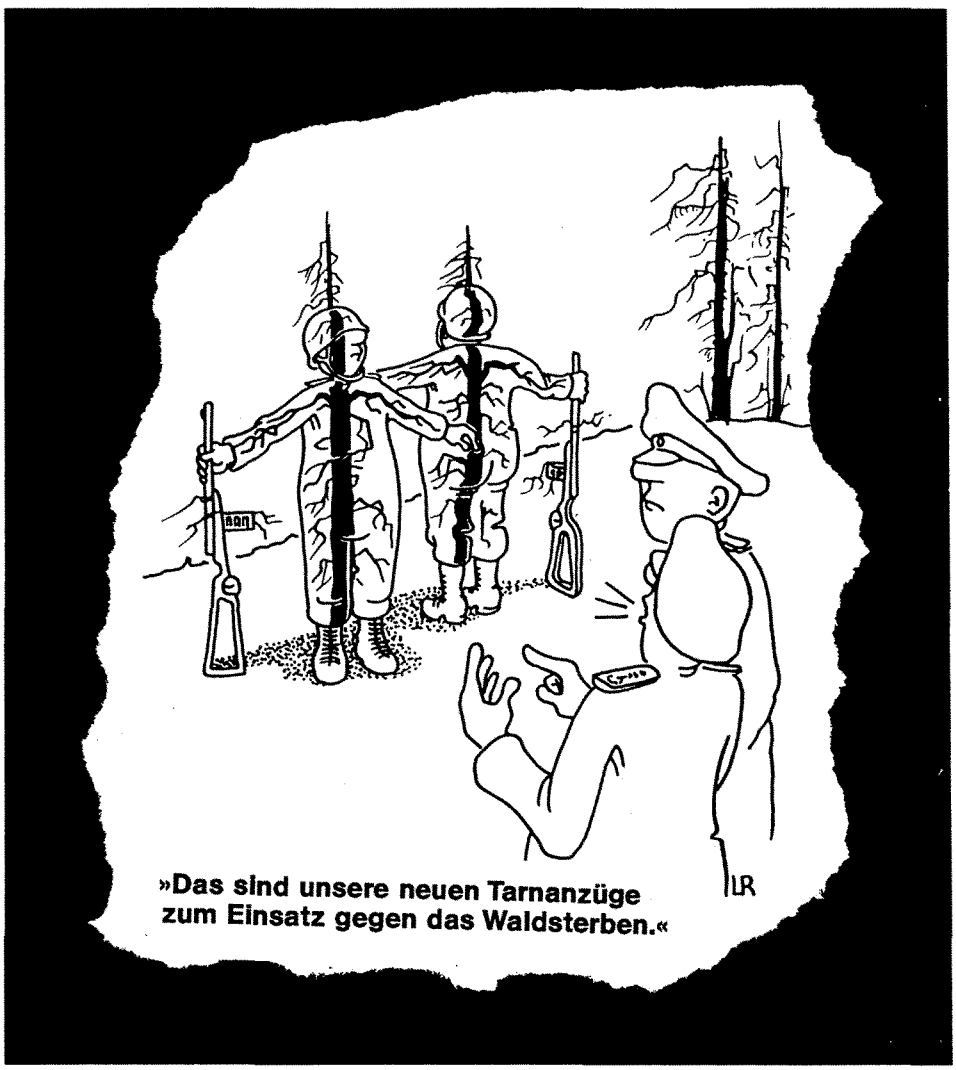
„Grünhelme" durch die Neuauflage der alten „Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot"-Ideologie – jetzt auf globalem Niveau –, durch die Behauptung technologischer Überlegenheit der industriellen Staaten und durch die Betonung der „Bevölkerungsexplosion" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der „ökologischen Krise".

Die herrschende Ideologie greift die Parole von der „Einen Welt" auf, die von Menschen geprägt wurde, die damit ihr solidarisches Verhältnis zu den verelendeten Menschen in der sogenannten „Dritten Welt" ausdrükken wollten, und benutzt sie zur Rechtfertigung ihrer „ökologischen Weltinnenpolitik". Da ist dann auf einmal die Rede von einer neuen „Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd" (Bundesumweltminister Töpfer) – eine Partnerschaft allerdings, die real eine durch ökonomische Erpressung und militärische Drohung zusammengehaltene Zwangsehe zu werden droht, in der der eine „Partner" den anderen „Partner" fortgesetzt gnadenlos mörderisch auspreßt – auspreßt durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und durch den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sogenannten „Dritten Welt" vorhandenen Rohstoffen zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen.

Es wird weiterhin behauptet, daß wir alle – gemeint ist damit die Weltbevölkerung – gleich betroffen von der globalen ökologischen „Krise" seien, um daran anschließend zu fordern, daß wir darum auch alle zusammen an der Lösung des Problems arbeiten müßten, und letztlich darauf zu verweisen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, der ökologischen „Krise" HERR zu werden. Damit schließt sich der Argumentationskreis, um rechtfertigen zu können, daß die ökologische „Krise" unter Beibehaltung der etablierten weltweiten Herrschaftsstrukturen gelöst werden muß.
Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungs-„Explosion" in der sogenannten „Dritten Welt" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen „Krise" ins Bewußtsein gebracht. Auf einem Gastvortrag, den E.U. von Weizsäcker, zwischen 1984 und 1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik und jetzt Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, an der Berg. Universität mit dem sinnigen Titel „Überwindung der Dinosauriermentalität" hielt, wurde dieser von einem seriösen, beschlipsten und beanzugten Herrn mittleren Alters gefragt, ob wir uns nicht die Frage stellen müßten, ob wir denn überhaupt noch weiteren Menschen in der Dritten Welt Lebensraum bieten könnten. Die Antwort des Herrn von Weizsäcker: „Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme." Weizsäcker befindet sich mit dieser, die Tatsachen vollkommen verdrehenden Ursachenbestimmung in trauter Übereinstimmung mit einem Bericht, den der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNEPA) im Herbst 1991 veröffentlichte. In diesem heißt es, die Überbevölkerung der Welt sei Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung. Und: „Das Bevölkerungswachstum hat höchst nachteilige Folgen für die Umwelt." (FR v. 25.10.91). Auch in der Umweltbewegung wird diese Argumentationslinie vertreten. Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Bund, erklärte im September 1989: „Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird die Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden." (Kampagnen-Heft 1992 des BUKO). Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es dann auch kein Zufall mehr, wenn in dem Bericht des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UNCED in Brasilien, lediglich von einer „Mitschuld der Industriestaaten an der Zerstörung der Umwelt" die Rede ist (FR v. 29.1.92).
Die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung" wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimierten) „Weltregimes" (KFA Jülich) unter der Herrschaft der G7-Staaten sein. Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurrenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche CO_2-Reduktions-Zusagen) oder durch „starke" „Dritte-Welt"-Staaten (z.B. China, Indien oder Brasilien) blockiert werden. In der Vorbereitung und der Begleitung der UNCED ist jedoch allemal mit einer ideologischen Offensive herrschender ökoimperialistischer „Umweltpolitik" zu rechnen. Es ist die Aufgabe linker Öffentlichkeit, daß dies nicht widerspruchsfrei geschehen kann. Dabei muß es darum gehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß – so richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind – dennoch eine Teilnahme an oder der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz abzulehnen ist, weil die Konferenz unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten stehen wird und nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie auszudehnen versucht. Für die verelendeten Menschen der sogenannten „Dritten Welt" kann dies nur zu einer Verlängerung und Vertiefung ihrer katastrophalen Lebenssituation führen.

Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe
Wuppertal, Februar 1992

P.S.: Für InteressentInnen können wir eine Info-Sammlung zur UNCED-Konferenz verschicken. Kontakt: Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe, c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 5600 Wuppertal 1, oder Tel.: 0202-310677 (Andreas).



»Das sind unsere neuen Tarnanzüge zum Einsatz gegen das Waldsterben.«

Uranabbau – Nuklearer Kolonialismus

Die Bundesrepublik ist an natürlichen Ressourcen nicht reich, insbesondere verfügt sie nicht über genügend Uranvorkommen; 99% des Uranbedarfs werden durch Importe aus dem Ausland gedeckt.
Trotz dieser Importabhängigkeit wurde in den 60er Jahren eine politische Entscheidung für die Nutzung der Atomenergie gefällt. Aufgrund der Ressourcenknappheit bei Uran wurde damit die Notwendigkeit von Uranexploration in anderen Ländern, Urangewinnung im Ausland und Uranimport aus dem Ausland, kurz, eine Energiepolitik, die nur auf Kosten anderer Länder und Völker geht, vorprogrammiert.
Das Geschäft des Aufsuchens und des Abbaus von Uran betreiben im wesentlichen vier Unternehmen (aus der „alten" BRD), wie aus Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag im Jahr 1989 hervorgeht: „Die folgenden Unternehmen sind am Uranbergbau im Ausland beteiligt:

- Uranerzbergbau mbH; Kanada
- Rheinische Braunkohlenwerke AG (Rheinbraun); Australien
- Saarberg Interplan Uran GmbH; Australien, USA
- Urangesellschaft mbH; Namibia, Australien." (1)

Die Uranabbauunternehmen wurden auf Anregung der Bundesregierung gegründet, deren erster Atomminister 1955 Franz-Josef Strauß war. Sie war und ist teilweise noch an ihnen beteiligt und fördert sie mit Milliardenbeträgen.

Die deutschen Uranfirmen

Im Dezember 1967 erfolgte die Gründung der „UG Urangesellschaft mbH" mit Sitz in Frankfurt; der Firmenprospekt sagt 1982 über den Unternehmenszweck: „Die Bundesrepublik Deutschland (...) ist (...) in hohem Maße von Importen abhängig. Um die Versorgung der hierzulande bestehenden und geplanten Kernkraftwerke mit Uran langfristig sicherzustellen, wurde auf Anregung der Bundesregierung im Dezember 1967 die Urangesellschaft (UG) gegründet (...). Aufgrund ihrer weltweiten Verbindungen und ihrer langen Erfahrung ist die Urangesellschaft jederzeit in der Lage, Interessenten mit Uran zu versorgen. In der Vergangenheit deckte UG mehr als 50 Prozent des Uranbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland ab." An der UG Urangesellschaft mbH sind bis heute über die VEBA AG die Bundesrepublik Deutschland sowie eine Vielzahl von Gemeinden und Städten über den Verband der kommunalen Aktionäre des RWE beteiligt. Nach einer Neuordnung der Besitzverhältnisse im Jahr 1989 sind derzeit die STEAG AG, Essen, mit 55% und die VEBA AG, Düsseldorf, mit 45% die Anteilseigner von UG.
Zur Erreichung ihres Ziels hat die UG drei unterschiedliche Wege eingeschlagen: (1) Eigene Explorationstätigkeit, (2) Beteiligung an Explorations- bzw. Abbauprojekten, (3) Entwicklung neuer Technologien.
Zu (1) und (2): Die UG hat Tochtergesellschaften in Australien, Kanada und in den USA sowie in Brasilien. Durch die Urangesellschaft Canada Ltd. exploriert sie intensiv in den Nordwestterritorien Kanadas, wo sie das Kiggavik Uranminenprojekt in der Nähe von Baker Lake am Westrand der Hudson-Bai entwickeln wollte, das aber inzwischen aufgrund großen Widerstandes der Inuit und Indianer, unterstützt von Umweltschützern auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Sie ist auch an Uranproduktionsanlagen in Niger (Somair-Arlit), in Namibia (Rössing-Mine) und in Australien (Ranger-Mine) beteiligt.
Zu (3): Darüber hinaus ist die UG an Uranextraktionsanlagen in Kanada und Florida beteiligt, mit denen Uran aus Phosphorsäure gewonnen werden soll, die bei chemischen Prozessen als Abfallprodukt anfällt. Die UG-Tochter Uraphos Chemie GmbH, Berlin, hat zwei Verfahren zur Extraktion von Uran aus Phosphorsäure entwickelt; eine weltweit einsetzbare mobile Pilotanlage für Demonstrationszwecke soll diese Technologie verkaufen helfen. Im Zuge des Ausbaus dieser sogenannten „unkonventionellen Verfahren" erwarb UG auch eine Beteiligung von 49% an der Anlage der ESEC Earth Sciences Extraction Company in Kanada, eine Anlage (100%) in Cypress Creek, USA, und eine weitere der Uranium Extraction Florida.
Die eigene Explorationstätigkeit hat im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren, während die UG bei der Entwicklung neuer Technologien einen Schwerpunkt im Bereich Uranextraktion aus Phosphorsäure setzte. Diese Entwicklung ist als Risikominimierung anzusehen; das naturgemäß gegebene Risiko bei der geologischen Exploration kann kaum reduziert werden, während ein solches Risiko beim Rückgriff auf Abfallprodukte der Chemieindustrie natürlich nicht besteht.
Ein Jahr nach Entstehung der UG wird 1968 die „Uranerzbergbau GmbH" mit Sitz in der Bundeshauptstadt Bonn mit gleicher Zielsetzung gegründet, worüber ebenfalls der Firmenprospekt Auskunft gibt: „Ziele der Gesellschaft sind die Aufsuchung, Gewinnung und Vermarktung des Energierohstoffes Uran sowie Dienstleistungen in diesen Bereichen." Auch an der Uranerzbergbau GmbH ist indirekt eine Vielzahl deutscher Kommunen beteiligt. Die Anteilseigner der Uranerzbergbau sind derzeit die Rheinische Braunkohlewerke AG (50%) sowie die C. Deilmann AG, Bentheim (50%), ein Bergbau- und ein Tiefbohrunternehmen.
Wie die UG, hat auch die Uranerzbergbau Tochtergesellschaften in Australien, USA und Kanada. Ihre Aktivitäten erstrecken sich jedoch in Kanada im wesentlichen auf das nördliche Saskatchewan mit insgesamt 24 Explorationsprojekten, auf die USA und Australien. So entdeckten Geologen der Uranerzbergbau das Key-Lake-Vorkommen im Norden Saskatchewans, das zum größten Uranproduzenten mit 12-14% der Jahresproduktion der westlichen Welt wurde. Uranerz ist mit einem Drittel an Key Lake Mining Corporation beteiligt. Im Sommer 1990 kaufte die Uranerz Exploration and Mining Ltd., Canada, 1/3 Anteil an den Uranbergwerken und -betrieben der CAMECO, Kanadas Uranfirma Nr. 1 und weltgrößtem Urandealer. Uranerz wird damit Miteigentümer an den zwei Uranmühlen in Rabbit Lake, an drei Uranvorkommen an der Collins Bay (Wollaston Lake), am Vorkommen Eagle Point South sowie an allen zukünftig noch zu entdeckenden Vorkommen im Bergwerksdistrikt von Rabbit Lake. Mit diesem Schachzug erhielt einerseits die schuldengeplagte CAMECO eine Finanzspritze von 160 Mio. kan$, andererseits hat sich Uranerz für die Zukunft eine gute Position in einem der zukunftsträchtigen Uranabbaugebiete der Welt unter den Nagel gerissen.
Daneben existiert die wesentlich kleinere Saarberg Interplan Uran („SIPU") GmbH, Saarbrücken, die hier nur kurz erwähnt werden soll. Anders als UG und Uranerzbergbau hat sich die SIPU relativ stark in Exploration in der BRD engagiert, so in Großschloppen, Ostbayern sowie einem anderen Projekt, die jedoch inzwischen eingestellt worden sind. Wie die anderen Uranfirmen, ist sie natürlich auch in USA (insituleaching), in Kanada (Exploration), Australien (Beteiligung an der Ranger-Mine) und Afrika (Sambia und Simbabwe) aktiv. Im Jahr 1989 wurde die SIPU, bis dahin mehrheitlich im Besitz der Saarbergwerke AG, Saarbrücken, an die COGEMA, die staatliche französischen Atomfirma verkauft, für die sie bereits in vorhergehenden Jahren als Exklusivagent tätig gewesen war.

BRD-Uranimport in den Jahren 1984-1988

	in Tonnen	in Prozent
Australien	3 643 417	23,5%
China	25 611	0,2%
CSSR	32 659	0,2%
Frankreich	3 183 610	20,6%
Großbritannien	749 476	4,8%
Kanada	1 430 045	9,2%
Niederlande	769 257	5,0%
Österreich	97 800	0,6%
Schweden	147 553	1,0%
Spanien	35 457	0,2%
Südafrika	3 035 689	19,6%
UdSSR	795 480	5,1%
USA	1 511 219	9,8%
Sonstige	19 342	0,1%
	15 476 615	100,0%

Quelle: BT-Drucksache 11/5834.

Die Förderung durch die Bundesregierung

Die Bundesregierung regte aber nicht nur die Gründung dieser Unternehmen an, sondern sie fördert sie auch bei ihrer Suche nach Uran sowohl durch politische Anerkennung ihrer Ziele als auch durch Subventionsprogramme: „Am Anfang stand der Kabinettsbeschluß der Bundesregierung vom 26.6.1970 (...). Es bestand die Sorge zunehmend knapper werdender Ressourcen (...) Daraus resultierte die Annahme, daß die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen in Zukunft nur durch ein Mitspracherecht über die verfügbaren Ressourcen langfristig gesichert werden könne. Ein solches Mitspracherecht setzt aber die Beteiligung an der Rohstoffproduktion im Ausland voraus. Die Vorstufe hierzu ist die Exploration und dieser Schritt wurde politisch als förderungswürdig anerkannt."

So kam das Explorationsförderungsprogramm der Bundesregierung zustande. Von 1966 bis 1982 wurde die Uranexploration im Ausland durch das BMFT mit 254 Mio. DM gefördert.(2) Ab 1978 unterstützte dann auch das Bundeswirtschaftsministerium die Uransuche: in den folgenden 10 Jahren (bis 1988) werden weitere 187 Mio. DM für die Uranexploration im Ausland vom BMWi ausgegeben.(3)

Aber nicht nur die konkrete Exploration von einmal ausgemachten Lagerstätten, sondern schon die geologische Grundlagenarbeit geht teilweise auf Kosten des Staates: Von verschiedenen Universitäten werden Forschungsprogramme zur Lokalisierung von Uranvorkommen und zur Erforschung der Erzführung in den Gesteinsschichten der Erde abgewickelt. So liefen beispielsweise in den 80er Jahren an der Universität Köln mindestens sechs verschiedene Projekte zur Erforschung von Uranvorkommen in Afrika, Kanada und Australien, teilweise mit Unterstützung der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) bzw. des DAAD (Deutscher Akademischer Auslandsdienst), aber auch mit Förderung z.B. der Uranerzbergbau GmbH, Bonn, oder der Nordostschweizerischen Kraftwerke. Reine Wissenschaft oder industrieorientierte Forschung auf Staatskosten? Außerdem wurde auch von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, Prospektion und Exploration in Birma, Indonesien, Kamerun, Mali, Niger, Pakistan, auf den Philippinen, im Sudan und in Thailand bezüglich Uran durchgeführt.(4) Alle diese Aktivitäten werden neben den eigentlichen Explorationsförderungsprogrammen mit öffentlichen Mitteln finanziert. Die Uranfirmen besorgen sich die Grundlagenkenntnisse von den Universitäten, lassen Voruntersuchungen von der Bundesanstalt für Geowissenschaften durchführen und lassen sich schließlich die Exploration vom BMFT oder vom BMWi bezuschussen.

Im Jahr 1986 veröffentlichte die IAEA International Atomic Energy Agency eine großangelegte Untersuchung über die geologischen Zusammenhänge zwischen Uranlagerstätten in Südamerika und Afrika. Daran waren als einzige nicht den untersuchten Ländern angehörende Experten („consultants") die deutsche Uranerzbergbau GmbH sowie das deutsche BMWi beteiligt und wurden mit Danksagungen bedacht: die deutschen Uransucher arbeiten mit deutscher Gründlichkeit und betreiben in beachtlichem Umfang geologische Grundlagenforschung, um die Nase ganz vorne beim Run auf das Uran zu haben.

Folgen, Gefahren, Verantwortung

Die Uranvorräte der Welt liegen zu ca. 72% auf bzw. unter dem Land indigener Völker wie z.B. der Indianer Nordamerikas oder von Aboriginalvölkern in Australien. Der Konflikt ist damit vorauszusehen: Wenn deutsche Unternehmen „zur Sicherung der Energieversorgung" nach Uran suchen oder es abbauen, kommt es meist zur Konfrontation mit indigenen Völkern.

Durch die Explorationsarbeiten, durch den Abbau und die Verarbeitung von Uran wird in großem Umfang Radioaktivität freigesetzt. Radongas strömt aus den Tagebauminen (open-pit-mines), oder wird aus den Untertagebergwerken durch die Bewetterung in die Umgebung geblasen; das minderwertige Erz und der Abraum werden zu riesigen radioaktiven Halden aufgetürmt, und die schlammigen Abwässer, die nicht nur radioaktiv verseucht sind, sondern auch giftige Schwermetalle enthalten, werden zunächst in großen Absatzbecken gesammelt. Radioaktives Material gelangt in die Umwelt, sickert ins Grundwasser, wird vom Wind von den ungeschützten Halden verweht, aus den Absetzbecken nach einem ersten „Abklingen" der Radioaktivität in Flüsse und Seen eingeleitet. Die Radionuklide reichern sich in Pflanzen an, die Tieren zur Nahrung dienen, sie akkumulieren sich in Fischen und finden somit auf verschiedensten Verbreitungspfaden ihren Weg in den menschlichen Organismus, der am Ende der Nahrungskette auch die höchste Akkumulation zu verkraften hat. Die indigenen Gemeinschaften, deren Subsistenzwirtschaft oft zu großen Teilen auf Jagd und Fischfang, Viehzucht oder Landwirtschaft basiert, werden durch die radioaktive Belastung am härtesten getroffen. Ihnen drohen nicht nur gesundheitliche Gefahren wie Lungenkrebs oder Kindesmißbildungen, sondern ihr ganzes Sozialgefüge wird in Mitleidenschaft gezogen: die Subsistenzwirtschaft trägt die Familien nicht mehr, sie werden abhängig von Sozialhilfe und Wohlfahrt. Eine ganze Art zu leben, sich beispielsweise von Jagd und Fischfang zu ernähren, wie die Cree und Dene in Kanada vom Land zu leben, wie viele indigene Völker sagen, wird zerstört. Damit sterben nicht nur einzelne, sondern ganze Kulturen und Lebensweisen werden vernichtet. Nach Auffassung deutscher Uranfirmen ein ganz normaler Vorgang, denn: „Die Zerstörung der indianischen Gesellschaft und die damit verbundenen Probleme (...) treten leider überall dort auf, wo traditionelle Wirtschaftsformen mit der modernen Industriekultur zusammentreffen. (...) Sie können für die Entwurzelung der Indianer nicht die wenigen kleinen Uranbetriebe verantwortlich machen"(5). So wird die Zerstörung der indianischen Kulturen einerseits zugegeben, aber andererseits jede Verantwortung dafür abgestritten, ganz so als ob es sich dabei um ein Naturereignis handeln würde und nicht um geplante Vorhaben der Rohstoffausbeutung und um eine Politik des Völkermordes, wie sie beispielsweise die kanadische Bevölkerung des amerikanischen Kontinents führt. Die Bundesregierung folgt der Argumentation der Unternehmen in den Antworten auf parlamentarische Anfragen der GRÜNEN und sieht keinerlei Verantwortung, weder bei sich noch bei den Uranfirmen.

Die Bundesregierung und „privatwirtschaftliche" Unternehmen bedienen sich einer Art Arbeitsteilung, mit der sie ihr gemeinsames Ziel, die Sicherung der Uranversorgung zu Lasten von Menschen, Menschenrechten und Landrechten indigener Völker für den Ausbau der sogenannten „friedlichen" Nutzung der Atomenergie, gegenüber der Öffentlichkeit verdecken: Die Regierung delegiert die Aufgabe der Uransuche und der Uranbeschaffung an „privatwirtschaftliche" Firmen. Für die Tätigkeit der einzelnen Uranfirmen im Ausland glaubt die Bundesregierung dann nicht mehr verantwortlich zeichnen zu müssen. Die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen, können daher nicht aus der Verantwortung für die Schäden und Bedrohungen entlassen werden, die durch Uranexploration und Uranabbau der Natur und Umwelt einerseits und den indigenen Völkern und Nationen andererseits zugefügt werden.

Aber auch die Menschen in den industrialisierten Ländern sind verantwortlich für das, was indigenen Völkern in anderen Teilen der Welt angetan wird. Wer macht sich schon bewußt, daß das Anschalten einer Glühbirne oder eines Elektroherdes bei uns radioaktive Verseuchung in anderen Teilen der Welt, insbesondere bei indigenen Völkern, zur Folge haben kann?

Der nukleare Kolonialismus

„Der weitgehende Verlust des deutschen Bergbaubesitzes im Ausland als Folge des Zweiten Weltkrieges und die Zurückhaltung der deutschen Unternehmen (...) angesichts des hohen technischen und wirtschaftlichen Risikos, unterstrichen aus damaliger Sicht die Notwendigkeit staatlich flankierender Maßnahmen." Wie das Zitat unmißverständlich zeigt, führt der Weg direkt vom Verlust der Kolonialgebiete zu den Explorationsförderungsprogrammen der Bundesregierung. Wurden zur Zeit des „klassischen" Kolonialismus andere Völker und Nationen miiitärisch überrannt und ihr Land mehr oder weniger gewaltsam besetzt, so wird heute durch den Kapitalein-

satz „privatwirtschaftlicher" Unternehmen mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung dasselbe Ziel angesteuert: Rohstoffe aus fremden Ländern für die eigene Wirtschaft zu sichern. Der Kolonialismus hat eine neue Variante bekommen: er ist nuklear geworden, ganz unserem Zeitalter entsprechend.

Der Widerstand

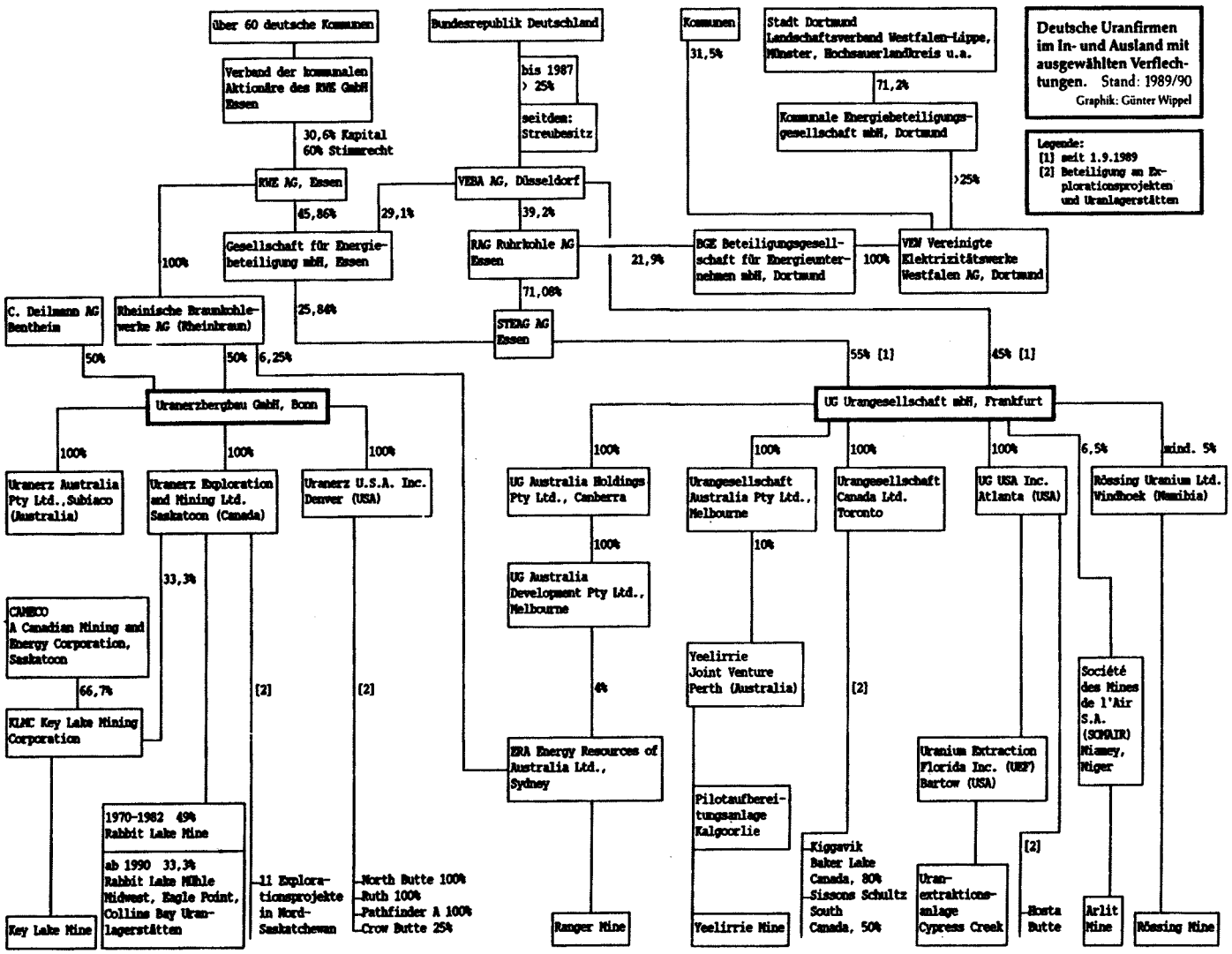
Um diesem Zustand ein Ende zu machen, arbeiten einzelne Personen und Gruppen weltweit zusammen mit dem Ziel: „Das Uran muß in der Erde bleiben!" Im Herbst 1987 fand in New York die 1. Weltstrahlenkonferenz statt, auf der u.a. das Indigenous Uranium Forum gegründet wurde, ein Zusammenschluß indigener Völker, die unter den Folgen des Uranabbaus leiden. Aktivisten des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und der Gesellschaft für bedrohte Völker organisierten im Frühjahr 1988 eine Informationstour mit 7 Delegierten indigener Völker aus Uranabbau- und Atomwaffentestregionen mit großer Öffentlichkeitswirkung in der BRD. Im Gefolge dieser Info-Tournee stellten ein Jahr danach, 1990, die GRÜNEN eine Große Anfrage und die SPD eine Kleine Anfrage zum Thema Uranabbau, deutsche Beteiligung und Landrechte indigener Völker im Bundestag, die im Herbst 1990 beantwortet wurde. Ebenfalls im Herbst 1990 brachten der BUND und die GfbV gemeinsam das Buch „Das Uran und die Hüter der Erde" heraus, das aus der Info-Tour von 1988 entstanden war und einen Überblick über den Uranabbau und seine schlimmen Folgen weltweit gibt. Im September 1992 wird das World Uranium Hearing in Salzburg, Österreich, stattfinden, eine weltweite Anhörung von Betroffenen von Uranabbau und -verarbeitung, von zivilen und militärischen Atomanlagen, von atomaren Endlagern und Atombomben„tests", um vor der Weltöffentlichkeit endlich den Völkern Gehör zu verschaffen, von denen sonst keiner spricht. Im Sommer 1991 gründeten Anti-Atom-AktivistInnen aus der ganzen Welt auf dem 7. Europäischen Indianerunterstützertreffen in Stadtroda/Thüringen, die „Anti Uranium Company International" mit dem Ziel, die Vernetzungs- und Koordinationsarbeit weltweit voranzutreiben. Die Gründung wurde symbolträchtig auf den Abraumhalden der inzwischen stillgelegten DDR-Uranbergwerke der SDAG Wismut bekanntgegeben: Ein Ende des Atomzeitalters und des nuklearen Kolonialismus heißt auch, die atomare Brennstoffkette dort abzuschneiden, wo sie ihren Anfang nimmt, beim Uranabbau. „Stop it at the source leave uranium in the ground!"

(1) Nach der Eingemeindung der DDR wäre die Liste noch um die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut zu ergänzen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, da sie nicht im Ausland tätig war und mit ihr eine ganz andere Problematik verbunden ist.
(2) nach Großer Anfrage S. 23, V.2
(3) nach Großer Anfrage, Tabelle 11
(4) nach Großer Anfrage S. 22, V.2
(5) Aus einem Brief der RWE AG, Hauptverwaltung Essen, an die Regionalgruppe Göttingen der Gesellschaft für bedrohte Völker, vom 9.11.1988 auf einen Protestbrief.

Gunter Wippel

aus: „Die deutsche Atombrut", Auslandsgeschäfte der deutschen Atomindustrie. Rundbrief der Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", Nr. 35.

Die Verflechtung der deutschen Urangesellschaften



Grafik Wippel entnommen aus Schuhmann u.a.: Das Uran und die Hüter der Erde, Quell Verlag, Stuttgart1990,

Rössing-Mine: Katastrophale Zustände

Die Rössing-Uranmine in Namibia hat die zweifelhafte Auszeichnung, das meistkritisierte Minenvorhaben des 20. Jahrhunderts zu sein. Keine andere Mine war bisher Gegenstand von UN-Resolutionen, von durch die UNO gesponserten Gerichtsverfahren und von Demonstrationen in ganz Westeuropa und Amerika. Die Mine, die in den frühen achtziger Jahren das weltgrößte Uranabbauvorhaben war, wurde in den siebziger Jahren von Hunderten von Owamboarbeitern gebaut, die man von ihren Familien getrennt hatte und die in Unterkünften wohnen mußten, die die britische Wirtschaftszeitung „Economist" als „entsetzliche provisorische Lager" beschrieb. Auch durch den Bau der auf längere Nutzungszeit ausgerichteten schwarzen Township Arandis verbesserten sich die Lebensbedingungen der Arbeiter nur unwesentlich. Das südafrikanische Forscherpaar Gillian und Suzanne Cronje erinnerten die Lager 1979 (sechs Jahre nach Baubeginn) an Sklaverei. Der Generalsekretär der namibischen Bergarbeiter-Gewerkschaft (MUN), Ben Ulenga, stellt 1989 in einer Rede fest, daß „92% aller schwarzen und 51% aller farbigen Arbeiter der niedrigsten Einkommensstufe zugeordnet sind, mit Gehältern unter dem Existenzminimum... Die schwarzen Arbeiter, die in der Exploration arbeiten, haben keine Unterkünfte und keine Wohngenehmigung." Ulenga sprach ebenfalls den Vorwurf aus, daß „die Lebensbedingungen in den überfüllten Armeezelten in der Tat zu den schlechtesten der ganzen Bergbauindustrie" zählen. Unter dem internationalen Druck führte die britische Muttergesellschaft Rio Tinto Zinc (RTZ), der über 50% der Mine gehört, in den achtziger Jahren ansatzweise Verbesserungen durch, die sich aber in der Tat nur als kosmetische Korrekturen herausgestellt haben.

Bis zum Zeitpunkt des Rückzugs Südafrikas aus Namibia hat die Tätigkeit der RTZ gegen die UN-Resolution über die natürlichen Ressourcen Namibias (UN-Dekret Nr.1) und zahlreiche andere Resolutionen verstoßen, die eine Ausbeutung von Namibias Bodenschätzen verbieten. Weil Namibias wirtschaftliches Wohlergehen in großem Maße vom Bergbau abhängt, setzte die RTZ darauf, daß, je länger sie sich im Land hält, desto größer die Chance ist, daß man ihr nach der Unabhängigkeit vorschlagen werde, im Lande zu bleiben. Ungeachtet der illegalen und unmoralischen Aktionen der RTZ in Namibia fand die Tätigkeit der Gesellschaft die Zustimmung aller britischen Regierungen. Bei ihrem Besuch der Rössing-Mine 1989 sagte die damalige britische Premierministerin Thatcher: „Ich bin stolz darauf, Britin zu sein". Ihre unkritische Haltung konnte kaum überraschen angesichts der Rückendeckung durch zahlreiche britische Regierungsstellen (einschließlich ihrer eigenen), die die Ausplünderung von Namibias Uranvorkommen durch die RTZ ermöglicht hat.

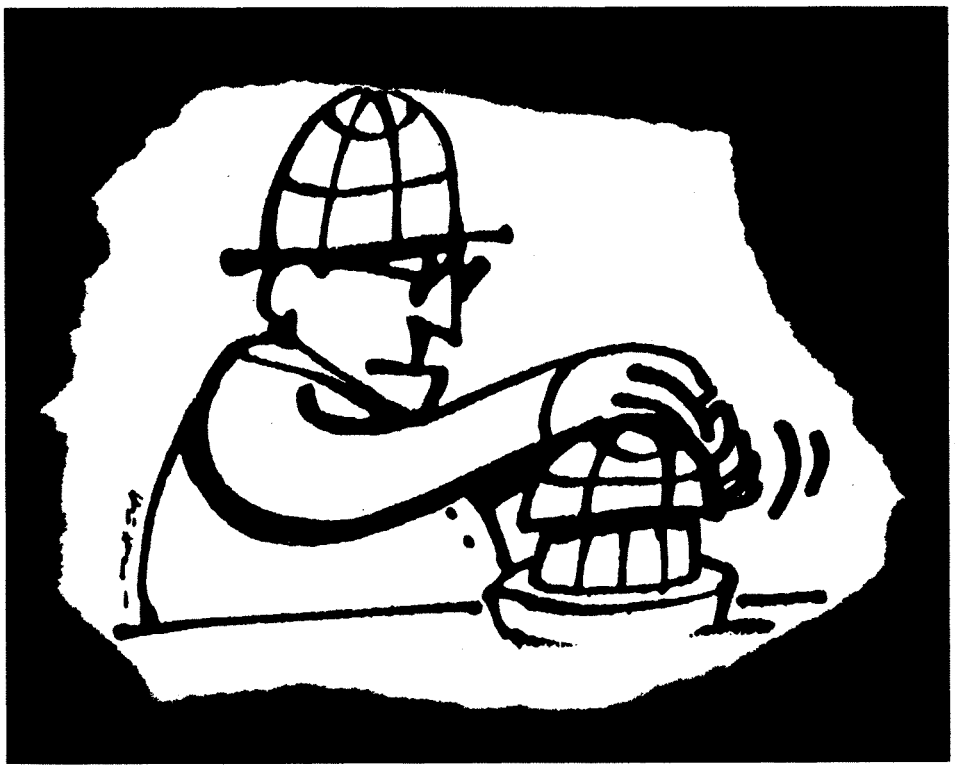
Die Uranmine war von RTZ gegen alle Kritiker immer als Pfeiler der namibischen Wirtschaft gelobt worden, der einen großen Teil des Exports und der Staatseinnahmen sichere. Auch in den Geheimverhandlungen mit der SWAPO vor den Wahlen zur Unabhängigkeit (1989) sowie später mit der neuen namibischen Regierung konnte sich der Konzern mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung der Mine für das Land von allen Reparationsforderungen, die sich aus dem UN-Dekret Nr.1 ergeben hätten, freimachen. Ja, Sam Nujoma selbst, SWAPO-Präsident und jetzt Namibias Präsident, lobte das Wirken des Uranproduzenten in Namibia bei einem seiner ersten Besuche im Lande, die ihn, dessen Organisation seit 15 Jahren die Rössing-Mine angeklagt und kritisiert hatte, ausgerechnet in die Mine selbst führte. Eine der ersten Briefmarken des neuen Namibia zeigt die Rössing-Mine.

Jetzt beginnt aber dieses Propagandagebäude des Konzerns zu wanken. Der Weltmarkt für Uran ist seit über fünf Jahren in einer tiefen Depression, da aufgrund des Widerstands gegen Atomanlagen in den industrialisierten Ländern kaum noch neue Aufträge erteilt werden. Die Beendigung des „Kalten Krieges" ließ auch den militärischen Schwarzmarkt für Uran schrumpfen. Der Preis auf dem Spotmarkt für Uran ging seit Anfang der achtziger Jahre von über 100 US-Dollar pro Kilo auf weiger als 25 Dollar zurück. Der Spotmarkt, auf dem sehr kurzfristige Kontrakte gehandelt werden, war ein wichtiger Markt für Rössing, da wegen der instabilen politischen Lage vor der Unabhängigkeit nur wenige Langzeitverträge abgeschlossen werden konnten. Außerdem drängen auch die ehemaligen Staatshandelsländer, vor allem die Sowjetunion und nach ihrem Zerfall die uranproduzierenden Republiken Rußland, Kasachstan und Usbekistan mit großen Mengen Uran auf den westlichen Markt. So verdoppelte sich das Angebot von Spotmarkt-Uran 1990 auf 15.770 t, obwohl schon 1989 mit 7.730 t ein Rekordjahr in Bezug auf das Angebot gewesen war. Auch aus den Lagerbeständen der Wismut AG (ehemals SDAG Wismut) in der ehemaligen DDR, die auf über 1.000 t Uran geschätzt werden, wurden vom Bundesfinanzministerium, nach der Vereinigung Besitzer der DDR-Uranminen, größere Bestände auf dem Markt angeboten. Trotz Stillegung dieser Minen ist in den kommenden fünf Jahren noch mit jeweils 400 t Uran aus dem Sanierungsprozess zu rechnen. Auf den Preis drücken auch die riesigen Vorräte an gefördertem und weiterverarbeitungsfähigem Uranoxid in der ehemaligen Sowjetunion, die auf über 200.000 Tonnen geschätzt werden, mehr als alle zivilen Vorräte in den westlichen Ländern zusammen, und die von den neuen Republiken z.B. zur Schuldenbegleichung verkauft werden könnten.

Obwohl die Marktlage für Uranproduzenten gar nicht gut aussieht – die Gesamtproduktion fiel 1990 weltweit um 16% gegenüber dem Vorjahr auf den mit 28.570 t Uran niedrigsten Stand seit über 15 Jahren –, war die Rössing-Mine die einzige, die entgegen dem allgemeinen Trend die Produktion um 4% 1990 erhöhte. Trotzdem kündigte Rössing jetzt im zweiten Jahr der Unabhängigkeit Namibias starke Produktionseinschränkungen auf 2.500 t jährlich an und beschloß im September 1991 die Entlas-

sung von über 750 Arbeitern, fast einem Drittel der Belegschaft. Zuvor waren schon alle Unterstützungszahlungen der Firma für Clubs, Sportvereine, Weiterbildungseinrichtungen und andere Freizeitaktivitäten in Arandis und Windhoek im Rahmen eines „Programms zur Kostensenkung" eingestellt worden. Die Gewerkschaft wurde erst in letzter Minute zu den Entlassungen konsultiert. Die MUN beklagt, daß Rössing ohne wirtschaftliche Not die Entlassungen vornehmen wolle, solange noch das alte südafrikanische Arbeitsrechtgesetz gilt, nach dem die Arbeiter bedeutend weniger Einspruchsmöglichkeiten gegen Entlassungen haben als unter dem geplanten neuen namibischen Gesetz. Da der Verlust des Arbeitsplatzes auch den Verlust des Wohnrechts in Arandi bedeutet, fürchten diese Arbeiter jetzt, daß sie aus der Gegend ganz vertrieben und in ihre Heimat im Norden Namibias ohne Aussicht auf Beschäftigung zurückgebracht werden sollen. Alle Aktivitäten auf dem sozialen Sektor Namibias, mit denen sich RTZ immer gebrüstet hatte, werden eingestellt. Rössing begründet die Kürzungen damit, daß die Townships und die darin lebenden Menschen „unabhängig von den Leistungen der Firma" werden sollten. Es gibt Gerüchte, daß Arandis gänzlich aufgelöst, die verbliebene Arbeiterschaft nach Swakopmund umgesiedelt und eine Freihandelszone in dieser Region eingerichtet werden soll, Pläne, die auch für andere Minenstädte Namibias in Erwägung gezogen werden. Straßen-, Eisenbahn- und Wasseranschluß ist ja vorhanden. Taiwanesische T-Shirt-Produzenten sollen sich schon dafür interessiert haben. Die benötigten Arbeiter sollen aus anderen Teilen Namibias geholt werden, da die Rössing-Arbeiter als zu kampfstark und zu gut organisiert gelten, um ihnen Hungerlöhne für die beabsichtigte Billigproduktion zuzumuten. Die Bewohner, die ein Bürgerkomitee gegründet haben, verlangen den Erhalt der Township. Anfang Januar 1992 wurde Arandis von Rössing der Regierung übergeben, damit hat der Konzern alle Ansprüche der BewohnerInnen auf den Staatshaushalt übertragen und versucht so, sich aus der Verantwortung für die Zukunft Arandis zu stehlen.

Die entlassenen Arbeiter haben, außer geringfügigen Abfindungen, nichts mehr von Rössing zu erwarten. Wie bei vorhergehenden Entlassungen und auch bei den Beschäftigten von Subunternehmen in der Mine üblich, werden keine Programme zur langfristigen gesundheitlichen Kontrolle der Entlassenen auf die typischen Bergarbeiterkrankheiten (Silicose etc.) sowie auf Erkrankungen durch radioaktive Belastungen durchgeführt. Zur rechten Zeit kommt deswegen ein Bericht des Namibia Support Commitee (NSC) und den People against Rio Tinto Zinc and its subsidiaries (Partizans) aus England über die Arbeits- und Umweltbedingungen bei Rössing, vorwiegend über die vergangenen 10 Jahre. „Past Exposure" deckt anhand von Interviews mit Augenzeugen und Rössingarbeitern, vor allem aber durch interne Rössing-Dokumente den krassen Widerspruch zwischen dem öffentlichen Selbstlob Rössings und den realen Zuständen in der Mine auf. Es wird nach Lektüre dieser Dokumente klar,



– daß die Staubkonzentrationen im Tagebau und in der Umgebung der Gesteinsmühlen 20-30 mal höher sind als der Standard, den Rössing angeblich anwendet, und damit das Risiko für Silicose und andere Lungenkrankheiten entscheidend erhöht ist.

– Rössings Standard für die radioaktive Belastung im Staub ist 6 mal niedriger als derjenige der International Commision for Radiological Protection (ICRP) von 1979 – der allgemein auch als unzureichend kritisiert wird – und 36 mal niedriger als der durch Risiko-Abschätzungen empfohlene Grenzwert der US National Academy of Sciences von 1990. Besondere Belastungen finden sich offensichtlich bis heute in der letzten Stufe des Aufbereitungs- und Gewinnungsprozesses.

– Zumindest bis 1985 wurde kein Thorium gemessen und damit eine der wichtigsten radioaktiven Zerfallsreihen und ihre Produkte außer Acht gelassen.

– Die Arbeiter in der letzten Stufe der Aufbereitung waren bis 1982 extrem hohen radioaktiven Dosen ausgesetzt, und auch heute ist ihr Risiko, eine tödliche Krebskrankheit zu erleiden, noch signifikant größer. Es beträgt mindestens 1:25 und ist möglicherweise 1:9 hoch.

– Bis 1980 sind große Mengen radioaktiver Abwässer und Flüssigkeiten unbemerkt über einen Zeitraum von 12 Monaten aus dem Tailingsdamm ausgetreten. Die Autoren schätzen eine Austrittsmenge von 780 Millionen Gallonen (ca. 3 Millionen cbm), 8 mal so viel wie bei dem bekannten großen Dammbruch in Church Rock in den USA.

Uranproduktion der westlichen Welt

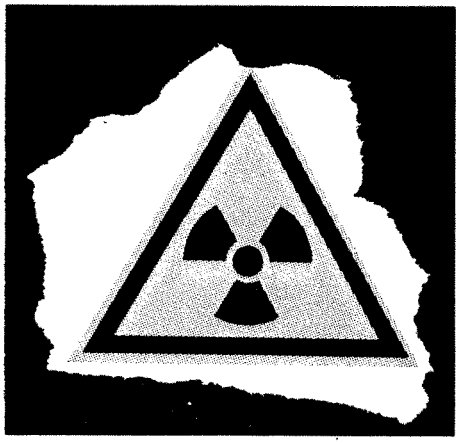
Land	1989		1990[1])	
	t U	%	t U	%
Kanada	11 330	32,4	7 460	25,3
USA	5 010	14,3	4 090	13,9
Australien	3 630	10,4	3 950	13,4
Frankreich	3 330	9,5	2 900	9,8
Namibia	3 080	8,8	3 000	10,2
Südafrika	3 010	8,6	2 590	8,8
Niger	2 960	8,5	2 850	9,7
Gabun	870	2,4	740	2,5
Sonstige	1 780	5,1	1 880	6,4
Summe	35 000	100,0	29 460	100,0

[1]) Voraussichtliche Produktion Quelle: NUKEM Data System (November 199

Noch 1985 waren nach Rössings eigenen Messungen die radioaktiven und chemischen Belastungen in den Bohrlöchern extrem hoch.
– Über all diese Fakten wurde sowohl die Rössing-Belegschaft wie die Öffentlichkeit in Namibia und weltweit durch falsche Presseerklärungen und Publikationen des Konzerns getäuscht.
– Der Konzern weigert sich bis heute, mit der Mineworkers Union of Namibia (MUN) Verhandlungen über Verträge im Gesundheits- und Arbeitssicherheitsbereich aufzunehmen, weil er der Ansicht ist, daß darüber im Anerkennungsvertrag mit der Gewerkschaft ausreichend Maßnahmen festgelegt sind.
Die Erkenntnisse des NSC stimmen mit Messungen der Schlamm- und Wasserproben, die der AKAFRIK 1987 während einer Untersuchung der Mine von Arbeitern erhalten hatte, überein. Es fanden sich im Tailingsschlamm bis zu 50 ppm Uran. Wir gingen aufgrund der uns vorliegenden Proben von einer Zerfallsrate von 1,5 Millionen Becquerel pro m^2 aus. Das ergibt eine Strahlenbelastung von ca. 600 Millirem (mrem, oder 6 Millisievert) pro Jahr, vier bis sechs mal so hoch wie die natürliche radioaktive Belastung in dieser Region. Für die Extraktion des Urans aus dem Granit werden täglich 700 Tonnen Schwefelsäure in einer eigenen Fabrik auf dem Gelände hergestellt. Das führt dazu, daß das deponierte Gemisch eine chemisch äußerst aggressive Säure mit einem pH-Wert von 1,9-2 ist. Diese Säure sickert durch das calcium- und magnesiumhaltige Dolomitgestein, welches den Untergrund des Tailing-Damms bildet, und wird durch chemische Reaktion innerhalb des Gesteins auf einen fast neutralen pH-Wert von 5,5-6 gebracht. Durch diese Reaktion wird allerdings das Gestein zerstört, es verliert mit der Zeit immer mehr seine neutralisierende Fähigkeit, wird ausgehöhlt und läßt immer höhere Fließgeschwindigkeiten des Wassers zu. Die neutralisierte Flüssigkeit wird einige Kilometer vor dem Damm wieder aufgefangen, in Brunnen und durch Pumpen, und dem Produktionsprozeß wieder zugeleitet. Dabei reichert sich dieses Wasser bei jedem Durchlauf durch die Anlage immer mehr mit den radioaktiven Isotopen aus den Zerfallsreihen von Uran 235, 238 und Thorium 232 an.
Nach den Vorschriften der Internationalen Atomenergiebehörde sollen Rückhaltebekken während des Betriebs sowohl nach unten durch wasserundurchlässige Schichten wie nach oben durch eine ca. 1 m mächtige Wasserschicht gegen die Radonausgasung abgesichert sein. Beides passiert bei Rössing nicht. Im Klima der Wüste Namib ist es schlichtweg unmöglich, eine Fläche von 600 Hektar (die Größe des Tailingsdamms) dauernd von einer genügend großen Wasserschicht bedeckt zu lassen. Die dazu notwendigen Wassermassen können gar nicht ohne größte Beeinträchtigung der Umwelt herangeschafft werden. Schon allein aus diesem Grund müßte die Uranproduktion bei Rössing verboten werden. Denn das Wasser dient dazu, die gefährlichsten radioaktiven Isotope, die beim Abbau freigesetzt werden, zurückzuhalten. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf das Radongas und die in der Zerfallsreihe dann folgenden kurzlebigen Elemente zu richten.
Rössing will sich von allen ökonomischen, sozialen, ökologischen und historischen Verpflichtungen freimachen, die die Firma durch den Bau der Mine und die bisher über 15 Jahre Uranförderung eingegangen ist, gegenüber den Beschäftigten, den Anwohnern, aber auch gegenüber dem Land Namibia. Forderungen nach gesundheitlicher Überwachung und Rehabilitation der Betroffenen sowie ökologischer Sanierung der Region müssen deshalb unterstützt werden. Mit der Sanierung der Uranfirma Wismut AG haben wir ja seit einiger Zeit ein Exempel in dieser Hinsicht im eigenen Land, an dem man sich auch über die notwendigen aufzubringenden Kosten orientieren kann. Im Falle Rössing haben diese die Kunden, u.a. die deutsche Elektrizitätswirtschaft, zu tragen.

Hinweise: Die erwähnte Studie „PAST EXPOSURE" über Rössing vom NAMIBIA SUPPORT COMMITTEE (NSC) und den PEOPLE AGAINST RIO TINTO ZINC AND ITS SUBSIDIARIES (PARTIZANS), London, ist über den AKAFRIK Münster, Albersloher Weg 27, 4400 Münster, zum Preis von 20 DM erhältlich.
Inhalt: The Bad Old Days – The New Regime – The Current Situation – The Industrial Process – Dust – Heavy Metal Poisoning – Radiation (in general) – Radiation at Rössing – Tailings – Health and Safety Agreement
130 Seiten; Überweisung (+ Porto) bitte auf Konto Nr. 8090-460, PGA Dortmund, BLZ 46010046

AKAFRIK



Altlasten des französischen Uranabbaus wirbeln Staub auf

Auf schwere Umweltbelastungen durch nukleare Abfallager in stillgelegten französischen Uranbergwerken haben Bürgerinitiativen aus der Bundesrepublik und Frankreich hingewiesen. Viele dieser illegal betriebenen Deponien enthielten hochradioaktive Abfallschlämme, schreibt die 'Bürgerinitiative gegen Uranabbau im Südschwarzwald' aus Herrischried (Südschwarzwald) in einer jetzt verbreiteten Erklärung. BI-Sprecher Peter Diehl ergänzte, daß der Initiative offizielle Dokumente vorliegen, denen zufolge insgesamt 200.000 Atommüllfässer in ehemaligen französischen Uranschächten und –stollen entdeckt worden sind. Die 'Bürgerinitiative gegen Uranabbau im Südschwarzwald' gilt als eine der sachkundigsten deutschen Umweltgruppen im Bereich des internationalen Uranabbaus.
Nach der weitgehenden Einstellung des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen ist Frankreich neben Rußland größter Uranproduzent Europas. Frankreich produziert mehr als die Hälfte des Uranbedarfs für seine Atomkraftwerke und Atomwaffen selber. Der Höchststand war 1988 mit einer Jahresmenge von 3.394 Tonnen Uran erreicht, seitdem ist die Produktion leicht rückläufig. Wegen des niedrigen Uranpreises auf dem Weltmarkt hat die Regierung einige unrentable Bergwerke geschlossen und den Abbau auf die erzreichen Standorte konzentriert. Die größten bekannten Uranvorkommen Frankreichs liegen am Nordwestrand des Zentralmassives in der Umgebung von Limoges. Betreiber fast aller Uranminen ist das staatliche Unternehmen COGEMA, die auch für die atomare Wiederaufbereitungsanlage in La Hague verantwortlich ist.
Die Bürgerinitiativen belegen ihre Warnungen mit Zitaten aus einem Schriftwechsel zwischen der COGEMA und einer von der französischen Regierung zur Untersuchung von Atommüllproblemen eingesetzten Kommission. Darin räumt die COGEMA ein, daß einige Deponien mit Abfallschlämmen aus der Uranerzaufbereitung mit mehr als 37 Billionen Becquerel Radium pro Kubikmeter Erdreich belastet sind. So hohe Aktivitätskonzentrationen seien ausschließlich in eigens überwachten Nuklearanlagen erlaubt, für die ein strengeres Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung gilt, schreiben die Initiativen. Der Betrieb dieser Deponien, so die Folgerung, sei also illegal.
Aus einem im November vergangenen Jahres von der COGEMA herausgegebenen Bericht über die an ihren Standorten vorhandenen radioaktiven Abfälle geht hervor, daß in der früheren Uranmine Margnac bei Limoges 176.150 radioaktiv kontaminierte Fässer lagern. Weitere 18.000 Fässer mit angeblich schwachaktivem Atommüll liegen in Schächten des stillgelegten Urantagebaus Brugeaud. Dem 100seitigen Dokument zufolge soll dieser Abfall aus der französischen Uran-Anreicherungsanlage Pierrelatte im Rhonetal stammen. *R.*

Broschüre zu internationalen Geschäften der Atommafia

Die deutsche und internationale Atomindustrie hat schon viele Skandale, Opfer und Katastrophen überstanden. Und es ist angesichts der vielen Horrormeldungen aus Atomanlagen und neusten Katastrophenmeldungen aus der Gegend um Tschernobyl mehr als dreist, daß die Atommafia ganz offen für den Neubau von AKW's bei uns aus „Umweltgründen" eintritt. Vom Transnuklear-Skandal redet nach den milden Urteilen gegen die kleinen schwarzen Schafe keiner mehr und auch die deutsche Bombenhilfe für den Irak wird möglichst gründlich unter den orientalischen Teppich gekehrt. Die Öffentlichkeit nimmt diese Katastrophen mit einem müden Achselzucken zur Kenntnis- es gibt andere Probleme und was soll man/frau schon tun.

Gegen diese Phase des „Vergessens" möchten wir mit unser Broschüre einen kleinen Denkanstoß zum weiteren Widerstand beitragen. Wir – d.h. verschiedenste Autor/innen – setzen uns mit aktuellen, vergangenen und zukünftigen Machenschaften der deutschen Atomindustrie auseinander. Grundlage ist für uns dabei die unbedingte Verzahnung von „ziviler" und militärischer Nutzung der Atomenergie, die schon immer die Triebfeder für das unbedingte Festhalten am Strahlenkomplex war und ist. Weitere Grundlage ist für uns, daß die deutsche Atomindustrie sehr stark von und über ihre internationalen Atomgeschäfte lebt und ohne diese zusammenbrechen würde.

Auseinandergesetzt haben wir uns speziell mit der deutschen Beteiligung am internationalen Uranabbau und ihren gesundheitlichen Folgen, mit der deutschen Uranmine WISMUT, mit der deutschfranzösischen Atomkumpanei und der Verbindung der mil. und zivilen Atomnutzung, mit einer Rückschau auf den Hanauer Atomsumpf und die Transporte des Transnuklear-Mülls nach Gorleben, mit einer Übersicht über Atomtransporte, einer Beschreibung der Genehmigungspraxis bei Atomexporten, mit einer sehr ausführlichen Länderliste zu Atomexporten der deutschen Atomindustrie, mit Möglichkeiten auf einem deutschen Weg zur Atombombe, mit aktuellen Entwicklungen in der Atomindustrie, einer Einschätzung der Katastrophe von Tschernobyl, mit Literaturliste und Kontaktadressen, mit einer Siemens-Verflechtungskarte,...

Hochaktuell sind die Berichte, weil die Atommanager in all diesen Bereichen weiter ihre Pläne verfolgen und zu einem großen Teil auch durchsetzen.

Ein besonderes Auge haben wir auf die deutsche Hilfe beim Bau fremder Atombomben geworfen. Dabei ist klar, daß das Land, das anderen zu Atombomben verhilft und verholfen hat, selbst in kürzester Zeit auch in der Lage ist, solche Dinger zu bauen, wenn der Rahmen – z.B. im Rahmen einer europäischen Kooperation dafür geschaffen ist. Als dreist und unverfroren muß es schon bezeichnet werden, wenn derselbe Außenminister Genscher, der seit vielen Jahren als Außenminister Atombombenexporten in viele Länder zugestimmt hat, großartige Vorschläge unterbreitet, wie die Gefahr gebannt werden könne, die durch die vielen arbeitslosen sowjetischen Atomwissenschaftlern ausgeht. Mir graust vor den arbeitenden deutschen Atomarbeitern mindestens ebenso, denn sie haben etlichen Ländern wie Südafrika, Brasilien, Argentinien, Irak, Pakistan und vielen mehr Know-How und Ausrüstung zum Atombombenbau verschafft. Möglich war und ist dies nur dadurch, daß der Großteil all dieser Atomexporte mit Wissen und Genehmigung der verantwortlichen politischen und Verwaltungs-Stellen abläuft.

Bei solchen milliardenschweren Atomexporten wäre es für Firmen auch finanziell zu riskant, solche Geschäfte illegal abzuwikkeln. Denn gegen diese – verschindend geringen – illegalen Exporte will die Bundesregierung ja in Zukunft in „aller Schärfe" vorgehen. Vorgegangen wird bisher allerdings nur gegen die Leute, die auf konventionelle und atomare Rüstungsexporte aufmerksam machen. Die Verfahren gegen Rüstungsexporteure z.B. in den Irak sind weitgehend eingestellt, die Geschäfte gehen wieder zur Normalität über und weitere Aufdeckungen werden möglichst verhindert. Dabei kann man/frau angesichts der vielen betroffenen Strahlenopfer durch Uranabbau, Atomanlagen, Atomtests und sonstige Strahlenkatastrophen schon von einem regelrechten Krieg gegen die Betroffenen reden.

Wir hoffen, daß wir durch unsere Beiträge dazu beitragen, daß sich auch der Widerstand gegen diese menschenverachtende Atompolitik verstärkt regt.

Einen Teil unserer Informationen haben wir aus den Akten des Atom-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages nach dem Transnuklear-Skandal bekommen können. Falls noch andere Gruppen Interesse an Informationen von der Auswertung dieser Akten haben, sollten sie sich mit uns in Verbindung setzen (BUKO, Buchstr. 14, 2800 Bremen, Tel. 0421/ 326045). Der BUKO bringt regelmäßig einen Rundbrief bzw. Sonderrundbriefe zu Rüstungs- und Atomexporten heraus mit neusten Informationen und auch Gegenaktionen dazu. Sie können ebenfalls in Bremen beim BUKO bestellt werden.

RUNDBRIEF der Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" Nr. 35

Die deutsche Atombrut

Auslandsgeschäfte der deutschen Atomindustrie

Aus dem Inhalt

- Uranabbau - Nuklearer Kolonialismus
- Wismut Sanierung der besonderen Art
- Perspektiven der Atomwirtschaft
- Zivile und militärische Atomenergie
- Siemens-Verflechtung im Atomsumpf
- Radioaktive Transporte
- Genehmigungsverfahren von Atomumschlag
- 6 Seiten Länderliste bundesdeutscher Atomgeschäfte
- ...und weitere Themen

Stoppt den Rüstungsexport!

Die Rote Hilfe - Zeitung 1/92

Themen: Berichte zu Verfahren in: Itzehoe, Hannover, Essen, Dortmund, Göttingen, Brüssel, Amberg, Düsseldorf, Nürnberg, Kiel, Berlin. Asyl: Übersicht über die neueste Entwicklung der Asylgesetzgebung in Westeuropa; politische Gefangene: Bernd Rössner muß raus!

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Erscheinungstermin: 26.1.92

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMER-UNFREUNDLICH

telegraph

die Zeitschrift aus Ostberlin, unhörlich-bissig

3,00 DM

Unsere Themen: Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Osteuropa, Wirtschaftssauereien Made in BRD und anderes. Dies alles betrachtet durch die "linke" Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "Telegraph", Schliemannstr.22, Berlin O-1058
Einzelhandelspreis DM 03, Jahresabo DM34, Halbjahresabo DM17,50, auf Probe (2 Nr.) DM05

WFD-Querbrief

Mosambik in Deutschland

Mosambikanische KontraktarbeiterInnen und ImmigrantInnen sprechen über Leben, Arbeit, Wohnen - und den alltäglichen Rassismus.

Interviews
Berichte
Analysen

WFD-Querbrief 4/91
32 S.

WFD-Querbrief erscheint viermal im Jahr
Bezug: Weltfriedensdienst e.V.
Hedemannstraße 14
W-1000 Berlin 61
Einzelpreis DM 4,50

Unsere aktuellen Themen im Dezember '91:
● Hafenbau und Fahrwasservertiefungen ● Verkehrskonzept ● Schiffahrtspolitik ● Die Lage der Werften ● Leck bei „Missing Links" ● Waschmittel und Algenblüte ● Öko-Imperialismus: Wem gehört die Natur? ICI Wilhelmshaven
Das nächste Heft erscheint Ende März '92

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit + in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

Ein Probeheft gibts für 2.- DM (in Briefmarken)
Jahresabo (vier Hefte) 24,- DM inkl.

NOORDZEE

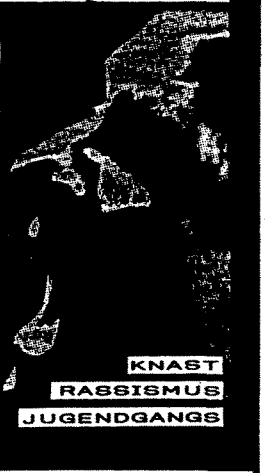
Aktionskonferenz Nordsee e.V.
Kreuzstraße 61
2800 Bremen 1
Tel. 0421/77675
Fax 0421/78931

Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ilschner
Offenwardener Straße 6
2856 Sandstedt
Redaktions-Fax 04702/1090

piranha

sozialistisches Jugendinfo
1992 4 DM NUMMER 12/13

NO MORE UGLY Germans

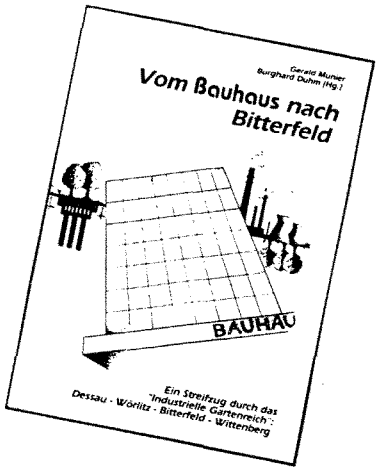


KNAST
RASSISMUS
JUGENDGANGS

ANTIFA
● HEILE, HEILE, NAZIS: DIE ORGANISIERTEN 'EINZELTÄTER'
RASSISMUS
● DEUTSCHLAND, VERFOLGENDE UNSCHULD ● FLÜCHTLINGE LEISTEN WIDERSTAND ● HETZTIRADEN EINES SCHULLEITERS ● KUBANERINNEN & MOSAMBIKANERINNEN IN DER DDR
GEGEN ALLE FLAGGEN
●ZUM BÜRGERKRIEG IN JUGOSLAWIEN
KNAST: NEONAZIS MACHEN DRUCK
JUGENDGANGS: MYTHOS & REALITÄT EINES ALLERWELTFÄNOMENS
DDR: GEDANKEN ZU 'DIE TAGE IN L'

SOZIALISTISCHES JUGENDINFO
NR. 12/13 FÜR 4 DM (FAST) NUR BEI PIRANHA, KAROLINENSTR.21, 2 HH 36

AKP Alternative Kommunal Politik



Die grün-alternative Fachzeitung **ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK (AKP)** gibt nicht nur sechs lesenswerte, reguläre Hefte pro Jahr zum Abopreis von 48,- DM heraus.
Nein, wir machen auch laufend Bücher und Sonderhefte zu brandaktuellen Themen.
Als da sind:

☐ Unser Buch **„Vom Bauhaus nach Bitterfeld"** (128 Seiten; 18,- DM plus 2,- DM Versand). Der ganz andere Reiseführer – auch für stadtplanerisch Interessierte.

☐ Unser Buch **„Müllverbrennung – ein Spiel mit dem Feuer"** (128 Seiten; 15,- DM plus 1,50 Versand). Die unverzichtbare Argumentationshilfe bei der Frage: Darf Abfall verbrannt werden?

☐ Sonderheft 6: **„Planungsrecht in der DDR und der BRD"**
(12 Seiten und ein A1-Plakat, 2,50 DM und 1,50 DM Versand). Alles Wissenswerte über Planungsrecht, Baugesetzbuch und Raumplanung in anschaulicher Form.

☐ Sonderheft 7: **„Haushaltspolitik in der Kommune"**
(68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 DM Versand). Nicht nur für Anfänger, die verständliche Einführung in Haushaltssystematik und Gemeindefinanzen.

* * *

Gesamtkatalog und kostenloses Probeheft der regulären AKP-Ausgabe können angefordert werden bei:

Redaktion und Vertrieb

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(Tel.: 0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Materialien zur Kritik der Realität im Kapitalismus

460 Seiten, 29,80 DM

Ein Theorie-Lesebuch mit Texten aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz zu den Themen:

Freiheit und Revolte
Antiimperialismus & Internationalismus
Militante Politik & bewaffneter Kampf
Rechtsstaat und Repression
Klasse und Emanzipation

Der Band liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an:

Stalinismus & Spätkapitalismus
Notstandsgesetzen & Kriminalisierung der Opposition
Legalismus und Stadtguerilla
Universität und Wissenschaft
Restauration & Nationalsozialismus

Mit Texten u.a. von: *Max Horkheimer, Karl Riha, Ulrich Sonnemann, Johannes Agnoli, Eva Braun, Herbert Marcuse, Elisabeth Lenk, Paul Mattick, Brigitte Heinrich, Detlev Claussen, Peter Mosler, Rossana Rossanda, Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl, Rote Armee Fraktion, Revolutionärer Kampf (Frankfurt), Frauen-Kollektiv, Heinz Brandt, Imanuel Geiss, Karl-Heinz Roth, Peter Brückner, Sebastian Cobler, Ingeborg Maus, Moishe Postone*

Eingeleitet und kommentiert von der Redaktion der Frankfurter StudentInnenzeitung diskus

Ab Mitte Februar im Buchhandel oder direkt (+3,- DM Versand) bei:
Edition ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8,
1000 Berlin 19
Tel.: 030/322 7117,
Fax: 030/321 5549

Forum **Recht**

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 1/1992
Schwerpunkt:
Neue Kriminal(isierungs)politik

- Das Gespenst der organisierten Kriminalität
- Bonner Drogenpolitik weiter in der Sackgasse
- Waffenexporte und Verbotsnormen

Weitere Themen:

- Strafrechtliche Abwicklung des SED-Apparates
- § 218: Neues aus Bonn und Karlsruhe

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 3 Hefte für 10 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

„Die eigentliche tödliche Gefahr liegt im Konformismus."

José Reveles, mex. Journalist

Allein der Versuch, ehrlichen Journalismus zu betreiben, bedeutet in vielen Ländern der Welt die Gefahr, als potentieller Feind, als Dissident verfolgt zu werden. Dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, die belegen, daß auch kritische verantwortungsvolle Medienarbeit möglich ist.

Beiträge und Interviews über alternative Medien in Lateinamerika in ila Nr.150

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Erscheint 10x jährlich · Einzelpreis DM 5,-

Die Großen und die Kleinen, wir sind alle Unternehmer.

Rechte Propaganda in Peru

Seit einiger Zeit taucht in der entwicklungspolitischen Diskussion immer häufiger der Begriff „informeller Sektor" auf. Die Menschen arbeiten dort in Bereichen mit geringer Produktivität, sind schlecht bezahlt, ihr Arbeitsverhältnis ist ungeschützt. Sie versuchen wie alle Menschen, das Beste aus ihrer Situation zu machen. Gibt es – außer für einige wenige – eine Hoffnung, aus dieser Misere herauszukommen?

Interviews und Beiträge zum „Informellen Sektor" in Lateinamerika in ila Nr.151

ABWÄRTS

geht's im Juli hoffentlich mit einigen honorigen Herren beim Weltwirtschaftsgipfel in München. (Bericht dazu in dieser atom).

Abwärts geht's hingegen hoffentlich nicht mehr mit den Abonnement-Zahlen bei der atom. Der im letzten Heft gemeldete Abwärtstrend ist vorläufig gestoppt. Damit es so bleibt: Abonniert sie, die atom, wenn ihr sie für wichtig und gut haltet. Verlaßt euch nicht drauf, daß ihr die nächste „auch so" kriegt. Und empfehlt sie auch euren Bekannten. Nur wenn wir einen Mindeststamm an AbonnentInnen halten, ist der Bestand der atom – der einzigen bundesweiten Anti-AKW-Zeitung – gewährleistet.

ALSO: VORWÄRTS ZUM ABONNEMENT!!!!

Bestellt die atom per Postkarte/Brief. Sie kostet im Einzelabo für fünf Nummern (ca. 1 Jahr) nur 30 DM incl. Porto. Ab vier Exemplaren gibt es 30% Rabatt, 3,50 DM pro Exemplar plus Porto. Jeweils zum Ablauf eines Abrechnungszeitraumes kann gekündigt werden.
Adresse: atom, Aboverwaltung, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016